

FABIAN LINK

**Soziologie und Politologie hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften:  
Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln  
von 1984 bis 1997**

Preprint 17



**gmpg**

FORSCHUNGSPROGRAMM  
GESCHICHTE DER  
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT



FABIAN LINK

**Soziologie und Politologie hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften:  
Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln  
von 1984 bis 1997**

**Preprint 17**

Das GMPG-Forschungsprogramm untersucht die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung 1948 bis zum Ende der Präsidentschaft Hubert Markls 2002 und verfolgt den Fortgang des Programms »Aufbau Ost« bis in das Jahr 2005. Vgl. dazu ausführlich die Projektbeschreibung:  
<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/forschungsprogramm/projektbeschreibung>

## **Impressum**

Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft  
Preprint 17

Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka  
Lektorat: Britta Metzing  
Redaktion: Birgit Kolboske  
Grafik/Satz: doppelpunkt Kommunikationsdesign  
Druck: DIEDRUCKER.DE GmbH & Co. KG

Erscheinungsjahr: 2022  
Ort: Berlin  
ISSN: 2511-1833

Alle Rechte bei den Autorinnen und Autoren  
Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz by-nc-sa 3.0 Deutsch  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/dee>  
DOI: 10.17617/2.3401831

# Soziologie und Politologie hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften: Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln von 1984 bis 1997

<b>1 Die MPG und die Sozialwissenschaften am Übergang vom Kalten Krieg zur globalisierten, marktliberalen Gesellschaftsordnung</b>	5
1.1 Stand der Forschung	13
1.2 Datengrundlage und Aufbau der Studie	15
<b>2 Die Gründung des MPIfG unter dem Direktorat von Renate Mayntz</b>	17
2.1 Wissenschaftliche Laufbahn von Renate Mayntz bis 1984	23
2.2 Renate Mayntz' Forschungsprogramm für das MPIfG	32
2.3 Erste Forschungsergebnisse	39
<b>3 Das MPIfG unter dem Direktorat von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf von 1986 bis 1995</b>	45
3.1 Wissenschaftliche Laufbahn von Fritz W. Scharpf bis 1986	48
3.2 Veränderungen im Forschungsprogramm des MPIfG mit Scharpfs Antritt als Co-Direktor	62
3.3 Öffentliche Resonanz und organisatorische Struktur des MPIfG	67
3.4 Ergebnisse und Wandel des MPIfG-Forschungsprogramms 1986–1995	80
3.5 Konferenzen, Workshops und Lehrveranstaltungen	110
3.6 Exkurs: Renate Mayntz und das Verhältnis von Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften	111
3.7 Mitwirkung in nationalen und internationalen Gremien, Kommissionen und Fachgesellschaften sowie Ehrungen und Preise	118
3.8 Die Integration des Forschungssystems der ehemaligen DDR ins westdeutsche Wissenschaftssystem	129
3.9 Evaluation des MPIfG 1994 und die Entscheidung für die Berufung Wolfgang Streecks zum Nachfolger von Renate Mayntz	141
<b>4 Die Übergangsphase 1995–1997 unter dem Direktorat von Renate Mayntz, Fritz W. Scharpf und Wolfgang Streeck</b>	152
<b>5 Schlussbetrachtung</b>	166
<b>6 Anhang</b>	170
6.1 Dank	170
6.2 Abkürzungsverzeichnis	170
6.3 Verzeichnis der publizierten Quellen und der Literatur	172
6.4 Internetquellen	184
6.5 Archivmaterialien	185
6.6 Personenindex	186



## 1 Die MPG und die Sozialwissenschaften am Übergang vom Kalten Krieg zur globalisierten, marktliberalen Gesellschaftsordnung

Mit dem Beschluss zur Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln (MPIfG) Ende 1984 kam in der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ein Prozess an sein vorläufiges Ende, in dessen Verlauf intensiv darüber verhandelt worden war, welchen Platz die Sozialwissenschaften innerhalb der MPG und deren Geisteswissenschaftlicher Sektion (GSWS) haben und welcher epistemischen Ausrichtung sie folgen sollten. Die vorliegende Studie skizziert die Geschichte dieses Instituts von dessen Gründung 1984 bis 1997, als die Gründungsdirektorin Renate Mayntz emeritiert wurde und Wolfgang Streeck ihren Platz einnahm. Die Untersuchung handelt von den wissenschaftlichen Biographien der Gründungsdirektorin und ihres ab 1986 das MPIfG mitleitenden Kollegen Fritz W. Scharpf, den Forschungsprogrammen der zwei Direktoren Mayntz und Scharpf, der Forschungspraxis am MPIfG, den Netzwerken und Kooperationen der Direktoren sowie ihrer wissenschaftspolitischen Tätigkeit. Mit der vorliegenden Studie werden zwei Ziele verfolgt: Das eine Ziel besteht in der Klärung dessen, welche Art von sozialwissenschaftlicher Forschung innerhalb der MPG im Laufe der 1980er und 1990er Jahre institutionalisiert wurde. Das andere Ziel liegt in der Beantwortung der Frage, ob sich mit der Gründung des MPIfG ein bestimmtes sozialwissenschaftliches Paradigma etablierte, an dem sich auch andere sozialwissenschaftlich ausgerichtete MPI orientierten – zu denken wäre an das MPI für Bildungsforschung (MPIB), das MPI für psychologische Forschung und das MPI für Psycholinguistik (MPI-PL) – und das womöglich für Neugründungen sozialwissenschaftlicher MPI richtungsweisend war, etwa für das 1995 gegründete MPI für demografische Forschung (MPIDR). Anschließend an diese Frage soll geklärt werden, welchen Einfluss das MPIfG auf wissenschaftspolitische Entscheidungen der MPG-Leitung hatte, was insbesondere im Kontext der Eingliederung von Instituten und Wissenschaftlern der ehemaligen DDR ins westdeutsche Wissenschaftssystem nach dem Fall der Mauer zu diskutieren ist. Ferner soll danach gefragt werden, welchen Einfluss das am MPIfG etablierte Forschungsparadigma auf die Sozialwissenschaften außerhalb der MPG hatte.

Zeithistorisch sind dem Gründungsjahr des MPIfG mehrere gesellschaftliche Entwicklungen vorangegangen, deren Aus- und Nachwirkungen Mitte der 1980er Jahre spürbar waren. Dazu zählte das Anfang der 1970er Jahre eingeleitete und durch die erste Ölpreiskrise 1973 beschleunigte Ende des Bretton-Woods-Systems und damit der »Trente Glorieuses«, dem – verstärkt durch die zweite Ölpreiskrise 1979 – bis heute anhaltende ökonomische Krisenperioden folgten. Diese Entwicklung resultierte in zahlreichen westlichen Ländern in der Aufgabe der keynesianischen Wirtschaftsordnung. Fortan orientierten sich diese Länder an einer »neoliberalen« oder hayekianischen Wirtschaftspolitik, deren Hauptziele in der staatlichen Deregulierung und Privatisierung der Märkte sowie im Rückbau sozialstaatlicher Leistungen bestanden,<sup>1</sup> was durch die 1979 und 1981 erfolgten Regierungswechsel in Großbritannien und den Vereinigten

---

1 Kocka, *Geschichte des Kapitalismus*, 117–18; Streeck, *Gekaufte Zeit*, 17, 199–201.

Staaten gestützt wurde. Zu Beginn der 1980er Jahre konnte die Inflation zwar durch eine massive Erhöhung der Zinsen von Seiten der amerikanischen Zentralbank weltweit gestoppt werden. Dies hatte jedoch einen Anstieg der Staatsverschuldung zur Folge.<sup>2</sup> Die Privatisierung der Wirtschaft und die Deindustrialisierung einzelner Wirtschaftsbereiche führten zu einer Schrumpfung der Mitgliederzahl von Gewerkschaften und letztlich zu deren Entmachtung,<sup>3</sup> trotz der Abwehrstreiks und Sozialproteste in den 1980er und 1990er Jahren, wie sie sich in Frankreich, Großbritannien und auch in der Bundesrepublik ereigneten. Seit Mitte der 1990er Jahre nahm dagegen die Verschuldung der privaten Haushalte zu, während die Finanzwirtschaft bis zur Krise 2008 mit einer ungeheuren Dynamik expandierte.<sup>4</sup> Spätestens in den 1990er Jahren war von einer »integrierten Weltwirtschaft« die Rede, die zunehmend die Sozialverhältnisse hochentwickelter Gesellschaften bestimmte und weiterhin bestimmt.<sup>5</sup>

Ein Jahr nach der Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten wurde Helmut Kohl Bundeskanzler und proklamierte eine seit den 1970er Jahren im medialen Diskurs stehende »konservative Tendenzwende«, die sich bald im Begriff der »geistig-moralischen Wende« verdichtete. Peter Hoeres hat dargelegt, dass diese Wende mehr ideell-geistige Proklamation denn wirtschafts- oder sozialpolitische Realität war und vor allem im Zusammenhang mit dem Wahlkampf verwendet wurde. Danach führte eher die Opposition diesen Begriff als Kritik an der Politik Kohls ins Feld.<sup>6</sup>

Im Vergleich zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten war die ökonomische Lage der Bundesrepublik stabiler, allerdings schlugen sich die Wirtschaftskrisen darin nieder, dass die Arbeitslosenzahl stieg und zahlreiche Arbeitsplätze von der Industriearbeit in den Dienstleistungs- und Finanzsektor sowie in die Wissenschaft verlagert wurden – eine Entwicklung, die bereits in den 1960er Jahren eingesetzt hatte, sich nun aber beschleunigte.<sup>7</sup> Die von Daniel Bell seit den späten 1960er Jahren prognostizierte »postindustrielle Gesellschaft« nahm in den mittleren und späten 1970er und den 1980er Jahren als Gesellschaft »nach dem Boom« Gestalt an und sollte in den 1990er und frühen 2000er Jahren für diejenigen informationstechnischen Strukturen den Boden bereiten, auf denen die heutige »Wissensgesellschaft« gebaut ist.<sup>8</sup>

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und mit der deutschen Vereinigung setzte ab 1989/90 nicht allein die Eingliederung der Länder der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik ein, vielmehr

---

2 Streeck, *Gekaufte Zeit*, 8–9.

3 Streeck, 9–10.

4 Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, 182–204; Bösch, *Zeitenwende*, 281–82; Streeck, *Gekaufte Zeit*, 9.

5 Plumpe, *Das kalte Herz. Kapitalismus*, 523. Vgl. Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*; Ther, *Das andere Ende*.

6 Vgl. Hoeres, »Von der »Tendenzwende««, 104–16.

7 Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 887, 892–901, 967; Bösch, *Zeitenwende*, 269–314; Jarausch, »Verkannter Strukturwandel«.

8 Vgl. Doering-Manteuffel und Raphael, *Boom*, 79–84; Leendertz, »Experten«, 353–57. Vgl. Engelhardt und Kajetzke, *Handbuch Wissensgesellschaft*.

intensivierte sich auch die gesamteuropäische Integration, in deren Verlauf aufgrund der ökonomischen Ungleichheit der europäischen Mitgliedstaaten, insbesondere derjenigen, die ehemals dem »Ostblock« angehörten, vermehrt Probleme bewältigt werden mussten.<sup>9</sup>

Diese Entwicklungen, die die Zeit von den 1980er bis in die späten 1990er Jahre kennzeichneten, stellten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der am MPIfG betriebenen Forschung dar. Die Direktoren nahmen in ihren Forschungsprogrammen Bezug darauf, analysierten und reflektierten sektorspezifische Prozesse, die mit dem in den westlichen und nach dem Ende des Kalten Kriegs auch in den osteuropäischen Gesellschaften erfolgten tiefgreifenden Strukturwandel im Zusammenhang standen, und stellten Instrumente zur Bewältigung der Frage bereit, welche Maßnahmen etwa von ministerieller Seite getroffen werden müssten, um soziale Problemlagen zu beheben. Das MPIfG untersuchte ausschließlich hochentwickelte westliche Gegenwartsgesellschaften in vergleichender Perspektive, wie Renate Mayntz betonte.<sup>10</sup> Erst mit der Vereinigung nach 1989/90 und dem Engagement von Mayntz und auch Scharpf bei der Umstrukturierung der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) wurden größere Studien über das ostdeutsche sowie das mittel- und osteuropäische Wissenschaftssystem durchgeführt.<sup>11</sup> »Gesellschaftsforschung« umfasste dabei Soziologie und Politologie in den von den Direktoren vertretenen Ausrichtungen und war als – aus den Phänomenen der postindustriellen, zunehmend von der globalen Finanzwirtschaft geprägten Demokratien resultierende – integrierte gesellschaftswissenschaftliche Herangehensweise an die Erforschung von Institutionen ebendieser Demokratien konzipiert.<sup>12</sup>

In der vorliegenden Studie werden zwei zeithistorische Phasen untersucht, die im Rahmen des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (GMPG) herausgearbeitet wurden. Die Periode von 1972 bis 1989 war von der Konzentration auf Probleme und Grenzen der ökonomischen Entwicklung gekennzeichnet. In der zweiten Phase von 1990 bis in die frühen 2000er Jahre standen Aufbauarbeit in den neuen Ländern sowie Globalisierung und Europäisierung im Fokus der MPG.<sup>13</sup> An dieser Aufbauarbeit war das MPIfG maßgeblich beteiligt.<sup>14</sup> Diese Phase war darüber hinaus von einer intensivierten Internationalisierung der Forschungspraxis geprägt.<sup>15</sup>

---

9 Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 1127–36.

10 Renate Mayntz an Alexander Hocker, Ministerialdirigent a.D., 22.02.1989, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 4.

11 Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 271–78.

12 Renate Mayntz an Achim Daschkeit, 27.05.1994, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 3.

13 „Research Program History of the Max Planck Society“, 16, 22, 28–29; Henning und Kazemi, *Chronik*, 24–32.

14 Vgl. dazu Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*.

15 Vgl. Wilhelm Krull, MPG-Generalverwaltung, an die Direktoren und Leiter der Institute, Forschungsstellen und Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft, 13.12.1994, Bl. 1–2, S. 1–3, hier: Bl. 1, S. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 6.

Der Stand der Forschung zum MPIfG wird in Kapitel 1.1 referiert, die der Studie zugrundeliegende Datenbasis in Kapitel 1.2 erläutert. Die Übergangsphase von etwa 1980/81 bis zur Gründung des MPIfG 1984/85 wird in Kapitel 2 behandelt und findet deshalb an dieser Stelle noch keine Erwähnung. Zunächst soll die diese Untersuchung leitende Forschungshypothese erläutert werden. Diese besagt, dass mit der Gründung des MPIfG ein gesellschaftswissenschaftliches Forschungsprogramm institutionalisiert wurde, das ein sozialwissenschaftliches empirisch-analytisches Paradigma innerhalb der MPG setzte. Dieses Paradigma entsprach dem *State of the Art* der stark von der amerikanisch-englischen, mit Abstrichen auch der französischen und nordeuropäischen Wissenschaftskultur geprägten Sozialwissenschaften. Daran schließt eine Überlegung zur politischen Ausrichtung des MPIfG an: Die drei Direktoren des MPIfG standen ihrer politikberatenden Praxis, aber auch ihrer generellen politischen Haltung nach der sozialdemokratischen Politik nahe, etwa in Bezug auf Gesundheits-, Technologie- oder Wissenschaftspolitik. Mit Volker Roelcke ist zu fragen, inwiefern diese Nähe zur Sozialdemokratie die Art des am MPIfG generierten gesellschaftswissenschaftlichen Wissens beeinflusste.<sup>16</sup> Der wissenschaftshistorische Hintergrund dieser Forschungshypothese soll nachfolgend erläutert werden.

Die Geschichte der Sozialwissenschaften im deutschsprachigen Raum ist seit den Anfängen der universitären und außeruniversitären Etablierung sozialwissenschaftlicher Disziplinen, Fachbereiche und Institute von Debatten um ihre erkenntnisleitende Ausrichtung geprägt, die sich teils zu schwerwiegenden Konflikten auswuchsen. Von diesen Debatten sollen zur Begründung der Forschungshypothese zwei näher betrachtet werden, weil in ihnen Positionen verhandelt wurden, die für das auch von Scharpf mitgetragene Forschungsprogramm von Mayntz ausschlaggebend waren. Dabei handelt es sich um den so genannten Werturteilsstreit zu Beginn des 20. Jahrhunderts und den ›Positivismusstreit‹ in den 1960er Jahren.

Die Positionen der im Werturteilsstreit miteinander ringenden Lager im Verein für Socialpolitik werden hier lediglich in zugespitzter Form dargestellt. Das eine Lager um Max Weber, Lujo Brentano und Werner Sombart vertrat die Ansicht, dass Nationalökonomien und Soziologen wissenschaftlich nicht berechtigt seien, wertende Urteile zu praktischen Fragen insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik abzugeben. Das andere Lager um Gustav Schmoller, Eduard Spranger und Rudolf Goldscheid meinte dagegen, dass solche Werturteile als an Politik und Wirtschaft adressierte moralische Sollenssätze ebenso wissenschaftlich objektiv seien wie Seinsbeschreibungen durch die theoretische und empirische Sozialforschung.<sup>17</sup> Hier muss Max Webers Position näher erläutert werden, denn die Grundprämissen seiner epistemischen Haltung blieben für Renate Mayntz zeit ihres Lebens richtungsweisend.<sup>18</sup> Weber begriff sich als historisch arbeitender Nationalökonom und Soziologe, der die Sozialwissenschaft als »Wirk-

---

16 Roelcke, „Suche“, 177.

17 Albert, „Der Werturteilsstreit“, 14–15; Heins, *Max Weber*, 10–14.

18 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 35.

lichkeitswissenschaft« betrieb. Die Gegenstände dieser Wirklichkeitswissenschaft lagen für Weber nicht in »Gesetzen«, vielmehr konzipierte er sie als »historische Individuen«, als

individuelle Gestaltung des uns umgebenden sozialen Kulturlebens in seinem *universellen*, aber deshalb natürlich nicht minder *individuell* gestalteten, Zusammenhänge und in seinem Gewordensein aus anderen – selbstverständlich wiederum individuell gearteten – sozialen Kulturzusammenhängen heraus.<sup>19</sup>

Der Begriff der Kultur war für Weber ein Wertbegriff, und die aus der Bezogenheit von Wertideen auf die Wirklichkeit hervorgehenden Wertbeziehungen bestimmten die Auswahl der Gegenstände empirischer Untersuchungen.<sup>20</sup> Eine derart konzipierte Sozialwissenschaft sollte die Wertneutralität ihrer Aussagen als Ideal anstreben und diese empirisch abstützen. Damit ist das empirische und wertneutrale Element im empirisch-analytischen Forschungsparadigma des MPIfG umschrieben: Nicht nur Mayntz, sondern auch Scharpf und Streeck verstanden sich als *empirisch* arbeitende Gesellschaftsforscherin bzw. -forscher, die möglichst keine *normativen* politisch-ideologischen Wertungen in ihre Arbeiten einfließen lassen wollten.<sup>21</sup>

Zur Klärung des analytischen Elements dieses Paradigmas sollen die divergierenden Positionen im »Positivismusstreit« der 1960er Jahre erörtert werden. Dass es bei diesem langjährigen, von Ralf Dahrendorf angeregten Disput nicht um Positivismus nach Auguste Comte ging, hat Hans-Joachim Dahms in seiner bekannten Studie dargelegt.<sup>22</sup> Die Debatte drehte sich vielmehr um die Konfrontation zweier erkenntnistheoretischer Ausrichtungen in den Sozialwissenschaften, an der zum einen Vertreter der Frankfurter Schule der älteren und jüngeren Generation – Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas – und zum anderen Vertreter eines analytischen Denkens beteiligt waren, das aus dem Überlappen von Logischem Empirismus Wiener Prägung unterschiedlicher Variation und amerikanisch-englischem Pragmatismus und Empirismus hervorgegangen war und durch Karl R. Popper und Hans Albert repräsentiert wurde.<sup>23</sup> Auch hier soll die Darstellung auf die Konturierung der zwei konträren Lager beschränkt sein: auf der einen Seite der Gesellschaftsphilosophen, für die es wahre Sätze gab, die nicht in Hypothesen und empirischen Verfahren aufzulösen waren, und auf der anderen Seite der kritischen Rationalisten Popper und Albert,<sup>24</sup> die methodische Transparenz und empirische Überprüfbarkeit sozialwissenschaftlich wahrer Sätze einforderten und für die Gelehrte wie Adorno und

---

19 Zitiert nach: Kruse, »Geschichts- und Sozialphilosophie« oder »Wirklichkeitswissenschaft«?, 27. Herv. i. Orig.; vgl. Kaesler, »Max Weber«.

20 Albert, »Der Werturteilsstreit«, 18–19.

21 Albert, 29.

22 Dahms, *Positivismusstreit*.

23 Dahms; Heller, »The Positivism Dispute«.

24 Adorno, »Soziologie und empirische Forschung«.

Habermas einer utopischen Gesellschaftsphilosophie anhängen, die ideologiefähig war.<sup>25</sup> Ein Grund, weshalb diese beiden Positionen hier angeführt werden, liegt auch darin, dass Habermas bis 1981 zusammen mit Carl Friedrich von Weizsäcker das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (MPIL) leitete und dass das Ende dieses Starnberger MPI die Weichen für die Gründung des MPIfG gestellt hatte.<sup>26</sup> Darauf wird weiter unten einzugehen sein. Wichtig für die Positionierung des Forschungsprogramms von Mayntz im epistemisch-symbolischen Feld der westdeutschen Sozialwissenschaften ist, dass es der *analytischen* Ausrichtung folgte – zwar nicht direkt an Popper orientiert, aber doch analytisch in dem Sinne, dass Hypothesenbildung, empirische Fundierung und darauf folgende Weiterentwicklung von Hypothesen Grundlage von Wahrheit generierender sozialwissenschaftlicher Praxis sein sollten. Hinzu kommt ein Element, auf das Dahrendorf immer wieder hingewiesen hat: dass im Sinne der von Robert K. Merton aufgestellten Normen »guter« Wissenschaft eine gemeinschaftliche wechselseitige Überprüfung von Forschungsergebnissen sowie Internationalismus grundlegend seien, wie er, Dahrendorf, dies am ehesten in den Naturwissenschaften verwirklicht sehe.<sup>27</sup>

Das 1984/85 gesetzte Forschungsparadigma für die am MPIfG zu praktizierende Gesellschaftsforschung orientierte sich am Stand der Sozialwissenschaften in den Vereinigten Staaten. Diese Dominanz amerikanischer Sozialwissenschaft lag zum Ersten an der amerikanischen Rezeption der Ansätze Max Webers, etwa durch Talcott Parsons.<sup>28</sup> Zum Zweiten hatte diese mit der Durchsetzungskraft der amerikanisch-englischen empirisch-analytischen Sozialforschung und Politologie in den Jahrzehnten nach 1945 zu tun; und zum Dritten mit der spätestens in den 1970er und 1980er Jahren gefestigten hegemonialen Stellung der englischen Sprache als internationale Wissenschaftssprache und der damit verbundenen Verfahren der Erkenntnisgewinnung und des Publizierens.<sup>29</sup> Im Sinne der Theorie Thomas S. Kuhns von der Abfolge von Paradigmen in den Naturwissenschaften ließe sich die These aufstellen, dass mit der Gründung des MPIfG ein solches Paradigma einer sozialwissenschaftlichen »Normalwissenschaft« gesetzt wurde, das für die Art der sozialwissenschaftlichen Forschung innerhalb der MPG richtungsweisend sein sollte. Hatte Kuhn in den frühen 1960er Jahren den Geistes- und Sozialwissenschaften das Erlangen eines paradigmatischen Zustands noch abgesprochen, lässt sich dies aus heutiger Sicht für die am MPIfG seit 1984/85 praktizierte Gesellschaftsforschung nicht mehr behaupten.<sup>30</sup> In diesem Zusammenhang ließe sich die weiterführende Hypothese formulieren, dass dieses empirisch-analytische Paradigma auch Einfluss auf andere westdeutsche und später gesamtdeutsche sozialwissenschaftliche Institute und Seminare hatte. Vorweggeschickt

---

25 Strubenhoff, „The Positivism Dispute“, 2.

26 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 7.

27 Plé, *Wissenschaft und säkulare Mission*, 292; Merton, „Science and the Social Order“.

28 Gerhardt, *Talcott Parsons*.

29 Fleck, *Transatlantische Bereicherungen*, 41.

30 Kuhn, *Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, 30–32, 35–36.

werden muss, dass diese Untersuchung allenfalls einzelne Indizien für die Bestätigung dieser Hypothese liefern kann. Weitere Studien der sozialwissenschaftlichen Praktiken im Deutschland der 1980er und 1990er Jahre müssten eine breitere empirische Evidenzbasis für deren Bestätigung oder Widerlegung erbringen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei Fragenkomplexe formulieren. Der erste Komplex gruppiert sich um die Frage nach der Forschungspraxis am MPIfG in der Zeit von 1984/85 bis 1997. Es muss geklärt werden, wie die gesellschaftswissenschaftliche Wissensgenerierung am MPIfG vom Projektentwurf über die Datenerhebung bis zur Publikation der Forschungsergebnisse ablief. Dies wiederum muss ins Verhältnis gesetzt werden zur Art der sozialwissenschaftlichen Wissensgenerierung – wie diese an Universitätsinstituten oder an anderen, außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutionen betrieben wurde, etwa am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB, in den ersten Jahren: Wissenschaftszentrum Berlin) oder an einzelnen Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft. Dadurch soll die Frage beantwortet werden, ob es etwa seit Mitte der 1980er Jahre eine Spezifik der Sozialwissenschaften innerhalb der MPG gab und welche »institutionelle Identität« nach Dania Achermann bzw. welchen »institutionellen Stil« das MPIfG in diesem Zusammenhang entwickelte.<sup>31</sup>

Ein zweiter Fragenkomplex bezieht sich auf die nationalen und internationalen Netzwerke der Direktoren. Zum einen muss danach gefragt werden, inwiefern diese Netzwerke für die Wahl Mayntz', Scharpfs und Streecks als Direktoren des MPIfG ausschlaggebend waren, zum anderen, welchen Einfluss sie auf die Wissensgenerierung am MPIfG hatten. Konkret geht es um die Frage, mit welchen Soziologinnen und Politologen welcher Institute die jeweilige Direktion und ihre Mitarbeitenden kooperierten und welche Formen diese Kooperationen hatten. Zu denken wäre etwa an Sonderforschungsbereiche (SFB) oder internationale Kooperationsprojekte komparativer Art. Weiter soll die Frage behandelt werden, welche Rolle der Standort Köln für die Forschungspraxis des MPIfG spielte. Ferner gilt es zu fragen, ob das MPIfG mit anderen MPI, insbesondere solchen aus der GSWS, kooperierte. Hierbei ist zuallererst an das MPIB zu denken, das dezidiert sozialwissenschaftlich arbeitete, sowie an das MPI für psychologische Forschung, das 1980 gegründete MPI-PL und das 1995 gegründete MPIDR.<sup>32</sup> Als weitere mögliche Kooperationspartner innerhalb der GSWS ließen sich das MPI für Geschichte oder die rechtswissenschaftlichen MPI nennen. In welcher Beziehung das MPIfG mit dem MPI für ethnologische Forschung (1998 gegründet), dem MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen (1992 gegründet) und dem MPI für Wissenschaftsgeschichte (MPIWG, 1994 gegründet) stand, wird ebenfalls zu klären sein.<sup>33</sup>

---

31 Achermann, *Institutionelle Identität im Wandel*, 18–28.

32 Leendertz, „Die Politik der Entpolitisierung“, 300.

33 „Research Program History of the Max Planck Society“, 11, 56–68.

Die Anschlussüberlegung, die sich auf die sozialdemokratische Einstellung der MPIfG-Direktoren bezieht, soll abschließend kurz erläutert werden. Aus der Sekundärliteratur und den veröffentlichten Interviews ist bekannt, dass Scharpf aktives Mitglied in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) war und sozialdemokratische Kommissionen beriet.<sup>34</sup> Die Beratung der rot-grünen Koalition durch Wolfgang Streeck als SPD-Mitglied und erfahrener Gewerkschafts-, Industrie- und Verbändesoziologe ist ebenfalls bekannt.<sup>35</sup> Die Hypothese einer sozialdemokratischen Ausrichtung des MPIfG ist allerdings gerade in Bezug auf die Gründungsdirektorin erklärungsbedürftig. Denn zum einen war Mayntz kein Mitglied irgendeiner Partei, zum anderen war gerade ihre Distanz zur Politik mit ein Grund, sie als Gründungsdirektorin zu berufen, denn die Erfahrung, die die MPG mit dem als »linkspolitisiert« geltenden MPIL gemacht hatte, sollte sich unter keinen Umständen wiederholen.<sup>36</sup> Hinzu kommt, dass Mayntz in einer Zeit zur MPI-Direktorin ernannt wurde, als Vertreter der proklamierten neokonservativen »geistig-moralischen Wende« den tendenziell sozialreformerisch orientierten Sozialwissenschaften keinen bedeutenden Rang in Sachen Politikberatung mehr zusprechen wollten.<sup>37</sup> Dies bedeutet nicht, dass Mayntz vor 1985 keine politikberatenden Tätigkeiten ausgeübt hätte – von 1966 bis 1970 etwa war sie Mitglied des Deutschen Bildungsrats<sup>38</sup> –, aber ihre politikberatende Praxis orientierte sich nicht an einer spezifischen Partei und deren politischem Programm. Diese Distanziertheit gegenüber der Politik lag in der Kindheits- und Jugenderfahrung von Mayntz begründet: Sie hatte das NS-Regime in dessen Spätphase noch miterlebt und distanzierte sich nach 1945 von jeglicher Art politisch-ideologischer Vereinnahmung. Diese Abgrenzung vom Nationalsozialismus beförderte aber eine Haltung, die tendenziell kritisch gegenüber konservativen politischen Einstellungen und offen gegenüber Ideen einer progressiven und sozial gerechteren Gesellschaft war.<sup>39</sup> Mayntz hatte »zu jener wissenschaftlichen Beratungselite gehört, die sich ungefähr *ab Mitte der Sechzigerjahre* im Kontext der Reform- und Planungsprojekte der Bundesregierung« zuerst im Rahmen der großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (1966–1969), dann im Kontext der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt (1969–1974) an einer umfassenden Modernisierung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft beteiligt hatte.<sup>40</sup> Diese Offenheit gegenüber sozialdemokratischen Anliegen ermöglichte die Besetzung der zweiten Direktorenstelle und schließlich von Mayntz' Nachfolgestelle mit zwei aktiven Sozialdemokraten. Mayntz brachte 1989 ihre Einstellung in Bezug auf die Frage nach dem Verhältnis von sozialwissenschaftlichem Wissen und Politik in einer Zusammenfassung

---

34 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 12.

35 Hassel und Höpner, „Einleitung“, 22–25.

36 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 88; Leendertz, „Die Politik der Entpolitisierung“.

37 Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 979–80; Leendertz, *Pragmatische Wende*, 57–58. Vgl. auch Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, 64–66.

38 Vgl. Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 285–87, 290–91; Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 55–58.

39 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 34–35.

40 Leendertz, „Die Politik der Entpolitisierung“, 15–16. Herv. i. Orig.; vgl. Kaufmann, „Zur pragmatischen Wende“, 30–31.

der vierten Sitzung einer Konferenz zur »Lage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR« zum Ausdruck, indem sie meinte, dass »auch für Sozialwissenschaftler die Produktion von ›Verfügungswissen«, also von nutzbarem Wissen[,] nichts grundsätzlich Schlechtes« sei:

Schlecht wird das nur, wenn gefordert wird, daß man bei der Produktion dieses Wissens den wissenschaftlichen Code »wahr/falsch« nicht mehr berücksichtigen darf und etwas für Wahrheit ausgeben muß, von dem man weiß, daß es nicht belegbar ist oder gar eine Unwahrheit. Genau das aber verlangen selbst die von den politischen Parteien finanzierten Institute in der Bundesrepublik nicht, ebenso wenig wie irgendein Ministerium.<sup>41</sup>

Es ließe sich daher die Annahme plausibilisieren, dass mit der Gründung des MPIfG Ende 1984 unter Mayntz ein empirisch-analytisches sozialwissenschaftliches Paradigma im Kuhn'schen Sinne innerhalb der MPG etabliert wurde, das weitgehend unpolitisch ausgerichtet war, jedoch wissenschaftspolitische Beratung zuließ. Mit dem Antritt Scharpfs als zweiter Direktor 1986 und Streecks als Nachfolger von Mayntz entwickelte sich dieses sozialwissenschaftliche Paradigma zu einer sozialdemokratisch ausgerichteten Gesellschaftswissenschaft. Aufgrund des auch von Scharpf und Streeck geteilten Werturteilsfreiheitscredos kann aber gerade nicht von einer zunehmenden sozialdemokratischen »Politisierung« im Sinne einer Ideologisierung gesprochen werden, denn die Systemgrenzen zwischen Wissenschaft und Politik wurden gewahrt.<sup>42</sup>

## 1.1 Stand der Forschung

Die Übergangszeit vom desaströsen Ende des MPIL 1981 über das zuletzt noch bestehende Starnberger Rumpfinstitut, das vom Entwicklungspsychologen und Direktor des im selben Jahr gegründeten MPI für psychologische Forschung Franz E. Weinert geleitet und wenige Wochen später abgewickelt wurde, bis zur Gründung des MPIfG unter Renate Mayntz hat Ariane Leendertz in zahlreichen Arbeiten detailliert dargestellt.<sup>43</sup> Ein von Jens Beckert und Wolfgang Streeck herausgegebenes »Working Paper« des MPIfG, das auf Vorträge zurückgeht, die anlässlich des 25-jährigen Bestehens des MPIfG von Leendertz, dem ehemaligen MPG-Präsidenten Reimar Lüst und von Franz-Xaver Kaufmann gehalten wurden, thematisiert ebenfalls die Gründungsgeschichte des MPIfG und ergänzt die von Leendertz zuvor publizierten Arbeiten.<sup>44</sup> Die vorlie-

---

41 Renate Mayntz, Zusammenfassung der Beratungen. Konferenz »Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR – Wissenschaftliche Interessen, Forschungserfahrungen, Strukturprobleme, Kooperationswege« (05./06. November 1990 in Berlin), 4. Sitzung: Zu Problemen der Forschungsförderung und der infrastrukturellen Ausstattung der Sozialwissenschaften im vereinten Deutschland, Bl. 1–4, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 11.

42 Vgl. Weingart, *Stunde*.

43 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 7, 48–49; Leendertz, »Ein gescheitertes Experiment«; Leendertz, »Medialisierung«; Leendertz, »Geschichte des Max-Planck-Instituts«; Leendertz, »Die Politik der Entpolitisierung«; Kant und Renn, »Eine utopische Episode«.

44 Beckert und Streeck, *Die deutschen Sozialwissenschaften*.

gende Untersuchung schließt an diese Arbeiten an und setzt dort ein, wo die von Leendertz behandelte Phase der Sozialwissenschaften in der MPG endet. Zwar muss die Gründungsgeschichte des MPIfG thematisiert werden, die Untersuchung soll sich jedoch stärker auf das von Mayntz entwickelte Forschungsprogramm sowie dessen Um- und Fortsetzung durch Scharpf und Streeck beziehen.

Leendertz' Arbeiten sind von der Annahme geleitet, dass mit den gesellschaftlichen Krisenerscheinungen und -diskursen in den 1970er Jahren die Expansionsphase der Sozialwissenschaften im Allgemeinen und der Soziologie im Besonderen in der Bundesrepublik endete.<sup>45</sup> Mit Doering-Manteuffel, Raphael und Schlemmer<sup>46</sup> versteht Leendertz die Sozialwissenschaften der 1970er und 1980er Jahre als Wissenschaften »nach dem Boom«, deren Diskussionen nicht mehr durch Modernisierung, Demokratisierung, funktionale Ausdifferenzierung, Steuerung, Planung und Politikberatung charakterisiert waren, sondern durch Grenzen des Wachstums, Zweifel an der prognostischen Kraft sozialwissenschaftlicher Forschung und eine allgemeine epistemische Verunsicherung, die im Zuge poststrukturalistischer Theorien aufgetreten war.<sup>47</sup> Hinzu kam die Anfang der 1980er Jahre einsetzende »konservative und neoliberale ›Tendenzwende««, in deren Kontext zunehmend Zweifel an den gesellschaftsverändernden Möglichkeiten und der steuernden Rolle der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft aufkamen.<sup>48</sup>

Leendertz konturiert die programmatisch-inhaltliche Differenz zwischen dem abgewickelten MPIL und dem neuen MPIfG, das geradezu eine Antithese zum Starnberger Institut darstellte, in aller Deutlichkeit. Hatten die beiden Direktoren von Weizsäcker und Habermas die Forschungsschwerpunkte des MPIL einerseits auf Friedensforschung, ökologische Themen, Wissenschaftsforschung, die Grundlagen der Quantentheorie und die Ökonomie der Entwicklungsländer (Abteilung von Weizsäcker), andererseits auf ideologie- und ökonomiekritische Untersuchungen der »spätkapitalistischen« Gesellschaft, die Erzeugung und Verarbeitung von Krisen durch Verwaltung, Konflikt- und Rückzugspotentiale unter Jugendlichen und sozialwissenschaftliche Grundlagenprobleme (Abteilung Habermas) gelegt,<sup>49</sup> konzentrierte sich das MPIfG auf die empirische Institutionenanalyse, um Dynamik und Komplexität der postindustriellen Gesellschaft zu erfassen und Theorie und Empirie im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung zusammenzubringen, sowie auf die Analyse integrierter soziotechnischer Systeme. Diese Entwicklung im Umgang mit den Sozialwissenschaften innerhalb der MPG in der Phase von 1975 bis 1985 bezeichnet Leendertz als »pragmatische Wende«,<sup>50</sup> wobei sie »pragmatisch« im Sinne einer »Politik der Entpolitisierung« der Sozialwissenschaft-

---

45 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 56.

46 Doering-Manteuffel, Raphael, und Schlemmer, *Vorgeschichte der Gegenwart*; Doering-Manteuffel und Raphael, *Boom*.

47 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 10–11.

48 Leendertz, 10–11, 43; Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft*, 398–400.

49 Leendertz, „Medialisierung“, 7; Leendertz, „Die Politik der Entpolitisierung“, 293.

50 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 43.

ten innerhalb der MPG auffasst. »Entpolitisierung« meint die Abkehr von neomarxistischen Tendenzen, wie sie insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Abteilung von Habermas am MPIL vertrat.<sup>51</sup> Die vorliegende Studie teilt die Einschätzung von Leendertz, dass das MPIfG die Antithese zum Starnberger MPIL darstellte. Sie schlägt jedoch eine andere interpretative Richtung ein: Statt von einer »pragmatischen Wende« wird hier von der Etablierung eines empirisch-analytischen Paradigmas gesprochen, das gegen tendenziell ideologisch aufgeladene und normative geisteswissenschaftlich-philosophische Ansätze gerichtet war, aufgrund seines Ideals der Wertfreiheit eine erhöhte Glaubwürdigkeit in der von den Natur- und Lebenswissenschaften beherrschten MPG erzielte und auf diesem Weg eine politische Entideologisierung des am MPIfG generierten sozialwissenschaftlichen Wissens beförderte. Statt »Entpolitisierung« wird hier in epistemischer Hinsicht »politische Entideologisierung« vorgeschlagen, weil Scharpf und Streeck politisch aktive Sozialwissenschaftler waren und sind, einer neomarxistisch-linken Ideologisierung sozialwissenschaftlicher Forschung aber dennoch nicht das Wort redeten. Die Studie schließt an Britta Behms Untersuchung des MPIB in der Ära Hellmut Beckers, also bis 1981, an,<sup>52</sup> denn auch innerhalb dieses MPI vollzog sich – Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre – eine empirisch-analytische Wende.

## 1.2 Datengrundlage und Aufbau der Studie

Gerade für die auch in dieser Untersuchung zu thematisierende Gründungsära unter Renate Mayntz sind Leendertz' Arbeiten von grundlegender Bedeutung. Für die biographischen Hintergründe von Mayntz und Scharpf und ihre wissenschaftlichen Laufbahnen bis zu ihrem jeweiligen Antritt als Direktorin bzw. Direktor des MPIfG werden ihre wichtigsten (weil oft zitierten und heute zu Klassikern gewordenen) Schriften herangezogen. Für die Rekonstruktion der intellektuellen Sozialisation von Mayntz und Scharpf ist die Sachlage besonders günstig, da Mayntz in zwei Aufsätzen ihren Werdegang dargestellt hat und zudem mittlerweile zwei längere publizierte Interviews mit den beiden Direktoren des MPIfG vorliegen.<sup>53</sup> Zwei kürzere Interviews des Verfassers mit Mayntz und Scharpf vervollständigen diese Datengrundlage.<sup>54</sup> Beide Direktoren haben ihm die Erlaubnis erteilt, Einblick in ihre im Archiv der MPG (AMPG) lagernden Vorlässe zu geben. Die Vorlässe umfassen 16 bis 17 laufende Meter, eine vollständige Durchsicht konnte im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden. Stattdessen sind Korrespondenzen, Memoranden, Sitzungsprotokolle, die Forschungsprogramme, Unterlagen über

---

51 Leendertz, „Die Politik der Entpolitisierung“, 288, 293, 300–302.

52 Vgl. Britta Behm, *Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in der Ära Hellmut Beckers. Zur Genese und Transformation einer interdisziplinären Sozialwissenschaft im Kontext der Max-Planck-Gesellschaft, 1958–1981*, in Vorb.

53 Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“; Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“; Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*; Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*.

54 Gespräch zwischen Fabian Link und Renate Mayntz, MPIfG, 18.05.2020, 14–15 Uhr; Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07.05.2020, 14–15 Uhr.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie über Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler gesichtet worden, die sich unmittelbar auf das MPIfG beziehen. Anhand dieser Quellen lassen sich die nationalen und internationalen Netzwerke der beiden Direktoren und das Verhältnis des MPIfG zu anderen MPI rekonstruieren. Die Umsetzung der im jeweiligen Forschungsprogramm gesetzten Ziele lässt sich anhand der Tätigkeitsberichte in den Jahrbüchern und der umfassenderen Tätigkeitsberichte<sup>55</sup> für den Fachbeirat, die im AMPG aufbewahrt werden, sowie anhand der in der jeweiligen Zeitspanne publizierten Arbeiten der Direktoren und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachvollziehen, wobei insbesondere die hauseigene Reihe »Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln« im Vordergrund steht. Aufgrund der Fülle des vorliegenden Materials musste eine Auswahl getroffen werden, die dennoch ermöglichen soll, die zentralen Forschungsprojekte und deren Ergebnisse darzustellen. Mitberücksichtigt werden die am MPIfG eingeführten Publikationsreihen der »Discussion Papers« und ab 1996 der »Working Papers«, die nicht nur eine Vorform späterer Publikationen waren, sondern – aus der historischen Beobachterperspektive betrachtet – auch der Härtung des am MPIfG verfolgten Forschungsprogramms und damit der Konsolidierung eines bestimmten institutionellen epistemischen Stils dienen. Hinzu kommt ein Ordner aus dem Nachlass Werner Reichardt, eines Mitglieds der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« in der MPG. In diesem Ordner finden sich die die Gründung des MPIfG betreffenden Protokolle dieser Kommission.<sup>56</sup> Die Protokolle der Leitungsgremien (GSWS, Senat, Verwaltungsrat) ergänzen das Bild.

Die vorliegende Untersuchung besteht aus drei größeren Kapiteln: einem Kapitel zur Gründungsära des MPIfG unter seiner Gründungsdirektorin Renate Mayntz, dem umfangreichen Kapitel zur Phase von 1986 bis 1995 unter dem Direktorat von Mayntz und Scharpf und einem kürzeren Kapitel zur Phase von 1995 bis 1997, in der das MPIfG unter dem Direktorat Mayntz', Scharpfs und Streecks stand. Innerhalb dieser Kapitel beziehen sich die jeweiligen Unterkapitel auf die wissenschaftlichen Biographien der zwei Direktoren Mayntz und Scharpf, auf ihre Forschungsprogramme, deren praktische Umsetzung, die nationale und internationale Vernetzung des MPIfG und die Politikberatungstätigkeit. Im letzten Kapitel werden die Ergebnisse der Studie zusammengeführt und auf dieser Basis weiterführende Fragen formuliert.

---

55 »Tätigkeitsbericht« und »Jahresbericht« wurden von den Akteuren synonym verwendet, weshalb sie auch in dieser Studie mal als Tätigkeits-, mal als Jahresberichte bezeichnet werden.

56 Für den Hinweis sei Sascha Topp gedankt.

## 2 Die Gründung des MPIfG unter dem Direktorat von Renate Mayntz

Bis zum 1984 erfolgten Gründungsbeschluss eines neuen sozialwissenschaftlichen MPI in Köln existierten in der MPG zwei Institute mit einer, wenn auch nicht exklusiven, sozialwissenschaftlichen Ausrichtung: das MPIB in Berlin und das MPIL in Starnberg.<sup>57</sup> Nach Reimar Lüst, der 1984 Präsident der MPG war, wurde über Lage und Funktion der Sozialwissenschaften innerhalb der MPG zu Beginn der 1970er Jahre heftig diskutiert. Bereits bei der Aufnahme der Bildungsforschung in die MPG gingen Generalverwaltung und Präsidium zögerlich vor: Das MPIB wurde zunächst nicht als MPI gegründet, sondern direkt von der MPG betreut. Erst Ende der 1960er Jahre, nahezu zeitgleich mit der Gründung des MPIL, wurde das Institut zum vollgültigen MPI erhoben.<sup>58</sup> Aus Lüsts Erinnerungen an die 1970er Jahre gehen drei Elemente hervor, die zum Kontext der Gründung des MPIfG gehörten: Zum Ersten gewann er aus Gesprächen mit Sozialwissenschaftlern in und außerhalb der MPG den Eindruck, dass für sie die Sozialwissenschaften Ausgangspunkt dafür waren, politische Veränderungen herbeizuführen, was Lüst mit einer tendenziell linksgerichteten Ideologiebehaftetheit und Politiknähe dieser Wissenschaften verband. Zum Zweiten wurde innerhalb der MPG zu Beginn der 1970er Jahre über die Mitbestimmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Institutsleitung gestritten, und das MPIB sowie das MPIL gehörten seiner Ansicht nach zu den Hauptantriebskräften dieser Debatten.<sup>59</sup> Zum Dritten existierten in dieser Zeit im Forschungsministerium Pläne zur Gründung einer Max-Weber-Gesellschaft für Sozialwissenschaften, die, wie der Forschungsminister Klaus von Dohnanyi Lüst erläuterte, deshalb ins Leben gerufen werden sollte, weil die MPG nach Ansicht Dohnanyis nicht bereit sei, die Sozialwissenschaften stärker zu fördern.<sup>60</sup> Diese kann als Konkurrenzvorhaben in Sachen außeruniversitäre Förderung der Sozialwissenschaften interpretiert werden. Bedacht werden muss auch ein anderes Moment: Auch wenn in den 1970er Jahren die sozialwissenschaftliche Expertise in eine Krise geriet, muss für die Sozialwissenschaften dennoch festgehalten werden, dass sie spätestens in den 1970er und frühen 1980er Jahren im universitären Gefüge den traditionellen Geisteswissenschaften in Bezug auf Lehrstühle, Institute und Studiengänge den Rang abgelaufen hatten, wie die 2006 erschienene Studie von David John Frank und Jay Gabler darlegt.<sup>61</sup> Dieser Befund gilt für die Wirtschaftswissenschaften, die Humangeographie, die Politologie und die Soziologie in besonderem Maße. Das von Frank und Gabler gewählte Sample ist zwar problematisch, weil es lediglich die jeweils größte Universität eines Landes berücksichtigt und daher kleinere gegenüber größeren Ländern überrepräsentiert, der allgemeinen Tendenz nach ist ihr Befund aber stimmig.<sup>62</sup> Es ließe sich daher vermuten, dass diese Sachlage der MPG bekannt war und sie somit auf die Förderung der

---

57 Vgl. Behm, „Zu den Anfängen der Bildungsforschung“; Behm und Reh, „(Empirische) Bildungsforschung“.

58 Lüst, „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts“, 24; Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 52.

59 Scholz, *Partizipation*, 143–160.

60 Lüst, „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts“, 20–21, 23.

61 Frank und Gabler, *Reconstructing the University*.

62 Frank und Gabler, 117–43.

Sozialwissenschaften auch in einer außeruniversitären Forschungsinstitution nicht verzichten wollte.

Mitte der 1970er Jahre intensivierte sich die Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der Sozialwissenschaften innerhalb der MPG. Zum einen schlugen von Weizsäcker und Habermas die Gründung einer dritten Abteilung für »Internationale Ökonomie« am MPIL vor, was jedoch von der zuständigen Kommission abgelehnt wurde. Zum anderen standen Wechsel in der Leitung des MPIB und des MPIL bevor; für Hellmut Becker, Friedrich Edding und Dietrich Goldschmidt vom MPIB musste Ersatz gefunden werden, von Weizsäcker sollte 1980 emeritiert werden. Ans MPIB wurden in den frühen 1980er Jahren Paul B. Baltes und Karl Ulrich Mayer berufen, die fortan an der Seite Wolfgang Edelsteins und Peter M. Roeders, der als Nachfolger Saul B. Robinsohns bereits 1973 ans MPIB gekommen war, das Institut leiteten, womit eine deutliche Stärkung der sozialwissenschaftlichen und psychologisch-statistischen Ausrichtung dieses MPI einherging.<sup>63</sup> Eine 1977 eingesetzte Kommission »Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt« in der GSWS sollte für die zukünftige Gestaltung des Starnberger Instituts Empfehlungen aussprechen. Als externe Gutachter wurden auch Baltes, damals noch Psychologe an der Pennsylvania State University, und Renate Mayntz, Ordinaria für Soziologie an der Universität zu Köln, gehört.<sup>64</sup> Die Kommission empfahl 1979 folgende Punkte: Der Arbeitsbereich von Weizsäckers sollte geschlossen werden und das Institut zukünftig als grundlagenorientiertes MPI für Sozialwissenschaften mit Sitz in München firmieren. Insbesondere Mayntz sprach sich für diesen Vorschlag aus.<sup>65</sup> Diesem nun explizit sozialwissenschaftlichen MPI sollten vier Arbeitsbereiche zugeteilt werden: 1) die mikro- und makrosoziologische Theorie der individuellen und der gesellschaftlichen Entwicklung unter der Leitung von Habermas; 2) die politisch-soziologische Theorie der modernen Gesellschaft und der internationalen Beziehungen unter Ralf Dahrendorf, der im April 1978 zunächst als Gutachter für die Kommission fungierte und von Lüst nach seiner Bereitschaft gefragt wurde, diesen Arbeitsbereich zu leiten;<sup>66</sup> 3) eine politologisch-vergleichende Perspektive politischer Institutionen unter Wolfgang Schluchter; schließlich 4) eine kognitionswissenschaftliche Entwicklungspsychologie, die Franz E. Weinert leiten sollte.<sup>67</sup> Dieser Plan scheiterte, denn Dahrendorf zog seine Zusage zurück.<sup>68</sup> Auch ein weiteres, von Habermas nach der Absage Dahrendorfs um einen kulturanthropologischen Arbeitsbereich erweitertes Konzept, das wiederum vier Arbeitsbereiche umfasste, konnte nicht umgesetzt werden.<sup>69</sup> Schluchter nahm den Ruf nicht an und blieb an der Universität Heidelberg. Habermas verließ die MPG

---

63 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 90–91.

64 Leendertz, 15, 22–27.

65 Leendertz, 29–30.

66 Leendertz, 29–31.

67 Lüst, „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts“, 24–25; Leendertz, *Pragmatische Wende*, 35.

68 Lüst und Nolte, *Wissenschaftsmacher*, 190.

69 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 32–49.

nach Auseinandersetzungen mit Mitarbeitern aus der Abteilung von Weizsäcker und aufgrund der aus politischen Gründen 1973 und dann abermals 1980 erfolgten Weigerung der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, ihm eine Honorarprofessur zuteilwerden zu lassen.<sup>70</sup> Aus dem noch verbliebenen kognitions- und entwicklungspsychologischen Schwerpunkt unter Weinert ging 1981 immerhin das MPI für psychologische Forschung in München hervor.<sup>71</sup>

Im Mai 1981 wurde die Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« innerhalb der GSWS gebildet, die über die Zukunft der Sozialwissenschaften in der MPG beraten sollte.<sup>72</sup> Die Kommission, so heißt es in ihrem vierten Bericht, habe unter dem Leitgedanken gestanden, dass die Sozialwissenschaften »innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft, soweit ihre finanziellen Möglichkeiten es zulassen würden, langfristig um mehrere, neu zu institutionalisierende Schwerpunkte erweitert und damit im ganzen verstärkt gefördert« werden sollten.<sup>73</sup> Edelstein und Baltes vom MPIB engagierten sich stark in dieser Kommission, Letzterer ersetzte bald den Historiker Josef Fleckenstein als ihr Vorsitzender. Die Kommission stellte drei Konzepte möglicher sozialwissenschaftlicher MPI vor: ein MPI für kulturvergleichende Forschung, eines für vergleichende Sozialforschung und ein MPI für Institutionenanalyse. Sechs auswärtige Gutachter sollten dazu Stellung nehmen, darunter auch Renate Mayntz.<sup>74</sup> Mayntz war der MPG seit den 1970er Jahren bekannt, denn sie war Vorsitzende des Fachbeirats des MPIL gewesen. Darüber hinaus kannte der MPG-Präsident Lüst die Kölner Sozialwissenschaftlerin aufgrund ihrer gemeinsamen Mitgliedschaft im Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).<sup>75</sup> Bei den anderen auswärtigen Mitgliedern handelte es sich um den Kulturanthropologen Jack R. Goody (Cambridge), die Psychologen Theo Herrmann (Mannheim) und Walter Mischel (Stanford, ab 1983 New York) sowie die Soziologen M. Rainer Lepsius (Heidelberg) und Joachim Matthes (Erlangen-Nürnberg).<sup>76</sup> Unter dem Vorsitz von Baltes und nach dem Vorbild des neu strukturierten MPIB orientierte sich die Kommission stark an der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung, was einerseits durch die 1981 erfolgte Empfehlung des Wissenschaftsrats, die empirische Sozialforschung stärker zu fördern, untermauert wurde, andererseits zum allgemeinen Kurs der MPG seit den 1960er Jahren passte, als diese die »Grundlagenforschung als ihren

---

70 Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 241–242, 267–74.

71 Lüst, „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts“, 26; Leendertz, *Pragmatische Wende*, 87.

72 Bis 1988 beriet die Kommission über die Förderung der kognitiven Anthropologie und der Kognitionswissenschaft (»cognitive science«) in der MPG und kam zur Empfehlung der Einrichtung einer Projektgruppe. Vgl. Heinz A. Staab an die Mitglieder der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften«, 11.07.1988, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

73 Vierter Bericht der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften«: Empfehlungen zur Förderung der »Kognitionswissenschaft« (Cognitive Science) und der »Kognitiven Anthropologie« in der Max-Planck-Gesellschaft, 1985, Bl. 1–25, hier: Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

74 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 87–88, 90–91.

75 Lüst, „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts“, 23, 27. Vgl. auch Reimar Lüst an Renate Mayntz, 18.04.1994, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 26.

76 Leendertz, „Geschichte des Max-Planck-Instituts“, 89.

Daseinszweck internalisierte«, wie Jaromír Balcar schreibt.<sup>77</sup> Leendertz betont, dass das Harnack-Prinzip in dieser Kommission keine so große Rolle spielte, vielmehr stellte die Kommission sozialwissenschaftliche Forschungsprogramme ins Zentrum ihrer Überlegungen.<sup>78</sup>

1982 kam ein weiterer Vorschlag als Konkurrenzvorhaben zum geplanten sozialwissenschaftlichen MPI auf: die Gründung eines MPI für internationale Ökonomie, wie dies von Weizsäcker und Habermas als dritte Abteilung am MPIL 1975 empfohlen hatten. Der Senatsplanungsausschuss befürwortete dieses Unterfangen zwar, aufgrund der angespannten Haushaltslage zu Beginn der 1980er Jahre lehnte der Senat 1983 die Gründung dieses MPI jedoch ab. Lüst meinte dazu, dass es fast als Glück für das spätere MPIfG zu bezeichnen sei, dass die Empfehlungen der Kommission für dessen Gründung Ende 1982 noch nicht entscheidungsreif waren, weil eine solche Empfehlung 1982/83 wohl vom Senat ebenfalls abgelehnt worden wäre. Erst Ende 1983 waren die Empfehlungen der Kommission zur Gründung eines neuen sozialwissenschaftlichen MPI so weit gediehen, dass sie dem Senat am 9. März 1984 vorgelegt werden konnten.<sup>79</sup> Nachdem klar geworden war, dass die Präferenzen der Kommission auf der Verbindung von Sozialforschung und Institutionenanalyse lagen, und Balthes Mayntz, deren Name als mögliche Direktorin des neuen MPI am häufigsten gefallen war, gebeten hatte, ein entsprechendes Forschungsprogramm zu entwerfen, einigte sich die Kommission auf ihre konzeptionellen Vorschläge,<sup>80</sup> wobei die Kommissionsmitglieder ihre Fokussierung auf die Mesosozio­logie als vermittelnde Ebene zwischen Mikro- und Makrosoziologie als besonders fruchtbare Perspektive ansahen.<sup>81</sup> Auf Basis der Mehrheitsmeinung der Gutachter beschloss der Senat in erster Lesung die Gründung des neuen sozialwissenschaftlichen MPI und die Berufung von Mayntz zum Wissenschaftlichen Mitglied und zu dessen Gründungsdirektorin. Diesen Beschluss unterstützte auch der neu in den MPG-Senat gewählte ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der den Sozialwissenschaften gegenüber eher kritisch eingestellt war.<sup>82</sup> Mayntz' Wahl beruhte auch darauf, dass das MPG-Präsidium in ihrem Fall keine Bedenken hatte, mit dem neuen sozialwissenschaftlichen MPI eine ähnlich politisierte Sozialwissenschaft zu betreiben, wie dies am MPIL in Starnberg geschehen war.<sup>83</sup> Das deutliche Votum für Mayntz als Gründungsdirektorin lässt vermuten, dass das Harnack-Prinzip bei diesem Vorgang doch eine gewisse Rolle spielte. Denn ohne das Bewusstsein, dass eine herausragende Forscherpersönlichkeit im Rahmen eines MPI die Produktion vielversprechender sozialwissenschaftlicher For-

---

77 Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 11. Vgl. Sachse, „Basic Research“.

78 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 93.

79 Lüst, „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts“, 27–28.

80 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 103–4.

81 Ergebnisprotokoll der Sitzungen der Kommission ›Sozialwissenschaften‹ am 09., 10. und 11. Juli 1983 in Heidelberg, Bl. 1–15, hier: Bl. 12, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

82 Lüst, „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts“, 28; Leendertz, *Pragmatische Wende*, 88.

83 Gespräch zwischen Fabian Link und Renate Mayntz, MPIfG, 18.05.2020, 14–15 Uhr, S. 2.

schungsergebnisse garantieren würde, wäre es wohl nicht zur Gründung des MPIfG gekommen.<sup>84</sup>

Im Frühjahr 1984 bestand noch keine Einigkeit darüber, welchen Namen das neue Institut tragen sollte. Diese Frage war insofern von einer gewissen Brisanz, als die Kommission, im Einklang mit dem Senatsplanungsausschuss, in deutlicher Abgrenzung zum MPIL um einen Namen bemüht war, der keinerlei politisch-ideologische Implikationen aufwies.<sup>85</sup> Mayntz wurde gebeten, ein Memorandum zu dieser Frage zu erstellen, das sie der Kommission Ende September 1984 vorlegte. Laut Mayntz wies der bisherige Arbeitstitel des Instituts – in der Kurzfassung Max-Planck-Institut für Institutionenanalyse, in der Langfassung Max-Planck-Institut für Forschungen auf dem Gebiet der Institutionenanalyse – sprachliche Mängel auf: »[...] der Name ist in der Langfassung sprachlich schwerfällig, in der Kurzfassung wegen der schnellen Folge zweier gleichlautender Worte wenig ansprechend.«<sup>86</sup> Hinzu komme, dass damit der Gegenstand des neuen MPI nicht präzise genug bezeichnet werde, denn dieser sei ja »Gesellschaft«, und »Institutionenanalyse« gebe es auch in anderen Disziplinen:

Symptomatisch für die durch die Weite des Begriffs nahegelegten Mißverständnisse sind die Briefe, die von wirtschaftswissenschaftlicher Seite an den Präsidenten der MPG geschrieben wurden und in denen unter Bezugnahme auf den Institutsnamen Mitwirkungsansprüche geltend gemacht wurden.<sup>87</sup>

Dagegen sah Mayntz' Forschungsprogramm »ausdrücklich keine Erweiterung in Richtung auf eine wirtschaftswissenschaftliche oder juristische Institutionenanalyse« vor.<sup>88</sup> Als möglichen Namen für das neue MPI schlug Mayntz u. a. »MPI für Gesellschaftsforschung« vor. Sie gab zwar zu bedenken, dass der Begriff »Gesellschaftsforschung« durch die Tatsache belastet sein mochte, »daß in sozialistischen Ländern (DDR, VR China) statt von Sozialwissenschaften von Gesellschaftswissenschaften gesprochen« werde. Dies sei aber nur Insidern bekannt.<sup>89</sup> Eine andere Variante, »MPI für sozialwissenschaftliche Forschung«, mochte laut Mayntz in MPG-Kreisen belastet sein, weil dieser Name allzu eng an das frühere Starnberger Rumpfinstitut anschließe:

---

84 Vierhaus, „Bemerkungen“, 129.

85 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 110–15.

86 Renate Mayntz, Memorandum zur Namensgebung für das neue Max-Planck-Institut im Bereich der Sozialwissenschaften, Köln, 27.09.1984, Bl. 1–7, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 14.

87 Renate Mayntz, Memorandum zur Namensgebung für das neue Max-Planck-Institut im Bereich der Sozialwissenschaften, Köln, 27.09.1984, Bl. 3.

88 Renate Mayntz, Memorandum zur Namensgebung für das neue Max-Planck-Institut im Bereich der Sozialwissenschaften, Köln, 27.09.1984, Bl. 3.

89 Renate Mayntz, Memorandum zur Namensgebung für das neue Max-Planck-Institut im Bereich der Sozialwissenschaften, Köln, 27.09.1984, Bl. 4.

Ich glaube zwar nicht, daß es vielen bewußt ist, daß das Starnberger Institut in seiner letzten Phase diesen Namen trug, und würde selbst vor einer solchen Wiederaufnahme nicht zurückschrecken. Es wäre jedoch verständlich, wenn man in Kreisen der MPG darüber anders denkt.<sup>90</sup>

Mayntz erschien »MPI für Gesellschaftsforschung« als am wenigsten belastet. Dieser Name hätte »außerdem den Vorteil, den Erkenntnisgegenstand, die gesellschaftliche Orientierung meines Forschungsprogramms deutlich zu bezeichnen.«<sup>91</sup> Am Ende ihres Memorandums schlug sie fünf Bezeichnungen vor, die sie für gleichermaßen akzeptabel hielt: 1) MPI für Gesellschaftsforschung; 2) MPI zur Erforschung der Dynamik sozialer Systeme; 3) MPI für sozialwissenschaftliche Forschung; 4) MPI für Gesellschafts- und Institutionenanalyse und 5) MPI für die Erforschung sozio-technischer [sic] Systeme.<sup>92</sup>

In der Sitzung der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« am 8. und 9. November 1984 in Saarbrücken erklärte der Kommissionsvorsitzende Baltés, dass nur »die Alternative ›Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung‹ oder ›für sozialwissenschaftliche Forschung‹ zur Debatte stehe. In der abschließenden Abstimmung »votierte die Kommission einstimmig mit einer Enthaltung für den ersten Vorschlag, ohne daß [...] auf dieser Empfehlung bestanden werden solle«. Für die Wahl des ersten Vorschlags spreche,

daß ihm die Präferenz von Frau Mayntz gelte, daß dieser Name mit dem Begriff »Gesellschaft« eine Bestimmung des Forschungsgegenstandes enthalte und daß nicht zuletzt mit der Übersetzung »societal research« ein gutes englisches Äquivalent gegeben sei. [...] Bedenken gegen ein ideologisch besetztes Verständnis von »Gesellschaftsforschung« könnten zurücktreten.<sup>93</sup>

Die Kommission und die GSWS folgten dieser Präferenz, »ohne davon allzu überzeugt zu sein, doch bessere Alternativen fanden auch sie nicht«, wie Leendertz schreibt.<sup>94</sup> Die ausgiebigen Diskussionen darüber, welchen Namen das neue sozialwissenschaftliche MPI tragen sollte, und die Bedenken im Hinblick auf dessen politisch-ideologische Konnotationen sind Evidenz dafür, dass das MPIfG in der Tat die Antithese zum abgewickelten Starnberger MPIL darstellte.<sup>95</sup>

---

90 Renate Mayntz, Memorandum zur Namensgebung für das neue Max-Planck-Institut im Bereich der Sozialwissenschaften, Köln, 27. 09. 1984, Bl. 5.

91 Renate Mayntz, Memorandum zur Namensgebung für das neue Max-Planck-Institut im Bereich der Sozialwissenschaften, Köln, 27. 09. 1984, Bl. 5.

92 Renate Mayntz, Memorandum zur Namensgebung für das neue Max-Planck-Institut im Bereich der Sozialwissenschaften, Köln, 27. 09. 1984, Bl. 6.

93 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« am 08. und 09. November 1984 in Saarbrücken, Bl. 1–10, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

94 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 115.

95 Leendertz, »Die Politik der Entpolitisierung«, 293.

## 2.1 Wissenschaftliche Laufbahn von Renate Mayntz bis 1984

Ziel dieses Unterkapitels ist, Renate Mayntz' empirisch-analytisches sozialwissenschaftliches Denken herzuleiten, das für das Forschungsprogramm, das Mayntz dem MPIfG zugrunde legte, richtungsweisend war. Vier Elemente sollen dabei ins Zentrum der Betrachtung gerückt werden: 1) Mayntz' Zugehörigkeit zu einer spezifischen Generation von Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern im nachkriegszeitlichen Westdeutschland und die damit verbundene Generationserfahrung; 2) ihre sich bereits früh entwickelnde Sympathie für die Naturwissenschaften und ihre Hinwendung zur Soziologie; 3) ihre amerikanische Erfahrung und die damit zusammenhängende internationale Ausrichtung ihrer sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis; 4) ihre intellektuelle Entwicklung zur Organisationssoziologin, Verwaltungswissenschaftlerin und Institutionenforscherin, die für ihre Wahl zur Gründungsdirektorin des MPIfG ausschlaggebend war.

1) Renate Mayntz ist Jahrgang 1929 und gehört somit zur selben Generation von Sozialwissenschaftlern, der auch Jürgen Habermas (geb. 1929), Ralf Dahrendorf (geb. 1929), Niklas Luhmann (geb. 1927), M. Rainer Lepsius (geb. 1928), Karl Martin Bolte (geb. 1925) oder ihr späterer Kollege am Institut für Angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln Erwin K. Scheuch (geb. 1928) zuzurechnen sind.<sup>96</sup> Sie hatten die Spätphase des NS-Regimes und damit den Zweiten Weltkrieg als Jugendliche miterlebt, oft als Flakhelferinnen, Mitglieder der Hitlerjugend oder, wie im Falle von Mayntz, als Jungmädels.<sup>97</sup> A. Dirk Moses hat diese Generation die »Forty-Fivers« genannt, »who constituted the first postwar generation of university students«.<sup>98</sup> Unter »Generation« wird hier in Anlehnung an Karl Mannheims Generationenkonzept nicht nur die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Alterskohorte verstanden, vielmehr verweist dieser Begriff auch auf bestimmte soziokulturelle und politisch-ideologische Erfahrungen.<sup>99</sup> Nüchternheit im Sinne eines neuen Realitätsbewusstseins sowie Distanziertheit gegenüber Ideologien, spekulativen Philosophien und metaphysischen Ideensystemen, wie dies Helmut Schelsky retrospektiv für die Erklärung seiner nach 1945 erfolgten Hinwendung zur empirischen Soziologie als »Wirklichkeitswissenschaft« beschrieben hatte,<sup>100</sup> sind kennzeichnende Merkmale für diese Generation, wenn auch unter leicht anderen Vorzeichen: Im Unterschied zum deutlich älteren Schelsky waren die »Forty-Fivers« weniger tief in die NS-Politik verstrickt; stattdessen war für sie die Ablehnung von Kollektivismus und damit des Hitlerregimes habituell ausschlaggebend. Das gilt auch für Mayntz, die im von Ariane Leendertz und Uwe Schimank geführten Interview betont, dass ihre Kindheits- und Jugenderfahrung von Gewalt und wie dagegen anzugehen war, sowie die Frage, wie es zum Nationalsozialismus und zu Auschwitz hatte kommen können, für

---

96 Schäfers, „Mayntz“, 302.

97 Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 226.

98 Moses, *German Intellectuals and the Nazi Past*, 9; Leendertz, *Pragmatische Wende*, 62–64.

99 Hodenberg, „Politische Generationen“, 268–71.

100 Schelsky, *Thomas Hobbes*, 9, 11.

ihren wissenschaftlichen Werdegang zentral gewesen seien.<sup>101</sup> Diese Generation von westdeutschen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern entwickelte sich zu überzeugten Demokraten, die Moderne und Fortschritt begrüßten. Auch Mayntz verstand und versteht sich als progressive Demokratin.<sup>102</sup> Sie habe sich auch »immer sehr nachdrücklich« mit ihrer »Alterskohorte in der Profession identifiziert«, wie sie einmal gegenüber Wolfgang Zapf betonte.<sup>103</sup> Diese generationelle Einordnung korrespondiert mit der von Balcar herausgearbeiteten dritten wissenschaftlichen Generation (von insgesamt vier solcher Generationen) von MPI-Direktorinnen und Direktoren, mit der die Internationalisierung der Wissenschaft einsetzte und zu der auch Fritz W. Scharpf zu zählen ist. Mit deren internationaler, vor allem aber amerikanischer Forschungserfahrung stellte sich, so Balcar, auch eine größere Offenheit für die kollegiale Leitung eines MPI ein, die sich in den MPI ab 1964 etablierte.<sup>104</sup>

2) Diese Distanziertheit gegenüber spekulativ-metaphysischen Ideen trug sicher zu einer Sympathie für die Naturwissenschaften bei.<sup>105</sup> Das Interesse für Naturwissenschaften und Technik hatte bei Mayntz aber auch einen familiären Hintergrund. Ihr Vater, der Ingenieur für Maschinenbau Walter Pflaum, war 1937 zum Ordinarius für Schiffsmotoren an die Technische Hochschule (TH) Berlin-Charlottenburg berufen worden. 1950/51 wurde er Rektor der daraus hervorgegangenen Technischen Universität Berlin (TU Berlin). Auch ihr Bruder wählte den Ingenieurberuf.<sup>106</sup> Am Ende ihrer Gymnasialzeit sympathisierte sie erst mit der Psychotherapie, dann mit der Medizin. Die Humboldt-Universität (HU Berlin) verweigerte ihr allerdings einen Studienplatz, weshalb sie zunächst an der TU Berlin ein Chemiepraktikum absolvierte, um danach trotzdem noch zur Medizin wechseln zu können.<sup>107</sup> Als sie 1948 in die Vereinigten Staaten ans Wellesley College ging, war ihr Hauptfach weiterhin Chemie, daneben belegte sie auch Soziologie.<sup>108</sup> In Amerika entwickelte Mayntz ein objektiviertes Verständnis des Sozialen. In der 1998 veröffentlichten autobiographischen Reflexion ihrer sozialwissenschaftlichen Karriere betont sie, dass ihr Verständnis von Sozialwissenschaft ein empirisches sei: Die Sozialwissenschaft stelle Fragen an die Wirklichkeit, »die durch empirische Forschung zu beantworten sind. Als empirische Wissenschaft ist sie scharf abgesetzt von jeder Metaphysik.« Ihre Definition von Sozialwissenschaft orientierte sich dabei »eher am Modell von Naturwissenschaften« als

---

101 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 24. Vgl. Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 226. Am deutlichsten schlug dieses Anliegen in einem 1970 publizierten Aufsatz nieder. Vgl. Mayntz, „Role Distance“.

102 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 62, 65, 75.

103 Renate Mayntz an Wolfgang Zapf, 23.05.1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

104 Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 25–26.

105 Vgl. Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 232.

106 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 88. Vgl. auch Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 225.

107 Gespräch zwischen Fabian Link und Renate Mayntz, MPIfG, 18.05.2020, 14–15 Uhr, S. 1; Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 88; Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 285.

108 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 285.

Abgrenzung gegen jegliche Ideologien, was auch linke Gesinnungsethik im Umfeld der Studentenprotestbewegung der späten 1960er Jahre miteinschloss. Das Forschungsziel einer so gear- teten Sozialwissenschaft war laut Mayntz, verallgemeinerungsfähige Aussagen zu entwickeln, ohne dabei positivistisch zu sein.<sup>109</sup> Zu dieser Ausrichtung gehörte auch ihre Bevorzugung kooperativen Arbeitens in größeren Forschungszusammenhängen, das sie erstmals im UNESCO- Institut für Sozialwissenschaften in Köln kennengelernt hatte, weil sie damit die Erwartung verband, »auf diese Weise dem bedauerlichen Mangel an kumulativem Erkenntniszuwachs, der mir für Soziologie und Politikwissenschaft typisch zu sein scheint, entgegenzuwirken.«<sup>110</sup>

Mayntz' Definition von Sozialwissenschaft als eine empirische und analytisch ausgerichtete Disziplin im Westdeutschland des frühen Kalten Kriegs entsprach der allgemeinen Ausrich- tung in den Sozialwissenschaften nach 1945. Leendertz schreibt dazu: »Die empirische Sozial- forschung war [...] für die aufstrebende Generation in der bundesrepublikanischen Soziologie attraktiv, weil sie modern, ideologiefrei und demokratisch erschien.«<sup>111</sup> Selbst für einen so vehe- menten Kritiker dieser Art der sozialwissenschaftlichen Wissensgenerierung wie den aus dem amerikanischen Exil nach Frankfurt am Main zurückgekehrten Theodor W. Adorno konnte die empirische Sozialforschung in der frühen Nachkriegszeit demokratisierende Wirkung ent- falten.<sup>112</sup>

3) Wie für andere Sozialwissenschaftler, aber auch für zahlreiche Historiker ihrer und der nächstjüngeren Generation,<sup>113</sup> war die Erfahrung, Teile ihres Studiums in den Vereinigten Staaten absolviert zu haben, prägend für Renate Mayntz. Von 1948 bis 1950 studierte sie am Wellesley College und schloss ihr Studium mit dem B. A. ab. 1958/59 war Mayntz Rockefeller- Stipendiatin an der Columbia University in New York, der University of Michigan in Ann Arbor und der University of California, Berkeley. 1959/60 erhielt sie eine Gastprofessur an der Colum- bia University.<sup>114</sup> Nach weiteren Gastprofessuren in Edinburgh und Santiago de Chile wurde Mayntz 1968 abermals als Gastprofessorin nach New York berufen, dieses Mal auf den Theodor- Heuss-Lehrstuhl an der New School for Social Research. Darüber hinaus verbrachte sie das akademische Jahr 1982/83 als Gastprofessorin an der Stanford University.<sup>115</sup> Die Erfahrung des freiheitlichen amerikanischen Lebensgefühls bildete für Mayntz einen scharfen Kontrast zu ihrer Kriegs- und Nachkriegserfahrung. Die Amerikaner waren für sie weniger hierarchisch,

---

109 Mayntz, 286–87. Zur seit dem späten 19. Jahrhundert diskutierten Frage nach der natur- oder geisteswissenschaftlichen Ausrichtung von Erkenntnisgewinnung siehe Windelband, *Geschichte und Naturwissenschaft*; Rickert, *Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft*.

110 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 289.

111 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 66. Vgl. generell zum Thema Weischer, *Das Unternehmen ‚Empirische Sozialforschung‘*.

112 Adorno, „Zur gegenwärtigen Stellung der empirischen Sozialforschung in Deutschland“, 487–480. Vgl. Dahms, *Positivis- musstreit*, 285–87; Weyer, *Westdeutsche Soziologie*, 121.

113 Vgl. Stelzel, *History after Hitler*.

114 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 65.

115 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 13–14.

weniger rigide: »Jetzt lernte ich plötzlich: Du kannst, du kannst etwas entscheiden und es dann tun. Du hast es selbst in der Hand.«<sup>116</sup> Die amerikanische Erfahrung habe auch ihre »normativen Vorstellungen von Hochschulorganisation und der Beziehung zwischen Professoren und Studenten« nachhaltig beeinflusst. So begrüßte sie auch bestimmte Reformbestrebungen der Studentenprotestbewegung der späten 1960er Jahre, die auf eine Demokratisierung der Universitätsstrukturen abzielten.<sup>117</sup> Auch epistemisch orientierte sie sich an den zeitgenössischen amerikanischen Sozialwissenschaften.<sup>118</sup>

4) Mayntz studierte zunächst Chemie, weil es das Fach Soziologie damals in Berlin nicht gab. Soziologische Vorlesungen hörte sie erstmals am Wellesley College.<sup>119</sup> An das Lernpensum im Fach Chemie gewöhnt, fiel ihr das Soziologiestudium leicht.<sup>120</sup> Nach ihrer Rückkehr an die TU Berlin im Herbst 1950, wo sie ihr Studium der Chemie zunächst weiterführte, entschied sie sich 1951, zur Soziologie an der Freien Universität Berlin (FU Berlin) zu wechseln. In den Nebenfächern studierte sie Psychologie und Publizistik.<sup>121</sup> 1953 promovierte sie mit dieser Fächerkombination bei Otto Stammer,<sup>122</sup> der 1933 seines Postens als Bildungssekretär der SPD, Bezirk Mittelschlesien, enthoben worden war und der die Politische Soziologie im nachkriegszeitlichen Westdeutschland maßgeblich mitbegründet hatte. 1949 hatte er sich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WiSo-Fakultät) der FU Berlin für das Fach Soziologie habilitiert.<sup>123</sup> Stammer förderte die Lektüre Max Webers,<sup>124</sup> gleichzeitig waren die sozialpsychologische Vorurteilsforschung und die Wissenssoziologie, wie sie der ebenfalls an der FU Berlin als Privatdozent lehrende Hans-Joachim Lieber vertrat, wichtige Orientierungspunkte für Mayntz' intellektuelle Entwicklung.<sup>125</sup> Webers Werturteilsprinzip bejahte sie »gewissermaßen als Norm kognitiver Hygiene, nicht obwohl, sondern gerade weil mir bewußt war, daß bereits das notwendig selektive Erkenntnisinteresse faktisch Wertungen impliziert«.<sup>126</sup>

Mayntz' Priorität war die Forschung. Von 1953 bis 1957 arbeitete sie am Kölner UNESCO-Institut für Sozialwissenschaften, eine Stelle, die ihr eher zufällig zuteilwurde. Sie wurde als zusätz-

---

116 Leendertz und Schimank, 30. Vgl. Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 228.

117 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 287–88; Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 51.

118 Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 230.

119 Mayntz, 228.

120 Gespräch zwischen Fabian Link und Renate Mayntz, MPIfG, 18. 05. 2020, 14–15 Uhr, S. 1.

121 Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 229.

122 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 285–87.

123 Link, „Die multiple Epistemologie“, 107–8.

124 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 59.

125 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 287; Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 230.

126 Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 231.

liche Mitarbeiterin an einem bereits laufenden und von Gerhard Wurzbacher, dem ehemaligen Assistenten Schelskys an der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft,<sup>127</sup> geleiteten Projekt eingestellt. Aus dieser Zusammenarbeit ging das gemeinsam mit Wurzbacher publizierte Buch *Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung* von 1954 hervor. Daran schloss eine Untersuchung der sozialen Schichtung der Stadt Euskirchen an, mit der sich Mayntz 1957 bei Stammer habilitieren sollte und die 1958 als Buch erschien. Die Habilitation an der FU Berlin erfolgte eher auf Drängen Stammers als auf eigenen Wunsch, weil die Lehre für sie »immer mehr Pflicht als Kür« war.<sup>128</sup> Daneben verfasste sie eine kleinere Schrift zur Soziologie der modernen Familie, die bereits 1955 erschien.<sup>129</sup> In diesen Büchern behandelte Mayntz keine frei gewählten Themen, vielmehr müssen diese als Gelegenheitsarbeiten angesehen werden. Retrospektiv meinte sie, dass in dieser Phase ihrer sozialwissenschaftlichen Laufbahn noch kein roter Faden zu erkennen gewesen sei; die Entscheidung, an diesen Themen zu arbeiten, habe vielmehr auf pragmatischen Überlegungen beruht. Weder die Gemeindestudien noch die Familiensoziologie sollte sie später wieder aufgreifen.<sup>130</sup>

Das erste nach der Dissertation frei gewählte Thema war die Untersuchung eines CDU-Kreisverbands in Berlin, die 1959 unter dem Titel *Parteigruppen in der Großstadt* erschien. In den 1950er und frühen 1960er Jahren entwickelte Mayntz ihr Interesse für Organisationen als strukturierte soziale Gebilde auf der Mesoebene.<sup>131</sup> Ihre Hinwendung zur Organisationssoziologie erfolgte während der zwei Jahre, die sie in New York, Ann Arbor, Berkeley und schließlich als Gastprofessorin an der Columbia University zubrachte. In dieser Zeit knüpfte sie teils freundschaftliche Beziehungen zu Robert K. Merton, Reinhard Bendix, Amitai Etzioni, der unter dem Namen Werner Falk in Köln geboren worden war und dessen Eltern 1936 vor den Nationalsozialisten nach Palästina geflohen waren, sowie Daniel Bell und der damals linksliberalen Gruppe der New York Intellectuals.<sup>132</sup> Zu einzelnen dieser amerikanischen Bekannten hielt sie auch in ihrer Zeit als Direktorin des MPIfG Kontakt, etwa zu Etzioni und Bell.<sup>133</sup>

1960 begann sie mit ihrer Lehrtätigkeit im Rahmen einer Diätendozentur an der FU Berlin, die aufgrund eines Rufs von der Universität Mainz 1965 in ein Ordinariat für Soziologie umgewandelt wurde.<sup>134</sup> In ihrer Zeit an der FU Berlin entwickelte sich Mayntz zur Organisationssoziolo-

---

127 Zu Wurzbacher und seiner Verstrickung mit dem NS-Regime siehe Klingemann, *Soziologie und Politik*, 23.

128 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 288.

129 Mayntz, „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“, 232–33.

130 Renate Mayntz an Uta Gerhardt, 14.05.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 26.

131 Renate Mayntz an Uta Gerhardt, 14.05.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 26.

132 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 7–8, 47; Neun, *Daniel Bell und der Kreis*.

133 Vgl. Renate Mayntz an Amitai Etzioni, 30.06.1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7; Renate Mayntz an Daniel Bell, 29.01.1992; Renate Mayntz an Jane Bendix, 06.03.1991, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12. Vgl. Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 59.

134 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 287–88.

gin, die damit für Westdeutschland neue Standards setzte, weil sie die deutsche Tradition einer sozialwissenschaftlichen Beschäftigung mit Organisation (Götz Briefs, Johann Plenge, Rolf Erdmann, Heinrich Nicklisch) überwand und die Soziologie der Organisation vom dominanten Weber'schen Idealtyp der Bürokratie analytisch differenzierte.<sup>135</sup> Ihr 1963 publiziertes, Lehrbuchcharakter annehmendes Werk *Soziologie der Organisation* sollte bis 1974 mehrmals neu aufgelegt werden. 2018 erschien abermals eine Neuauflage. Unter »Organisation« verstand Mayntz »eine für die moderne Gesellschaft höchst bedeutsame Kategorie struktureller Einheiten aus allen sozialen Erscheinungsformen«, die einerseits für »die stark differenzierte, leistungsorientierte Industriegesellschaft ein notwendiges Ordnungsmittel« darstelle, andererseits ein »wichtiges Element gesellschaftlicher Dynamik« gewesen sei.<sup>136</sup> Mit ihren beiden Arbeiten zur Organisationssoziologie, dem 1968 von ihr herausgegebenen und eingeleiteten Sammelband *Bürokratische Organisation* und dem zusammen mit Rolf Ziegler verfassten Artikel »Soziologie der Organisation« für René Königs *Handbuch der empirischen Sozialforschung* von 1969, etablierte sie ihren organisationssoziologischen Ansatz in den westdeutschen Sozialwissenschaften.<sup>137</sup> Bernhard Schäfers beschreibt Mayntz' Organisationssoziologie als eine systemtheoretisch unterlegte, die mit den analytischen Kategorien des Strukturfunktionalismus operiere und damit an den amerikanischen Stand der meist an Talcott Parsons orientierten Organisationssoziologie anschließe.<sup>138</sup> Zur Spezifizierung dieses Ansatzes muss angeführt werden, dass Mayntz im Unterschied zu Parsons keine modernisierungstheoretischen Prämissen vertrat. Im Mai 1994 schrieb sie an Burkart Lutz, dass sie mit Modernisierungstheorien nie viel anfangen können, zumal der »Glaube an den zivilisatorischen Fortschritt« sicher nicht »erst kürzlich, sondern spätestens in den 30er Jahren zerbrochen« sei. Insbesondere ihre Generation sei »in einer Umwelt aufgewachsen, die sehr viel eher durch vielfältige und auch so erlebte Barbarismen als durch den Anschein fortschreitender Zivilisierung beeindruckte«.<sup>139</sup> Insofern war Mayntz eine Denkerin der Ordnung demokratischer Organisation von Gesellschaft, was eine homologe Position zu Niklas Luhmann darstellte, der mit Mayntz die Erfahrung des NS-Regimes und des Zweiten Weltkriegs teilte und der zu einem späteren Zeitpunkt seinem Staunen darüber Ausdruck gab, dass in der Gesellschaft »überhaupt etwas zustande kommt«.<sup>140</sup>

Den weiteren Verlauf ihrer intellektuellen Entwicklung skizzierte Mayntz als einen »von der Organisationssoziologie über die Policy-Forschung zur Implementationsforschung und zur Verwaltungssoziologie«.<sup>141</sup> Sie bewegte sich in den 1960er Jahren von den Kerngebieten der

---

135 Schäfers, „Mayntz“, 302. Vgl. Mayntz, *Soziologie der Organisation*, 27–28.

136 Mayntz, *Soziologie der Organisation*, 7.

137 Schäfers, „Mayntz“, 303.

138 Schäfers, 303. Vgl. Mayntz, *Soziologie der Organisation*, 31.

139 Renate Mayntz an Burkart Lutz, 30.05.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 26.

140 Luhmann, „Am Ende“, 151.

141 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 288–89.

Soziologie weg und wandte sich zunächst der Policy-Forschung zu, die politische Ziele, Initiativen und Entscheidungsprozesse untersucht. Spätestens in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gehörte sie zu den wichtigsten Vertreterinnen einer sozialwissenschaftlich orientierten Politologie. Mayntz' erster Beitrag zur Policy-Forschung war eine Studie des Bundespresseamts, danach folgte ein Gutachterauftrag von einer beim Bundesministerium des Innern (BMI) angesiedelten Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechtes (1970–1973), für die sie in Zusammenarbeit mit Luhmann eine umfangreiche Studie anfertigte.<sup>142</sup> Ab 1969 führte Mayntz auch gemeinsam mit Fritz W. Scharpf eine Untersuchung für die vom Bundeskabinett eingesetzte Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform durch.<sup>143</sup> Danach kamen empirische Untersuchungen von Vollzugsbehörden im Umweltschutz hinzu.<sup>144</sup> 1971 wurde sie auf den Lehrstuhl für Organisationssoziologie an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer berufen, wo sie bis 1973 blieb.<sup>145</sup> Die dort praktizierte Verwaltungsforschung war eine Mischung aus Soziologie, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft.<sup>146</sup> Luhmann, der ebenfalls an dieser verwaltungswissenschaftlichen Hochschule gearbeitet hatte, war damals bereits Professor für Soziologie an der 1969 gegründeten Reformuniversität Bielefeld. Mayntz sollte ihn im Rahmen von Besuchen in Bielefeld kennenlernen – ein Kontakt, der sich nachhaltig auf ihre intellektuelle Entwicklung auswirkte. Luhmann und Mayntz arbeiteten über Jahre zusammen, nicht in empirischer Hinsicht, aber in Bezug auf seinen soziologisch-systemtheoretischen Ansatz, mit dem sie sich zwar intensiv auseinandersetzte, sich damit »aber nie fraglos identifiziert« hatte.<sup>147</sup> 1973 wurde sie Ordinaria und Mitdirektorin des Instituts für Angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln, das sie zusammen mit Erwin K. Scheuch leitete.<sup>148</sup>

Die Zeit der 1960er und frühen 1970er Jahre wird für die Bundesrepublik als Phase der Planungseuphorie beschrieben,<sup>149</sup> in der die Kopplungen zwischen Wissenschaft, insbesondere Sozialwissenschaft, und Politik enger wurden. Die Zeitgenossen wurden »von der Überzeugung angetrieben, politische Entscheidungen mit Hilfe wissenschaftlichen Wissens optimieren und die Politik rationaler, effizienter, vorausschauend und damit ›besser‹ machen zu können«.<sup>150</sup> Zahlreiche Beratungs- und Sachverständigengremien sowie Kommissionen wurden gebildet, die als Schnittstellen zwischen wissenschaftlichem Wissen und politischem Han-

---

142 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 60.

143 Leendertz und Schimank, 56–57.

144 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 288–89; Schäfers, „Mayntz“, 303.

145 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 14.

146 Leendertz und Schimank, 61.

147 Leendertz und Schimank, 59.

148 Schäfers, „Mayntz“, 302. Vgl. Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*.

149 Vgl. etwa Metzler, „Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit“.

150 Leendertz, „Experten“, 343.

deln fungierten.<sup>151</sup> Mayntz' wissenschafts- und bildungspolitische Beratungspraxis, die sie ab den 1960er Jahren ausübte, stand im Zusammenhang mit den auf sozialwissenschaftliche und politologische Expertise gestützten Reformbemühungen in der öffentlichen Verwaltung: 1966–1970 war sie Mitglied des Deutschen Bildungsrats, 1969–1975 der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, 1970–1973 der Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts, schließlich 1974–1980 des Senats und des Hauptausschusses der DFG.<sup>152</sup> In der DFG-Senatskommission für Empirische Sozialforschung entwickelte Mayntz Pläne für die gezielte Förderung von Forschungsverbänden, die für eine längere Zeitspanne »die gemeinsame Arbeit einer größeren Zahl von Forschern an einem auf Projektebene in seine einzelnen Facetten differenzierten Thema ermöglichen« sollten. Aus diesen Bemühungen entstand 1976 der Verbund zur Implementationsforschung, den Mayntz zusammen mit Scharpf entwickelte und den sie über mehrere Jahre koordinierte.<sup>153</sup> Weiter unten wird deutlich werden, dass dieses wissenschaftspolitische Anliegen sowohl für die Konzeptualisierung des MPIfG als auch für Mayntz' wissenschaftspolitisches Engagement außerhalb dieses Instituts richtungsweisend sein sollte.

Die sozialwissenschaftlichen Experten verloren seit den frühen 1970er Jahren in der Öffentlichkeit und der Politik an Autorität, weil, wie Leendertz schreibt,

sich viele ihrer Prognosen als falsch erwiesen, mit wissenschaftlicher Expertise erstellte politische Programme in der Umsetzung scheiterten und zunehmend konkurrierende Experten sowie »Gegenexperten« auftraten, die zeigten, wie politisierbar im parteipolitischen, ideologischen Sinne des Wortes wissenschaftliches Wissen sein konnte.<sup>154</sup>

Dies bedeutet nicht, dass die Zahl der Beratungsgremien abgenommen hätte, im Gegenteil: Sie nahm laufend zu. Aber das Feld der sozialwissenschaftlichen Experten wurde unübersichtlicher und pluralistischer.<sup>155</sup> In den mittleren und späten 1970er Jahren begannen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler vermehrt, an der »Validität ihrer Theorien und Methoden sowie an der Möglichkeit halbwegs gesicherter Entwicklungsprognosen zu zweifeln«, womit eine allgemeine Fortschrittskepsis einherging.<sup>156</sup> Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit der aus der Perspektive zahlreicher sozialwissenschaftlicher Akteure sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Vereinigten Staaten deutlich gesteigerten gesellschaftlichen Komplexität, auf die es neue theoretische und empirisch-analytische sowie tech-

---

151 Leendertz, 343. Vgl. auch Leendertz, 359–360.

152 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 13–14.

153 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 289.

154 Leendertz, „Experten“, 360.

155 Leendertz, 366.

156 Leendertz, 361. Vgl. Leendertz, 363.

nisch-methodologische Antworten zu finden galt.<sup>157</sup> In den öffentlichen Diskursen etablierten sich Vorstellungen von einer neuen »Unregierbarkeit« der demokratischen Staaten, einer generellen Krise der Demokratie und einer »konservativen Tendenzwende«.<sup>158</sup> So traten denn auch ab Mitte der 1970er Jahre »Komplexität« und »Dynamik« als Schlüsselbegriffe in Mayntz' Veröffentlichungen auf. Besonders ihre Untersuchungen der Implementation politischer Programme und Maßnahmen des Umweltschutzes hatten gezeigt, dass der politische Entscheidungsprozess ausschließlich als »komplexer kollektiver Handlungsprozess« zu analysieren sei, der eine wahrscheinliche Prognose seiner Wirkungen kaum mehr zulasse.<sup>159</sup> Diese Sachlage bedeutete auch, dass ein an der analytischen Wissenschaftstheorie orientiertes Testen von Hypothesen und das Herausarbeiten von eindeutigen Kausalzusammenhängen für solch komplexe Gegenstände wie Policy-Prozesse und funktionale gesellschaftliche Systeme kaum mehr tragfähig waren.<sup>160</sup> Am Ende der 1970er Jahre musste in den Sozialwissenschaften nach Lösungen gesucht werden, um die Eigendynamik der gesellschaftlichen Funktionssysteme und die Komplexität von deren Zusammenspiel sowohl theoretisch als auch empirisch erfassen und analysieren zu können.

Ein solcher Gegenstand war die moderne Informationstechnik, die Mayntz ab Mitte der 1970er Jahre nicht mehr als von anderen Gesellschaftssystemen isoliertes, sondern als gesellschaftlich integriertes Phänomen, als soziotechnisches System, auffasste.<sup>161</sup> Sie hatte sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre im Rahmen ihrer Funktion als Vorsitzende der DFG-Senatskommission für Empirische Sozialforschung der soziologischen Technikforschung zugewandt. Auf Anregung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) trat sie für die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Technik ein, die zu jener Zeit in der Bundesrepublik noch wenig entwickelt war.<sup>162</sup> In einem größeren Forschungsprojekt, das sie vor dem Wechsel von der Universität zu Köln zur MPG in Zusammenarbeit u. a. mit Jürgen Feick, der Mayntz ans MPIfG begleiten sollte, durchgeführt hatte, kombinierte sie eine verwaltungssoziologische mit einer techniksoziologischen Fragestellung.<sup>163</sup> Es ging darin um die Rolle von Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung, Auftraggeber war die Bonner Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD).<sup>164</sup> Die soziologische Technikforschung sollte ein zentrales Element in Mayntz' Forschungsprogramm für das MPIfG werden.

---

157 Vgl. Leendertz, „Komplexitätssyndrom“.

158 Metzler, „Staatsversagen und Unregierbarkeit“; Leendertz, *Pragmatische Wende*, 52.

159 Zitiert nach Leendertz, *Pragmatische Wende*, 106.

160 Leendertz, 108.

161 Leendertz, 109.

162 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 289.

163 Mayntz, 289.

164 Vgl. Mayntz u. a., *Informations- und Kommunikationstechnologien*.

Zu dem Zeitpunkt, als die MPG Renate Mayntz zur Gründungsdirektorin des MPIfG berief, war sie als Expertin für Organisationssoziologie und sozialwissenschaftliche Institutionenanalyse sowie als Implementationsforscherin und Verwaltungswissenschaftlerin eine Autorität im westdeutschen und auch internationalen Feld der Sozialwissenschaften.<sup>165</sup> Sie war Mitglied sowohl der wichtigsten Fachgesellschaften als auch bedeutender wissenschaftspolitischer Gremien und Kommissionen und hatte, neben einigen größeren Forschungsprojekten, zusammen mit Scheuch ein soziologisches Institut geleitet. Die Liste ihrer Publikationen umfasste 1984/85 weit über 70 Titel, von denen nicht wenige in andere Sprachen übersetzt und auf Deutsch mehrfach aufgelegt worden waren. Außerdem hatte sie eine größere Zahl an englischsprachigen Zeitschriftenaufsätzen mit Qualitätssicherung vorzuweisen. Am 30. September 1977 hatte sie darüber hinaus von der Universität Uppsala den Dr. phil. ehrenhalber und am 19. Mai 1979 den »Titre honorifique de docteur« der Université Paris X Nanterre verliehen bekommen.<sup>166</sup>

## 2.2 Renate Mayntz' Forschungsprogramm für das MPIfG

Der Senatsbeschluss zur Gründung des MPIfG erfolgte im November 1984. Zum 1. Januar 1985 wurde das Institut offiziell gegründet, am 1. April nahm es seine Arbeit auf. Als Sitz des neuen sozialwissenschaftlichen MPI wurde Köln gewählt, weil Renate Mayntz an der dortigen Universität seit 1973 Professorin war und die Stadt daher Standortvorteile aufwies. Als die Nachricht von der Gründung des MPIfG in den Tageszeitungen verbreitet wurde, kamen Angebote aus Bielefeld, Nürnberg und Freiburg i. Br., die sich gegen Köln jedoch nicht durchsetzen konnten.<sup>167</sup> Mayntz begründete ihre Präferenz für diese Stadt mit ihren Kooperationsbeziehungen, die sie »eben hier im Raum Köln/Bonn und mit der Kölner Universität und nicht in Freiburg oder Bielefeld« habe. Gewiss gebe es in Köln nicht so viele Hochschullehrer der Soziologie wie in Bielefeld,

aber im Kölner/Bonner Raum gibt es eine mindestens vergleichbare Ansammlung von Forschungsinstitutionen, Forschergruppen und damit Kooperationsmöglichkeiten wie in Bielefeld. Dasselbe gilt für die Infrastruktur (Zugang zu Großrechnern, Spezialbibliotheken usw.), für den akademischen Arbeitsmarkt und Möglichkeiten zur interdisziplinären Kooperation.<sup>168</sup>

Auch die Verkehrslage Kölns sei wesentlich günstiger als diejenige Bielefelds.<sup>169</sup> Außerdem

---

165 Vgl. dazu Rushton, Murray, und Paunonen, „Personality Characteristics“.

166 Renate Mayntz an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, 20.07.1978; Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, gez. Petermann, an Renate Mayntz, 21.12.1979, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 66.

167 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 115.

168 Renate Mayntz an Reimar Lüst, 17.05.1984, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 14.

169 Renate Mayntz an Reimar Lüst, 17.05.1984, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 14.

läßt es weder die Stadt noch die Universität Köln an Angeboten praktischer Hilfe fehlen, die sich sowohl auf die Unterbringung, die Besorgung einer Honorarprofessur, die Bibliotheksverfügung, die Rekrutierung des administrativen Personals wie schließlich sogar bestimmte administrative Unterstützungen (z. B. Übernahme des Kassenwesens für das neue Institut) erstrecken.<sup>170</sup>

In der Tat erhöhte die Stadt Köln ihren jährlichen Mitgliederbeitrag an die MPG auf 50.000 DM – Köln war aufgrund der dort angesiedelten Institute MPI für neurologische Forschung und MPI für Züchtungsforschung bereits Mitglied der MPG –, den die Stadt für voraussichtlich zehn Jahre zu zahlen bereit war.<sup>171</sup>

Die prominente Stellung, die dem von Mayntz entworfenen, mit der Berufung Fritz W. Scharpfs als Co-Direktor des MPIfG weiterentwickelten und mit dem Wechsel von Mayntz zu Streeck 1997 deutlich veränderten Forschungsprogramm des MPIfG in der vorliegenden Untersuchung zugesprochen wird, rechtfertigt sich dadurch, dass auf diese Weise die Position der Kölner Gesellschaftsforschung im Feld der westdeutschen und internationalen Sozialwissenschaften herausgearbeitet werden kann. Die von den Direktoren praktizierte Umsetzung ihres Forschungsprogramms implizierte die Setzung enger Grenzen, etwa in Bezug darauf, wer als Stipendiatin oder Stipendiat sowie als Gastwissenschaftlerin oder Gastwissenschaftler ans MPIfG kam und wer nicht, oder im Hinblick darauf, an welchen Konferenzen die Direktoren und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnahmen, ob die Veranstaltung also thematisch ins Forschungsprogramm passte oder nicht.<sup>172</sup> Dadurch bildete sich ein spezifischer epistemischer institutioneller Stil heraus, der das MPIfG national und international auszeichnen sollte.

Das Forschungsprogramm des MPIfG soll mit Imre Lakatos' »Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme« aufgeschlüsselt werden. Zwar handelt es sich bei dem vorliegenden Forschungsprogramm um eines, das nicht die Reichweite etwa der »cartesischen Metaphysik« hatte, wie sie Lakatos beschreibt, sondern zunächst spezifisch auf die Forschungsausrichtung innerhalb eines einzelnen Instituts bezogen war. Aber Lakatos' Annahme, dass die Erfindung neuer Vermutungen, die einen höheren empirischen Gehalt besitzen als ihre Vorläufer, letztlich das ausmache, was wissenschaftlicher Fortschritt genannt werden kann,<sup>173</sup> gilt auch für Mayntz' Vorstellung von sozialwissenschaftlicher kumulativer Forschungsarbeit. Nach

---

170 Renate Mayntz an Reimar Lüst, 17.05.1984, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 14. Vgl. Der Rektor der Universität zu Köln an Reimar Lüst, 16.05.1984, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 14.

171 D. Ranft an den Oberstadtdirektor Kölns Kurt Rossa, 03.12.1989, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 14. Im August 1993 kündigte der Kölner Oberstadtdirektor die Kürzung dieses Betrags an, willigte dann aber ein, die 50.000 DM auch für das Jahr 1994 an die MPG auszurichten. Vgl. Der Oberstadtdirektor der Stadt Köln, Dr. Christiansen (in Vertretung), an die Max-Planck-Generalverwaltung, 01.09.1993, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 6.

172 Exemplarisch: Renate Mayntz an M. W. Jackson, 11.02.1987, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7; Renate Mayntz an P. Nievelstein, 05.01.1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 8; Fritz W. Scharpf an Beate Männel, 17.09.1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10; Renate Mayntz an Milan Adam, 28.07.1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7.

173 Lakatos, *Die Methodologie*, 46–47.

Lakatos zeichnen sich Forschungsprogramme durch ihren »harten Kern« aus, um den herum in sich schlüssige Hilfhypothesen als Schutzgürtel gebildet werden, die den Kern gegen Angriffe abschirmen. Dieser Schutzgürtel stellt die Verhandlungsebene dar, auf der Kritik und konkurrierende Ansätze diskutiert und die Hilfhypothesen entsprechend modifiziert werden, was bei funktionierenden Forschungsprogrammen zu einer weiteren Härtung des »harten Kerns« führt. Ein Forschungsprogramm ist laut dieser Theorie erfolgreich, wenn es auf diese Weise eine progressive Problemverschiebung bewirkt, erfolglos dagegen, wenn sich eine degenerative Problemverschiebung einstellt.<sup>174</sup> Lakatos unterscheidet zwischen »positiver« und »negativer Heuristik«: Die positive Heuristik besteht aus einer partiell artikulierten Reihe »von Vorschlägen oder Hinweisen, wie man die »widerlegbaren Fassungen« des Forschungsprogramms verändern und entwickeln soll und wie der »widerlegbare« Schutzgürtel modifiziert und raffinierter gestaltet werden kann«, sie dient Wissenschaftlern dazu, ihren Weg durch den »Ozean der Anomalien« zu finden.<sup>175</sup> Die negative Heuristik besteht aus dem rationalen Entschluss, den versuchten Widerlegungen »eine Übertragung der Falschheit auf den »harten Kern« so lange nicht zu gestatten, als der bewährte empirische Gehalt des Schutzgürtels von Hilfhypothesen zunimmt.«<sup>176</sup> Im Folgenden soll zunächst der »harte Kern« des von Mayntz der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« im September 1983 vorgelegten Forschungsprogramms skizziert werden. Er bestand aus den folgenden fünf Punkten:

1) Das zunächst auf zehn Jahre angelegte Forschungsprogramm sollte den »derzeitigen Mangel an empirisch fundierter und erklärungskräftiger Gesellschaftstheorie überwinden helfen.«<sup>177</sup> Denn gerade die Kombination von »Gesellschaftstheorie und empirischer Institutionenanalyse« sei in der »heutigen Forschungslandschaft kaum anzutreffen.«<sup>178</sup> In Mayntz' Forschungsprogramm ging es um einen »empirischen Zugang über die Analyse von Struktur und Entwicklungsdynamik gesellschaftlicher Institutionen«, der als Erweiterung »der mit dem Institutionenbegriff üblicherweise verbundenen normativen Perspektive« auch Ressourcenverfügung, technische Infrastruktur und das Bemühen, »menschliche Handlungsorientierungen nicht nur als Ergebnis, sondern auch als Faktor von sozialen Prozessen zu berücksichtigen«, miteinbeziehen sollte.<sup>179</sup>

---

174 Lakatos, 47.

175 Lakatos, 49.

176 Lakatos, 49.

177 Renate Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm eines Max-Planck-Instituts für soziologische Forschung. Auf Anfrage der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« der Max-Planck-Gesellschaft entworfen (September 1983), Bl. 1–21, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 14.

178 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 1–2.

179 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 1.

2) Das Ziel des Forschungsprogramms war,

die durch das komplexe Zusammenspiel von Vorgängen auf der institutionellen und individuellen Ebene bestimmte Eigendynamik hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften und die daraus resultierenden Probleme für ihre weitere Entwicklung besser zu verstehen zu lernen.<sup>180</sup>

Diese Gegenwartsgesellschaften bezeichnete Mayntz als »moderne Industriegesellschaften«, die sich durch ein »hohes Maß der Organisiertheit, der Komplexität, der (internen wie externen) Interdependenz und schließlich auch der Verfügung über Ressourcen und technische Instrumente« auszeichneten.<sup>181</sup> Aufgrund dieser Merkmale würden diese Gesellschaften zwar »eine enorme Handlungsfähigkeit und ein nie vorher dagewesenes Wirkungspotential« besitzen, wegen der massiv gesteigerten Komplexität und der dadurch erschwerten Steuerung sozialer und politischer Prozesse hatten sich laut Mayntz jedoch ein Krisenbewusstsein und eine generelle kognitive Unsicherheit in den Sozialwissenschaften eingestellt.<sup>182</sup> In Anlehnung an Herbert Spencer verstand Mayntz die gesellschaftliche Binnenstruktur als »hierarchisiert«, »d. h. aus mehrstufig angeordneten, jeweils nur schwach verbundenen Untereinheiten« bestehend. Mit der Zunahme »der funktionellen Differenzierung« der einzelnen Sektoren wachse auch »die Interdependenz zwischen den einzelnen Teilen des Ganzen, ein Prozeß, bei dem auch die erhöhte Kommunikationsdichte in modernen Gesellschaften eine wichtige Rolle spielt.«<sup>183</sup> Aus dieser Sachlage heraus würden sich Situationen ergeben, in denen

aus dem Zusammentreffen z. B. von absichtsvoller politischer Intervention mit dem an eigenen Zielen orientierten Handeln von Organisationen und Einzelpersonen etwas resultiert, was von keinem der Beteiligten beabsichtigt (und in der Regel auch nicht vorhergesehen) wurde.<sup>184</sup>

Zudem hätten derartige Gesellschaften die Tendenz, dass sich innerhalb einzelner institutioneller Sektoren Teilrationalitäten entwickeln würden, was schon »von Karl Marx (bezogen auf das Produktionssystem), Max Weber (bezogen auf die Bürokratie) oder Georg Simmel angesprochen worden« sei, heute jedoch »angesichts der technischen Entwicklung eine ganz besondere Aktualität« besitze.<sup>185</sup>

---

180 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 1.

181 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 2–3.

182 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 3.

183 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 4.

184 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 4–5.

185 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 5.

3) Eine solche Zielstellung könne nur durch »sowohl längerfristige als auch kooperative Anstrengungen« verwirklicht werden, »d. h.[,] es ließe sich nicht von einer noch so kompetenten und ideenreichen Einzelperson allein durchführen, sondern setzt die kontinuierliche Verfügung über personelle und finanzielle Ressourcen voraus«. <sup>186</sup> Dieser forschungsorganisatorische und praktische Grundsatz entsprach nicht nur Mayntz' oben skizzierter Präferenz für gemeinschaftliche Forschungsanstrengungen. Damit legitimierte sie vor allem auch die Gründung des MPIfG, weil eine solch längerfristige und kooperative Forschungspraxis nur in einem außeruniversitären, durch öffentliche Gelder gesicherten Forschungsinstitut möglich war, nicht aber an Universitäten, an denen sozialwissenschaftliche Forschung in der Regel zeitlich begrenzte, etwa von der DFG oder der Fritz Thyssen Stiftung <sup>187</sup> finanzierte Projektforschung bedeutete. <sup>188</sup>

4) Bezogen auf die Eigenart des Erkenntnisgegenstands musste nach Mayntz der damit verbundene Forschungsansatz »genau von den geschilderten, konkreten Besonderheiten der hochentwickelten Gegenwartsgesellschaften ausgehen«. <sup>189</sup> Reduktionistische, auf kausale Wirkungszusammenhänge ausgerichtete Ansätze schloss sie angesichts der »dynamischen Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit« von vornherein aus, das Gleiche galt für »strukturelle Forschungsansätze, die nur mit aggregierten Individualdaten arbeiten«, und für die »Erfassung sozialer Wandlungsprozesse mittels quantitativer und historisch-qualitativer Indikatoren«, die theoretisch zu kurz greife. Für ihr Forschungsprogramm wählte Mayntz den »Zugang über die Institutionenanalyse«, weil dieser Ansatz »von der konkreten Beschaffenheit der gesellschaftlichen Binnenstruktur, d. h. von der Existenz interdependenter und funktionell spezialisierter institutioneller Komplexe ausgeht und von daher Einblick in die interne Systemdynamik zu geben verspricht«. <sup>190</sup> Sie schloss mit diesem Zugang zwar an Max Weber an, wollte ihren Ansatz jedoch um den Bereich Wissenschaft und Technik sowie eine »Formulierung generalisierender Erklärungen, insbesondere was die wechselseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen den institutionellen Sektoren angeht«, erweitern. <sup>191</sup>

Mayntz identifizierte mehrere theoretische Ansätze in den Sozialwissenschaften, die in die Institutionenanalyse integriert werden und dadurch deren methodologisch-theoretischen Unterbau bilden könnten. Neben Max Weber führte sie die soziologische Systemtheorie an, betonte allerdings, dass Parsons' und Luhmanns Ansätze zu abstrakt und zu selektiv seien und deshalb

---

186 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 2.

187 Zur Geschichte der Fritz Thyssen Stiftung siehe <https://www.fritz-thyssen-stiftung.de/ueber-uns/allgemeines/historie/> (abgerufen: 08.05.2022, 9:00 Uhr).

188 Zur Geschichte der projektförmigen Forschung, in der Sparsamkeit, Innovation, Effizienz auf Kosten der Forschungsoffenheit miteinander vereint sind, siehe Besio, *Forschungsprojekte*, 10–11, 15–16. Die projektförmige Forschung hatte sich spätestens in den frühen 1980er Jahren auf breiter Basis in den Wissenschaften etabliert.

189 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 6.

190 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 6.

191 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 6.

die Wirklichkeitswahrnehmung so verengt werde, »daß man kaum hoffen kann, auf diesem Wege reale Vorgänge in realen sozialen Systemen erklären zu können«. <sup>192</sup> Eher schon sei an Norbert Elias' Theorie des Zivilisationsprozesses zu denken, die zeige, »wie eine Veränderung sozialer Beziehungsmuster sich u. a. auf die menschliche Affektbeherrschung auswirkt«. <sup>193</sup> Elias' Figurationssoziologie war für Mayntz auch deshalb relevant, weil sie darlege, »daß die jeweilige ›Figuration‹ menschliche Handlungsorientierungen prägt, die dann ihrerseits eine Voraussetzung für den Strukturwandel auf gesellschaftlicher Ebene sind«. Sie müsse jedoch »empirisch ausgebaut werden, um sich auf alle Besonderheiten des derzeitigen Institutionenwandels anwenden zu lassen«. <sup>194</sup> Weiter führte sie die stark politikwissenschaftlich geprägten und teilweise auch systemtheoretisch inspirierten Ansätze »zu einer gesellschaftlichen Steuerungstheorie« an. Dazu kamen die Politische Soziologie, die Verwaltungsforschung, die Wissenschafts- und Bildungssoziologie sowie die Organisationsforschung. Darüber hinaus sei auch der »Forschungsansatz der interorganisatorischen Netzwerke« von erheblicher Bedeutung, weil mit diesem Ansatz der Tatsache Rechnung getragen wird, daß Organisationen typischerweise in Form größerer und sich auch über mehrere institutionelle Bereiche hinweg erstreckender Netzwerke miteinander verbunden sind, kooperieren und sich gegenseitig zu beeinflussen suchen. <sup>195</sup>

Zuletzt führte Mayntz zwei Ansätze an, die für die Erforschung der zeitgenössischen Gesellschaft von großer Bedeutung waren. Beim ersten Ansatz handelte es sich um einen techniksoziologischen, wobei Mayntz den im Londoner Tavistock Institute entwickelten »Ansatz soziotechnischer [sic] Systeme« hervorhob, bei dem es noch viel Potential auszuschöpfen galt. Der zweite Ansatz umfasste »die Möglichkeiten der Anknüpfung für die Einbeziehung von Handlungsorientierungen«. <sup>196</sup>

5) Vorschläge für die konkrete Umsetzung ihres Forschungsprogramms formulierte Mayntz als Themenfelder, nicht als antragsreife Projektbeschreibungen, weil Letzteres von den nach der Institutsgründung zu treffenden Personalentscheidungen abhing. Das erste Themenfeld

greift eine Frage auf, die in der soziologischen Systemtheorie eine wichtige Rolle spielt, nämlich die Abstimmung zwischen verschiedenen funktionellen Teilsystemen (bzw. Institutionenkomplexen), die im Zuge der wachsenden Spezialisierung und Orientierung an speziellen Rationalitätskriterien immer problematischer wird. <sup>197</sup>

---

192 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 8.

193 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 9.

194 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 13.

195 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 11.

196 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 12.

197 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 14.

Eine Möglichkeit für die empirische Annäherung an dieses Themenfeld sah Mayntz in Untersuchungen, »wie und mit Hilfe welcher institutionellen Vorkehrungen Abstimmungsprozesse zwischen verschiedenen Institutionenkomplexen an wichtigen Grenzen stattfinden«. Insbesondere wäre hierbei die vom Bielefelder Systemtheoretiker Helmut Willke aufgestellte Theorie zu prüfen, dass in »hochentwickelten Gesellschaften eine Tendenz zur Ausbildung spezieller Vermittlungsinstitutionen zu beobachten ist«, also von Institutionen, die in erster Linie der intersektoralen Abstimmung dienen und, so Mayntz weiter, »zu diesem Zweck typischerweise Akteure aus den vermittelnden Sektoren zusammenführen«. Als Beispiele solcher Vermittlungsinstanzen, die als neuartiger Institutionentyp aufgefasst werden konnten, nannte Mayntz den Wissenschaftsrat, die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen und Einrichtungen zur Technologiefolgenabschätzung.<sup>198</sup> Dabei schwebten ihr insbesondere »Dreierkombinationen der Art Ausbildungsinstitution/Beschäftigungssystem/Staat oder Wirtschaft/Wissenschaft/Staat« als empirisch zu erforschende intersektorale Grenzbereiche vor, »um sowohl direkte als auch staatlich vermittelte Abstimmungsbeziehungen erfassen zu können«. Sie präferierte vergleichende Fallstudien in mehreren Ländern, um die Erklärungskraft der empirischen Analysen zu erhöhen und zu vermeiden, »daß eigentlich nur historisch zu erklärende nationale Besonderheiten als Indiz einer generellen Entwicklung verstanden werden«. <sup>199</sup>

»Institutioneller Kontext und Entscheidungsprozesse« bildete das zweite von Mayntz genannte Themenfeld. Sie wollte damit die empirische Entscheidungsforschung, die sich allmählich von ihrer Fixierung auf normative Modelle rationalen Handelns gelöst habe und dafür die »Ablaufmerkmale realer Entscheidungsprozesse und ihre Determinanten« untersuche, im Rahmen der Organisationsforschung erweitern, weil bis dahin vor allem einzelne Fallstudien durchgeführt worden seien, »so daß sich nicht genau sagen läßt, welchen Unterschied der jeweilige institutionelle Kontext macht, ob also z. B. Investitionsentscheidungen in Unternehmen, Behörden und kirchlichen Organisationen gleich oder verschieden ablaufen«. <sup>200</sup> Als Untersuchungseinheiten definierte Mayntz »Entscheidungen, begriffen als reale, sich über Zeit erstreckende und in der Regel interpersonale Vorgänge«, wobei zunächst Typen von Entscheidungen zu entwickeln seien und danach ein Variablenmodell aufgestellt werden müsse, »das die zu berücksichtigenden Determinanten des Entscheidungsverfahrens sowie die zentrale abhängige Variable selbst näher bestimmt«. <sup>201</sup>

Das dritte Themenfeld nannte Mayntz »Struktur und Dynamik sozio-technischer [sic] Systeme«. <sup>202</sup> Hierbei ging es ihr um die systematische Erörterung der Frage, »wie sich die Dynamik sozialer Systeme durch die Integration technischer Elemente verändert, wie sich z. B. die Beziehungen

---

198 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 14–15.

199 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 16.

200 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 17.

201 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 17–18.

202 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 19.

zwischen den beteiligten Menschen verändern und welche Folgen die spezifische Rationalisierungswirkung von Technik zeitigt«,<sup>203</sup> die darin begründet liege, dass diese Rationalisierung selektiv zielorientiertes Handeln verstärke. Bei der Anlage solcher Untersuchungen komme es darauf an, »nicht nur verschiedene Arten, sondern auch verschiedene Funktionen technischer Artefakte zu berücksichtigen, die menschliches Handeln entweder unterstützten, ersetzen [...] oder etwas prinzipiell Neues ermöglichen«. <sup>204</sup> Ziel dieser Untersuchungen sei,

die Rolle der in fast allen Lebensbereichen zunehmenden Technisierung für den Institutionenwandel zu klären, wo sie nicht nur den in der funktionellen Spezialisierung angelegten Konzentrationsprozeß von Expertenwissen und Handlungskompetenz verstärkt, sondern ihm eine neue Dimension verleiht, indem beides sich zunehmend in technische Artefakte verlagert (z. B. in automatische Produktionsanlagen, computergestützte Informationssysteme).<sup>205</sup>

### 2.3 Erste Forschungsergebnisse

In ihrem ersten Jahresbericht von 1985 schrieb Mayntz, dass die Phase des organisatorischen Aufbaus relativ zügig und ohne größere Störungen bewältigt worden sei und somit »in der eigentlichen Forschungsarbeit bereits manches auf den Weg gebracht werden konnte«. <sup>206</sup> Sie betonte, dass ihr Forschungsprogramm »eine gewisse Parallelität zu jüngeren Bemühungen in den Naturwissenschaften« erkennen lasse, »die sich zunehmend mit der Dynamik komplexer Systeme und den ihr zugrunde liegenden nicht-linearen [sic], diskontinuierlichen Wirkungszusammenhängen beschäftigen«. <sup>207</sup> Eine Untersuchung von Wandlungsprozessen im System organisierter wissenschaftlicher Forschung würde sich im Planungsstadium befinden. Parallel dazu sollte 1986 mit Unterstützung eines deutschen Gastwissenschaftlers der Versuch unternommen werden, die bisherigen Forschungsergebnisse »über strukturelle Entwicklungstendenzen im Hochschulsystem aufzuarbeiten«. <sup>208</sup> Bei diesem Gastwissenschaftler handelte es sich um Rudolf Stichweh, der 1986 für ein Jahr ans MPIfG kommen sollte. Nebst den weiter unten zu diskutierenden Projekten zum soziotechnischen System der Telekommunikation waren die diesem wissenschaftssoziologischen Schwerpunkt zugeteilten Forschungsprojekte Ende 1985 am weitesten gediehen.

---

203 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 20.

204 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 20.

205 Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm (September 1983), Bl. 20.

206 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 2, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 330.

207 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 7.

208 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 9.

Mayntz stellte in ihrem Bericht das Projekt von Uwe Schimank, »Differenzierung und struktureller Wandel gesellschaftlicher Teilsysteme: Das System wissenschaftlicher Forschung«, und das von Stichweh, »Staatsbildung und Universitätsentwicklung: Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystemen im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung«, näher vor. In seinem Projekt untersuchte Schimank »den sehr differenzierten Komplex von Hochschulforschung, nicht-universitärer [sic] staatlicher bzw. staatlich geförderter Forschung und Industrieforschung«. Ziel der Studie war laut Jahresbericht von 1985 die Klärung der »längerfristigen Veränderungen der Binnenstruktur und der gesellschaftlichen Einbettung des so umschriebenen Forschungssystems«. <sup>209</sup> Im Vordergrund standen zwei Fragen: zum einen die Eruierung der Gründe für das Entstehen neuer Typen von Forschungsorganisationen und die Analyse der disziplinären Aufächerung von Forschungsinstitutionen, zum anderen die Frage nach den »Vernetzungsstrukturen zwischen den verschiedenen Institutionen des Forschungssystems«, womit z. B. die von der DFG seit Ende der 1960er Jahre geschaffenen SFB oder Forschungsnetzwerke auf europäischer Ebene gemeint waren. <sup>210</sup> In den Blick genommen werden sollte die Entwicklung des bundesrepublikanischen Forschungssystems während der letzten 40 Jahre, wobei Fragen der Steuerbarkeit solcher Prozesse und ihre Eigendynamik jeweils mitgedacht werden mussten. <sup>211</sup>

Das seit August 1984 von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte und als Habilitationsvorhaben angelegte Forschungsprojekt von Stichweh behandelte laut dem Bericht dagegen den Bereich der Hochschulforschung. <sup>212</sup> Stichweh erforschte »das Verhältnis von Politik und Erziehung in der europäischen Frühmoderne am Beispiel des Zusammenhangs von Prozessen der Staatsbildung und der Entwicklung der Universitäten in Europa vom 16. bis zum frühen 19. Jahrhundert« <sup>213</sup> und wollte die in der Forschungsliteratur verbreitete These, dass sich in dieser Zeitspanne die Universität als Institution im Niedergang befunden hätte, mittels einer funktionalen Analyse der Ausbildungsleistungen und der Wissenschaftsgestalten der frühmodernen Universität korrigieren:

Es soll gezeigt werden, daß der politische Bezug und die politische Abhängigkeit jeden universitären Geschehens vom 16. bis zum 18. Jahrhundert diesem gerade die gesellschaftliche Relevanz und Fähigkeit gegeben hat, als Stätte der Ausbildung von Herrschaftseliten zu fungieren. <sup>214</sup>

Im Stadium der Vorbereitung befand sich, wie im Jahresbericht ausgeführt, eine Untersuchung der strukturellen Folgen der modernen Informations- und Kommunikationstechniken, die sich

---

<sup>209</sup> MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 12–13.

<sup>210</sup> MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 13.

<sup>211</sup> MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 14.

<sup>212</sup> MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 14, 16.

<sup>213</sup> MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 14–15.

<sup>214</sup> MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 14–15.

in verschiedenen institutionellen Sektoren zeigten.<sup>215</sup> Es handelte sich um das Projekt »Gesellschaftsstrukturelle Folgen neuer Informations- und Kommunikationstechniken« von Raymund Werle. Das Projekt sei langfristig angelegt und werde sich »insbesondere mit Wirkungszusammenhängen zwischen strukturellen Differenzierungsprozessen sozialer Systeme und der Diffusion technischer Innovationen in diesen Systemen befassen«, wofür die Vorstellung von sektorübergreifenden soziotechnischen Systemen ausschlaggebend sei, die über die Idee, dass neue Techniken entweder nur Ursache oder nur Resultat strukturellen Wandels seien, hinausgehe.<sup>216</sup> In denselben Zusammenhang stellte Mayntz ihre beratende Mitwirkung an einem vom Battelle-Institut für Kernphysik in Frankfurt am Main durchgeführten Projekt über qualitative Veränderungen im Dienstleistungssektor als Folge der Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechniken.<sup>217</sup>

Zwei weitere Projekte zu diesem Themenfeld befanden sich laut Bericht im Planungsstadium. Für das eine Projekt sei ebenfalls Werle als Bearbeiter vorgesehen. Gegenstand dieses Projekts seien »Neue Formen der Telekommunikation und beruflicher Personenverkehr«. Es solle in Kooperation mit dem Verbund »Sozialwissenschaftliche Technikforschung« beim BMFT durchgeführt werden, speziell mit Wolfgang Zapf von der Universität Mannheim und dem an den Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim angesiedelten SFB 3.<sup>218</sup> Das andere Projekt zum Thema Telekommunikation sei zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien vergleichend angelegt und werde seit Anfang 1986 von der DFG gefördert.<sup>219</sup> Der Bearbeiter dieses Projekts, Bernd Rosewitz, unterhalte dabei Kooperationen mit Ian Miles und Graham Thomas vom Think-Tank Science Policy Research Unit (SPRU) an der University of Sussex, Jean-Marie Charon und Thierry Vedel vom Centre national de la recherche scientifique (CNRS) und Christian Weckerlé von der Université Paris VIII. Der in dem Projekt verfolgte Forschungsansatz kombiniere Elemente aus der Policy-Forschung in Bezug auf die Analyse kollektiver Entscheidungen mit einer prozessualen Perspektive, wobei der Spielraum für die gezielte politische Steuerung solch technischer Innovationsprozesse im Fokus stehe.<sup>220</sup> Die Voraussetzungen für dieses international vergleichende Projekt seien durch

die jüngsten Kooperationsabsprachen zwischen den großen Forschungsförderungseinrichtungen der drei beteiligten Länder (DFG, CNRS und ESRC) gegeben, in deren Forschungsprogrammen die modernen Kommunikationstechnologien einen thematischen Schwerpunkt bilden.<sup>221</sup>

---

215 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 11.

216 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 17.

217 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 11.

218 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 18.

219 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 11.

220 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 19–20.

221 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 21.

Die Koordination des Projekts liege beim MPIfG. Am 11. November 1985 sei erstmals eine Arbeitskonferenz in Köln abgehalten worden, die der konzeptionellen und organisatorischen Abstimmung gedient habe.<sup>222</sup>

Als letztes Projekt aus diesem Themenzusammenhang nannte der Bericht das von Clemens Schumacher-Wolf über »Informationstechnische Innovationen in der öffentlichen Verwaltung«, das den Einsatz von Informationstechniken als das Resultat innovativen Verhaltens öffentlicher Verwaltungen, als eine zugleich aktive und reaktive Anpassung an sich verändernde Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten der Aufgabenerfüllung und Leistungserstellung<sup>223</sup> erforsche. Dieses Projekt sei als Dissertationsvorhaben konzipiert und bereits am Institut für Angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln begonnen worden. In der Zwischenzeit habe Schumacher-Wolf ein Doktorandenstipendium des MPIfG erhalten, mit dem er seine Dissertation bis Mitte 1986 abschließen solle.<sup>224</sup>

Dem dritten Themenfeld waren laut dem Jahresbericht Untersuchungen zugewiesen, die Entscheidungsprozesse und Handlungsorientierungen in Institutionen sowie Implementationen behandelten. Eines dieser Projekte analysiere Entscheidungsprozesse in der kommunalen Kulturpolitik und sei als Dissertation geplant.<sup>225</sup> Die Doktorandin Doris Gau solle darin »die generelle Fragestellung nach der Wechselwirkung gezielter Steuerungsversuche und eigen-dynamischer Entwicklungsprozesse empirisch aufgreifen« und herausfinden, »inwieweit kulturpolitische Entscheidungen durch ausdrückliche politische Zielentscheidungen oder aber durch die Gegebenheiten des besonderen Politikfelds beeinflusst sind«. <sup>226</sup> Der dafür gewählte Ansatz sei der der »Entscheidungsprozeßanalysen«. Hierfür sollten Städte in Nordrhein-Westfalen ausgewählt werden, die Datenerhebung solle mittels Experteninterviews und Dokumentenanalysen erfolgen. Auf einer ersten, zusammen mit dem Kulturdezernat der Stadt Köln durchgeführten Konferenz am 25. Oktober 1985 am MPIfG hätten Mayntz und Gau mit verschiedenen Kulturdezernenten und dem Kulturamtsleiter Nordrhein-Westfalens über die Konzeption des Projekts diskutiert.<sup>227</sup>

Zwei weitere Projekte sollten sich mit den charakteristischen Handlungsorientierungen von Personen beschäftigen, die in bestimmten institutionellen Milieus agierten. Beide Projekte seien »im institutionellen Bereich des politisch-administrativen Systems angesiedelt«, wobei eines davon, das sich mit dem Parlament beschäftige, in Kooperation mit Friedhelm Neidhardt, Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie der Universität zu Köln, und Ronald Hitzer vom

---

222 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 21.

223 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 22–23.

224 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 22–23.

225 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 11.

226 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 21–22.

227 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 22.

selben Institut durchgeführt werde.<sup>228</sup> Bei diesem Projekt mit dem Arbeitstitel »Analyse der institutionellen Kultur im parlamentarischen Raum« arbeite Mayntz mit Peter Stadler zusammen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehe »die empirische Erfassung einer spezifischen institutionellen Subkultur, nämlich der im parlamentarischen Raum, die man als eine wichtige Komponente der politischen Kultur einer Gesellschaft ansehen kann«.<sup>229</sup> Intensivinterviews, Beobachtung, Auswertung von Selbstzeugnissen und einschlägiger journalistischer Berichterstattung sollten über »wichtige Inhalte und formale Eigenschaften« dieser Subkultur und über »die Mechanismen ihrer institutionellen Sicherung« Aufschluss geben, darüber hinaus sollten die soziokulturellen Aspekte dieses besonderen institutionellen Milieus, also die »interne Differenzierung und die selektive Vernetzung der Akteure«, dargelegt werden. Die Durchführung der hierfür vorgesehenen 40 Intensivinterviews sei für 1986 geplant.<sup>230</sup>

Das andere Projekt stelle eine »teilweise Replikation der Einstellungsuntersuchungen höherer Ministerialbeamter von Aberbach, Putnam und Rockman dar, deren deutscher Teil seinerzeit von Putnam durchgeführt wurde«.<sup>231</sup> Gemeint war die Studie *Bureaucrats and Politicians in Western Democracies* von Joel D. Aberbach, Robert D. Putnam und Bert A. Rockman, die 1981 erschienen war.<sup>232</sup> Dabei handelte es sich laut dem Bericht ebenfalls um ein Kooperationsprojekt, der Kooperationspartner sei Hans-Ulrich Derlien von der Universität Bamberg. Das Projekt sei als »deutscher Beitrag eines geplanten Mehr-Nationen-Projekts gedacht«.<sup>233</sup> Ein weiteres Projekt, das diesem Themenfeld zugerechnet werden könne, »Behörden und Betriebe. Eine Analyse ihres Verhältnisses im Prozeß der Implementation politischer Programme«, werde von Wolfgang Klitzsch bearbeitet. Klitzsch erforsche die Umsetzung staatlicher Interventionsprogramme. Das Projekt sei bereits mehrere Jahre zuvor als Dissertation am Institut für Angewandte Sozialforschung begonnen und nun 1985 am MPIfG abgeschlossen worden.<sup>234</sup>

Neben diesen empirischen Forschungsvorhaben wurde, wie dem Bericht zu entnehmen ist, im Herbst 1985 eine Reihe interner Seminare zu theoretischen Fragen gesellschaftlicher Differenzierung abgehalten, mit dem Ziel, einen gemeinsamen analytischen Rahmen für die verschiedenen empirischen Projekte zu erarbeiten. Vor diesem Hintergrund habe sich im Dezember 1985 ein »Gesprächskreis zu Fragen einer Theorie sozialer Differenzierung« konstituiert, dem nebst Mayntz Bernhard Giesen, Karl Otto Hondrich, Niklas Luhmann, Richard Münch, Hart-

---

228 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 11–12.

229 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 25.

230 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 26.

231 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 11–12.

232 Vgl. Aberbach, Putnam, und Rockman, *Bureaucrats and Politicians*.

233 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 11–12.

234 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 24–25.

mann Tyrell und Helmut Willke angehörten und der sich zweimal im Jahr treffen solle.<sup>235</sup> In diesen Kontext gehöre auch ein »Theorieentwicklungsprojekt«, das sich »mit grundsätzlichen Fragen der Eigenart und des Auftretens eigendynamischer Prozesse befassen« werde und das Mayntz in Kooperation mit Birgitta Nedelmann vom Europäischen Hochschulinstitut (EUI) Florenz begonnen habe.<sup>236</sup>

Die ersten eineinhalb Jahre des MPIfG waren noch von der Aufbauarbeit geprägt. Noch waren die einzelnen Themenfelder und die ihnen zugeordneten Projekte nicht so deutlich differenziert, wie dies in späteren Tätigkeitsberichten der Fall sein sollte, auch entsprach die Form des Berichts noch nicht dem Standard, wie er sich im Laufe der späten 1980er und frühen 1990er Jahre etablieren sollte. Die Forschungstätigkeiten am MPIfG 1985 hatten explorative Züge, die sich erst allmählich zu thematisch enger umgrenzten Forschungsvorhaben und Themenfeldern entwickelten. Die institutseigene Publikationsform der Diskussionspapiere oder »Discussion Papers« wurde im ersten Jahresbericht bereits erwähnt, jedoch noch nicht näher beschrieben.<sup>237</sup>

---

235 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 9–10.

236 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 11.

237 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 35–36.

### 3 Das MPIfG unter dem Direktorat von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf von 1986 bis 1995

Die MPG hatte zwar Bedenken gegen eine zweite Direktorenstelle, die Stellenplanung ging aber von zwei C4-Stellen aus.<sup>238</sup> In den Sitzungen der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« am 9., 10. und 11. Juli 1983 hatten die Kommissionsmitglieder Überlegungen zur Besetzung der zweiten Direktorenstelle diskutiert. Dabei war insbesondere die Frage nach dem Forschungsprofil des MPIfG im Falle der Besetzung einer zweiten Direktorenstelle aufgeworfen worden. Zur Diskussion gestanden hatten Peter Flora (geb. 1944) von der Universität Mannheim und Wolf Lepenies (geb. 1941) von der FU Berlin.<sup>239</sup> Beide Sozialwissenschaftler seien von Mayntz nebst anderen genannt worden. Von Flora hätte sich die Kommission eine Öffnung zur Mikrosoziologie und die Einbeziehung kultureller Aspekte erwartet, die Wahl Lepenies' hätte dagegen »in hohem Maße theoretisch stimulierend« wirkende Impulse versprochen. Unter den weiteren Personalvorschlägen fanden sich die Namen Max Kaase, Alfred Kieser, Franz Urban Pappi, Wolfgang Zapf und Rolf Ziegler. Eine definitive Entscheidung hatte die Kommission zunächst zurückgestellt, weil sie die MPIfG-Gründungsdirektorin in die Überlegungen über die Besetzung der zweiten Direktorenstelle einbeziehen wollte.<sup>240</sup>

Am 1. Februar 1985 trafen sich die Kommissionsmitglieder erneut, um über die zweite Direktorenstelle am MPIfG zu beraten. Bei dieser Sitzung wurde nun Renate Mayntz angehört, die sich für die Wahl Fritz W. Scharpfs aussprach. Sie führte das Argument an, Scharpf sei ein ausgesprochen erfahrener empirischer Sozialforscher, der, ähnlich ihrer eigenen intellektuellen Entwicklung, mittlerweile »von einem stärker anwendungs- zu einem mehr gesellschaftstheoretisch orientierten, institutionellen Ansatz« gefunden habe.<sup>241</sup> Die Mitglieder der Kommission wandten zwar ein, dass der Zeitpunkt der Berufung des zweiten Direktors sehr früh und auch nicht so geplant gewesen sei, Mayntz argumentierte jedoch, dass Scharpf zahlreiche Berufungsangebote, u. a. vom EUI, erhalten habe. Deshalb müsse man jetzt handeln, sonst werde diese Chance verpasst, denn Scharpf würde diese Angebote »nur dann ausschlagen, wenn ein Ruf der Max-Planck-Gesellschaft für 1986 sicher erschiene«.<sup>242</sup>

Dass Mayntz auf die rasche Besetzung der zweiten Direktorenstelle mit Scharpf drängte, hatte auch damit zu tun, dass sie stets darum besorgt war, wie lange ihr Institut und damit ihr Forschungsprogramm weitergeführt werden konnte, weil das MPIfG zunächst mit begrenzter Frist

---

238 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 114.

239 Ergebnisprotokoll der Sitzungen der Kommission »Sozialwissenschaften« am 09., 10. und 11. Juli 1983 in Heidelberg, Bl. 1–15, hier: Bl. 13, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

240 Ergebnisprotokoll der Sitzungen der Kommission »Sozialwissenschaften« am 09., 10. und 11. Juli 1983, Bl. 13–14.

241 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« am 01. Februar 1985 in Heidelberg, Bl. 1–6, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

242 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« am 01. Februar 1985, Bl. 2.

gegründet worden war. Priorität hatte für sie die Umsetzung ihres Forschungsprogramms. Ein Indiz für diese Haltung findet sich in einem Brief von Mayntz an den damals neu gewählten MPG-Präsidenten Hans F. Zacher vom 17. Februar 1990, in dem sie Zachers Ansinnen, ihr die MPG-Vizepräsidentschaft anzutragen, u. a. mit der Begründung ablehnte, sie sei

nicht zur MPG gekommen, um nur ein Institut aufzubauen, sondern um ein ganz bestimmtes Forschungsprogramm durchzuführen, das an einem ziemlich ehrgeizigen theoretischen Ziel orientiert ist. Wenn ich auch nur die Chance haben will, dieses Ziel zu erreichen, muß [sic] ich in den Jahren, die mir noch bleiben, meine ganze Zeit und Kraft dafür einsetzen.<sup>243</sup>

Mit Scharpf als Co-Direktor hätte ihr ein tatkräftiger Unterstützer für die Umsetzung ihres Forschungsprogramms zur Seite gestanden.

Zweifel hegte die Kommission in Bezug auf die Frage, ob Scharpfs Forschungsprofil nicht zu nah an dem der Gründungsdirektorin sei bzw. ob mit seiner Berufung überhaupt eine fruchtbare Spannung erzeugt werden könne – angesichts dessen, dass das Forschungsprogramm bislang noch kaum umgesetzt worden sei. Mayntz hielt dagegen, dass sie ihr Forschungsprogramm inzwischen weiterentwickelt habe und sie deshalb absehen könne, was in den nächsten fünf Jahren notwendigerweise getan werden müsse.<sup>244</sup> Daraufhin wurde M. Rainer Lepsius angehört, der meinte, dass mit Scharpf »ein erfahrener Institutsleiter berufen« würde, »so daß das Institut sehr rasch arbeitsfähig sein würde«:

Für eine Existenzdauer von mindestens 15 Jahren – bis zur Emeritierung von Herrn Scharpf – würde es sich um ein kompetent geleitetes Institut mit interner Konsistenz und hoher äußerer Akzeptanz handeln, in dem wissenschaftliche Arbeit von vorhersehbarer solider Qualität geleistet würde.<sup>245</sup>

Auch Wolfgang Edelstein setzte sich für diese Wahl ein und räumte die Befürchtung einer zu großen inhaltlichen Nähe zwischen Mayntz und Scharpf aus.<sup>246</sup>

Am 3. Mai 1985 traf sich die Kommission am MPIB in Berlin, nachdem Scharpf selbst angehört worden war. Bis auf Edelstein, der sich deutlich für Scharpf aussprach, brachten die Kommissionsmitglieder auf der Sitzung zum Ausdruck, dass Scharpf in der Anhörung in methodologischer Hinsicht weniger überzeugt habe, »als dies nach den vorbehaltlos positiven Gutachten

---

243 Renate Mayntz an Hans Zacher, 17.02.1990, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 240, Bl. 2.

244 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« am 01. Februar 1985 in Heidelberg, Bl. 1–6, hier: Bl. 2–3, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

245 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« am 01. Februar 1985, Bl. 3–4.

246 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« am 01. Februar 1985, Bl. 3–4.

vorausgesetzt worden sei«. Gegen die fünf ausgesprochen positiven Gutachten wollten sich die Kommissionsmitglieder aber nicht stellen.<sup>247</sup> In einem Gespräch mit dem Verfasser dieser Studie äußerte Scharpf die Vermutung, dass hinter diesen Vorbehalten wohl auch die Befürchtung von Seiten der MPG stand, dass er eine zu große Nähe zur Politik aufweise, denn Scharpfs Forschungsarbeiten waren anwendungsorientierter und seine politische Einstellung war eine linksliberale. Politik- und sozialwissenschaftliche Politikberatung war in der MPG in den 1980er und frühen 1990er Jahren unerwünscht. Dies änderte sich erst im Laufe der 1990er Jahre, als sich die MPG stärker um den Nachweis ihrer Nützlichkeit für Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit bemühte.<sup>248</sup> Daraufhin verfasste die Kommission eine Stellungnahme zu dieser Angelegenheit:<sup>249</sup> Mayntz habe betont, für sie sei es von besonderer Wichtigkeit, dass es mit einer Berufung eines zweiten Direktors

zu keiner Zweiteilung des Instituts kommen dürfe, ein künftiger Kollege vielmehr die Bereitschaft mitbringen müsse, das vorgesehene Forschungsprogramm mit zu tragen. Frau Mayntz hat in der Kommission darauf hingewiesen, daß es einen Ausnahmefall bedeutet, diese Voraussetzungen bei jemandem erfüllt zu finden, der zugleich nach seiner wissenschaftlichen Qualifikation für die Position eines zweiten Direktors und für eine kollegiale Leitung des Instituts berufbar ist.<sup>250</sup>

Scharpf stelle genau diesen Ausnahmefall dar. Die Kommission urteilte einstimmig, dass Scharpf eine hohe nationale und internationale Wertschätzung genieße, er sei der »international angesehenste, produktivste und vielseitigste Forscher im Bereich der Politikfeldanalyse«, wie es in einem der fünf Gutachten hieß.<sup>251</sup> Im Ergebnis ihrer Beratung habe die Kommission die Überzeugung gewonnen, »daß Herr Scharpf nach seinen bisherigen wissenschaftlichen Leistungen die wissenschaftliche Qualifikation mitbringt, die die Max-Planck-Gesellschaft bei ihren Wissenschaftlichen Mitgliedern voraussetzt.«<sup>252</sup> Seine Arbeiten hätten ihn auch zu »ganz neuartigen Fragestellungen in der Verknüpfung von institutionellen und Struktur- und Prozeßanalysen geführt«, zudem sei er »ein Meister der Forschungsanleitung und der Gestaltung einer produktiven Arbeitsatmosphäre; auch darin stimmen alle Gutachten überein.«<sup>253</sup> Genau diese

---

247 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹ am 01. Februar 1985, Bl. 3.

248 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 51. Vgl. Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07.05.2020, 14–15 Uhr, S. 1.

249 Stellungnahme und Empfehlung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹ zum Antrag auf Berufung von Professor Dr. Fritz W. Scharpf an das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Mai 1985, Bl. 1–13, hier: Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

250 Stellungnahme und Empfehlung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹, Mai 1985, Bl. 3.

251 Stellungnahme und Empfehlung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹, Mai 1985, Bl. 4.

252 Stellungnahme und Empfehlung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹, Mai 1985, Bl. 5.

253 Stellungnahme und Empfehlung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹, Mai 1985, Bl. 5.

seltene Kombination von wissenschaftlicher Qualität, administrativen Fähigkeiten und kooperativer Kollegialität stellt nach der Überzeugung der Kommission ein Fundament dar, das von Herrn Scharpf als zweitem Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung hervorragende Leistungen erwarten läßt.<sup>254</sup>

Die Kommission sprach die Empfehlung aus, Scharpf zum Wissenschaftlichen Mitglied, zum Mitglied des Kollegiums und zum zweiten Direktor des MPIfG zu berufen.

Am 12. Juni 1985 kam die Kommission erneut zusammen. Die Kommissionsmitglieder rekapitulierten in dieser Sitzung ihre Empfehlung und die noch bestehenden Bedenken gegen eine Berufung Scharpfs. Vorbehalte bestanden weiterhin bezüglich seiner wissenschaftlichen Nähe zur Gründungsdirektorin, denn damit werde »die Entwicklung des Instituts thematisch sehr viel enger« begrenzt, als dies »zumindest in den ursprünglichen Absichten der Kommission gelegen habe«.<sup>255</sup> Diese Bedenken wurden weitgehend ausgeräumt, dies mit der Begründung, dass »weit ausgreifende Erwartungen an die sozialwissenschaftliche Forschung theoretisch kaum eingelöst und entsprechende Programme auch personell nicht getragen werden können«. Das MPIfG werde mit der Berufung Scharpfs »eine realistische Chance haben, in der gegebenen Zeit von etwa zehn Jahren das vorgesehene Forschungsprogramm so durchzuführen, daß am Ende auch tragfähige Ergebnisse vorlägen«. Im Ergebnisprotokoll wurde ausdrücklich festgehalten, dass »nach der von Anfang an vertretenen Auffassung der Kommission das Institut nur mit einer Ergänzungsberufung diese Erfolgchance habe, in jedem Fall also eine Entscheidung falsch sein würde, die es bei der alleinigen Leitung durch Frau Mayntz beließe«.<sup>256</sup>

### 3.1 Wissenschaftliche Laufbahn von Fritz W. Scharpf bis 1986

Die in den Ergebnisprotokollen aufscheinenden Konturen von Scharpfs wissenschaftlichem Profil sollen im Folgenden deutlicher herausgearbeitet werden, um darzulegen, weshalb er für Renate Mayntz der Spitzenkandidat für die zweite Direktorenstelle am MPIfG war. Dass Mayntz und Scharpf schon vor Mayntz' Berufung zur Gründungsdirektorin des MPIfG zusammengearbeitet hatten, ist nur einer der Gründe, weshalb sie sich so deutlich für ihn aussprach. Vielmehr bestanden zwischen den wissenschaftlichen Haltungen der beiden Gesellschaftsforscher auch habituelle Gemeinsamkeiten. In diesem Unterkapitel soll auf vier Punkte eingegangen werden, die hierfür ausschlaggebend waren: 1) Scharpfs generationelle Zugehörigkeit; 2) die amerikanische Erfahrung, die er während seines Studiums und danach sammelte; 3) seine politische

---

254 Stellungnahme und Empfehlung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹, Mai 1985, Bl. 5–6.

255 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹ am 12. Juni 1985 in Nürnberg, Bl. 1–5, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

256 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹ am 12. Juni 1985, Bl. 1. Vgl. auch Vierter Bericht der Kommission ›Förderung der Sozialwissenschaften‹: Empfehlungen zur Förderung der ›Kognitionswissenschaft‹ (Cognitive Science) und der ›Kognitiven Anthropologie‹ in der Max-Planck-Gesellschaft, 1985, Bl. 1–25, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

Ausrichtung, die Einfluss auf die Art des von ihm generierten politologischen Wissens hatte, und 4) die Entwicklung Scharpfs zum national und international angesehenen Policy-Forscher.

1) Fritz W. Scharpf wurde 1935 in Schwäbisch Hall geboren, sechs Jahre später als Renate Mayntz. So erlebte er die Zeit des Nationalsozialismus weniger bewusst als die Gründungsdirektorin des MPIfG – nach eigener Aussage gehörte er, anders als seine fünf oder zehn Jahre älteren Kolleginnen und Kollegen, nicht mehr zur so genannten Wiederaufbaugeneration, sondern war ein Nachkriegskind: »Was vor 1945 war, hat eigentlich für meine Entwicklung keine Rolle gespielt. [...] Ich bin sozusagen das erste Produkt der Reedukation.«<sup>257</sup> Für ihn und seine Generation ging es nicht so sehr darum, was jemand vor 1945 getan hatte, sondern vielmehr darum, wie sich jemand nach 1945 verhielt: »Was zählte, war der aktive Beitrag dazu, den deutschen Staat demokratischer und die deutsche Gesellschaft liberaler und humaner werden zu lassen.«<sup>258</sup> In ihrer Einleitung zur Festschrift für Scharpf von 2003 konstatieren Mayntz und Wolfgang Streeck, dass nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs der demokratische Staat für Angehörige der »progressiven Intelligenz« wie Scharpf die Hoffnung verkörperte, »dass demokratische Politik den Fundamentalkonflikt zwischen Gesamtinteresse und Partialinteresse, der noch im Mittelpunkt der Weimarer Staatsrechtslehre gestanden hatte, durch aktive politische Planung würde aufheben können.«<sup>259</sup> Aktive politische Planung würde

die Integration der Gesellschaft mindestens ebenso sehr durch effiziente Versorgung mit kollektiven Gütern wie durch authentische Repräsentation von Interessen und Identitäten bewerkstelligen – zumindest solange diese nicht gelernt hatten, sich von sich aus statt am Wünschbaren am Möglichen zu orientieren.<sup>260</sup>

Diese Haltung war sowohl für den Politologen als auch für den Sozialdemokraten Scharpf richtungsweisend.

2) Wie Renate Mayntz brachte auch Scharpf längere Zeit seines Studiums in den Vereinigten Staaten zu und war nach seiner Promotion zwei Jahre lang an amerikanischen Hochschulen tätig. Die von Balcar für die dritte wissenschaftliche Generation von MPI-Direktoren konstatierte stärkere internationale Ausrichtung ihrer Forschungsansätze trifft auch auf Scharpf zu.<sup>261</sup> Von 1955 bis 1956 studierte er als Fulbright-Stipendiat an der Yale University Politikwissenschaft, 1960/61 hielt er sich abermals in Yale auf und absolvierte an der Yale Law School den Master of Laws (LL.M). Von 1964 bis 1966 schließlich war er Assistenzprofessor an ebendieser Institution, das Jahr 1965 verbrachte er als »Visiting Assistant Professor« an der University of

---

257 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 18.

258 Hepp und Schmidt, 23.

259 Mayntz und Streeck, »Die Reformierbarkeit der Demokratie«, 12.

260 Mayntz und Streeck, 12.

261 Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 25–26.

Chicago Law School.<sup>262</sup> Die Yale Law School galt damals als »linker Außenseiter in der Tradition des Legal Realism«, der deutlich von der konservativer ausgerichteten Harvard Law School differierte.<sup>263</sup> Laut Scharpfs eigener Aussage war es in seiner Generation Ausweis von Modernität und fortschrittlichem wissenschaftlichem Denken, eine längere Zeit an amerikanischen Wissenschaftsinstitutionen verbracht zu haben, um eine moderne Politikwissenschaft in der Bundesrepublik zu betreiben.<sup>264</sup>

Die Erfahrung, in den Vereinigten Staaten studiert und an amerikanischen Wissenschaftsinstitutionen gearbeitet zu haben, trug wesentlich zur Ausformung einer international-vergleichenden Perspektive bei, die für Scharpfs politologischen Ansatz bestimmend sein sollte.<sup>265</sup> Diese internationale Perspektive zeigte sich auch in seinem Einsatz bei der Organisation European Consortium for Political Research (ECPR) während seiner Zeit in Konstanz.

3) Bis zu seinem Amtsantritt als Co-Direktor des MPIfG war Scharpf als aktives Mitglied der SPD in zahlreichen Kommissionen politikberatend tätig gewesen. Nach eigener Aussage begann seine Sozialisation in politischen Fragen Ende der 1940er Jahre, als er an einem wöchentlich stattfindenden Diskussionskreis des amerikanischen Residence Officers von Schwäbisch Hall teilnahm.<sup>266</sup> Scharpf war auch in der Studentenpolitik aktiv, seine »Feuertaufe« erhielt er auf der Göttinger Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS), bei der die Mitglieder der Freiburger linksliberalen Fraktion die »Kommunisten« zwar geschlagen, damit aber gleichzeitig »die eigentlich Radikalen in den Vorstand gebracht hatten. Um dort auftreten zu können, musste ich 1959 in die SPD eintreten.«<sup>267</sup> Auf die Frage der beiden Interviewer Hepp und Schmidt, ob der SDS bei diesem Anlass aus der SPD ausgeschlossen worden sei, antwortete Scharpf, dass er und andere Mitglieder des SDS in Freiburg und Umgebung bereits vor diesem Ereignis die Frankfurter Linksozialisten gegen die von der DDR subventionierte »Konkret-Fraktion« um Klaus Rainer Röhl und Ulrike Meinhof gewählt hätten, die sich dann aber derart radikalisiert hätten, dass die SPD als Gegengewicht den Sozialistischen Hochschulbund (SHB) gegründet habe, um die SDS-Mitglieder auszuschließen. Als Scharpf 1960 wieder in die Vereinigten Staaten ging, hinterließ er einem Freund eine unterzeichnete Austrittserklärung, »die er einreichen sollte, wenn das zu wild wird. Das hat er dann gemacht, sodass ich, ehe ein Ausschlussverfahren kam, schon draußen war.« Wieder in Freiburg engagierten sich Scharpf und andere im von Horst Ehmke begründeten Ernst-Reuter-Kreis und bei den Jungsozialisten

---

262 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 11.

263 Hepp und Schmidt, 26.

264 Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07.05.2020, 14–15 Uhr, S. 1.

265 Vgl. allgemein zur Internationalisierung der Politikwissenschaft nach 1945 Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft*, 400–412.

266 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 18.

267 Hepp und Schmidt, 31.

in der SPD, »die damals eher karriereorientiert als revolutionär auftraten.«<sup>268</sup> Seine politische Einstellung war eine linksliberale, die sich gegen linksradikale Tendenzen abgrenzte. Er verstand und versteht sich ähnlich wie Mayntz als progressiver Demokrat, nur mit linkerer Akzentuierung. Er war kein aktiver Politiker, sondern politikberatender Politikwissenschaftler. Zwar habe er Wahlkampfveranstaltungen mitgemacht, er sei aber zu wenig extrovertiert gewesen, um als sozialdemokratischer Politiker aufzutreten.<sup>269</sup> In der baden-württembergischen SPD habe er danach noch als Mitbegründer des so genannten Tübinger Kreises, der gegen die große Koalition im Land protestierte, eine kleine Rolle gespielt. Wegen der Aufgaben an der Universität Konstanz habe er sich in diesem Kreis jedoch nicht weiterengagieren können.<sup>270</sup>

Der Höhepunkt der Studentenprotestbewegung fiel in die Zeit, als Scharpf Professor in Konstanz war. Fast wäre er zuvor auf den Fraenkel-Lehrstuhl an der FU Berlin berufen worden, was aber aufgrund einer Entscheidung der Berufungskommission verhindert wurde. Retrospektiv gab Scharpf an, dass er nicht wisse, wie sich die Situation entwickelt hätte, wäre er nach Berlin gegangen. Immerhin hätten die aggressiven Auseinandersetzungen einige linksliberale Kollegen in Berlin derart zermürbt, dass sie sich dem Bund Freiheit der Wissenschaft<sup>271</sup> angeschlossen hätten und politisch ins konservative Lager gewechselt seien. In Konstanz dagegen sah die 68er-Bewegung ganz anders aus:

Ihre Frontfrau war Gabriele Kuby, die Tochter von Erich Kuby, dem berühmten linken Stern-Autor. Sie stand zwar weiter links als ihr Vater, aber sie und ihre Freunde waren so intelligent und so witzig-diskussionsfreudig, dass ich sogar die Konfrontation in den Vollversammlungen in guter Erinnerung habe.<sup>272</sup>

In diese Phase fiel der von der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform der großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt vergebene Forschungsauftrag, »die Staatskanzleien in den Ländern und deren Verhältnis zur Landesregierung und zur Landesverwaltung zu untersuchen.«<sup>273</sup> Nach dem Wechsel von der großen zur sozialliberalen Koalition und nachdem Ehmke Chef des Kanzleramts geworden war, gewann diese Projektgruppe an Bedeutung. Sie hatte bereits für den Regierungswechsel Reformvorschläge gemacht, die allerdings noch nicht umsetzbar gewesen waren. Mit Antritt der neuen Regierung vergab die Projektgruppe dann mehrere Aufträge für Untersuchungen von Verwaltung und Regierung, etwa

---

268 Hepp und Schmidt, 31.

269 Hepp und Schmidt, 31.

270 Hepp und Schmidt, 32.

271 Der Bund Freiheit der Wissenschaft wurde 1970 als Sammelbewegung gegen die westdeutsche Studentenprotestbewegung gegründet und entwickelte sich in der Folgezeit zur wichtigsten Vereinigung des intellektuellen Konservatismus in der Bundesrepublik. Vgl. Koischwitz, *Der Bund Freiheit der Wissenschaft*; Wehrs, *Protest der Professoren*.

272 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 36.

273 Hepp und Schmidt, 38.

an Frieder Naschold und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die systematische Wirkung mehrjähriger Finanzplanung erforschten, und an Scharpf und Mayntz in Berlin, die gemeinsam im Rahmen eines größeren Projekts Entscheidungsprozesse in der Bundesregierung studierten.<sup>274</sup> In den Berufungsverhandlungen mit der MPG war dieser Punkt nicht unwichtig. Die Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« konstatierte 1985, »daß sich eine Kooperation von Frau Mayntz und Herrn Scharpf in anderem Zusammenhang vor einigen Jahren bereits bewährt hat«.<sup>275</sup> Parallel dazu hatte Scharpf einen Beratungsvertrag mit der Planungsabteilung im Kanzleramt abgeschlossen, »sodass ich oft auch an [sic] internen Entscheidungsprozessen, Ressortverhandlungen und Bund-Länder-Verhandlungen als »teilnehmender Beobachter« dabei war«.<sup>276</sup> 1975 endete diese anwendungsorientierte, politikberatende Sozial- und Politikforschung, denn nach dem Rücktritt Brandts von der Kanzlerschaft beschloss sein Nachfolger Helmut Schmidt, »die Regierung nicht durch eine technisch kompetente und konfliktfähige Planungsorganisation, sondern durch die Autorität und Kompetenz seines [...] Staatssekretärs Manfred Schüler« zu steuern.<sup>277</sup>

In den 1970er und frühen 1980er Jahren war Scharpf in mehreren Kommissionen tätig, angefangen mit der Kommission zur Neugliederung des Bundesgebiets (1970–1972). Danach folgten die Verfassungenquete des Bundestags (1972–1976), die DFG-Senatskommission für Empirische Sozialforschung, der auch Mayntz angehörte, und der Sachverständigenrat für Umweltfragen (1980–1984).<sup>278</sup> Mayntz und Streeck sehen in den Schriften Scharpfs

vielfältige Spuren einer starken Bindung an Werte der demokratischen Linken, wie größtmögliche Gleichheit der Lebenschancen, einen fairen politischen Ausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern des Marktes und ein Recht für alle auf menschenwürdige Teilhabe am Leben der Gesellschaft.<sup>279</sup>

4) Im Gegensatz zu Mayntz kam Scharpf nicht aus einem Akademikerhaushalt, sein Vater wollte vielmehr, dass er und seine beiden jüngeren Brüder den Gärtnerberuf erlernten, um danach den elterlichen Betrieb zu übernehmen. Die Mutter jedoch setzte mit Unterstützung der Lehrer durch, dass die drei Brüder zunächst aufs Gymnasium kamen. In seiner Volksschulklasse war Scharpf der Einzige, der den Sprung ins Gymnasium schaffte.<sup>280</sup> In der Gymnasial-

---

274 Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft*, 385, 394.

275 Stellungnahme und Empfehlung der Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« zum Antrag auf Berufung von Professor Dr. Fritz W. Scharpf an das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Mai 1985, Bl. 1–13, hier: Bl. 12, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

276 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 38.

277 Hepp und Schmidt, 39; Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft*, 383.

278 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 12.

279 Mayntz und Streeck, »Die Reformierbarkeit der Demokratie«, 22.

280 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 20.

zeit beeinflussten ihn insbesondere seine Lehrer in Deutsch und Mathematik, in fast allen Fächern erhielt Scharpf Bestnoten.<sup>281</sup> Es lässt sich hierbei vermuten, dass dieser hohe Leistungsschnitt einerseits Zeugnis der wissenschaftlichen und auch künstlerischen Begabung Scharpfs war, andererseits, dass sich hier die Wissbegierde der Nachkriegsgeneration zeigte, die den nationalsozialistischen Antiintellektualismus überwinden wollte, wie dies Adorno nach seiner Rückkehr nach Frankfurt Ende der 1940er Jahre bei seinen Studentinnen und Studenten beobachtete.<sup>282</sup>

Scharpf war nach dem Abitur zunächst unsicher, was er studieren sollte. Er zeigte wie Mayntz Interesse für die Chemie und absolvierte ein vierwöchiges Praktikum in einem Chemielabor. Daneben hatte er auch künstlerische Interessen und besuchte aus diesem Grund kurz vor dem Abitur die von Max Bill geleitete Hochschule für Gestaltung in Ulm. Dort wurde ihm gesagt, er müsse für den Besuch dieser Hochschule erst eine Handwerkerlehre absolvieren. Letzteres unterließ Scharpf, weil er sich als handwerklich ungeschickt ansah.<sup>283</sup> Danach wollte er Architektur studieren, entschied sich dann aber für Jura, nachdem ihn ein Freund zu einer Tagung in der Evangelischen Akademie in Bad Boll eingeladen hatte. Er begann sein Jurastudium an der Universität Tübingen, wo er die Vorlesung »Einführung in das Zivilrecht« von Konrad Zweigert, dem späteren Direktor des Hamburger MPI für ausländisches und internationales Privatrecht (1963–1979), hörte und von der Klarheit von dessen Gedankenführung beeindruckt war. Nach nur einem Semester wechselte Scharpf von Tübingen an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, wo er parallel zum Jurastudium mit dem Studium der Politikwissenschaft bei Arnold Bergstraesser begann.<sup>284</sup> Bergstraesser entwickelte sich in den 1960er Jahren zum Kopf der einflussreichen Freiburger Schule der Politikwissenschaft.<sup>285</sup>

Ähnlich wie Mayntz in der Soziologie distanzierte sich Scharpf von der spekulativ-philosophischen Tradition in der deutschen Politikwissenschaft, in der Bergstraesser sozialisiert worden war und die zu jener Zeit die Politikwissenschaft in Westdeutschland noch bestimmte. Mit dieser Tradition war Scharpf in einem von Bergstraesser gehaltenen Seminar über die Phänomenologie Edmund Husserls konfrontiert worden und fühlte sich von ihr abgestoßen – sie galt ihm als zu wenig analytisch durchdrungen, zu wenig empirisch fundiert und zu stark einer normativen Theorie verpflichtet.<sup>286</sup> Auch erkannte er ihre Ideologiefälligkeit und sah diese philosophisch ausgerichtete Politikwissenschaft aus diesem Grund für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft als unbrauchbar an – im Gegensatz etwa zu Arnold Gehlens Institutionentheorie, die sowohl für Scharpf als auch für Mayntz wichtig war, weil Gehlen ihre norma-

---

281 Hepp und Schmidt, 21.

282 Theodor W. Adorno an Thomas Mann, 28. 12. 1949, in: Gödde und Sprecher, *Mann – Adorno. Briefwechsel*, 44–54, hier: 46.

283 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 21.

284 Hepp und Schmidt, 21–22.

285 Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft*, 269.

286 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 27.

tive Verankerung in nationalsozialistischen Denkhorizonten nach 1945 durch den Einbau des angloamerikanischen Strukturfunktionalismus entschärfte. Hier zeigte sich eine Entwicklung, in deren Verlauf sich die bundesrepublikanische Politikwissenschaft der späten 1960er und der 1970er Jahre differenzierte: in eine an traditionell geisteswissenschaftlichen Prinzipien orientierte deutsche Politikwissenschaft und eine Policy- und International-Relations-Forschung, die empirisch-analytischen Grundsätzen folgte und mathematische Modelle anwandte, etwa Varianten der Rational-Choice- oder der Spieltheorie.<sup>287</sup> Noch in einer 1980/81 geführten Auseinandersetzung bei der Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) zwischen Scharpf und Wilhelm Hennis zeigte sich die Kluft zwischen der älteren normativen Politikwissenschaft, für die Hennis stand, und der Politikwissenschaft als Policy-Forschung, die, so Scharpf, Hennis als »einen Verrat an der Disziplin sah«.<sup>288</sup> Für Hennis war Scharpfs Policy-Ansatz technokratisch, beförderte eine Entpolitisierung der Politikwissenschaft und stellte Instrumente für eine Manipulation der Gesellschaft bereit.<sup>289</sup> Scharpf dagegen sah die Policy-Forschung als einen auf die tatsächliche gesellschaftliche Wirklichkeit bezogenen Ansatz, wohingegen die normative Theorie der Politik Debatten geführt habe, »die noch gar nicht bezogen waren auf die Problematik, vor der wir heute stehen«.<sup>290</sup>

Die empirisch-analytische Politikwissenschaft, die Anleihen bei den Sozialwissenschaften machte, entsprach einem Standard, der sich in den Vereinigten Staaten etabliert hatte und dem Scharpf folgte.<sup>291</sup> Nach dem dritten Semester ging er für ein Jahr an die Yale University, wo er bei Arnold Wolfers Politikwissenschaft studierte und einen Teil des interdisziplinären Collegestudiums absolvierte. Nach seinem Referendarexamen in Freiburg qualifizierte er sich an der Yale Law School mit dem LL.M und studierte dabei mehrheitlich amerikanisches Verfassungsrecht. Er verfolgte gleichzeitig einen juristischen und einen politikwissenschaftlichen Ausbildungsweg. Dies wurde dadurch befördert, dass die Yale Law School, an der Harold Lasswell, der 1951 zusammen mit Daniel Lerner eine Programmschrift mit dem Titel *The Policy Sciences* verfasst hatte,<sup>292</sup> Professor war und an der der Jurist Myres McDougal »International Relations« lehrte, stark sozialwissenschaftlich ausgerichtet war.<sup>293</sup> Zurück in Freiburg arbeitete er als Referendar und schrieb seine Dissertation über die »Political Questions Doctrine« in der amerikanischen Rechtsprechung, in der es um folgende Fragestellung ging: »Wie geht eigentlich ein Oberstes Gericht mit politischen Fragen um und mit welchen Kriterien ist das Gericht in der

---

287 Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07.05.2020, 14–15 Uhr, S. 3.

288 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 57.

289 Hepp und Schmidt, 64.

290 Hepp und Schmidt, 66.

291 Dammann, »Scharpf«.

292 Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft*, 383.

293 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 28. Nach Abschluss seines Exams erhielt Scharpf von der Yale University eine informelle Einladung, dorthin wieder zurückkehren zu können.

Lage, rein politische Fragen abzuweisen, statt sie in Verfassungsrecht zu übersetzen und juristisch zu entscheiden[?]«<sup>294</sup>

1964 schloss Scharpf die Referendarausbildung und seine Promotion ab, die von Ehmke, dem neu an die Freiburger Universität berufenen Extraordinarius für öffentliches Recht, begutachtet wurde, weil Bergstraesser kurz zuvor gestorben war. Scharpf meinte über Ehmke:

Auch wenn ich nicht mehr bei ihm studiert hatte, habe ich für meine eigene spätere Arbeit von ihm und insbesondere von seiner großen deutsch-amerikanisch vergleichenden Untersuchung zum Verhältnis von »Wirtschaft und Verfassung« mehr gelernt als von jedem anderen.<sup>295</sup>

Die Yale Law School bot Scharpf die Stelle einer befristeten Assistenzprofessur an. Er nahm das Angebot an und unterrichtete in Yale amerikanisches Verfassungsrecht und vergleichendes Zivilrecht. Er beschrieb diese Erfahrung als sehr intensiven Lernprozess, »der richtig Spaß gemacht hat«, weil er mit exzellenten Studentinnen und Studenten habe zusammenarbeiten können. In seiner Zeit in Yale vertrat er zwischenzeitlich den Rechtswissenschaftler Max Rheinstein, »einen der Großen unter den deutschen Emigranten«, an der University of Chicago Law School.<sup>296</sup> Als er wegen des Ablaufs seines Visums nach Westdeutschland zurückmusste, erhielt Scharpf sowohl von Yale als auch von Chicago Angebote auf Lehrstühle. Hätte sich in der Bundesrepublik nach drei Jahren keine Chance auf eine ähnliche Position ergeben, wäre er in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt.<sup>297</sup>

Diese Situation trat nicht ein. Scharpf hatte seine akademischen Qualifikationen in einer Zeit absolviert, in der »man sich, wenn man gut war, nicht erst habilitieren musste«<sup>298</sup> – das galt zumindest für die damals aufstrebende Politikwissenschaft und die Sozialwissenschaften. Insbesondere an den in den späten 1960er und den frühen 1970er Jahren gegründeten Reformuniversitäten wurden fähige junge Wissenschaftler gesucht.<sup>299</sup> In Freiburg hatte Scharpf von der DFG ein Habilitationsstipendium erhalten, doch noch vor Abschluss seiner Habilitationsschrift, einer vergleichenden Studie über die Rolle der Justiz in der Verwaltung Deutschlands und der Vereinigten Staaten, kam das Angebot aus Konstanz, den Lehrstuhl für Politikwissenschaft zu bekleiden.<sup>300</sup>

---

294 Hepp und Schmidt, 24–25.

295 Hepp und Schmidt, 28.

296 Hepp und Schmidt, 28–29.

297 Hepp und Schmidt, 29.

298 Hepp und Schmidt, 30.

299 Hepp und Schmidt, 30. Zur Gründungsgeschichte der Universität Konstanz siehe Mälzer, *Auf der Suche*, 151–234.

300 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 29–30.

In seiner Konstanzer Antrittsvorlesung von 1970, »Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung«, beschrieb Scharpf mit einer »komplexen Demokratiethorie« die normativen Anforderungen »an legitimierende Strukturen und Prozesse«, die ihm »unter den damaligen realen Voraussetzungen prinzipiell praktikabel erschienen«. <sup>301</sup> Mit »Utopie« bezeichnete er die Erweiterung der demokratischen Beteiligung über den Ist-Zustand der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung hinaus. »Anpassung« meinte dagegen den Wirklichkeitsbezug der Theorie, »ihre historisch-empirische Verankerung in der genauen Erkundung von Fortdauer und Wandel der Verfassungswirklichkeit demokratischer Systeme«. <sup>302</sup> Diese Darlegungen verwiesen auf das Konzept der »aktiven Politik«, das Scharpf auch als Co-Direktor des MPIfG verfolgen sollte, also einer Politik, »die kurzfristig und elastisch reagieren, langfristig planen und gestalten«, verteilen und umverteilen könne und sich dadurch »von einer bloß reagierenden Politik, einer »reaktiven Politik«, vorteilhaft abhebt«, <sup>303</sup> so Manfred G. Schmidt.

Scharpf erhielt seine Professur in einer Zeit, in der interdisziplinäre Kooperationsformen von Politikwissenschaft, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie den Rechtswissenschaften gefordert wurden, ein Konzept, das auch Scharpf mit seinem juristisch-politikwissenschaftlichen Ansatz vertrat und das insbesondere an Universitäten wie Konstanz, Gießen oder Frankfurt am Main praktiziert wurde. <sup>304</sup> Gegen diese Entwicklung schrieb der sich damals als konservativer »Anti-Soziologe« stilisierende Helmut Schelsky an, indem er vor der »Soziologisierung« der Rechtswissenschaften warnte; er befürchtete, dass dadurch die juristische Expertise, ja die Möglichkeit, überhaupt Recht zu sprechen, ad absurdum geführt werde. <sup>305</sup> Schelskys Position, die von zahlreichen Juristen unterstützt wurde, sollte sich längerfristig durchsetzen, wie auch Scharpf dies retrospektiv konstatierte, denn die »meisten Lehrstühle für Rechtsgeschichte, Rechtssoziologie oder Rechtsvergleichung sind im Laufe der Zeit wieder umgewidmet worden zugunsten der examensrelevanten Fächer«. <sup>306</sup> Diese Entwicklung zeigte sich auch innerhalb der MPG: Die rechtssoziologische Forschergruppe am Hamburger MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, die unter Konrad Zweigert ab 1963 eingerichtet wurde, blieb Episode. <sup>307</sup>

Dies allerdings war eine spätere Entwicklung, um 1970 wurden Politikwissenschaft und Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften integrierende Studiengänge noch begrüßt, insbesondere an Reformuniversitäten wie Konstanz. Zusammen mit Rolf-Richard Grauhan, der ebenfalls Jurist und Politikwissenschaftler war, hatte Scharpf den Auftrag erhalten, den ersten ver-

---

301 Hepp und Schmidt, 66–67. Siehe Scharpf, *Demokratiethorie*.

302 Schmidt, »Die »komplexe Demokratiethorie«, 154.

303 Schmidt, 155.

304 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 26.

305 Link und Schwarzferber, »Helmut Schelskys Rechtssoziologie«, 340–43.

306 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 26.

307 Magnus, *Geschichte des MPI für Privatrecht*, 27, 29.

waltungswissenschaftlichen Studiengang an einer westdeutschen Universität aufzubauen.<sup>308</sup> Der Aufbau dieses Studiengangs lief nicht ohne Widerstände ab, denn einerseits musste das baden-württembergische Ministerium für Wissenschaft und Kunst dazu gebracht werden, diesen neuartigen Studiengang zu akzeptieren, andererseits mussten die öffentlichen Verwaltungen und insbesondere die Juristen davon überzeugt werden, sich für die Absolventen der Konstanzer Verwaltungswissenschaften zu öffnen. Die Studentinnen und Studenten sollten zuerst ein breites sozialwissenschaftliches Grundstudium mit Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft sowie Soziologie absolvieren, danach folgte ein neunmonatiges Praktikum in einer Verwaltung. Laut Scharpf sei es insbesondere auf die im Laufe der 1970er Jahre geschwundene politische und wissenschaftliche Reformbereitschaft zurückzuführen, dass den Konstanzer Absolventen der antizipierte Normalzugang zum höheren Verwaltungsdienst in der Regel verwehrt wurde. Zwar habe das Konstanzer Verwaltungsstudium den stolzen Rekord aufgestellt, dass nahezu alle seine Abgängerinnen und Abgänger eine entsprechende Stelle gefunden hätten, mehrheitlich seien sie aber auf atypische Weise in die Verwaltungen gekommen.<sup>309</sup>

Wie die Reformuniversität Bielefeld sollte auch Konstanz eine andere Organisationsstruktur erhalten als die traditionelle Ordinarienuniversität. Während die Lehrstühle selbst nur minimal ausgestattet waren, verfügten die Fachbereiche über die Lehrkompetenz und legten auf einer Versammlung mit den Studierenden jedes Semester das Lehrangebot fest. Zudem waren die Assistenten nicht den Ordinarien zugeordnet, sondern gehörten schlicht zu den Lehrenden. Scharpf meinte dazu: »Aus meiner Sicht war diese Grundordnung fast perfekt.«<sup>310</sup> Die Grundordnung scheiterte allerdings vor dem Verwaltungsgericht. Auch der 1974 neu gewählte Rektor, der damals politisch linksstehende Politikwissenschaftler Frieder Naschold, mit dem Scharpf und Mayntz in der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform zusammenarbeiteten, sei immer wieder in Konflikte zwischen Universität und Landesregierung hineingezogen worden und habe die Grundordnung nicht durchsetzen können.<sup>311</sup> Dieses Beispiel praktischer Nichtumsetzbarkeit wissenschaftspolitischer Programme führte Scharpf zu seiner bekannten »Theorie der Politikverflechtung«.

1978 – Scharpf arbeitete bereits am WZB – veröffentlichte er einen kurzen, erklärenden Aufsatz als Reaktion auf Missverständnisse, die nach der Publikation des zusammen mit Bernd Reissert und Fritz Schnabel in einem Buch von 1976 erstmals diskutierten Ansatzes der »Politikverflechtung« entstanden waren.<sup>312</sup> Laut Scharpf handelte es sich bei dieser Theorie nicht um eine universelle, sondern um eine partielle, die

---

308 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 32. Vgl. auch Dammann, »Scharpf«; Mayntz und Streeck, »Die Reformierbarkeit der Demokratie«, 13.

309 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 33–34.

310 Hepp und Schmidt, 36–37.

311 Hepp und Schmidt, 37.

312 Scharpf, Reissert, und Schnabel, *Politikverflechtung*.

den Einfluß einer spezifischen Struktur der politisch-administrativen Politik-Formulierung auf den Prozeß der Politik-Formulierung und seine Ergebnisse unter den Rahmenbedingungen der Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren und im Bereich der »Gemeinschaftsaufgaben« des Bundes an die Länder zu erklären<sup>313</sup>

suchte. Politikverflechtung fasste er als ein für die Bundesrepublik charakteristisches strukturell-prozessuales Muster auf, das auf zwei Ebenen operiere, einer normativ-analytischen und einer empirisch-verhaltenswissenschaftlichen. Die normativ-analytische Ebene bezog sich auf den Befund »einer horizontal und vertikal stark differenzierten Entscheidungsstruktur und einer zunehmenden, die einzelnen Zuständigkeitsbereiche übergreifenden Interdependenz der von der Entscheidungsstruktur zu bearbeitenden Aufgaben und Probleme«. <sup>314</sup> Daraus ergäben sich Dezentralisierungsprobleme, die durch die Inkongruenz zwischen Entscheidungs- und Problemstruktur erzeugt würden. Dezentralisierungsprobleme könnten durch Zentralisierung, also durch eine Verlagerung der Entscheidungskompetenzen auf eine höhere Ebene mit umfassender Entscheidungsgewalt, vermieden werden oder durch Politikverflechtung, d. h. »durch (begrenzte) Steuerung des Entscheidungsverhaltens dezentraler Entscheidungseinheiten im Interesse des umfassenderen (mit der realen Probleminterdependenz kongruenten) Kollektivs«. <sup>315</sup> Auf der empirisch-verhaltenswissenschaftlichen Ebene wird die Politikverflechtung als Tatsache aufgefasst, wonach dann »unterschiedliche Arten von Verflechtungsstrukturen« herausgearbeitet und Hypothesen zum Entscheidungsverhalten (Informationsverarbeitung, Konfliktregelung/Konsensbildung) in diesen Strukturen entwickelt werden. <sup>316</sup> Auf dieser Ebene werde

der normativ-analytischen Zuordnung von Dezentralisierungsproblemen zu den für ihre Korrektur notwendigen Steuerungsinstrumenten die Frage gegenübergestellt, unter welchen Voraussetzungen es wahrscheinlich oder unwahrscheinlich ist, daß reale Verflechtungssysteme tatsächlich die normativ geforderten Steuerungsleistungen erbringen können. <sup>317</sup>

Scharpf ging dabei von mehreren Verflechtungsarten aus: horizontale Verflechtung (Modell: Kultusministerkonferenz), hierarchische Verflechtung (Modell: Bundesauftragsverwaltung) sowie bilaterale und multilaterale Verflechtung in Verbundsystemen (Modell: Zweckzuweisungen des Landes an die Gemeinden). <sup>318</sup>

---

313 Scharpf, „Die Theorie“, 141. Erstveröffentlichung: 1978.

314 Scharpf, 143.

315 Scharpf, 143.

316 Scharpf, 144.

317 Scharpf, 146.

318 Scharpf, 146.

Das Handlungsrepertoire der Politikverflechtungstheorie bezog sich stärker auf positive Sanktionsmittel als Steuerungsinstrumente, die tendenziell ein höheres Maß an Konsensbildung erwarten ließen, deren Einflussnahme eher probabilistisch wirke, deren Adressatenkreis eher weit sei, deren Anreize eher egalitär seien und deren Angebot über die Zeit eher stabil gehalten werde. Damit sei das Verflechtungssystem in der Lage, Niveauprobleme zu lösen, »jedoch kaum imstande, Verteilungsprobleme und Interaktionsprobleme wirksam zu verarbeiten«. <sup>319</sup> So würde in Bereichen wie der Städtebauförderung der »aus der materiellen Problemanalyse ableitbare Steuerungsbedarf nicht erfüllt und die (zumindest ursprüngliche) Zielsetzung der Bund/Länder-Programme nicht erreicht«, die der Politikverflechtung inhärente Tendenz zur Konfliktvermeidung führe daher zu »Steuerungs- und damit Problemlösungsdefiziten«. <sup>320</sup> In den Fallstudien seien aber auch Politikbereiche identifiziert worden, »in denen ein nur durch Politikverflechtung zu lösendes Dezentralisierungsproblem nicht (oder nicht mehr) existiert«, etwa im Bereich der Krankenhausbaufinanzierung, bei der die Länder »bei entsprechender Anpassung des vertikalen Finanzausgleichs ohne Beteiligung des Bundes ebenso gut oder besser in der Lage« wären, die anstehenden Probleme zu bearbeiten: »Die bestehende Mischfinanzierung von Bund und Ländern stellt also aus dieser Sicht einen Fall von unnötiger ›Überflechtung‹ dar«, eine Situation, die unweigerlich in die »Politikverflechtungsfalle«, also in Handlungsblockaden, führe. <sup>321</sup>

1973 ging Scharpf ans WZB und wurde Direktor des ersten WZB-Instituts, des International Institute of Management (IIM). Das WZB wurde 1969 unter der ersten großen Koalition als Reaktion auf den Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) gegründet; dies mit der Absicht, amerikanische Spitzenforschung nach Berlin zu holen und die Stadt als Standort westlich-moderner Politik- und Sozialwissenschaft zu stärken. <sup>322</sup> Zur Arbeitsgruppe, die einen umfassenden Vorschlag für das IIM vorlegte, gehörte nebst Richard Cyert, John Montgomery, Ludwig Pack und Hans Zbinden auch Niklas Luhmann. <sup>323</sup> Der Haushalt des WZB wurde vom Bundestag großzügig unterstützt, das IIM wurde darüber hinaus von der Ford Foundation gefördert, »die damit etwas gegen den vermuteten europäischen Rückstand in den Managementwissenschaften« unternehmen wollte, so Scharpf. <sup>324</sup> Der Stanforder Betriebswirtschaftler James E. Howell baute das IIM auf, indem er renommierte Amerikaner nach Berlin holte, die dort für zwei oder drei Jahre »ihre Arbeiten in mathematischer Operations Research, empirischer Wettbewerbsforschung oder Organisationstheorie fortsetzen konnten«. <sup>325</sup> Von Beginn an stand das WZB auf tönernen Füßen. Die Berliner Universitäten

---

319 Scharpf, 148.

320 Scharpf, 149–50.

321 Scharpf, 150.

322 Jahn, »Es ging um Berlin«, 11–14.

323 Jahn, 15.

324 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 43.

325 Hepp und Schmidt, 44–45.

lehnten seine Gründung ab und verweigerten jede Zusammenarbeit, bundesweit erfolgten Resolutionen linksgerichteter Professoren und Studenten gegen eine »Universität der Mandarine«. Sie befürchteten, dass namhafte Wissenschaftler aus den politisierten Universitäten abwanderten, um an einer protestfreien Institution, die teilweise aus privatwirtschaftlichen Mitteln finanziert wurde, arbeiten zu können. Auch Wolfgang Zapf, der 1987 Präsident des WZB werden sollte, wurde für seine Verteidigung des Berliner Zentrums angefeindet.<sup>326</sup>

Da Howell 1973 bereits wieder in Stanford war und seine Mitarbeiter am IIM nahezu keine Kontakte zur deutschen Wissenschaft hatten, der Reformwille an der Universität Konstanz zudem im Schwinden begriffen war, entschloss sich Scharpf, mit einem Fünfjahresvertrag nach Berlin zu gehen; dies mit der Absicherung, dass ihm die Universität Konstanz bei einer möglichen Rückkehr einen Lehrstuhl freihalten würde.<sup>327</sup> An den Berufungsverhandlungen in Bonn setzte er durch, »dass ein zweiter Direktor mit ökonomischer oder betriebswirtschaftlicher Kompetenz nötig sei«, der ihm beim Umbau und der Leitung des Instituts behilflich sein würde.<sup>328</sup> Zusammen mit Walter H. Goldberg aus Göteborg legte Scharpf ein »Konzept für eine praxisorientierte Ausrichtung des Instituts auf Aufgaben und Methoden des Managements im privaten und im öffentlichen Sektor« vor, aus dem das Internationale Institut für Management und Verwaltung (IIMV) hervorgehen sollte.<sup>329</sup> In der zweiten Fünfjahresperiode am IIMV hatte Scharpf gemeinsam mit Günther Schmid, Dieter Freiburghaus, Benny Hjern und Wolfgang Streeck

ein international vergleichendes Forschungsprogramm zur Effektivität und Implementation von Programmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik konzipiert und geleitet, in dem die für meine weitere Arbeit prägenden Maximen einer wissenschaftlich autonomen, aber auf politikrelevante Probleme bezogenen sozialwissenschaftlichen Forschung trotz aller institutionellen Unsicherheiten des damaligen WZB gut realisiert werden konnten.<sup>330</sup>

Nach Mayntz und Streeck stand dieses Konzept

im Zeichen eines Forschungsprogramms, das den gescheiterten juristisch-dogmatischen Lösungen des Problems staatlicher und gesellschaftlicher Integration die pragmatische Antwort des demokratisch geplanten Wohlfahrtsstaats von Keynes, Beveridge und Mannheim entgegensetzte.<sup>331</sup>

---

<sup>326</sup> Hepp und Schmidt, 43.

<sup>327</sup> Hepp und Schmidt, 46, 49–50.

<sup>328</sup> Hepp und Schmidt, 45.

<sup>329</sup> Hepp und Schmidt, 45–46. In der englischen Sprache blieb der bisherige Name „International Institute of Management“ bestehen.

<sup>330</sup> Hepp und Schmidt, 46.

<sup>331</sup> Mayntz und Streeck, „Die Reformierbarkeit der Demokratie“, 13.

Das WZB arbeitete zwar politikorientiert, betrieb aber weder Ressort- noch Auftragsforschung, vielmehr sollte es »politische Problemfelder international vergleichend erforschen und so den zuständigen Ressorts und der Öffentlichkeit zeigen, was in Deutschland besser gemacht werden könnte«. <sup>332</sup> Das WZB entwickelte sich so »zu einer der wichtigsten politikberatenden Institutionen der sozialliberalen Reformpolitik«. <sup>333</sup> Diese Praxis sollte für Scharpf auch in seiner Rolle als Co-Direktor am MPIfG richtungweisend sein. Ein deutlicher Unterschied zwischen MPIfG und WZB war, dass am Berliner Wissenschaftszentrum zwischen den einzelnen Instituten und Abteilungen ein harter Konkurrenzkampf um finanzielle Ressourcen herrschte – in der Zwischenzeit waren weitere Institute dazugekommen, etwa das Institut für vergleichende Umweltpolitik unter Meinolf Dierkes – und dass diese institutionellen Erweiterungen nicht abgesichert waren. <sup>334</sup>

Das WZB wurde zwar vom Wissenschaftsrat positiv evaluiert, kurz danach kam jedoch die politische Wende mit der Regierung Helmut Kohls, der die vergleichende Policy-Forschung am WZB suspekt erschien. Zapf erhielt daraufhin den Auftrag, das WZB erneut zu evaluieren, und empfahl, das Institut in wesentlich kleinere Einheiten aufzuteilen, »in denen jeweils ein Professor mit seinen Assistenten ordentliche Wissenschaft betreiben sollte«. <sup>335</sup> Erst nach der Zapf-Reform wurde das WZB in die Blaue Liste der von der Bundesregierung und den Ländern finanzierten außeruniversitären Institute aufgenommen. Der Haushaltsplan konnte auf Dauer aufgestellt werden, unbefristete Verträge wurden vergeben und die Mitarbeiter und Direktoren konnten nun auch an den Universitäten lehren. Scharpf hatte sich bei der ersten Vertragsverlängerung die Möglichkeit ausbedungen, nach dem Ende seiner Amtszeit als Direktor eine Forschungsprofessur am WZB wahrzunehmen, um an einem eigenen empirisch-vergleichenden Projekt zu arbeiten. Dann kam der Ruf ans EUI und kurz darauf das Angebot aus Köln. <sup>336</sup>

Als Renate Mayntz der MPG vorschlug, Scharpf als zweiten Direktor ans MPIfG zu berufen, war er »einer der bekanntesten Köpfe der sozialwissenschaftlichen Policy-Forschung und der westdeutschen Beratungselite«. <sup>337</sup> 1986 hatte Scharpf diverse Publikationen vorzuweisen, darunter 18 Monographien, die er zum Teil zusammen mit Kolleginnen und Kollegen (u. a. Mayntz) verfasst hatte, ein von ihm herausgegebenes Buch sowie über 60 Aufsätze, von denen ein bedeutender Teil in englischer Sprache verfasst und in Zeitschriften mit Qualitätssicherung publiziert worden war. Zudem waren einige seiner Arbeiten schon in andere Sprachen, etwa ins Italieni-

---

332 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 46.

333 Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft*, 397–98.

334 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 47. Vgl. Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07.05.2020, 14–15 Uhr, S. 1.

335 Hepp und Schmidt, 47–48.

336 Hepp und Schmidt, 48.

337 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 70. Vgl. Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 54.

sche, übersetzt worden. Scharpf hatte bis zu diesem Zeitpunkt eine sozialwissenschaftlich orientierte Politikwissenschaft entwickelt,<sup>338</sup> die unter dem Leitmotiv stand,

demokratischen Gemeinschaften zu helfen, ihr institutionelles Können mit ihrem politischen Willen in Einklang zu bringen, indem sie den institutionellen Handlungsbedingungen, unter denen Gesellschaften ihre Probleme zu bewältigen haben, dieselbe Aufmerksamkeit zukommen lässt wie den zu lösenden Problemen selbst.<sup>339</sup>

Zu diesem Konzept gehörte es, Vorschläge zu entwickeln,

wie vorhandene Institutionen geändert werden müssen, damit alle Beteiligten wollen können, was sie im Interesse einer Lösung gemeinsamer Probleme wollen müssen, oder damit sie Möglichkeiten zur Lösung von Problemen entdecken können, die sie bis dahin für unlösbar gehalten haben.<sup>340</sup>

### 3.2 Veränderungen im Forschungsprogramm des MPIfG mit Scharpfs Antritt als Co-Direktor

Mit dem Amtsantritt Fritz W. Scharpfs als Co-Direktor des MPIfG erfolgten einige Erweiterungen des von Renate Mayntz entworfenen Forschungsprogramms, jedoch keine Veränderungen seines »harten Kerns«. Es kamen mathematisierte Verfahren wie die Spieltheorie hinzu, die Scharpf für politisches Verhalten und Handeln operationalisierte. Im Gegensatz zu Mayntz konnte er mit Niklas Luhmanns soziologischer Systemtheorie nur wenig anfangen. Auf dem Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 1988 sollte er mit dem Bielefelder Soziologen ein Streitgespräch führen, das keine Annäherung brachte.<sup>341</sup> Die Hauptdifferenz zwischen Scharpf und Luhmann bestand darin, dass für Scharpfs Analysen Akteure, nicht kommunikativ-symbolische Strukturen und Systeme, ausschlaggebend waren.<sup>342</sup>

Auch die epistemische Zielstellung des Kölner Forschungsprogramms blieb bestehen und wurde um die Frage nach der Problemlösung sektoraler Governance-Strukturen in entwickelten Industriegesellschaften erweitert. Mit Lakatos' Konzept der »positiven Heuristik« handelte es sich dabei um Modifizierungen von Hilfhypothesen, die in ihrer Wirkung den »harten Kern« gegen Kritik abschirmten und diesen weiter festigten. Im Folgenden sollen Scharpfs For-

---

338 Zur sozialwissenschaftlichen Erneuerung der westdeutschen Politikwissenschaft seit den späten 1960er und insbesondere in den 1970er Jahren siehe Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft*, 373–412.

339 Mayntz und Streeck, „Die Reformierbarkeit der Demokratie“, 12.

340 Mayntz und Streeck, 12.

341 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 57, 61; Mayntz und Scharpf, „Politische Steuerung“; Scharpf, „Politische Steuerung“.

342 Mayntz und Streeck, „Die Reformierbarkeit der Demokratie“, 24.

schungsperspektiven zu Beginn seines Direktorats näher erläutert werden, um genauer darzulegen, was er sich von seiner Arbeit am MPIfG erhoffte, und detaillierter zu zeigen, welchen Einfluss die von ihm präferierten Ansätze auf die Forschungspraxis am MPIfG von 1986 bis 1995 hatten.

Für den Fall seiner Berufung als Co-Direktor des MPIfG hatte die Kommission »Förderung der Sozialwissenschaften« Scharpf gebeten, ihr seine Forschungsperspektiven darzulegen. Am 28. April 1985 schickte er der Kommission sein Programmpapier über die zukünftige Forschungsausrichtung des MPIfG. Einleitend meinte er, die von Mayntz in ihrem Forschungsprogramm skizzierten Fragestellungen und Vorgehensweisen schienen ihm so attraktiv, »daß ich ohne Einschränkungen bereit bin, die Verantwortung für die Leitung und Weiterentwicklung dieses Forschungsprogramms neben Frau Mayntz mit zu übernehmen«.<sup>343</sup>

Im Anschluss stellte Scharpf seine drei in der Vergangenheit entwickelten zentralen Ansätze, »Koordinationsprobleme«, »Politikverflechtung« und »Bedingungen der Strategiefähigkeit«, vor, die er für das Forschungsprogramm operationalisieren wollte. Retrospektiv fasste er diese von ihm entwickelten analytischen Ansätze so zusammen, dass die begriffliche Besonderheit seiner sozial- und politikwissenschaftlichen Herangehensweise in der Art und Weise liege, »wie ich Erklärungen suche und verwende«. Dazu zählte er seine Präferenz für mathematische Modelle, analytische Klarheit und

eine gewisse Fähigkeit oder jedenfalls Neigung, im Chaos empirischer Daten und Informationen Regelmäßigkeiten und wiederkehrende Muster zu entdecken und diese dann analytisch so weit aufzuklären, dass sie [...] einzeln oder in Kombination als generalisierte Modelle bei der Beschreibung und Erklärung komplexer Zusammenhänge verwendet werden konnten,<sup>344</sup>

ohne dadurch ein »vereinheitlichendes Theorieprogramm« zu formulieren.

Den Ansatz der Koordinationsprobleme hatte Scharpf während seiner empirischen Erforschung von Regierungsorganisationen und der Programmentwicklung in Bund und Ländern in den Jahren 1969–1975 ausgearbeitet, wobei sich sein theoretisches und methodisches Interesse »in erster Linie auf das prinzipielle Spannungsverhältnis zwischen der zunehmenden Interdependenz gesellschaftlicher Problembereiche und einer notwendigerweise arbeitsteiligen Problembearbeitung in der Ministerialorganisation« gerichtet habe.<sup>345</sup> Angesichts »der empirisch bestätigten Bedeutung von Organisationsgrenzen als Aufmerksamkeits-, Relevanz- und Kommunikationsgrenzen« werde die Koordination zwischen Organisationseinheiten zu

---

343 Fritz W. Scharpf, Forschungsperspektiven für den Fall meiner Berufung an das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 28.04.1985, Bl. 1–6, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 76, Nr. 103.

344 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 60.

345 Fritz W. Scharpf, Forschungsperspektiven, 28.04.1985, Bl. 2.

einem »kritischen Engpaß der problem-adäquaten Programmentwicklung«. <sup>346</sup> Die von Scharpf entwickelten analytischen Werkzeuge der »positiven« und der »negativen Koordination« dienten dabei der Interpretation der empirischen Befunde. Bei den empirischen Untersuchungen habe sich gezeigt, dass sich »auch in der hierarchisch organisierten Ministerialbürokratie die Fähigkeit zur ›positiven Koordination‹ als ein extrem knappes Gut« erwiesen habe und die »negative Koordination« als normal angesehen werden müsse. Dies sei der Grund, weshalb er seine methodischen Untersuchungen auf die Frage ausgerichtet habe, »wie die knappe Koordinations-Kapazität auf den dringendsten Koordinations-Bedarf konzentriert werden könnte«, und weshalb er »Methoden zur empirischen Erforschung von Interdependenzen zwischen den Zuständigkeitsbereichen entwickelt und mit cluster- und faktorenanalytischen Verfahren versucht« habe, den »objektiven Koordinationsbedarf darzustellen und mit der Koordinationsfähigkeit der formalen Organisationsstruktur zu vergleichen«. <sup>347</sup> Scharpf wollte diesen Ansatz »im Rahmen der von Frau Mayntz skizzierten Gruppe primär methodisch orientierter Projekte« aufgreifen und weiterführen, weil in der Zwischenzeit »das verfügbare analytische Instrumentarium durch Fortschritte in der Netzwerkanalyse« weiterentwickelt worden sei, wodurch eine fruchtbare Erweiterung des Koordinationsprobleme-Ansatzes zu erwarten sei. <sup>348</sup>

Den Ansatz der Politikverflechtung hatte Scharpf, wie oben gezeigt, zwischen 1973 und 1980 auf Basis einer Serie von empirischen Projekten über »die vertikale ›Politikverflechtung‹ zwischen Bund, Ländern und Gemeinden« entwickelt. Wichtigstes Ergebnis dieser Untersuchungen

war die Entdeckung einer politikfeld-unabhängigen, unter den gegebenen Entscheidungsregeln aus den institutionellen Eigeninteressen der beteiligten Akteure ableitbaren Entscheidungslogik verflochtener Systeme und deren systematische Abweichung von dem aus Problemanalysen deduzierbaren Entscheidungsbedarf. <sup>349</sup>

Scharpf betonte, dass die Theorie der Politikverflechtung sowohl »eine gewisse wissenschaftliche ›Karriere‹ gemacht« als auch »zu der neuerlich spürbaren Skepsis der politischen Praxis gegenüber der ›Mischfinanzierung‹ und vielleicht gegenüber dem ›kooperativen Föderalismus‹ überhaupt« beigetragen habe. Darüber hinaus vermochte dieser Ansatz »auch einige der allseits beklagten und dennoch persistenten Defizite der EG-Politik zu erklären«. Deshalb hätten für ihn die »Weiterentwicklung dieses Theorieansatzes und die empirische Prüfung seiner Generalisierungsfähigkeit unter systematisch variierten institutionellen Bedingungen« in den kommenden Jahren hohe wissenschaftliche Priorität. <sup>350</sup>

---

346 Fritz W. Scharpf, *Forschungsperspektiven*, 28.04.1985, Bl. 2.

347 Fritz W. Scharpf, *Forschungsperspektiven*, 28.04.1985, Bl. 2.

348 Fritz W. Scharpf, *Forschungsperspektiven*, 28.04.1985, Bl. 2.

349 Fritz W. Scharpf, *Forschungsperspektiven*, 28.04.1985, Bl. 3.

350 Fritz W. Scharpf, *Forschungsperspektiven*, 28.04.1985, Bl. 3.

Das Konzept »Bedingungen der Strategiefähigkeit« war im Zuge seiner Beschäftigung mit den Problemen der Arbeitsmarktpolitik am WZB entstanden, wobei »die institutionellen Bedingungen der Programmformulierung und Implementation in diesem Politikfeld« im Vordergrund standen.<sup>351</sup> Seine in den Jahren zuvor unternommene vergleichende Untersuchung zur »politischen Ökonomie von Inflation und Arbeitslosigkeit in Westeuropa« würde die Vermutung untermauern,

daß der relative Erfolg oder Mißerfolg der verschiedenen Länder bei der Bewältigung der seit 1974 anhaltenden weltwirtschaftlichen Krisensituation im wesentlichen durch die unterschiedliche Fähigkeit erklärt wird, die insgesamt verfügbaren wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Handlungsinstrumente [...] im Rahmen einer in sich konsistenten und realitätsgerechten »Strategie« konzertiert einzusetzen.<sup>352</sup>

Insbesondere Länder mit geringer Strategiefähigkeit müssten an allen Fronten Niederlagen hinnehmen.<sup>353</sup> Scharpf wollte die Frage nach den Bedingungen der Strategiefähigkeit auf zwei Ebenen formulieren: erstens auf der »Ebene der institutionellen Entscheidungsstrukturen«, auf der »insbesondere der Grad der faktischen Machtkonzentration und Entscheidungscentralisierung eine Rolle spielen«, zweitens auf der »Ebene der unterschiedlichen »Entscheidungsstile«, für die »Unterschiede der normativen, kognitiven und affektiven Handlungsorientierungen ausschlaggebend sind«. Dabei sei »die in einzelnen Ländern zu beobachtende Erosion der Strategiefähigkeit bei unveränderten institutionellen Strukturen« von besonderem Interesse.<sup>354</sup>

Zum Ende seines Programmpapiers formulierte Scharpf weitere Forschungsperspektiven, die er während seines Co-Direktorats am MPIfG verfolgen wollte. Den skizzierten drei Forschungsfeldern liege die gleiche theoretische Problematik zugrunde: »In einer zunehmend arbeitsteilig organisierten Welt können immer mehr Probleme nur noch durch die koordinierten Leistungen einer Mehrzahl von Organisationen bearbeitet werden.« Weil sich »die hierarchische Koordination in ihrer reinen Form« nicht im »Maße der zunehmenden Probleminterdependenz ausweiten« lasse, komme den »Mechanismen der nicht-hierarchischen interorganisatorischen Interaktion, Kooperation und Entscheidungsverflechtung« gesteigerte Bedeutung zu, deren Wirksamkeit sei jedoch theoretisch noch kaum geklärt. Die Ergebnisse dieser nicht hierarchischen Mechanismen würden auch stärker variieren als bei den klassischen Koordinationsmechanismen, was »in der hier manifesten Ambivalenz von Einzelinteressen und Gesamtinteresse« begründet liege.<sup>355</sup> Scharpfs bisherige Arbeiten zu diesem Themenfeld seien »stark geprägt von den mikroökonomischen Rational-Choice-Ansätzen in der Entscheidungs-, Organisations-

---

351 Fritz W. Scharpf, Forschungsperspektiven, 28.04.1985, Bl. 3–4.

352 Fritz W. Scharpf, Forschungsperspektiven, 28.04.1985, Bl. 3–4.

353 Fritz W. Scharpf, Forschungsperspektiven, 28.04.1985, Bl. 3–4.

354 Fritz W. Scharpf, Forschungsperspektiven, 28.04.1985, Bl. 4.

355 Fritz W. Scharpf, Forschungsperspektiven, 28.04.1985, Bl. 4–5.

und Spieltheorie, der Public-Choice- und Fiscal-Federalism-Theorie«, der ökonomischen Theorie der Politik und der Bürokratie sowie den politikwissenschaftlichen Pluralismus- und Neo-Korporatismus-Ansätzen, deren »Erklärungspotential für« seine Fragestellung ihm noch keineswegs ausgeschöpft erschien. Er sah hier die Notwendigkeit,

in meiner weiteren Arbeit in stärkerem Maße als bisher auch die Ergebnisse der psychologischen und sozialpsychologischen Entscheidungs- und Konfliktforschung und der Theorie und Empirie der internationalen Beziehungen heranzuziehen, von denen ebenfalls Verhaltensregelmäßigkeiten in interaktiven Beziehungen beleuchtet werden,<sup>356</sup>

wenngleich seine eigenen empirischen Projekte »in erster Linie auf die Erforschung institutionalisierter Interaktionen zwischen Organisationen im Prozeß der Politikformulierung und implementation gerichtet« blieben.<sup>357</sup>

Mayntz und Scharpf fassten ihren gemeinsam entwickelten Ansatz des »akteurzentrierten Institutionalismus« in einem Aufsatz zusammen, den sie in ihrem 1995 herausgegebenen Sammelband *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung* publizierten. Laut Scharpf hatten Mayntz und er diesen Aufsatz als Antwort auf die Frage des Beiratsvorsitzenden Franz-Xaver Kaufmann, worin die Gemeinsamkeit der vielen Projekte am MPIfG zu sehen sei, geschrieben. Darin ließen sie auch systemtheoretische Überlegungen einfließen, die im später von Scharpf allein publizierten Buch *Games Real Actors Play* von 1997 wegfallen sollten.<sup>358</sup>

Der akteurzentrierte (später auch »akteurszentrierte«) Institutionalismus war ein aus mehreren Theorieelementen zusammengesetzter analytischer Ansatz, der die komplexe »Problematik von Steuerung und Selbstorganisation auf der Ebene ganzer gesellschaftlicher Teilbereiche« erfassen sollte und dabei auch kognitive Aspekte der Handlungsorientierung berücksichtigte.<sup>359</sup> Mayntz und Scharpf knüpften damit an den politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus an, der auf »die Organisationsstrukturen des politischen Systems« ausgerichtet war. Diesen Ansatz modifizierten sie in mehrfacher Hinsicht: Erstens sei der akteurzentrierte Institutionalismus nicht auf politische Institutionen begrenzt und arbeite mit einem eigenen Institutionenbegriff. Zweitens betrachte er »Institutionen als abhängige wie als unabhängige Variablen«. Und drittens schreibe er diesen Variablen keine determinierende Wirkung zu, sondern fasse institutionelle Faktoren als Handlungskontext auf, wobei der Fokus auf Interaktionen zwischen korporativen Akteuren, also handlungsfähigen Organisationen, gelegt werde.<sup>360</sup> Ähn-

---

356 Fritz W. Scharpf, *Forschungsperspektiven*, 28. 04. 1985, Bl. 5–6.

357 Fritz W. Scharpf, *Forschungsperspektiven*, 28. 04. 1985, Bl. 5–6.

358 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 61.

359 Mayntz und Scharpf, »Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus«, 39. Siehe auch Renate Mayntz an Gerd Gigerenzer, 27. 02. 1996, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 5.

360 Mayntz und Scharpf, 43. Vgl. Mayntz und Scharpf, 49.

lich dem Feld- und Habituskonzept Pierre Bourdieus<sup>361</sup> sollte mit diesem Ansatz die Dichotomie zwischen Akteurshandeln und institutioneller Struktur überwunden werden. Für die Einbeziehung individueller Akteure in Organisationen als korporative Akteure sollte eine Mehrebenenperspektive gewählt werden.<sup>362</sup> Zusätzlich müsse normbestimmtes und identitätsbestimmtes Handeln analytisch zusammen gedacht werden.<sup>363</sup> Nebst der Akteurkonstellation und der Einbindung sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Akteure in die Analyse seien die Handlungsorientierungen der Akteure zentral für den akteurzentrierten Institutionalismus. Diese Handlungsorientierungen seien teilweise selbst institutionell geprägt, was den Ansatz einerseits von der Rational-Choice-Theorie und andererseits vom Filtermodell unterscheidet, »bei dem Institutionen als Handlungskorridore« festgelegt würden.<sup>364</sup> Des Weiteren war die Interaktionsorientierung, differenziert in feindliche, kompetitive, egoistisch-rationale und korporative Interaktionsorientierungen, eine zentrale Kategorie, weil die Analyse derjenigen Probleme, die sich auf sektoraler oder gesamtgesellschaftlicher Ebene stellten, sich nahezu nie ausschließlich auf einen individuellen Akteur beschränke, sondern eher auf Interaktionen in Konstellationen mehrerer Akteure mit interdependenten Handlungsoptionen bezogen werden müsse.<sup>365</sup> Mayntz und Scharpf benannten auch die Schwachstellen des akteurzentrierten Institutionalismus, nämlich dass dieser Gefahr laufe, »durch die Integration institutionalistischer und handlungstheoretischer Perspektiven überkomplex zu werden und praktisch zu einer Art historischer Rekonstruktion zu zwingen«.<sup>366</sup> Zwei forschungspragmatische Regeln sollten hier Abhilfe schaffen: 1) analytische Hierarchisierung und 2) die von Max Weber praktizierte Verwendung von Modellen rationalen Handelns als Richtigkeitstypus.<sup>367</sup>

Dieser Ansatz war für die Forschungsarbeiten der beiden Direktoren und für die Projekte ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 1986 bis 1995 richtungweisend. Bevor Forschungspraxis und Forschungsergebnisse diskutiert werden, zeigt Kapitel 3.3 die öffentliche Resonanz und die organisatorische Struktur des MPIfG auf.

### 3.3 Öffentliche Resonanz und organisatorische Struktur des MPIfG

Der Beschluss, ein neues sozialwissenschaftliches MPI zu gründen, stieß auf große Resonanz in den Medien. Konrad Adam etwa publizierte am 19. März 1984 einen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), in dem er das MPIfG als nach Max Webers Werturteilscredo arbei-

---

361 Vgl. Bourdieu, *Die Regeln der Kunst*, 285–86.

362 Mayntz und Scharpf, »Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus«, 46, 50.

363 Mayntz und Scharpf, 56.

364 Mayntz und Scharpf, 52.

365 Mayntz und Scharpf, 57, 60.

366 Mayntz und Scharpf, 66.

367 Mayntz und Scharpf, 66–67.

tendes Gegeninstitut zum Starnberger MPIL und dem MPIB vor dessen Umgestaltung darstellte. Den Verdacht, »der Politik näher zu stehen als der Forschung, haben die Starnberger mit einigen Gedankenspielen genährt, die Berliner haben ihn mit ihren kühnen Empfehlungen geradezu bestätigt.«<sup>368</sup> Nach Aufnahme des Betriebs Anfang 1985 erschienen weitere Artikel, die Hinweise auf die öffentliche Erwartungshaltung an das MPIfG geben. Peter Philipps verwies auf die prognostischen Möglichkeiten sozialwissenschaftlichen Wissens, erhoffte sich grundlegende Beiträge zur Gesellschaftstheorie und schrieb von positiven Erwartungen von Seiten der Politik an die Forschungsergebnisse des neuen sozialwissenschaftlichen MPI.<sup>369</sup> Auch in den Folgejahren ebte das öffentliche Interesse an den Forschungsarbeiten des MPIfG nicht ab, was durch Interviews, die Mayntz Zeitungs- und Radiojournalisten bereitwillig gab, sowie durch die regelmäßigen Zeitungsartikel von Scharpf zu Themen, die in seine Expertise fielen, befördert wurde.<sup>370</sup> Insofern waren die beiden Direktoren sowie ihre Mitarbeiter der Öffentlichkeit verpflichtete Sozialwissenschaftler, die die Medien sehr engagiert über ihre Forschungsergebnisse informierten, gleichzeitig aber auch unter einem gewissen öffentlichen Erwartungsdruck standen.

Seiner Organisation nach entsprach das MPIfG einem modernen Forschungsinstitut, dessen Forschungsarbeit von kleineren Teams geleistet wurde, die sich untereinander austauschten und miteinander kooperierten. Gegen Mitte der 1980er Jahre war die Professionalisierung soziologischer und politologischer Forschung so weit fortgeschritten, dass die Forschungspraxis betriebsmäßig organisiert und sozial stratifiziert war – in Direktoren, Teamleiter, Postdoktoranden, Doktoranden und Hilfswissenschaftler. Auch die Publikationspraxis war institutionell gebunden und nicht individuell frei wählbar.<sup>371</sup> Die organisatorische Struktur des MPIfG wird hier nach den folgenden Aspekten aufgegliedert: 1) die Größe dieses MPI im Vergleich zu anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen MPI, die durchschnittlichen Zahlen an wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Stipendiatinnen und Stipendiaten und Gästen aus dem In- und Ausland sowie die Leitungsstruktur. Unter diesem Punkt wird auch die Selbstorganisation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Fach- und Betriebsrat diskutiert; 2) die technische Infrastruktur und die Bibliothek; 3) die finanzielle Struktur des MPIfG, wobei insbesondere das Verhältnis von MPG-Budget und eingeworbenen Drittmitteln zu thematisieren ist; schließlich wird 4) auf das Verhältnis des MPIfG zur Universität zu Köln eingegangen.

---

368 Konrad Adam, Art. „Wertfragen: Ein neues Max-Planck-Institut“, in: *FAZ* vom 19. 03. 1984, AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1984).

369 Peter Philipps, Art. „Wo die Probleme von morgen gelöst werden“, in: *Die Welt* vom 04. 12. 1985, AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1985).

370 Vgl. exemplarisch Bayerischer Rundfunk, Forum der Wissenschaft: 75 Jahre Max-Planck-Gesellschaft. Die Teile und das Ganze. Ziele empirischer Sozialforschung von Karl Wilhelm Barwitz, Sendung: Donnerstag, 09. 01. 1986, 19.30–20.00/B2, AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1986); Fritz W. Scharpf, „Ein Sprengsatz für die Gemeinschaft“, in: *Die Zeit* Nr. 51 vom 12. 12. 1986, S. 2–3, AMPG, IX. Abt., Rep. 1: Scharpf, Fritz W. (Laufzeit: 1986).

371 Vernon, „Historical Overview“, 59.

1) Das MPIfG sollte nach einer Aufbauphase von drei Jahren bis 1987 über zwölf hauptamtliche wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zwei Wissenschaftliche Mitglieder als Direktoren (Mayntz und Scharpf) und ein auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied sowie 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für nichtwissenschaftliche Aufgaben verfügen. Hinzu kamen durch Drittmittel finanzierte und befristete Projektforschungsstellen und vom Institut vergebene Forschungsstipendien, die Leendertz mit acht Stipendiatinnen und Stipendiaten pro Jahr beziffert.<sup>372</sup> Ende 1985 verfügte das MPIfG nebst seiner Direktorin über fünf hauptamtliche wissenschaftliche Mitarbeiter und fünf weitere Wissenschaftler, »die als Doktoranden, Stipendiaten oder auf der Basis eines Werkvertrages im Institut arbeiteten«.<sup>373</sup> Hinzu kamen – neben einem EDV-Verantwortlichen und vier studentischen Hilfskräften – sechs nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen: eine Bibliotheksleiterin, eine Bibliotheksassistentin, eine Schreibkraft/Telefonistin, eine Fremdsprachensekretärin, eine Personalsachbearbeiterin und eine Verwaltungsleiterin.<sup>374</sup> Die nichtwissenschaftlichen Beschäftigten waren demnach alles Frauen, während nur zwei Frauen als Wissenschaftlerinnen am MPIfG arbeiteten: Doris Gau als Doktorandin und Christine Musselin als Gastforscherin.<sup>375</sup>

Eingerichtet wurde das Institut in zwei Etagen eines Neubaus der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG am Sachsenring 91 in Köln, deren Gesamtfläche mit ca. 1.600 Quadratmetern die Grenze der möglichen personellen Ausstattung bei etwa 40 Personen setzte.<sup>376</sup> Aufgeteilt wurde diese Fläche in Büros für die Direktoren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen Seminarraum, in dem etwa 16 Personen Platz fanden, einen Konferenzraum, der etwa 70 Personen fasste, einen EDV-Raum, zwei Magazinräume und zwei Räume mit technischen Geräten.<sup>377</sup> Bis 1995 stieg die Zahl an wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Waren es 1985 noch fünf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, belief sich deren Zahl 1995 auf 16. Die Zahl der wissenschaftlichen Gäste und Stipendiaten (in den Jahresberichten zusammengefasst) schwankte zwischen sieben und zwölf, mit ebenfalls steigender Tendenz. Einen über einen Honorarvertrag assoziierten Wissenschaftler gab es nur 1985, danach fiel diese Art der Beschäftigung weg. Die Zahl der drittmittelbeschäftigten Wissenschaftler ging von vier 1986 bzw. fünf 1987 stetig zurück auf einen einzigen über Drittmittel finanzierten Wissenschaftler 1995. Die höchste Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern samt Teilzeitkräften und technisch-administrativem Personal verzeichnete das MPIfG in den Jahren 1994 (34) und 1995 (33).<sup>378</sup> Im detaillierten, auf Englisch verfassten Jahresbericht von 1987 (bezogen

---

372 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 4–5. Vgl. Leendertz, *Pragmatische Wende*, 114–15.

373 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 5.

374 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 5–6, 46.

375 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 5–6, 45.

376 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 4–5.

377 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 37.

378 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, *Jahrbuch 1986*, 835; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1987*, 896; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung

auf das Jahr 1986) hieß es allerdings, dass etwa 50 Personen am MPIfG »full time or part time« arbeiteten.<sup>379</sup>

Verglichen mit anderen der GSWS zugeordneten MPI war das MPIfG ein kleines Institut.<sup>380</sup> Das MPIB etwa verfügte 1985 über 130 Mitarbeiter, darunter 50 Wissenschaftler, etwa 40 wissenschaftliche Gäste und Stipendiaten sowie assoziierte Mitglieder. 1995 waren es 186 Mitarbeiter, davon allerdings nur 42 hauptamtliche Wissenschaftler, zwei drittmittelbeschäftigte Wissenschaftler, zwölf Stipendiaten und 16 Gastwissenschaftler, was auf eine stetige Erhöhung des Anteils an administrativ-technischem Personal hindeutet.<sup>381</sup> Seiner Größe nach war das MPIfG mit dem MPI für psychologische Forschung unter der Leitung Franz Weinerts vergleichbar, das 1985 40 Mitarbeiter aufwies, davon 17 hauptamtliche Wissenschaftler, ein drittmittelbeschäftigter Wissenschaftler und 16 wissenschaftliche Gäste und Stipendiaten. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stieg auch in diesem MPI: 1995 waren es 51 Mitarbeiter, darunter 17 institutseigene Wissenschaftler und elf Drittmittelbeschäftigte. Hinzu kamen 16 wissenschaftliche Gäste und Stipendiaten.<sup>382</sup>

Das Kölner Institut war nicht in Abteilungen gegliedert, sondern wurde von den beiden Direktoren kollegial geleitet. In der Geschäftsführung wechselten sie sich jährlich ab.<sup>383</sup> Diese Idee einer kollegialen Leitung des MPIfG ohne Trennung der Arbeitsbereiche beruhte womöglich auf Mayntz' Erfahrung mit dem MPIL, bei dem ein zentrifugales Auseinanderdriften der beiden Abteilungen konstatiert wurde. Sie entsprach aber auch einer Entwicklung, die seit 1964 die Leitungsstruktur in den MPI zunehmend bestimmte.<sup>384</sup> Seit 1988 hatte das MPIfG auch einen internationalen wissenschaftlichen Beirat, der Anfang dieses Jahres zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat. Bis 1995 bestand dieser wissenschaftliche Beirat aus den folgenden Personen: Helga Maria Hernes (Oslo), die 1991 Johan P. Olsen (Bergen) ersetzte,<sup>385</sup> Peter Katzenstein (Ithaca, New York), Franz-Xaver Kaufmann (Bielefeld), der den Vorsitz übernahm, Ernst-Joachim Mestmäcker (Hamburg), Wolfgang Streeck (Madison, Wisconsin), der 1991 für Otto Gerhard Oexle in den Fachbeirat berufen wurde, Jean-Claude Thoenig (Paris) und Gerhard

---

der Wissenschaften, *Jahrbuch 1988*, 772; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1990*, 834; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1991*, 529; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1993*, 607; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft, *Jahrbuch 1995*, 613; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1996*, 667.

379 MPIfG, Report 1987, 7, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 330.

380 MPIfG, Report 1987, 72.

381 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, *Jahrbuch 1986*, 808; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1996*, 649.

382 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, *Jahrbuch 1986*, 821; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1996*, 681.

383 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1991*, 529.

384 Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 26.

385 MPIfG, Report 1987, 6.

Lehmbruch (Konstanz), die ebenfalls seit 1991 im Fachbeirat waren. Letzterer ersetzte Wolfgang Zapf (Berlin), Ersterer Raymond Boudon (Paris).<sup>386</sup>

Im detaillierten Jahresbericht findet sich erstmals ein Hinweis auf Beteiligungen der Institutsmitarbeiter in Selbstverwaltungsgremien der MPG: Jürgen Feick, der für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich war, wird als Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter in der GSWS genannt.<sup>387</sup> Scharpf war 1991–1994 Vorsitzender der GSWS.<sup>388</sup> In einem »Organisationsplan Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung« vom September 1992 finden sich weitere Hinweise auf Selbstverwaltungsgremien: Gunar Barg wird als Vorsitzender des Betriebsrats, Susanne Schwarz-Esser als seine Stellvertreterin genannt, den Gesamtbetriebsausschuss vertrat Bernd Meisheit, Uwe Schimank war der Sektionsvertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Weiter gab es einen Publikationsausschuss, bestehend aus Feick, Schimank und Raymond Werle, einen Bibliotheksausschuss, dem Marian Döhler, Susanne Hilbring, Andreas Ryll und Schimank angehörten, sowie einen EDV-Ausschuss, der aus Barg, Feick, Lothar Krempel, Jürgen Lautwein, Cynthia Lehmann und Scharpf bestand.<sup>389</sup> In den Quellen finden sich Hinweise auf eine aktivere Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Institutsorganisation seit Beginn der 1990er Jahre: Im Frühjahr 1991 hatten sich im Nachklang der Betriebsversammlung die Doktoranden am Institut zu einer Doktoranden-Initiative zusammengefunden, die »die Interessen der Doktoranden innerhalb und außerhalb des Instituts [...] vertreten« sollte.<sup>390</sup> Im Sommer 1991 reagierte die Direktion auf ein von verschiedenen Mitarbeitern empfundenes Informationsdefizit und führte nebst der bis dahin praktizierten »Espresso-Runde« an jedem zweiten Mittwoch eine Sitzung ein, an der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen sollten und in der über die Aktivitäten und Ereignisse der vergangenen 14 Tage berichtet wurde.<sup>391</sup>

2) Als modernes sozialwissenschaftliches Institut verfügte das MPIfG über eine EDV-Infrastruktur, die dem technischen Stand der mittleren 1980er Jahre entsprach. Mayntz ließ sich in dieser Hinsicht vom MPI für psychologische Forschung und dem Zentralarchiv der Universität zu Köln beraten, die das MPIfG bei der Systemkonfiguration unterstützten.<sup>392</sup> Der zentrale Rechner dieser EDV-Anlage war ein MicroVAX II, dessen Installation für Februar/März 1986 geplant

---

386 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1989*, 787; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1993*, 607. Vgl. MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 89, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 331.

387 MPIfG, Jahresbericht 1986, 43–44, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 330.

388 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 12.

389 Organisationsplan Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Stand 09/1992, Bl. 1–4, hier: Bl. 3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 21.

390 Ralf Resch an Renate Mayntz, 26.04.1991, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 16.

391 Renate Mayntz, Aushang, an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter, Herrn G. Barg (Betriebsrat), Herrn J. Lautwein (Verwaltungsleiter), 23.07.1991, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 16.

392 MPIfG, Anlagen zum EDV-Antrag Nr. 1028-MPI für Gesellschaftsforschung (106–2) (BAR-Sitzung am 04.07.85), Bl. 1–8, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 209.

war.<sup>393</sup> Der Aufbau der EDV-Infrastruktur lief in mehreren Phasen ab, da es sich hierbei um ein komplexes System handelte, das »eine autonome Bewältigung der verschiedenen Forschungs-, Dokumentations- und Textverarbeitungsaufgaben ermöglichen« sollte, wobei Mayntz die »Bewältigung von komplexen Statistik-Prozeduren« hervorhob. Die Nutzung externer Rechner war »aus Mangel an Zugriffsmöglichkeiten, [wegen] zu hohe[r] Kosten und aus Gründen des Datenschutzes« nicht möglich.<sup>394</sup> Zunächst sollten laut Feick nur »die üblichen sozialwissenschaftlichen Statistikpakete (SPSS und andere)« installiert werden, wonach dann »auch eigene Auswertungsprogramme geschrieben bzw. von anderen Instituten übernommen werden« sollten. Wichtig war, dass Inhaltsanalysen von Texten elektronisch durchgeführt werden konnten und dass die Anlage so eingerichtet sein sollte, dass »sie in der ersten Phase durch etwa sechs bis acht Teilnehmer gleichzeitig genutzt werden kann«. Auf den Zentralrechner sollte dabei von dezentralen Terminals inner- und außerhalb des MPIfG zugegriffen werden können, wobei die Terminals Input- und Outputfunktion haben sollten.<sup>395</sup>

Der Beratende Ausschuß für Rechenanlagen (BAR) der MPG diskutierte dieses EDV-Konzept im Juli 1985 und befürwortete es grundsätzlich. Er verwies dabei insbesondere auf die »Volltextspeicherung und -analyse (Gesetzestexte, Satzungen etc.) und die Netzwerkanalyse (z. B. Verflechtungen von Aufsichtsräten), für die CPU-Zeiten in der Größenordnung einiger Stunden notwendig werden«, sowie auf »Software für Graphik, Textverarbeitung und Bibliotheksrecherchen«.<sup>396</sup> Am 11. November 1985 teilte Franz Zite-Ferenczy Renate Mayntz mit, der Ausschuss empfehle eine MicroVAX-II- und keine IBM-Konfiguration, denn letztere sei erheblich teurer. Der Ausschuss befürwortete ferner die Anschaffung von drei PCs, meinte jedoch, das IBM-Modell XT sei hierfür ausreichend. Den Kauf eines Laserdruckers befürwortete er ebenfalls, sprach jedoch die Empfehlung aus, ein preiswerteres Modell auszuwählen.<sup>397</sup> Mit beratender Unterstützung einiger BAR-Mitglieder und in Zusammenarbeit mit dem in Mühlheim a. d. Ruhr nahe Köln angesiedelten MPI für Kohlenforschung wurde dann »eine detaillierte Hard- und Software-Konstellation zusammengestellt«, bestellt und im Laufe des Jahres 1986 installiert, wobei nicht nur drei, sondern insgesamt acht PCs eingerichtet wurden.<sup>398</sup> Für diesen Bereich war ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (Walter Bien) zuständig, der die EDV nebenamtlich betreute. Ihm zur Seite standen seit März 1986 eine Systemprogrammiererin und ein Mitarbeiter für den Bereich Systemtechnik und Systemprogrammierung, eine wissenschaftliche Hilfskraft sollte ebenfalls dazukommen.<sup>399</sup> 1986 wurden noch kleinere Ergänzungen der Kon-

---

393 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 6.

394 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 41.

395 Jürgen Feick, Nutzungsanforderungen für die EDV-Anlage, 13.03.1985, Bl. 1–5, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 209.

396 MPG-Generalverwaltung, Hennings, an Renate Mayntz, 17.07.1985, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 209.

397 Franz Zite-Ferenczy, MPG-Generalverwaltung, an Renate Mayntz, 11.11.1985, Bl. 13, 15–16, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 209.

398 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 42.

399 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 43.

figuration vorgenommen, deren Integration in das bestehende EDV-System bis Anfang 1987 dauerte. Dem MPIfG schien der »Ausbau des PC-Ringes um die Micro VAX zum gegenwärtigen Zeitpunkt als vordringlich«, wofür weitere 200.000 DM beantragt wurden. Der Ausschuss jedoch war der Auffassung, »daß das Institut sich jetzt noch etwas bescheiden und einen größeren Teil der Berufungsmittel noch etwas zurückhalten sollte, bis weitere Erfahrungen gesammelt worden sind«. Der Ausschuss empfahl lediglich Ausbaumaßnahmen in Höhe von maximal 100.000 DM.<sup>400</sup> Im Oktober 1986 kam die MPIfG-Verwaltung auch in Besitz eines DFÜ-Anschlusses zum Verwaltungsrechner des MPI für Züchtungsforschung, womit »eine selbständige Finanzbuchhaltung und aktuelle Auswertung möglich geworden« sei.<sup>401</sup> Im Tätigkeitsbericht von 1987 wird darüber hinaus konstatiert, dass das Institut nun Zugang zum Datex-P-Netz der Deutschen Bundespost habe, einer Vorform des World Wide Web, die zunächst nur für die interne Informationsabfrage der Post genutzt wurde. Entsprechend wurde 1988 auch eine neue Hardware installiert, um über das Datex-P-Netz hinaus auch auf die internationalen elektronischen Netzwerke EARN und BITNET zugreifen zu können.<sup>402</sup>

Die EDV-Anlage lief keineswegs reibungslos. Die Einrichtung eines virtuellen Multiplexers VCX 150/16 etwa, mit dem im Institut die Möglichkeit geschaffen werden sollte, »zwei Drucker durch eine DEC-MicroVax und eine größere Anzahl von IBM-PCs gemeinsam nutzen zu lassen«, konnte nicht abgeschlossen werden, wie Scharpf an die Telonic GmbH im September 1987 schrieb:

Nach der Installation zeigten sich [...] Funktionsstörungen, wenn die Drucker von mehreren Rechnern gleichzeitig angesprochen wurden, [sic] oder wenn es an einem Drucker zu Unterbrechungen kam. In beiden Fällen unterbleibt die notwendige Rückmeldung an den PC, von dem aus der Druckvorgang eingeleitet wurde.<sup>403</sup>

Der Fehler liege, so Scharpf, bei der Firma, weil sie es unterlassen habe, im Vorfeld abzuklären, ob ein solches System überhaupt mit der vorhandenen speziellen Hardware-Konfiguration am MPIfG kombiniert werden könne.<sup>404</sup>

Im September 1988 beantragten die Direktoren einen EDV-Ausbau für ihr Institut. Allerdings bewilligte die MPG-Generalverwaltung erst im Dezember 1989 einen Betrag von 220.000 DM aus Mayntz' Berufungsmitteln für diesen Zweck.<sup>405</sup> 1994 wurden weitere Neuanschaffungen

---

400 Zusammenfassende Niederschrift der 113. Sitzung des Beratenden Ausschusses für EDV-Anlagen in der Max-Planck-Gesellschaft (BAR) am 17. Oktober 1986, Bl. 1–39, hier: Bl. 27–28, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 209.

401 MPIfG, Jahresbericht 1986, 54, 57.

402 MPIfG, Report 1987, 74.

403 Fritz W. Scharpf an die Firma Telonic GmbH, 29.09.1987, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

404 Fritz W. Scharpf an die Firma Telonic GmbH, 29.09.1987, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

405 Antrag zum EDV-Ausbau, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 26.09.1988 (1–24) MPG-Generalverwaltung, Dr. Saurwein, an Renate Mayntz, 14.12.1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 209.

von Arbeitsplatzrechnern vorgenommen, »mit denen die technische Standardisierung und Windows-Tauglichkeit vorangetrieben werden sollte«. Auch die zentralen Rechner-, Informations- und Kommunikationsleistungen wurden erweitert.<sup>406</sup>

1986, also noch in der Aufbauphase, schaffte das MPIfG einen Dienstwagen an, den die Mitarbeiter vor allem für »die anfallenden Transporte sowie die Beförderung von Personen bzw. Institutsgästen« verwendeten.<sup>407</sup> In der Zeit des Aufbaus sei das Dienstkraftfahrzeug des MPIfG, so Mayntz, »nur in geringem Maße eingesetzt worden«, denn der Personalbestand des Instituts habe erst aufgebaut werden müssen, weshalb es in dieser Phase noch nicht zu einer intensiven Reiseaktivität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekommen sei.<sup>408</sup> Dennoch erachtete das Institut »die Haltung eines Dienstkraftwagens als notwendig«, der Wagen werde zwar bislang kaum für längere Dienstreisen eingesetzt, wohl aber »für die Erledigung im Stadtbereich, den Transport von Institutsgästen und die in Zukunft weiter zunehmende Zahl von Dienstreisen«. <sup>409</sup> Im Rechnungsjahr 1987 wurden 2.400 DM für den Dienstwagen veranschlagt.<sup>410</sup>

Bis Ende 1985 hatte die neu aufzubauende Bibliothek des MPIfG eine Bestandsgröße von fast 10.000 Bänden, wobei etwa 6.000 Bände »und die zurückliegenden Jahrgänge diverser Zeitschriften [...] als bibliothekarisches Grundkapital aus der Bibliothek« des ehemaligen MPIL übernommen worden waren. Hinzu kamen 77 Zeitschriften. Weitere 800 Bände kaufte Mayntz dem Institut für Angewandte Sozialforschung an der Kölner Universität ab. Alle weiteren Bücher waren Neuerwerbungen.<sup>411</sup> Dabei handelte es sich um eine Präsenzbibliothek, deren Bestände seit 1986 elektronisch erfasst wurden.<sup>412</sup> Ende 1986 war der Bibliotheksbestand auf 13.000 Monographien und 114 Zeitschriften, davon zwei Drittel abonnierte, angewachsen.<sup>413</sup> Ende 1987 waren es bereits 15.000 Monographien und 200 Zeitschriften, 1990 23.000 Monographien und 230 laufend gehaltene Zeitschriften und 1992 27.000 Monographien bei gleichbleibender Anzahl der Zeitschriften.<sup>414</sup> 1994 war der Bibliotheksbestand auf 30.000 Monographien

---

406 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 119, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 331.

407 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., Generalverwaltung, an den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, 12.05.1989, Bl. 1–4, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 6.

408 Renate Mayntz an Wieland Keinath, 21.03.1989, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 6.

409 Renate Mayntz an Wieland Keinath, 21.03.1989, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 6.

410 Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen, III. Senat, Dr. Volkmar, Wolff, an den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abdruck, 30.01.1989, Bl. 1–7, hier: Bl. 3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 6.

411 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 40.

412 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 41.

413 MPIfG, Jahresbericht 1986, 54.

414 MPIfG, Report 1987, 73; MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 90, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 330; MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 86; MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 117.

und 3.240 Zeitschriftenbände angewachsen, die Zeitschriften selbst gingen von 230 auf 228 zurück (95 davon fremdsprachig).<sup>415</sup>

3) Die Gründung des MPIfG fiel in eine Zeit, in der die Gelder auch für die außeruniversitäre Forschung nicht mehr üppig flossen, in der vielmehr dort, wo es möglich war, gespart wurde.<sup>416</sup> Für die Gründung des Instituts hatte die MPG etwa keine zusätzlichen Planstellen zur Verfügung gestellt. Vielmehr mussten nahezu alle Planstellen aus der Personalstellenreserve abgedeckt werden, was bedeutete, dass die vorgesehenen 30 Planstellen nur nach und nach besetzt werden konnten.<sup>417</sup> Auch nach der Aufbauphase 1985–1987 wurden für das MPIfG keine zusätzlichen Planstellen bewilligt, der Stellenplan musste »durch gesellschaftsinterne Umsetzungen schrittweise aufgebaut werden«, was eine erhebliche Belastung der Personalstellenreserve mit sich brachte.<sup>418</sup> Gerade die personelle Ausstattung war von zentraler Bedeutung für das MPIfG. In einem Interview betonte Mayntz, dass für die sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung, sollte sie tragfähige Ergebnisse liefern, weniger die technische Ausstattung kostspielig und zentral sei, sondern das benötigte Forschungspersonal.<sup>419</sup> Am Ende der Aufbauphase wurden die jährlichen Betriebskosten auf 2,7 Millionen DM geschätzt.<sup>420</sup> Davon entfielen 960.000 DM auf Sachkosten, wovon wiederum 410.000 DM für Miete und Bewirtschaftungskosten aufgebracht werden mussten. Für Inlandsstipendien waren ca. 120.000 DM, für Auslandsstipendien ca. 50.000 DM vorgesehen.<sup>421</sup>

In den Akten des für das MPIfG zuständigen Institutsbetreuers Manfred Betz wird der Sachhaushalt 1988 mit ca. 1,1 Millionen DM einschließlich Mietkosten veranschlagt, womit dieser im Wesentlichen »den mit der Berufungszusage festgelegten Rahmen erreicht« habe. Noch mussten allerdings acht Stellen für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter etatisiert werden. Die beiden gegenüber dem Aufbauplan noch fehlenden Wissenschaftlerstellen würden bis 1996 aus dem Fiebiger-Programm (Hochschulsonderprogramm) überbrückt werden.<sup>422</sup> Im Tätigkeitsbericht von 1989/90 heißt es, die Arbeit des MPIfG würde »überwiegend durch den Grundhaus-

---

415 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 117.

416 Staab, „Ansprache Präsident Staab 1985“, 17–18.

417 MPIfG, Jahresbericht 1985, Bl. 4–5; Manfred Betz, Arbeitsprogramm der Institutsbetreuung 4 für das Jahr 1985, 28.02.1985, Bl. 1–10, hier: Bl. 9, AMPG, II. Abt., Rep. 66 GV: Institutsbetreuung, 1: In der Aufbauphase.

418 Manfred Betz, Arbeitsprogramm und Institutsübersicht für den Betreuungsbereich 4, 04.03.1987, Bl. 11–42, hier: Bl. 21, AMPG, II. Abt., Rep. 66 GV: Institutsbetreuung, 1.

419 Bayerischer Rundfunk, Forum der Wissenschaft: 75 Jahre Max-Planck-Gesellschaft. Die Teile und das Ganze. Ziele empirischer Sozialforschung von Karl Wilhelm Barwitz, Sendung: Donnerstag, 09.01.1986, 19.30–20.00/B2, Manuskript, Bl. 9, AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1986).

420 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 115.

421 Manfred Betz, Arbeitsprogramm und Institutsübersicht für den Betreuungsbereich 4, 04.03.1987, Bl. 11–42, hier: Bl. 21, AMPG, II. Abt., Rep. 66 GV: Institutsbetreuung, 1.

422 Manfred Betz, Arbeitsprogramm 1988 der Institutsbetreuung 4, 26.01.1988, Bl. 55–69, hier: Bl. 61, AMPG, II. Abt., Rep. 66 GV: Institutsbetreuung, 1.

halt finanziert«. Das Haushaltsvolumen betrug 1990 laut dem Bericht 3,75 Millionen DM. Zu diesem Betrag seien noch »Mittel für Investitionen, für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Ausland« gekommen, ferner würden »in der Regel zusätzlich zwei bis vier drittmittelfinanzierte Projekte durchgeführt«. <sup>423</sup> Die Gesamtheit dieser Mittel ergab 1992 ein Haushaltsvolumen von 4,75 Millionen DM. <sup>424</sup>

In einer Akte der Institutsbetreuung von 1994 wurde zwar der vorzeitigen Lösung der Frage nach der Nachfolge von Mayntz, wie vom MPIfG beantragt, stattgegeben, »der Wunsch des Institutes auf Einrichtung eines 3. Arbeitsbereichs« konnte jedoch »wegen der beschränkten Ressourcen« nicht erfüllt werden. In diesem Jahr betragen die Personalausgaben 3,1 Millionen DM, für Inlandsstipendien waren 300.000 DM, für die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland 77.000 DM vorgesehen. Der Sachhaushalt und Investitionen ohne EDV machten 1,17 Millionen DM aus, weitere 32.000 DM waren für Investitionen, die nicht näher spezifiziert wurden, vorgesehen. <sup>425</sup>

4) Da die MPI nicht über ein Promotions- und Habilitationsrecht verfügen, mussten mit der Universität zu Köln kooperative Absprachen getroffen werden. Daraus ergibt sich die Frage nach dem Verhältnis von MPIfG und der universitären soziologischen und politologischen Forschung an der Kölner Universität. Mayntz selbst äußerte im Gespräch mit dem Autor dieser Studie, dass zwischen MPIfG und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Fakultät (WiSo-Fakultät) ein kollegiales Verhältnis bestanden habe, Neid auf ihr Institut und ihre Position habe sie nicht erlebt. Allerdings sei es auch nicht zu größeren Forschungsk Kooperationen zwischen MPIfG und der Fakultät gekommen. <sup>426</sup>

Die Archivquellen bestätigen diese Einschätzung. Mitte Mai 1984 äußerte der Rektor der Universität zu Köln gegenüber MPG-Präsident Reimar Lüst, dass die Universität »in ganz außerordentlichem Maße daran interessiert« sei, dass »das neue Max-Planck-Institut für Sozialforschung [...] seinen Standort in der Stadt Köln oder in unmittelbarer Nähe der Stadt Köln finden wird«. Der Kanzler und die Stadt würden sich stark bemühen, geeignete Räumlichkeiten für das neue MPI zu finden, und auch der »Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen stimmt diesen Bemühungen voll zu«. Denn Mayntz sei eine Kollegin, die außerordentlich qualifiziert sei und mit der die WiSo-Fakultät und die Universität weiterhin Kontakt halten wollten. <sup>427</sup> Mayntz' Professur wurde ohne Probleme umgewandelt, nicht in eine

---

423 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 89.

424 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 85.

425 Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Köln), 1994, Bl. 167–168, hier: Bl. 167, AMPG, II. Abt., Rep. 66 GV: Institutsbetreuung, 2.

426 Gespräch zwischen Fabian Link und Renate Mayntz, MPIfG, 18.05.2020, 14–15 Uhr.

427 Der Rektor der Universität zu Köln an den Präsidenten der MPG, Reimar Lüst, 16.05.1984, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 14.

außerplanmäßige, wie anfänglich geplant, sondern in eine Honorarprofessur.<sup>428</sup> Anfang Dezember 1985 bestätigte Werner Eck von der Philosophischen Fakultät der Kölner Universität, dass sich am Promotionsrecht von Mayntz trotz ihres Weggangs ans MPIfG nichts geändert habe.<sup>429</sup> Mayntz empfahl auch Kollegen der WiSo-Fakultät als Experten, etwa im März 1989 den Kölner Finanzwissenschaftler Karl-Heinrich Hansmeyer, als sie von Hinnerk Bruhns vom Département des Sciences de l'Homme des CNRS zu einer Tagung eingeladen wurde.<sup>430</sup> An einer von Hartmut Esser, seit 1987 Ordinarius für Soziologie in Köln, organisierten Tagung über die »Modellierung sozialer Prozesse« nahm sie ebenfalls teil.<sup>431</sup> Auch die Bibliothek des MPIfG stand Wissenschaftlern der Universität zu Köln offen.<sup>432</sup>

Fritz W. Scharpf dagegen wurde keine Honorarprofessur in Köln zuteil. Die Kölner Politikwissenschaftler hatten ihm diese Professur verweigert; dies mit dem Argument, seine Forschungsschwerpunkte und Ansätze würden nicht zu denen der Kölner Politikwissenschaft passen. Nach Aussage von Scharpf war die Kölner Politologie in der Tat stark geisteswissenschaftlich ausgerichtet, womit epistemische Differenzen zu seinem Policy-Ansatz bestanden, die womöglich auch mit politischen Gesichtspunkten verbunden waren. Scharpf beschreibt das Verhältnis von MPIfG und WiSo-Fakultät in seinem Fall als tendenziell spannungsgeladen.<sup>433</sup> Nicht die Kölner Universität, sondern die Universität Konstanz war bereit, mit Wirkung zum 7. Juli 1994 Scharpf zum Honorarprofessor zu ernennen.<sup>434</sup>

Weniger in der Forschung als vielmehr im Hinblick auf die Qualifikation des akademischen Nachwuchses ergab sich Ende der 1980er Jahre eine Kooperation zwischen dem MPIfG und der Kölner WiSo-Fakultät. Zusammen mit Hartmut Esser, dem 1991 Jürgen Friedrichs nachfolgte, und Erwin K. Scheuch von der Kölner WiSo-Fakultät konnten Mayntz und Scharpf das in der Bundesrepublik erste, von der Volkswagenstiftung finanzierte sozialwissenschaftliche Graduiertenkolleg an der Universität zu Köln gründen, womit sie einer der zentralen Zielstellungen des MPIfG, der Förderung des sozial- und politikwissenschaftlichen Nachwuchses, nachkamen.<sup>435</sup> Thematisch hatten sich die Beteiligten am Kölner Graduiertenkolleg für Sozialwissenschaften

---

428 Renate Mayntz an Werner Eck, 18. 11. 1985; Friedhelm Neidhardt an den Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, H.-E. Büschgen, 22. 01. 1985, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 66.

429 Werner Eck an Renate Mayntz, 10. 12. 1985, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 66.

430 Renate Mayntz an Hinnerk Bruhns, 15. 03. 1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7.

431 Renate Mayntz an Georg Erdmann, 18. 09. 1987, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7.

432 MPIfG, Jahresbericht 1986, 55.

433 Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07. 05. 2020, 14–15 Uhr.

434 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Seibel, Universität Konstanz, Fakultät für Verwaltungswissenschaften, 16. 12. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10; mo von Fritz W. Scharpf an Renate Mayntz, CC: Jürgen Lautwein, 15. 07. 1994, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 11.

435 Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07. 05. 2020, 14–15 Uhr.

auf »Vernetzung und Dynamik sozialer Gebilde« geeinigt.<sup>436</sup> Die *Erkelenzer Volkszeitung* berichtete am 2. März 1989 begeistert, dass das Graduiertenkolleg für Sozialwissenschaften am 1. März 1989 seine Arbeit aufgenommen habe. Träger des Kollegs sei das Institut für Angewandte Sozialforschung. Das MPIfG, das Forschungsinstitut für Soziologie an der Universität zu Köln sowie das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung seien mitbeteiligt. Das Graduiertenkolleg biete, so der Artikel, »Absolventen aller sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen ein fünfsemestriges integriertes Studien- und Forschungsprogramm mit der Promotion als Abschluß«. Zunächst würden fünf Kollegiaten gefördert, die für fünf Semester ein Stipendium erhielten (das Kolleg war auf fünf Jahre angelegt).<sup>437</sup> Zentrale Bausteine der Graduiertenausbildung waren eine viersemestrige Ringvorlesung, praxisorientierte Workshops, die jeweils im Frühjahr und Herbst stattfanden, und Projektseminare sowie Lernprogramme.<sup>438</sup>

Ende September 1989 berichtete Mayntz dem MPG-Präsidenten Heinz A. Staab, dass sie im vorigen Semester in den Räumen des MPIfG eine Hauptvorlesung für die Kollegiaten gehalten habe und dass von den derzeit vier Doktoranden am Institut zwei über das Graduiertenkolleg finanziert würden.<sup>439</sup> Bei diesen Doktoranden handelte es sich um Heinz Rothgang mit seinem Dissertationsprojekt »Der Einfluß von Finanzierungssystemen auf Beschäftigungsstrukturen im Gesundheitswesen: Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich«, das bis zum Herbst 1992 abgeschlossen sein würde, und um Karin Haug, deren Dissertation zum Thema »Die vertikale Arbeitsteilung im Gesundheitswesen zwischen Medizin und Krankenpflege im Krankenhaus. Eine vergleichende Untersuchung in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland« bis September 1992 beendet werden sollte.<sup>440</sup> Da Haug mit ihrer Dissertation bis zum Frühherbst 1992 nicht ganz fertig wurde, finanzierte das MPIfG ihr Projekt bis Anfang 1993.<sup>441</sup> Im Tätigkeitsbericht von 1989/90 erwähnte Mayntz noch ein drittes Projekt im Rahmen des Graduiertenkollegs, das von Katrin Behaghel bearbeitet wurde – »Verflechtung als Mittel der Interessendurchsetzung? Die Vernetzung von ärztlichen Berufsverbänden und Kassenärztlichen Vereinigungen« –, sowie ein viertes Dissertationsvorhaben von Susanne Lütz zur Frage der »Vernetzung zwischen den Sektoren des Forschungssystems – Verbundforschung als Förderinstrument des BMFT am Beispiel des Programms Fertigungstechnik 1984–1988«, das bis zum Herbst 1991 abgeschlossen sein sollte.<sup>442</sup> Letzteres wurde zunächst durch das Graduiert-

---

436 Gräf, »Graduiertenkolleg«, 121.

437 o. A., Art. »Neues Kolleg in Köln. Zusatzstudium der Sozialwissenschaften«, in: *Erkelenzer Volkszeitung* vom 02.03.1989, AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1989).

438 Gräf, »Graduiertenkolleg«, 123.

439 Renate Mayntz an Prof. Dr. Dr. H. A. Staab, Präsident der MPG, 26.09.1989, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 11.

440 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 20–21.

441 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 34.

442 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 22, 30–31.

tenkolleg unterstützt und anschließend von der MPG finanziert.<sup>443</sup> Der Tätigkeitsbericht von 1991/92 nennt ein weiteres im Graduiertenkolleg angesiedeltes Dissertationsprojekt, das 1991 begonnen wurde und 1994 abgeschlossen sein sollte: »Transformationen des Telekommunikationssystems in der ehemaligen DDR«. Der Bearbeiter dieses Projekts war Tobias Robischon.<sup>444</sup> Im Rahmen des Graduiertenkollegs wurden auch Workshops mit internationalen Gästen abgehalten, etwa ein Workshop Anfang der 1990er Jahre, den James S. Coleman von der University of Chicago leitete.<sup>445</sup>

Die Förderdauer der einzelnen Dissertationsvorhaben entsprach nicht ganz dem üblichen – von der DFG oder der Fritz Thyssen Stiftung finanzierten – Zeitraum von drei Jahren. Dies war einer der Gründe, weshalb sich Mayntz im Januar 1992 abermals (ein erster Antrag war bereits zurückgewiesen worden) an die Volkswagenstiftung richtete und darum bat, die Förderdauer für die zweite und dritte Kollegiaten-Kohorte von 30 auf 36 Monate zu verlängern. Denn es habe sich gezeigt, dass »niemand aus der ersten Kohorte des Graduiertenkollegs Köln, dessen Förderung nach 30 Monaten Ende August 1991 auslief, tatsächlich in der Lage war, bis zu diesem Zeitpunkt die Dissertation zu beenden«. <sup>446</sup> Das liege nicht am mangelnden Arbeitseinsatz der Kollegiatinnen und Kollegiaten, sondern habe mehrere Gründe, etwa das durch die intensive Betreuung und das Weiterbildungsprogramm entstandene hohe Anspruchsniveau an die Arbeiten der Kollegiaten. Ein weiterer Grund sei, dass es sich bei den Dissertationsprojekten um empirische Arbeiten handele, deren Datenerhebung mehr Zeit als gewöhnlich in Anspruch nehme.<sup>447</sup> Esser, der 1991 an die Universität Mannheim berufen worden war, habe daraus eine Lehre gezogen und für das Mannheimer sozialwissenschaftliche Graduiertenkolleg »von vornherein eine Laufzeit von 36 Monaten« gefordert, ein Vorschlag, dem die DFG, die dieses Kolleg finanzierte, auch gefolgt sei.<sup>448</sup> Mayntz' Antrag zeitigte offenbar keinen Erfolg. Der Tätigkeitsbericht von 1993/94 führte lediglich die auslaufenden Projekte Robischons, Rothgangs und Haugs auf und konstatierte, dass das MPIfG zusammen mit den soziologischen Instituten der Universität zu Köln das Graduiertenkolleg bis Frühjahr 1994 geleitet habe.<sup>449</sup>

---

443 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 17.

444 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 38–39.

445 MPIfG, die Direktoren Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf, Auslandsbericht 1991, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 21.

446 Renate Mayntz an A. Horstmann, 13.01.1992, Bl. 1–3, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12.

447 Renate Mayntz an A. Horstmann, 13.01.1992, Bl. 1–3, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12.

448 Renate Mayntz an A. Horstmann, 13.01.1992, Bl. 1–3, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12.

449 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 64–65, 81–83, 85–86, 114–15.

### 3.4 Ergebnisse und Wandel des MPIfG-Forschungsprogramms 1986–1995

Mit diesem Unterkapitel werden zwei Absichten verfolgt: Zum einen sollen die zentralen Ergebnisse diskutiert werden, die das Kölner Forschungsprogramm von 1986 bis zum Amtsantritt Wolfgang Streecks 1995 zeitigte; dies vor dem Hintergrund, dass dadurch der epistemisch-institutionelle Stil des MPIfG deutlicher herausgearbeitet werden kann. Zum anderen soll das Augenmerk auf Veränderungen in den Forschungsschwerpunkten gelegt werden, um zu zeigen, inwiefern Mayntz und Scharpf ihr Forschungsprogramm an veränderte gesellschaftliche Konstellationen anpassten. Dabei wird nach wie vor die Hypothese verfolgt, dass es sich bei zu erwartenden epistemischen Wandlungen lediglich um leichte Veränderungen der Hilfhypothesen handelte, nicht aber um grundlegende Umwandlungen des »harten Kerns«. In Bezug auf diese Wandlungen lässt sich mit Blick auf die in den frühen und mittleren 1980er Jahren einsetzende Finanzialisierung, die Entkopplung der Wirtschaft vom Staat durch Abschwächung staatlicher Steuerungsmöglichkeiten und die allmähliche Globalisierung der Märkte vermuten, dass die Steuerungsforschung zunehmend problematisch wurde, weil sich die Ökonomie staatlichen Sanktionen mehr und mehr entzog. Auch die innereuropäische Koordination bzw. deren Schwierigkeiten waren ein Thema, das im Laufe der 1990er Jahre, katalysiert durch das Ende des Kalten Kriegs, zentraler wurde. Mit anderen Worten: Ein Bruch im Forschungsprogramm erfolgte zwar nicht, es zeichneten sich aber zu Beginn der 1990er Jahre gravierende gesellschaftliche Veränderungen ab, die auch das Kölner Forschungsprogramm veränderten, was ein Grund dafür sein könnte, dass bei der Nachfolge von Mayntz zwar einige Kernansätze weitergeführt werden sollten (etwa der institutionalistische Ansatz), jedoch auch einige wegfielen (Steuerung, Regulierung, Gesundheitssystem) bzw. neue dazukamen. Mayntz' und Scharpfs Einsatz bei der Integration des Wissenschaftssystems der DDR, konkret der AdW, ins westdeutsche Forschungssystem wird in Unterkapitel 3.8 gesondert behandelt.

Die Forschungsarbeit der Direktoren und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeichnete sich durch einen hohen Ausstoß an Publikationen aus. Zahlreiche ihrer Aufsätze erschienen insbesondere in internationalen englischsprachigen Zeitschriften, die hier nicht alle genannt werden können. Wichtiger für den epistemisch-institutionellen Stil des MPIfG sind die hauseigenen Publikationen, bei denen es sich um Monographien und Sammelbände in der vom Campus Verlag publizierten Reihe »Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln« handelte (meist Qualifikationsarbeiten, also Dissertationen oder Habilitationen), sowie die »Discussion Papers«, die meist umfangreichere Vorformen späterer Aufsätze in Fachzeitschriften darstellten, und die »Unpublished Working Papers«. Das Jahrbuch der Generalverwaltung der MPG von 1986 führte die abgeschlossene Dissertation von Wolfgang Klitzsch (*Behörden und Betriebe: Eine Analyse ihres Verhältnisses im Prozeß der Implementation politischer Programme*) auf, die 1986 in Bielefeld als Buch erschien.<sup>450</sup> Der Tätigkeits- bzw. Jahresbericht von 1987 verzeichnete das erste »Discussion Paper«; Renate Mayntz machte demnach den Anfang

---

450 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, *Jahrbuch 1986*, 839.

mit »Soziale Diskontinuitäten: Erscheinungsformen und Ursachen«. Daneben führte der Bericht auch die »Unpublished Working Papers« auf, die aber nicht als eigene Reihe geführt wurden.<sup>451</sup> Ein weiterer Mitarbeiter, Volker Schneider, publizierte seine Dissertation 1986 in Florenz.<sup>452</sup>

Nach der 1987/88 abgeschlossenen Aufbauphase des MPIfG stieg der Anteil an hauseigenen Publikationen deutlich an: Im Tätigkeitsbericht von 1989/90 sind vier Bände der hauseigenen Reihe verzeichnet und 22 »Discussion Papers«, ferner konnten laut dem Bericht Doris Gau und Gerhard Krauss ihre Dissertationen abschließen. Roland Czada sei in Konstanz habilitiert worden, Susanne Lütz habe ihre Dissertation in Duisburg, Andreas Stucke seine in Bielefeld abgeschlossen, Frank Thomas<sup>453</sup> habe in Köln promoviert.<sup>454</sup> Rudolf Stichweh sei 1990 mit dem zweibändigen Werk *Der frühmoderne Staat und die europäische Universität. Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung* (Köln 1989) an der Universität Bielefeld habilitiert worden.<sup>455</sup> Drei Bände der Schriftenreihe des MPIfG waren, wie im Bericht ausgeführt, in den Jahren 1991–1992 erschienen, zwei weitere waren für 1993 geplant. In dieser Zeit erschienen 19 »Discussion Papers«.<sup>456</sup> Die zwei geplanten Bände wurden 1993 veröffentlicht, 1994 publizierte das MPIfG weitere sechs Bände, ferner erschienen 1993 neun, 1994 fünf »Discussion Papers«. An abgeschlossenen wissenschaftlichen Dissertationen kamen, wie im Tätigkeitsbericht von 1993/94 zu lesen ist, die von Philipp Genschel (Köln), Karin Haug (Konstanz), Philip Manow (FU Berlin), Tobias Robischon (FU Berlin) und Heinz Rothgang (Köln) hinzu, an Habilitationen die von Edgar Grande in Konstanz und diejenige von Uwe Schimank in Bielefeld.<sup>457</sup>

Im Folgenden wird auf Basis der detaillierten Tätigkeitsberichte die Entwicklung des Kölner Forschungsprogramms von 1986 bis 1995 dargestellt. Zusätzlich werden die im Rahmen der verschiedenen Forschungsschwerpunkte entstandenen Monographien und Sammelbände herangezogen, um die Forschungsergebnisse näher zu erläutern. In dieser Phase konzentrierten sich die beiden Direktoren und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf folgende Schwerpunkte, die sich auf Sektoren und Institutionen auf der Mesoebene bezogen oder aber methodisch-theoretische Reflexionen sein konnten: 1) das Gesundheitssystem; 2) das System organisierter außeruniversitärer Forschung und, später, auch das der universitären Wissenschaft in der Bundesrepublik; 3) soziotechnische Großsysteme und wissenschafts- und techniksoziologische

---

451 MPIfG, Report 1987, 58, 59–62.

452 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1987*, 901.

453 Frank Thomas ist nicht zu verwechseln mit dem weiter unten erwähnten Thomas Frank; es handelt sich allem Anschein nach um zwei verschiedene Personen.

454 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 73–82.

455 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1990*, 838.

456 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 65–66.

457 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 138–39, 148.

Themen; 4) die Verwaltungs- und Steuerungsforschung (Governance, Policy); 5) Methoden- und Theoriediskussionen.

1) Das Gesundheitssystem: Nebst dem »System der organisierten Forschung« stand das Gesundheitssystem im Mittelpunkt der angelaufenen Untersuchungen. Mayntz und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begriffen das System der gesundheitlichen Versorgung als ausdifferenziertes, funktionales Teilsystem der Gesellschaft, das sich durch eine »besondere Staatsnähe und ein hohes Maß an öffentlichem Engagement« auszeichne, was spezifische Steuerungsprobleme aufwerfe.<sup>458</sup> Jens Alber plante ein Projekt zum internationalen Vergleich der Gesundheitssysteme Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und der Schweiz sowie möglicherweise Frankreichs, weil alle diese Länder »unterschiedliche Organisationsweisen des Gesundheitssystems mit stark variierenden Graden staatlicher Penetration und Kontrolle« repräsentierten. Eines der Kernziele dieses Projekts war, empirisch begründete Hinweise dafür zu finden, welche Organisationsweise des Gesundheitssystems u. a. unter Steuerungsgesichtspunkten die Aufgabe einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung zu kostengünstigen Bedingungen am zweckmäßigsten erfüllt.<sup>459</sup>

Bernd Rosewitz' Projekt befand sich ebenfalls noch in der Anfangsphase und untersuchte naturwüchsigen Strukturwandel, Selbstorganisation und politische Steuerung im Gesundheitswesen. Er konzentrierte sich dabei auf Leistungserbringungsorganisationen wie Arztpraxen, Krankenhäuser, Verwaltungs- und Steuerungsorgane (etwa Krankenversicherungen), wobei die »Veränderungen der Binnenstruktur und der gesellschaftlichen Leistungsbezüge des Gesundheitssystems sowie die mit diesen Veränderungen einhergehenden Steuerungsversuche erforscht werden« sollten.<sup>460</sup> Das Konzept des »Verhandlungssystems« war für dieses Projekt methodisch richtungsweisend.<sup>461</sup>

Zu Albers Projekt trat 1987 Brigitte Schenkluhn als Bearbeiterin hinzu. In diesem Jahr waren die beiden Bearbeiter damit beschäftigt, beschreibendes Material aus der Sekundärliteratur zum Thema und länderspezifische Berichte zu sammeln, die Aufschluss über »the institutional and organisational settings in each nation« geben sollten. Zwei solcher Berichte wurden im Rahmen eines Workshops in Köln mit Gesundheitsexperten aus Frankreich und der Schweiz besprochen. Auch Rosewitz' Projekt erhielt Verstärkung durch einen Wissenschaftler, Douglas Webber.<sup>462</sup> Im Tätigkeitsbericht von 1989/90 berichteten die beiden Direktoren detaillierter über die in diesem Forschungsschwerpunkt erzielten Fortschritte. Rosewitz und Webber nannten ihr mittlerweile abgeschlossenes Projekt laut dem Bericht nun »Reformversuche und

---

458 MPIfG, Jahresbericht 1986, 5–6.

459 MPIfG, Jahresbericht 1986, 13.

460 MPIfG, Jahresbericht 1986, 14.

461 MPIfG, Jahresbericht 1986, 14.

462 MPIfG, Report 1987, 21–23.

Reformblockaden im deutschen Gesundheitssystem«, dessen Gegenstand die »Reformbemühungen der bundesdeutschen Gesundheitspolitik in den Nachkriegs-Jahrzehnten« seien, »die im Erfolgsfall zu einer grundlegenden Veränderung der Struktur der ambulanten Gesundheitsversorgung hätten führen können«, wobei auch Vergleiche mit anderen Industrienationen angestrebt worden seien.<sup>463</sup> Rosewitz und Webber fertigten vier Fallstudien an: a) zur Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes Ende der 1960er Jahre; b) zur Abgrenzung des Aufgabebereichs der niedergelassenen Ärzte gegenüber dem der Krankenhäuser; c) zum vertrauensärztlichen Dienst; d) zu den seit Mitte der 1970er Jahre anhaltenden Bemühungen um eine Änderung der Regeln über die Honorierung von ärztlichen Leistungen.<sup>464</sup> Die Untersuchung erbrachte folgende Ergebnisse: Das System der ambulanten Versorgung in der Bundesrepublik habe sich in den Nachkriegsjahrzehnten »durch eine *auch im internationalen Vergleich ungewöhnliche strukturelle Stabilität*« ausgezeichnet.<sup>465</sup> Dies sei allerdings keine Entwicklung, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt habe, sondern die auf die frühen 1930er Jahre zurückgehe: Den niedergelassenen Ärzten sei es gelungen, ihre zu jener Zeit erreichte vorteilhafte Position in den ersten Nachkriegsjahren zu konsolidieren »und danach gegen alle Reformversuche zu verteidigen«. Organisatorische Geschlossenheit und hohe Strategiefähigkeit der kassenärztlichen Vereinigungen hätten es der niedergelassenen Ärzteschaft ermöglicht, »wechselnde politische Chancen entschlossen zu nutzen und gegebenenfalls auch kurzfristige Einkommensinteressen zu opfern, wenn nur so längerfristig bedeutsamere Strukturreformen verhindert werden konnten«. <sup>466</sup> Hinzu kämen Klientelverhältnisse zwischen den freiberuflich tätigen Ärzten und insbesondere der FDP.<sup>467</sup> Rosewitz und Webber veröffentlichten ihre Forschungsergebnisse als Monographie in der hauseigenen Reihe. In ihrer Konklusion konstatierten die Autoren, dass die ärztliche Standespolitik bis in die frühen 1970er Jahre stabil und durchsetzungsfähig geblieben sei. Als jedoch zu Beginn der 1970er Jahre die Wirtschaftskrise mit den steil angestiegenen Gesundheitskosten kollidiert sei, sei das Modell der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig erschüttert worden. Die Kassenärzteschaft, die den größten Teil der Krankenversicherungsausgaben veranlasst habe, sei in die politische Defensive geraten und habe sich verteidigt, was zu weitgehenden Reformblockaden geführt habe.<sup>468</sup>

Alber und (Bernardi-)Schenkluhn gingen in ihrem Projekt zum westeuropäischen Ländervergleich von Gesundheitssystemen bis ins 19. Jahrhundert zurück und leiteten auf diese Weise die »extrem hohe institutionelle Varianz« in den Gesundheitssystemen der ausgewählten Länder her. Es habe sich gezeigt, dass die institutionelle Entwicklung in Deutschland und der Schweiz sehr stabil, in Großbritannien und Italien dagegen von Strukturbrüchen gekennzeich-

---

463 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 13.

464 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 13–15.

465 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 15. Herv. i. Orig.

466 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 15.

467 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 15.

468 Rosewitz und Webber, *Reformversuche und Reformblockaden*, 291–93.

net gewesen sei. Die beiden Bearbeiter führten dies einerseits auf die »Interaktion zwischen ökonomischen, demographischen und wissenschaftlich-technischen Veränderungen der Nachfrage und des Angebots von Gesundheitsleistungen« zurück. Andererseits sei hierfür auch »die von der gegebenen institutionellen Struktur geprägte Reaktion politischer Akteure und der Organisation des Gesundheitswesens auf die Veränderungen« verantwortlich.<sup>469</sup> Anfang 1991 wurde das Projekt abgeschlossen, das Buch erschien 1992 in der Institutsreihe. Die Autorin und der Autor zeigten darin, dass »Strategien zur Kostendämpfung heute in allen fünf Gesundheitssystemen Priorität haben, und zwar unabhängig von den zwischen den Ländern bestehenden Unterschieden in der Höhe der Gesundheitsausgaben.«<sup>470</sup> Für die Durchsetzung von Reformen im Gesundheitswesen sei nicht die Höhe der Gesundheitsausgaben ausschlaggebend, vielmehr komme es darauf an,

daß der »objektive« Sachverhalt steigender Kosten von den maßgeblichen politischen Akteuren als politisches Problem wahrgenommen wird und daß diese Akteure andererseits über genügend Spielraum verfügen, eine Reform der gewachsenen Strukturen ihres Gesundheitssystems durchzusetzen.<sup>471</sup>

Das Programm dieses Forschungsschwerpunkts war Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre noch nicht erschöpft, sondern generierte neue Hypothesen. Mehrere Projekte kamen zu den nun abgeschlossenen Untersuchungen hinzu. Webber arbeitete an einer kleineren Untersuchung über »Die kassenärztliche Vereinigung zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl«, die von Oktober 1989 bis Anfang 1991 von der Bertelsmann Stiftung im Rahmen eines größeren Forschungsprogramms zur Problematik der Gemeinwohlorientierung von Verbänden finanziert wurde.<sup>472</sup> Ebenfalls im Herbst 1989 begann das Projekt »Arbeitsteilung im Gesundheitssystem: Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten im Vergleich«, das Marian Döhler bearbeitete. Ausgangspunkt dieser Studie war die Beobachtung, »daß das Personalvolumen der im Gesundheitswesen tätigen Personen sowie das jeweilige Mischungsverhältnis zwischen professionellen und paraprofessionellen Gesundheitsberufen« in Industriegesellschaften große Differenzen aufweise, was am Beispiel der drei Länder gezeigt werden sollte.<sup>473</sup> Hinzu kam das oben erwähnte Dissertationsprojekt von Rothgang, das im Kölner Graduiertenkolleg angesiedelt war. Die Untersuchung sollte das »unterschiedliche zahlenmäßige Verhältnis von medizinischen und paramedizinischen Beschäftigten in den Gesundheitssystemen Großbritanniens und der Bundesrepublik« erklären und 1992 abgeschlossen sein.<sup>474</sup> Karin Haugs Dissertationsvorhaben, ebenfalls Teil des Kölner Graduiertenkollegs, war wie

---

469 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 16.

470 Alber und Bernardi-Schenkluhn, *Westeuropäische Gesundheitssysteme*, 623.

471 Alber und Bernardi-Schenkluhn, 623.

472 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 17–19.

473 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 19–20.

474 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 20–21.

Rothgangs Projekt als vergleichende Untersuchung zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik konzipiert. Darin ging es um die Erforschung der »Arbeitsteilung zwischen medizinischer Profession und Pflegeberufen«. <sup>475</sup> Katrin Behaghel erforschte dagegen, »inwieweit sich Interessenverbände der Vorstandsverflechtung bedienen, um ihre berufspolitischen Ziele zu erreichen«. <sup>476</sup> Ferner bearbeitete Heinrich Nahr das Teilprojekt »Aufbereitung und Analyse von Daten zum Personal im bundesdeutschen Gesundheitswesen«, dessen Zielsetzung darin bestand, »aussagekräftige bundesdeutsche Datenquellen aufzufinden, diese Daten aufzubereiten und einer Analyse der sozialen Differenzierung innerhalb des Gesundheitswesens der Bundesrepublik Deutschland zugänglich zu machen«. <sup>477</sup> Zusammen mit einem »ausführlich erläuterten Codebuch« sollten »diese Daten archiviert [...] und interessierten Forschern zugänglich gemacht werden«. <sup>478</sup> Philip Manow-Borgwardt arbeitete in seinem Promotionsvorhaben über »Strategien gesundheitspolitischer Akteure im Prozeß der deutschen Vereinigung«, das er im Oktober 1990 begonnen hatte und das auf zwei Jahre angelegt war, während Jürgen Feick das Projekt »Internationaler Vergleich regulativer Politik: Arzneimittelregulierung und Aids-Kontrolle« bearbeitete. <sup>479</sup>

Zu den laufenden Projekten aus diesem Forschungsbereich kamen laut Tätigkeitsbericht von 1991/92 weitere Projekte hinzu, eines von Jürgen Wasem über die »Transformation der ambulanten ärztlichen Versorgung in den neuen Ländern vom staatlichen in das kassenärztliche System«, das später als Habilitationsschrift eingereicht werden sollte, und eines von Yvonne Erdmann über die »Entwicklung von Ärzteverbänden in den neuen Bundesländern«, das durch ein Stipendium der Fritz Thyssen Stiftung gefördert und mittlerweile abgeschlossen worden war. Manow-Borgwardts Untersuchung sollte 1993 beendet werden. <sup>480</sup> Haugs Dissertationsprojekt konnte erst 1994 im Wesentlichen beendet werden. Döhler hatte sein Projekt abgeschlossen, in »Die Regulierung von Professionsgrenzen: Struktur und Entwicklungsdynamik der Gesundheitsberufe im Vergleich« umbenannt und schrieb nun den Forschungsbericht. <sup>481</sup> Rothgang konnte sein Dissertationsprojekt ebenfalls abschließen und bereitete das Manuskript zur Publikation in der Institutsreihe vor. <sup>482</sup> Innerhalb dieses Forschungsbereichs erfolgten demnach thematische Wandlungen, die mit der deutschen Vereinigung zusammenhingen. Die ländervergleichende Perspektive wurde in einigen Projekten beibehalten, die neu dazugekommenen

---

475 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 21.

476 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 22.

477 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 23. Die Erhebung der Daten stützte sich auf amtlich erhobene Zahlen des Statistischen Bundesamts, der Bundesanstalt für Arbeit und auf den Mikrozensus von 1985.

478 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 23.

479 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 23–25.

480 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 26–28.

481 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 79–80.

482 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 82–83, 85–86.

Untersuchungen konzentrierten sich aber auf die Frage nach den Möglichkeiten der Integration des Gesundheitssystems der ehemaligen DDR in das der Bundesrepublik.

Die beiden Studien von Manow<sup>483</sup> und Behaghel waren 1994 als Monographien in der Institutsreihe erschienen.<sup>484</sup> Manows Buch behandelte die Frage der Integration des Gesundheitssystems der ehemaligen DDR ins westdeutsche System vor dem Hintergrund, dass der »überwiegend verfolgte Vereinigungsmodus« eine »lineare Übertragung westdeutscher Institutionen auf das Beitrittsgebiet« gewesen sei und dass in der gesetzlichen Krankenversicherung die Vereinigungsentwicklung »eine heftige sozialpolitische Kontroverse« ausgelöst habe, weil sie sich selbst im Zustand einer Reform befunden habe.<sup>485</sup> Dabei erwiesen sich die bundesdeutschen Strukturen der gesetzlichen Krankenversicherung laut Manow als weitgehend reformresistent, was dazu geführt habe, dass diese ohne größere Anpassungsleistungen auf das ostdeutsche Gesundheitssystem übertragen worden seien, was jedoch nicht unbedingt dem politischen Willen entsprochen habe. In seinem Buch ging es im Wesentlichen um die Frage nach dem Verhältnis von »staatlicher Steuerung und institutioneller Eigendynamik«.<sup>486</sup> Dass das westdeutsche Gesundheitssystem letztlich dominierte, lag laut Manow daran, dass sich die Akteure in der DDR ausschließlich am zusammengebrochenen ostdeutschen Staat orientiert hätten, ihre nach der Wende gegründeten Interessenvereinigungen abseits des Staats nur wenig Durchschlagskraft hätten und somit kaum Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen könnten. Hinzu komme der hohe zeitliche Druck, unter dem die Integration habe bewerkstelligt werden müssen und der sich als großes Hindernis gegenüber institutionellen Innovationen erwiesen habe.<sup>487</sup> Letztlich gelang im Einigungsprozess laut dem Autor »keine Koalitionsbildung mit positiver Zieldefinition«, vielmehr hätten die gesundheitspolitischen Entscheidungsmuster »viele Ähnlichkeiten mit einer »negativen Koordination« gezeigt.<sup>488</sup> Behaghel dagegen kam in ihrer am korporatistischen Ansatz Wolfgang Streecks und Philippe C. Schmitters (1985) orientierten Dissertation zu dem Schluss, dass das korporative Arrangement der ambulanten ärztlichen Versorgung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Fugen geraten sei, weil das kassenärztliche Einkommen im Laufe der 1950er und 1960er Jahre schneller gestiegen sei als das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen. In den 1970er Jahren hätte dann die Kostendämpfung oberste Priorität gehabt, weshalb der Gesetzgeber begonnen hätte, »die Verhandlungsmacht der Kassenärztlichen Vereinigungen gegenüber den Krankenkassen zu reduzieren«, um die Honorarforderungen der Kassenärztlichen Vereinigung zu mäßigen.<sup>489</sup> Seit dieser Zeit seien die Kosten der Kassenärzte schneller gestiegen als die Umsätze aus ihrer Kassenarzt-

---

483 Manow hatte sich in der Zwischenzeit scheiden lassen und wieder seinen alten Namen angenommen.

484 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 74–75, 78.

485 Manow, *Gesundheitspolitik*, 13.

486 Manow, 14.

487 Manow, 164–66.

488 Manow, 169.

489 Behaghel, *Kostendämpfung*, 296.

tätigkeit, was insgesamt zu einer finanziellen Verschlechterung ihrer Lage und zu steigender Unzufriedenheit mit der Politik geführt habe.<sup>490</sup>

2) Das System organisierter außeruniversitärer und universitärer Forschung in der Bundesrepublik: Das MPIfG hatte von 1986 bis 1995 einen eigenen wissenschaftssoziologischen Ansatz entwickelt, der sich dadurch auszeichnete, dass entsprechende Untersuchungen die forschungspolitischen Institutionen auf der Mesoebene sowie die außeruniversitären Forschungsinstitutionen der Bundesrepublik analysierten. Später sollte der Fokus auf die universitäre Forschung ausgeweitet werden. Diese Studien waren ausschlaggebend dafür, dass Mayntz und Scharpf nach dem Fall der Berliner Mauer für die Aufgabe der Integration des außeruniversitären Forschungssystems der ehemaligen DDR ins westdeutsche System rekrutiert wurden.

Der Jahresbericht von 1986 führt als erstes Projekt aus dem Forschungsbereich »System organisierter Forschung« Uwe Schimanks Untersuchung »Differenzierung und struktureller Wandel gesellschaftlicher Teilsysteme: Das System wissenschaftlicher Forschung« an, an der auch Michael Buttgerit, seit Anfang Oktober Gastwissenschaftler am MPIfG, beteiligt war. Dem Projekt standen zwei Fragestellungen voran: erstens die Frage nach der zunehmenden Spezialisierung des Forschungssystems nach Forschungstypen und Forschungsgebieten, zweitens die nach den Vernetzungsstrukturen zwischen den verschiedenen Forschungsinstitutionen. Als empirische Gegenstände wählte Schimank außeruniversitäre staatliche Forschungsinstitutionen, also die MPG, die Fraunhofer-Gesellschaft, Großforschungseinrichtungen, die Ressortforschung und Bund-Länder-Institute. Die Untersuchung war weit gediehen und sollte durch eine 1987 durchzuführende schriftliche Befragung der Leiter und Mitarbeiter dieser Forschungseinrichtungen sowie Experteninterviews in einigen dieser Institutionen erweitert werden. Daneben führte Buttgerit ein einjähriges Projekt zum Thema »Forschung in Hochschulen« durch. Eine weitere kleinere Studie untersuchte den Forschungstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen.<sup>491</sup> Schimanks Projekt erwähnte Mayntz bereits im Jahresbericht von 1985, genauso wie Rudolf Stichweh – später auch unter diesem Titel veröffentlichtes – Habilitationsprojekt »Der frühmoderne Staat und die europäische Universität. Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung«, das 1986 noch nicht abgeschlossen war und über ein Forschungsstipendium der MPG weiterfinanziert wurde.<sup>492</sup>

Im Berichtsjahr 1987 stießen Hans-Willy Hohn, der von 1980 bis 1985 bei Scharpf am WZB gearbeitet hatte und nach kürzeren Stationen an anderen Instituten 1987 ans MPIfG kam, und Lothar Krempel zu Schimanks Projekt. Krempel sollte die organisationalen Verzahnungen zwischen den westdeutschen außeruniversitären und staatlichen Forschungsinstitutionen quantifizieren und modellieren. Die erste Forschungsphase dieses Projekts sollte im Sommer 1988

---

490 Behagel, 297.

491 MPIfG, Jahresbericht 1986, 7–9.

492 MPIfG, Jahresbericht 1986, 10–12.

abgeschlossen werden.<sup>493</sup> In diesem Jahr kam ein neues Projekt von Andreas Stucke hinzu, der »The Science and Technology Policy of the Federal Government – Processes of Organizational and Programmatic Differentiation« untersuchte und mit seinem Untersuchungszeitraum 1955–1985 eine dezidiert historische Perspektive auf diesen Gegenstand einnahm. Stucke ging es insbesondere um die historische Entwicklung der bundespolitischen Steuerung von Wissenschaft. Die Raumfahrt fungierte dabei als Beispiel einer Großtechnologie, die informationstechnische und digitale Datenverarbeitung als Beispiel der Einführung neuer Technologien. Das Projekt wurde durch ein Doktorandenstipendium des Instituts finanziert.<sup>494</sup> Stuchweh dagegen verbrachte den größeren Teil des Jahres in Paris am Maison des Sciences de l’Homme und der Bibliothèque nationale de France, um sein Projekt voranzutreiben.<sup>495</sup>

Im Tätigkeitsbericht von 1988 werden zwei weitere Projekte genannt. Das erste bearbeitete Jürgen Häusler. Zum Thema »Industrial Research and Government Intervention« untersuchte er die Beziehung zwischen »industrial R&D efforts and purposeful government intervention« zur Beantwortung der Frage, ob und in welchem Maß staatliche Forschungs- und Technologiepolitik in der Lage sei, Forschungsaktivitäten im privaten Sektor zu steuern.<sup>496</sup> Das zweite Projekt war eine Kooperation zwischen dem MPIfG und Helga Nowotny, die diese Untersuchung angeregt hatte, sowie Ulrike Mersits: »A German Case Study of High-Tc Superconductor Research«. Dieses Phänomen sei 1911 entdeckt worden. 1986 hatten zwei IBM-Forscher hier einen unerwarteten Durchbruch erzielt, und die Projektbearbeiterinnen wollten einen Vergleich zwischen Forschungsinstitutionen und Forschergruppen in Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik anstellen, um deren Reaktion auf diesen Durchbruch zu erforschen. Die Mitarbeiterin in Köln war Dorothea Jansen, die das westdeutsche Teilprojekt bearbeitete.<sup>497</sup>

In den Jahren 1989/90 kamen zahlreiche Projekte zu diesem Forschungsbereich hinzu. Grund dafür war einerseits, dass die Aufbauphase des MPIfG nun abgeschlossen war, und andererseits, dass dies mehr oder weniger mit der deutschen Vereinigung und der Eingliederung des ostdeutschen Forschungssystems ins westdeutsche korrelierte. Schimanks und Hohns Untersuchung war mittlerweile abgeschlossen und lag als Buch publiziert vor. In ihrem Schlusskapitel konstatierten die Autoren »die überragende Bedeutung des politischen Kontextes für Entscheidungen, die für den Sektor der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung in der Bundesrepublik strukturprägend waren, und die Verflochtenheit der Entwicklungen«<sup>498</sup> in den behandelten Fallbeispielen. Als ausschlaggebend für die Entwicklungslogik des bundesrepublikanischen Systems außeruniversitärer staatlich finanzierter Forschung sahen Hohn und

---

493 MPIfG, Report 1987, 14, 16.

494 MPIfG, Report 1987, 16–18.

495 MPIfG, Report 1987, 20.

496 MPIfG, Report 1988, 21, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 330.

497 MPIfG, Report 1988, 23–24.

498 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 343.

Schimank die föderalen Strukturen Westdeutschlands an, die auf die von den Alliierten unterstützte föderalistische Kompetenzverteilung zurückgingen und in einer hohen Konkurrenz von Bund und Ländern um die Ansiedlung etwa der MPI resultierten.<sup>499</sup> Interessen- und Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern unterlägen in Bezug auf die außeruniversitäre Forschung einem stetigen Gleichgewichtsgerangel. Abschließend kamen die Autoren zu dem Ergebnis, dass die politische Steuerungsfähigkeit dieser Art der Forschung ausgesprochen eingeschränkt sei: Quantitativ geschätzt sei

wohl nur wenig mehr als die Hälfte des gesamten Forschungspotentials der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung forschungspolitischen Steuerungsmaßnahmen, die auf eine eher schwache Steuerung in Form von sehr allgemein gehaltenen Aufgabenstellungen hinausgehen, effektiv zugänglich.<sup>500</sup>

Dies zeige sich deutlich an der Grundlagenforschung, die die Mehrzahl dieser Institutionen betrieben. Aber auch die anwendungsbezogenen Forschungsinstitute seien nur begrenzt politisch steuerbar.<sup>501</sup>

Auf die theoretische Grundierung und die Forschungsergebnisse aus Hohns und Schimanks Buch stützte sich ein 1990 begonnenes Dissertationsvorhaben von Gerhard Krauss, das »Die Steuerung der staatlich geförderten außeruniversitären Forschung in Frankreich« erforschte.<sup>502</sup> Hier lag demnach der Fall einer kumulativen sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis vor.

Häuslers Projekt über »Industrieforschung und staatliche Politik« erhielt Verstärkung von Edgar Grande und verfolgte weiterhin die Frage, »ob – und wenn ja wie und in welchem Umfang – der Staat die Forschungsaktivitäten in der Industrie beeinflussen kann«, und zwar vor dem Hintergrund, dass Forschung und Entwicklung zu über 70 Prozent im Wirtschaftssektor durchgeführt werde.<sup>503</sup> Stuckes Projekt, »Das Forschungsministerium des Bundes – Entstehung, Entwicklung, Steuerungsprobleme«, lief in den Berichtsjahren weiter und setzte sich die »empirische Rekonstruktion und theoretische Erklärung zentraler Strukturmerkmale und Prozeßverläufe der Forschungspolitik auf Bundesebene« zum Ziel; dies auf Basis des BMFT und dessen administrativen Vorläufers.<sup>504</sup> In eine ähnliche Richtung ging Susanne Lütz' Promotionsprojekt. Dem Projekt lag die Annahme zugrunde, dass industrielle Verbundforschung »als neuer Typ von Steuerung in der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik« aufzufassen war.<sup>505</sup>

---

499 Hohn und Schimank, 345.

500 Hohn und Schimank, 420–21.

501 Hohn und Schimank, 420–21.

502 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 31.

503 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 28.

504 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 29.

505 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 30.

Über »Funktionsweise und Erfolgsbedingungen industrieorientierter Forschung« arbeitete auch Hohn in einem neuen Projekt. Er untersuchte darin »Möglichkeitsbedingungen und Effizienzkriterien von industrieorientierter Forschung«.<sup>506</sup> Schimank hatte ebenfalls ein neues Projekt entwickelt, das komplementär zum vorhergehenden die »Strukturdynamiken der Hochschulforschung« untersuchen sollte, um »Veränderungen der Forschungsbedingungen an den bundesdeutschen Hochschulen seit Mitte der siebziger Jahre« – so der Untertitel des Projekts – herauszuarbeiten. Hintergrund des Unternehmens waren die seit den 1970er Jahren aufgetretenen Klagen von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern über die zunehmende Verschlechterung der Forschungsbedingungen an den Universitäten aufgrund der steigenden Belastung durch die Lehre. Noch belastender wirke sich die verknappte Finanzlage aus:

unzureichende und überalterte Ausstattung mit Gebäuden, Sachmitteln und Forschungsgeräten; Streichung von Mitarbeiterstellen, wodurch sich Karrierechancen an den Hochschulen verschlechtern und die Rekrutierung von wissenschaftlichem Nachwuchs schwieriger wird.<sup>507</sup>

Hinzu komme der erhöhte zeitliche Aufwand für die Hochschulbürokratie und die Mitarbeit in Selbstverwaltungsgremien.<sup>508</sup> In einem weiteren Projekt namens »Förderinstrumente der Gesundheitsforschung im internationalen Vergleich« erforschte Dietmar Braun die diesbezüglichen Unterschiede zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Das BMFT förderte diese auf zwei Jahre angelegte Studie, für die »Theorien der politischen Steuerbarkeit von gesellschaftlichen Teilsystemen zentral« waren, denn die Gesundheitsforschung stehe »im Schnittpunkt von drei Teilsystemen – Wissenschaft, Erziehung und Gesundheit«.<sup>509</sup>

Der Berichtszeitraum 1991/92 stand ganz im Zeichen der Integration des ostdeutschen außeruniversitären staatlichen Forschungssystems ins westdeutsche. Ein Projekt von Hans-Georg Wolf und eines, das Scharpf und Stucke gemeinsam bearbeiteten, kamen zu den bereits laufenden Projekten zum Thema hinzu. 1991 begann Jürgen Lautwein sein Dissertationsvorhaben, das er neben seiner Tätigkeit als Verwaltungsleiter des MPIfG durchführte: »Forschungsmanagement im Bereich industrieller Gemeinschaftsforschung«. Gegenstand der Untersuchung war die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen »Otto von Guericke« e. V. (AiF).<sup>510</sup> Neues gab es nur von Brauns Projekt zu berichten, das inzwischen abgeschlossen war: Zwei Ergebnisbände seien bislang erschienen, ein dritter Band werde 1993 publiziert.<sup>511</sup>

---

506 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 32.

507 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 33.

508 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 33.

509 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 36.

510 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 18.

511 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 24–25.

Der Tätigkeitsbericht von 1993/94 führte weitere Projekte zum ostdeutschen und osteuropäischen außeruniversitären und auch universitären Forschungssystem an, die im Zeichen der Vereinigung standen und hier noch nicht besprochen werden sollen. 1993 konnte Stuckes Dissertation abgeschlossen und in der Institutsreihe unter dem Titel *Institutionalisierung der Forschungspolitik: Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums* veröffentlicht werden. In seiner handlungstheoretisch ausgerichteten Arbeit legte Stucke dar, dass die seit den 1950er Jahren massiert aufgetretenen politischen Steuerungsversuche von Forschung und Technikentwicklung 1973 schließlich zur Gründung des BMFT führten.<sup>512</sup> An Norbert Elias orientiert, konnte er seine Hypothese bestätigen, dass

mit zunehmender Komplexität der Akteurkonfiguration und einem relativen Machtgleichgewicht der beteiligten gesellschaftlichen und politischen Akteure die Fähigkeit eines einzelnen Akteurs, eine Entwicklung intentional zu steuern, abnimmt, so daß koinzidentielle Dynamiken und nicht-intendierte Effekte die Folge sind.<sup>513</sup>

Er kam zu dem Schluss, dass mit der Aneignung von Kompetenzen, dem Aufbau von Programmen und der Entwicklung von Instrumenten durch das Forschungsministerium diesem damit »keine wachsende politische Steuerung von Wissenschaft und Technik« zukomme. Damit wies er die »naive steuerungstheoretische Vorstellung« zurück, »staatliche Akteure verfügten tatsächlich über die notwendigen kognitiven und sozialen Ressourcen, um übergreifende Gesellschaftssteuerung zu leisten«. Dabei sei mit zu bedenken, dass staatliche Akteure oft auch gar nicht steuern wollten, wenn dies nicht in ihrem institutionellen Eigeninteresse liege, also Wissenschaft und Technikentwicklung besser funktionierten, wenn die Politik nicht steuernd eingreife.<sup>514</sup>

Lütz' Dissertation war ebenfalls 1993 als Monographie in der Institutsreihe erschienen und behandelte wie Stuckes Buch Fragen nach den Steuerungsmöglichkeiten von Forschung durch den Staat. Den Hintergrund ihrer Analyse bildete die Annahme, dass Forschungs- und Entwicklungskooperationen etwa mit anderen Unternehmenspartnern in einer Umwelt des immer schnelleren technologischen Wandels und der immer kürzeren Produktlebenszyklen erhebliche Vorteile für die Beteiligten<sup>515</sup> versprechen würden. Allerdings würden Firmen zu 96 Prozent nicht externe Forschung und Entwicklung heranziehen, sondern diese Aktivitäten intern betreiben.<sup>516</sup> Gleichzeitig würden aber »Forschungskooperationen zwischen industriellen und wissenschaftlichen Akteuren derzeit forschungspolitisch als erwünscht gelten«, was einen

---

512 Stucke, *Institutionalisierung*, 15–16.

513 Stucke, 252.

514 Stucke, 260–61.

515 Lütz, *Die Steuerung industrieller Forschungskooperation*, 16.

516 Lütz, 16.

Steuerungsbedarf von Seiten des Staats mit sich bringe.<sup>517</sup> In der Konklusion konstatierte sie, dass die »Einführung der Verbundforschung als Förderinstrument des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT)« einen Trend zum »Abbau staatlicher Handlungskapazität in der industriellen Forschungsförderung widerzuspiegeln« scheine, was an der kontinuierlichen Verringerung der staatlichen Fördermittel für die Industrieforschung seit 1982 um insgesamt 1,6 Milliarden DM abzulesen sei. Lütz jedoch wollte auf Basis ihrer empirischen Ergebnisse eine andere These starkmachen, dass nämlich entgegen gängigen Ansichten staatliche Akteure »eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung und der Implementierung dieses Förderinstrumentes« spielten und als Verhandlungspartner in der Lage wären, »sowohl die strukturellen Rahmenbedingungen kooperativer Forschung als auch den Prozeß der Herausbildung kooperativer Produktion von Innovationen wesentlich mitzugestalten«.<sup>518</sup> Sie hielt demnach an der Steuerungsmöglichkeit des Staats fest, räumte aber auch ein, dass dieser im Untersuchungszeitraum nur noch als einer von vielen Verhandlungspartnern aufgetreten wäre. Sie sprach daher nicht mehr von einem hierarchisierten Modell staatlicher Steuerung von Verbundforschung, sondern von einem »Verhandlungsnetzwerk«, in dem Steuerungsleistungen oft doppelt vermittelt würden, durch intermediäre Akteure, die als Projektträger fungierten.<sup>519</sup>

1994 lag auch Grandes und Häuslers Projekt als Band 15 der Institutsreihe vor: *Industrieforschung und Forschungspolitik. Staatliche Steuerungspotentiale in der Informationstechnik*. Die Studie habe das Ergebnis erbracht, »daß das staatliche Steuerungspotential im Bereich der Informationstechnik erheblich abgenommen« habe, wofür »nicht nur die Defizite der nationalen und der europäischen Forschungspolitik« verantwortlich wären, »sondern vor allem die zunehmend eigen-dynamischen Entwicklungsverläufe auf der Seite der Unternehmen und ihrer FuE-Aktivitäten«.<sup>520</sup> Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als sich darin die Anfang/Mitte der 1990er Jahre sich immer stärker durchsetzende Deregulierung der Wirtschaft gegenüber staatlicher Steuerung niederschlug.

Krauss' Dissertation war in der Zwischenzeit ebenfalls abgeschlossen, das Manuskript werde zur Veröffentlichung vorbereitet.<sup>521</sup> Nur zwei neue Projekte, die sich nicht mit dem osteuropäischen Forschungssystem oder der Integration des DDR-Wissenschaftssystems ins westdeutsche beschäftigten, kamen in dieser Phase dazu: zum einen das von Grit Laudel bearbeitete Projekt »Kooperation in Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft«, das von der DFG geschaffene, auf zwölf bis 15 Jahre angelegte kooperative Fördermittel der SFB untersuchte. Dabei handelte es sich um ein Promotionsprojekt, das 1996 abgeschlossen sein

---

517 Lütz, 118.

518 Lütz, 215.

519 Lütz, 223.

520 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 34.

521 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 48–50.

sollte.<sup>522</sup> Zum anderen arbeitete Hohn an einem neuen Projekt über »Kognitive und organisatorische Strukturen in der Forschung: Kernphysik und Informatik im Vergleich«, in dem er auf Basis seiner zusammen mit Schimank angefertigten Studie »der theoretischen Fragestellung über den Zusammenhang kognitiver und organisatorischer Strukturen in der Forschung« nachging.<sup>523</sup> Schimank konnte seine Untersuchung *Hochschulforschung im Schatten der Lehre* ebenfalls abschließen, wurde damit 1994 an der Universität Bielefeld habilitiert und veröffentlichte das Manuskript 1995 in der Institutsreihe. Seine Studie erbrachte folgende Ergebnisse: Die quantitative Forschungskapazität der Hochschulen gehe zurück und auch ein »Syndrom der Qualitätseinbußen« sei feststellbar, das durch den Verdrängungsdruck der Lehre gegenüber der Forschung einerseits, durch die verknüpften Forschungsressourcen andererseits ausgelöst worden sei. Mit anderen Worten: An den Hochschulen werde nicht mehr beste, sondern in der Regel nur noch zweitbeste Forschung betrieben.<sup>524</sup>

3) Soziotechnische Großsysteme und wissenschafts- und techniksoziologische Themen: Die strukturellen gesellschaftlichen Folgen des Einbaus von Informationstechniken in die Verwaltung und andere gesellschaftliche Sektoren waren Mitte der 1980er Jahre bereits spürbar und es stand zu erwarten, dass die Informationstechnik in den kommenden Jahren eine rasante Entwicklung nehmen würde – mit noch nicht absehbaren Folgen für die Gesellschaft. Mayntz ließ sich hierbei von Thomas Hughes' Buch *Networks of Power* (1983) inspirieren, das laut Wolfgang König »in der deutschen Soziologie eine eigene Forschungsrichtung, welche sich ›Großen technischen Systemen‹ [...] widmete«, anstieß und sich zunächst auf »die großen Infrastruktursysteme der Industrialisierungsepoche wie Eisenbahn, Telegrafie oder Telefon« bezog.<sup>525</sup> Im Rahmen dieses Forschungsinteresses und -schwerpunkts arbeitete Mayntz auch mit Hughes zusammen.

Der Jahresbericht nennt mehrere diesem Forschungsbereich zugeteilte Projekte. Ein Projekt von Raymund Werle und Manfred Huppertz über »Gesellschaftsstrukturelle Folgen neuer Informations- und Kommunikationstechniken« sollte »theoretische ›Modelle‹ der Evolution großer technischer Systeme auf das Beispiel des technischen Kommunikationssystems in der Bundesrepublik« anwenden und deren Erklärungskraft prüfen. Im Vordergrund standen zwei Typen von Nutzungsfolgen: neue Vernetzungen zwischen Organisationen bzw. Personen und neue Dienstleistungen, die auf der Telekommunikation aufbauten.<sup>526</sup> Weiter bearbeiteten Rainer Ollmann, Fritz Krieger und Werle das Projekt »Neue Formen der Telekommunikation und beruflicher Personenverkehr« und kooperierten dabei mit Mitgliedern des Verbundes »Sozialwissenschaftliche Technikforschung« beim BMFT, das dieses Projekt finanzierte, besonders aber mit

---

522 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 37–38.

523 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 42.

524 Schimank, *Hochschulforschung*, 301–7.

525 König, *Technikgeschichte*, 90.

526 MPIfG, Jahresbericht 1986, 16–17.

Wolfgang Zapf, der zu dieser Zeit an der Universität Mannheim tätig war. Es ging darin um technisch bedingten Wandel in beruflichen Kontexten. Als empirische Gegenstände dienten Unternehmen, Ministerien und Forschungsinstitute. Zwei Aspekte standen im Vordergrund: die bisherige Entwicklung des Dienstfahrten- und Geschäftsreiseaufkommens und der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken in den genannten Organisationen.<sup>527</sup> Ausgangsüberlegung des Projekts war die »Strukturwandlungshypothese« und damit die Annahme, dass der Einsatz neuer Formen der Telekommunikation »trotz Substitution von Reisen nicht zu einer Reduzierung des Reiseaufkommens von Organisationen« führe, »sondern eher zu Verschiebungen in der Struktur der Reiseaktivitäten«, wobei angenommen werden müsse, dass mit der breiten Durchsetzung dieser Technik im geschäftlichen Bereich »nicht vor Mitte der 90er Jahre zu rechnen« sei.<sup>528</sup> Ein weiteres, als Dissertation geplantes und auf zwei Jahre angelegtes Projekt bearbeitete Frank Thomas: »Der Ausbau des Telefonnetzes in Deutschland. Zur sozialen und räumlichen Genese eines großtechnischen Systems«. Thomas untersuchte die Frage nach der gesellschaftlichen Gestaltbarkeit dieses Kommunikationsnetzwerks, das seit den 1970er Jahren ausgebaut wurde.<sup>529</sup> Multinational gingen Volker Schneider und Bernd Rosewitz in ihrem Projekt »Einführung von neuen Formen der Telekommunikation – Analyse eines technischen Innovationsprozesses im internationalen Vergleich« vor und arbeiteten dabei mit Ian Miles und Graham Thomas von der SPRU, Jean-Marie Charon und Thierry Vedel vom CNRS sowie Raymond-Stone Iwaasa von der Université de Strasbourg zusammen. Im Mittelpunkt des Projekts standen Bildschirmtext-Systeme. Die Bearbeiter wollten »einen Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Theorie technischer Innovationssysteme leisten«. <sup>530</sup> Auf deutscher Seite wurde das Projekt von der DFG und dem MPIfG finanziert. 1985 und 1986 konnten bereits drei Arbeitskonferenzen abgehalten werden, die der konzeptionellen und methodischen Koordination dienten.<sup>531</sup> Zuletzt erwähnt der Tätigkeitsbericht das Dissertationsprojekt von Clemens Schumacher-Wolf über »Informationstechnische Innovationen in der öffentlichen Verwaltung«, das die Frage beantworten sollte,

unter welchen strukturellen Voraussetzungen und situativen Bedingungen informationstechnische Innovationen in den letzten 30 Jahren neben oder auch alternativ zu anderen Formen innovatorischen Handelns zum Gegenstand behördlicher Handlungsstrategien geworden sind.<sup>532</sup>

Steuerverwaltung, Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft fungierten als empirische Fallbeispiele. Schumacher-Wolf habe seine Dissertation bereits vor Gründung des MPIfG am Institut

---

527 MPIfG, Jahresbericht 1986, 18–20.

528 MPIfG, Jahresbericht 1986, 19.

529 MPIfG, Jahresbericht 1986, 20–21.

530 MPIfG, Jahresbericht 1986, 22.

531 MPIfG, Jahresbericht 1986, 23.

532 MPIfG, Jahresbericht 1986, 25.

für Angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln begonnen, sie dann im Rahmen eines Doktorandenstipendiums des MPIfG weitergeführt und Ende 1986 im Wesentlichen abgeschlossen.<sup>533</sup>

Im Berichtsjahr 1987 blieben die Projekte von Werle und Huppertz sowie von Thomas mehr oder weniger unverändert. Letzteres Projekt sollte im Oktober 1988 abgeschlossen sein.<sup>534</sup> Auch die anderen Untersuchungen blieben gleich, bis auf einige Wechsel bei den Bearbeitern: Beim international vergleichenden Projekt von Schneider und Rosewitz wurden nur noch Schneider und seine französischen und englischen Kooperationspartner erwähnt, und das Projekt von Ollmann, Krieger und Werle bearbeiteten nun Ollmann, Krieger und Huppertz.<sup>535</sup> Auch im Berichtsjahr 1988 gab es keine wesentlichen Neuerungen in diesem Forschungsbereich,<sup>536</sup> bis auf die Publikation zweier Bücher zum Thema, die beide in der Institutsreihe erschienen: *The Development of Large Technical Systems*, herausgegeben von Mayntz und Hughes, und *Informationstechnik, Innovation und Verwaltung: Soziale Bedingungen der Einführung moderner Informationstechniken* von Schumacher-Wolf. Im Vorwort zu ihrem Sammelband konstatierten Mayntz und Hughes, dass der Fokus der techniksoziologischen Forschung lange Zeit auf der Entwicklung, der Diffusion und den Konsequenzen spezifischer und isolierter Technologien oder technischer Dinge gelegen habe. In jüngerer Zeit jedoch sei erkannt worden, dass ein wichtiges Charakteristikum der modernen Technologie »the existence of complex and large technical systems« sei, verstanden als »spatially extended and functionally integrated socio-technical networks such as electrical power, railroad, and telephone systems«. Der vorliegende Band sei aus einer Kooperation zwischen dem Historiker Hughes und den Sozialwissenschaftlern Mayntz und Todd La Porte hervorgegangen und habe sich die »interdisciplinary and international study of the development, internal dynamics, management and control problems of large socio-technical systems« zum Ziel gesetzt.<sup>537</sup> 1986 habe sich die Gruppe erstmals am WZB getroffen, um eine größere Konferenz zum Thema zu planen, die schließlich, von Mayntz organisiert, im November 1987 am MPIfG stattgefunden habe und von der Fritz Thyssen Stiftung finanziert worden sei.<sup>538</sup>

Im Berichtszeitraum 1989/90 erhielt dieser Forschungsbereich bedeutenden Zuwachs. Beim ursprünglich von Werle und Huppertz bearbeiteten Projekt wurden Modifikationen vorgenommen: Werle wurde nun als einziger Bearbeiter des Projekts »Entwicklung der Telekommunikation in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg« genannt, das sich gegenüber anderen technikhistorischen Arbeiten zu großtechnischen Systemen durch seine

---

533 MPIfG, Jahresbericht 1986, 25.

534 MPIfG, Report 1987, 26, 29–30.

535 MPIfG, Report 1987, 31, 33.

536 MPIfG, Report 1988, 31–38.

537 Mayntz und Hughes, „Foreword“, 5.

538 Mayntz und Hughes, 5–6.

differenztheoretische Perspektive auszeichne. Er zeige, »wie die gesamtgesellschaftlich ausdifferenzierten Teilsysteme Recht, Politik, Wissenschaft/Technik und Wirtschaft auch die Binnenstruktur der Telekommunikation prägten und ihre Entwicklung strukturierten«. <sup>539</sup> Bemerkenswert ist, dass Werle zu dem Schluss kam, dass trotz der »Beschleunigung des technischen Modernisierungsprogramms« in den 1980er Jahren »das bisherige Telekommunikationsmonopol der Postverwaltung gegen die *Forderung nach Liberalisierung und Deregulierung* nicht mehr in vollem Umfange« verteidigt werden konnte. Während in der Vergangenheit im Zweifel »technische Perspektiven die Entwicklung dominierten, werden also *in Zukunft wirtschaftliche Perspektiven in den Vordergrund* treten«. <sup>540</sup> Diese Zitate lesen sich wie eine Vorwegnahme des Wandels innerhalb des MPIfG-Forschungsprogramms, in dessen Verlauf die staatlich-politische Steuerungsfähigkeit immer mehr gegenüber der globalwirtschaftlichen Deregulierung in den Hintergrund trat. Werle publizierte seine Forschungsergebnisse 1990 als Monographie in der Institutsreihe. Volker Schneider konnte sein vergleichend-internationales Projekt ebenfalls abschließen, seine Monographie war bereits 1989 in der Institutsreihe erschienen. Hintergrund der Studie war die Sachlage, dass der Bildschirmtext fünf Jahre nach seiner Einführung nicht ein Fünftel der Kommunikationsinfrastruktur auslastete, wohingegen zu Beginn der 1980er Jahre Hoffnungen auf einen Milliardenmarkt bestanden hatten und eine entsprechend teure Infrastruktur aufgebaut worden war. Schneider untersuchte also ein mehr oder weniger gescheitertes großes technisches System und stellte sich die Frage, ob dieses Scheitern durch Staatsversagen bzw. Unfähigkeit von Seiten des Staats, die richtigen Entscheidungen bei den sich dynamisch entwickelnden neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu treffen, zu erklären sei. Dies werfe die weitere Frage auf, ob der Fall Bildschirmtext nicht das zentrale Argument für die möglichst weitreichende Zurückdrängung der Bundespost im Fernmeldebereich auf Infrastrukturaufgaben darstelle, also ein Argument für Deregulierungsabsichten liefere. Angesichts dessen, dass diese Kommunikationstechnik in Frankreich erfolgreich sei, ließe sich jedoch kein Argument von allgemeiner Gültigkeit formulieren. <sup>541</sup> Schneider erklärte das »relative Scheitern der Btx-Entwicklung« in der Bundesrepublik mittels dreier Ansätze: a) Diese Entwicklung sei an ungünstigen Rahmenbedingungen gescheitert; b) innerhalb dieser Rahmenbedingungen hätten durchaus bessere Entscheidungen getroffen werden können. Die Interessenkonstellation der Akteure und mangelnde Kooperationsbereitschaft hätten dies verhindert; c) hinzu kämen Koordinationsprobleme des Handlungskollektivs: »Fehlwahrnehmungen, emergente Prozeßdynamiken und die ungleichzeitige Entwicklung miteinander verzahnter Teilprozesse führten [...] dazu, daß der Gesamtentwicklungsprozeß gewissermaßen »außer Kontrolle« geriet.« <sup>542</sup> Die Bundespost hätte demnach zu hohe Erwartungen an die Massentauglichkeit des Bildschirmtexts gerichtet, diese zu wenig mit der ökonomi-

---

539 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 37.

540 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 39. Herv. i. Orig.

541 Schneider, *Technikentwicklung*, 13–14.

542 Schneider, 189.

schen und praktischen Nutzenorientierung der Bevölkerung abgeglichen, die diese Erwartungen gerade nicht erfüllte.<sup>543</sup>

Im Berichtszeitraum kamen sechs neue Projekte hinzu. Im ersten Projekt, bearbeitet von Susanne K. Schmidt und Raymund Werle, ging es um »Internationale technische Standardisierungsprozesse in der Telekommunikation«: Internationale Kompatibilitätsstandards seien von entscheidender Bedeutung, weil nur so »das reibungslose Zusammenwirken aller Komponenten eines Netzes« gewährleistet werden könne und dadurch den internationalen Telekommunikationsdiensten »die Liberalisierung der Beschaffungsmärkte für Netzkomponenten und Endgeräte« ermöglicht würde. Das Projekt sollte empirisches Wissen über diese Vorgänge generieren.<sup>544</sup> Die Untersuchung gehörte zum Verbund »Sozialwissenschaftliche Technikforschung« und wurde vom BMFT teilfinanziert.<sup>545</sup> Ein Dissertationsvorhaben von Philipp Genschel, das 1992 abgeschlossen werden sollte, behandelte »Die Organisation der internationalen Standardisierung von Telekommunikationstechnik«. Ausgangsüberlegung der Studie war, dass sich mit »dem raschen Wachsen und der Diversifikation (Sprache, Texte, Daten und Bilder) bei gleichzeitig komplexer werdenden Kommunikationstechniken« die Aktivitäten internationaler Organisationen »in diesem Bereich von rein administrativer und kommerzieller Koordination zwischen den großen nationalen Netzbetreibern mehr und mehr zur Koordination und Abstimmung technischer Entwicklungen« verlagerten.<sup>546</sup> Auch in diesem Projekt ging es um internationale technische Standardisierungen, die nicht nur die weitere technische Entwicklung beeinflussten, sondern auch wirtschaftliche und teils politische Interessen tangierten.<sup>547</sup> Ein Projekt, das über ein Postdoc-Stipendium des MPIfG finanziert wurde, bearbeitete Gerhard Fuchs: »Internationaler Vergleich von ISDN-Einführungsstrategien«. Fuchs untersuchte darin »die von den Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze verfolgten Strategien, ISDN [...] als neue technische Infrastruktur für Text-, Bild-, Daten- und Sprachkommunikation einzuführen und aufzubauen«.<sup>548</sup> Schneider wiederum arbeitete bereits an einem neuen Projekt mit dem Titel »Institutioneller Wandel in der Telekommunikation. Ein historischer und internationaler Vergleich«. Er fasste Telekommunikationssysteme nicht nur als technische Netze auf, sondern auch als »komplexe soziale Konfigurationen mit spezifischen Organisationsstrukturen« und institutionellen Übereinkünften. Aus dieser Untersuchung sollte eine Habilitationsschrift werden.<sup>549</sup> Auch Werle bearbeitete ein an seine abgeschlossene Studie anschließendes Projekt zum

---

543 Vgl. Schneider, 237, 263.

544 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 43.

545 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 44.

546 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 44.

547 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 44.

548 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 45.

549 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 47.

Thema »Prozeßanalysen der Poststrukturreform«.<sup>550</sup> Zuletzt erwähnte der Tätigkeitsbericht ein neues Dissertationsvorhaben von Ralf Resch, »Organisationsprobleme der Flugsicherung in Europa«, dessen Gegenstand »das sozio-technische [sic] Großsystem der westeuropäischen Flugsicherung« sei. Das Projekt sei im Herbst 1990 begonnen worden und solle drei Jahre später abgeschlossen sein.<sup>551</sup>

Im Berichtszeitraum 1991/92 kam nur ein neues Projekt aus diesem Forschungsbereich hinzu, das in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung stand: Tobias Robischon untersuchte in seinem Dissertationsvorhaben am Kölner Graduiertenkolleg »Transformationen des Telekommunikationssystems der ehemaligen DDR«.<sup>552</sup> Erst der Tätigkeitsbericht von 1993/94 zeigte einige Veränderungen und Wandlungen innerhalb dieses Forschungsbereichs an, der in der Zwischenzeit in »Großtechnische Infrastruktursysteme« umbenannt worden war.<sup>553</sup> Schneiders Projekt war abgeschlossen, die Ergebnisse würden in seine Habilitationsschrift einfließen, die in der Institutsreihe publiziert werden sollte. Auch Schmidts und Werles Untersuchung der internationalen Standardisierung in der Telekommunikation war beendet, die Ergebnisse sollten 1995/96 veröffentlicht werden. Dasselbe galt für Robischons Dissertation, die er 1994 abschloss, und Genschels Studie, die 1995 als Monographie erschien.<sup>554</sup> Im Ergebnis korrigierte das Buch von Genschel das vom Neo-Institutionalismus unterstellte Prinzip, dass institutioneller Wandel nur dann möglich sei, wenn Krisen und Instabilität vorherrschten. Im vorliegenden Fall jedoch sei der Wandel »durch die Addition neuer Strukturen« erfolgt. Neue Gremien und Verfahrensregeln seien geschaffen und Standardisierungsorganisationen gegründet worden: »Der Wandel kombinierte also Stabilität auf der Ebene einzelner institutioneller Strukturen mit einer Veränderung auf der Ebene des institutionellen Arrangements, in das diese Strukturen eingebettet sind.«<sup>555</sup> Zwei Projekte kamen neu hinzu, eines von Werle zur »Entstehung und Entwicklung des Internet«, das andere von Bernd Meisheit zum Thema »Neue Formen der Telekommunikation und beruflicher Personenverkehr«, das er in Kooperation mit Rainer Ollmann und Antonius Schröder von der Sozialforschungsstelle Dortmund bearbeitete. Werles Projekt reflektierte die gegenwärtige Aufmerksamkeit, die das Internet »in der akademischen, zunehmend aber auch der kommerziellen Welt« finde. Für 1994 werde die Zahl der Nutzer weltweit auf über 25 Millionen geschätzt und »nicht wenige Experten glauben, daß sie sich jährlich verdoppeln wird«. Werle ging es vor allem um die Frage, »wie die technischen und organisatorischen Koordinationsprobleme gelöst wurden, die sich im Zusammenhang mit dem Größenwachstum dieses Netzes ergeben haben«.<sup>556</sup> Bei Meisheits, Oll-

---

550 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 47.

551 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 49.

552 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 38.

553 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 53.

554 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 54–55, 57–59, 60–61, 64–65.

555 Genschel, *Standards in der Informationstechnik*, 209.

556 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 63–64.

manns und Schröders Projekt handelte es sich um eine Langzeitstudie, die bis 1996 laufen sollte. Am Beispiel von zehn Organisationen – Unternehmen, Ministerien, Forschungsinstitute – sollten »die Auswirkungen der neuen Telekommunikationstechnik auf die Kontaktnetze sowie die damit verbundenen Dienst- und Geschäftsreiseaktivitäten untersucht« werden.<sup>557</sup>

4) Die Verwaltungs- und Steuerungsforschung (Governance, Policy): Politische Entscheidungsprozesse und die Handlungsorientierung politischer Akteure in administrativen Organisationen bildeten einen weiteren Forschungsbereich. Das 1985 begonnene Dissertationsprojekt von Doris Gau über »Entscheidungsprozesse in der kommunalen Kulturpolitik« konnte weitergeführt werden, die Datenerhebung werde voraussichtlich im April 1987 abgeschlossen sein.<sup>558</sup> Für das ebenfalls bereits im Jahresbericht von 1985 erwähnte Projekt von Mayntz und Stadler, das die beiden in Kooperation mit Friedhelm Neidhardt, Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie der Universität zu Köln, und Ronald Hitzer vom selben Institut durchführten, wurde 1986 ein Interview-Leitfaden fertiggestellt, »so daß die eigentliche Interviewphase begonnen werden konnte«, die sich bis ins Jahr 1987 erstrecken würde.<sup>559</sup> In einem von der DFG geförderten Projekt zum »Wandel im Rollenverständnis der politisch-administrativen Elite des Bundes zwischen 1970 und 1987« arbeitete Mayntz mit Hans-Ulrich Derlien, Professor für Verwaltungswissenschaften an der Universität Bamberg, sowie mit dessen beiden Mitarbeitern Margot Fälker und Hermann Groß zusammen. Darin ging es um »die Replikation des deutschen Teils der Elitestudie von Robert Putnam und Mitarbeitern, die 1970 durchgeführt wurde«. Es sollte ermittelt werden, »ob ein Wandel in den Einstellungen und im Rollenverständnis von Ministerialbeamten und Politikern auf Bundesebene sowie in den Beziehungen beider Teilgruppen zueinander stattgefunden hat«. Das Projekt war Teil eines internationalen Verbunds »gleichgerichteter Untersuchungen in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, Schweden und Japan«, angestrebt wurden ein longitudinaler Vergleich sowie ein Systemvergleich. Den theoretischen Hintergrund bildete »das idealtypische Gegensatzpaar des klassischen und des politischen Bürokraten«. <sup>560</sup> Die Feldarbeit sollte 1987 durchgeführt werden.<sup>561</sup> Feick wiederum arbeitete an einem Projekt über »Staatliche Interventionsprogramme und nationale Einflußfaktoren: Probleme vergleichender Politik- und Gesellschaftsforschung«, das »sekundär-analytischer Natur« war und »den möglichen empirischen Beitrag vorliegender internationaler und intersektoraler Policy-Vergleiche zur systematischen Beschreibung und Erklärung staatlicher Interventionsprogramme durch nationale Charakteristika« ausloten wollte.<sup>562</sup>

---

557 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 70–71.

558 MPIfG, Jahresbericht 1986, 27.

559 MPIfG, Jahresbericht 1986, 29.

560 MPIfG, Jahresbericht 1986, 29–30.

561 MPIfG, Jahresbericht 1986, 30–31.

562 MPIfG, Jahresbericht 1986, 31.

Der Jahresbericht von 1987 vermeldete nicht viel Neues in diesem Forschungsbereich. Im Projekt von Mayntz und Neidhardt würden die letzten der insgesamt 30–40 strukturierten Interviews im Januar 1988 abgeschlossen sein. Zur Untersuchung von Mayntz und Derlien stieß Dirk Klaas (Bamberg) dazu und Fälker wechselte von der Universität Bamberg ans MPIfG. Die Datengrundlage dieses Projekts bildeten ein halbstandardisierter Fragebogen mit nahezu 60 Punkten sowie Interviews mit 150 Beamten der bundesministeriellen Funktionselite und mit 60 Mitgliedern des Bundestags, was genau dem von Putnam u. a. verwendeten Sample entsprach. Hierfür mussten zur Verstärkung des bestehenden Forschungsteams 15 externe Interviewer rekrutiert werden.<sup>563</sup> Zu Feicks Projekt kam im Berichtsjahr Werner Jann von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hinzu. Ein erster Befund aus diesem Projekt war die Einsicht, dass die »empirical policy research« als in den letzten Jahren wichtig gewordenes Feld vergleichender Sozialwissenschaft zu sehr von einzelnen Fallstudien geprägt sei, wohingegen »research designs combining various countries and policy fields« zu wenig praktiziert würden.<sup>564</sup>

In den Jahren 1989/90 vollzog sich eine Wandlung dieses Forschungsbereichs, der nun »Querschnittsbereich: Konzeptionelle Analysen und Projekte« genannt wurde, statt wie im Bericht von 1986 »Themenbereich: Politisch-administrative Entscheidungsprozesse, Interaktionsnetzwerke und Handlungsorientierungen«. Das Projekt von Mayntz, Fälker und Derlien war in der Zwischenzeit abgeschlossen.<sup>565</sup> Es scheint, dass die von Mayntz innerhalb dieses Forschungsbereichs geleiteten und bearbeiteten Projekte damit zu einem Abschluss kamen und Folgeprojekte fast ausschließlich von Scharpf betreut und teils selbst übernommen wurden. Andreas Ryll bearbeitete ein Projekt über »Spieltheoretische Modellierung und Entscheidungsstrukturen im Gesundheitswesen am Beispiel von Preisbildung und Honorarverteilung für ärztliche Leistungen«, dessen Ziel in der Modellierung »jener verflochtenen Entscheidungsstrukturen« bestand, »die unmittelbar für die Preisbildung und Honorarverteilung verantwortlich und für die Stabilität entscheidungstheoretisch lokalisierter Gleichgewichte bedeutsam sind«.<sup>566</sup> Zusammen mit Arthur Benz hatte Scharpf ein Projekt zur »Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Bundesländern« abgeschlossen, das sich »empirisch auf die gegenwärtige Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen zwei norddeutschen Bundesländern, dem Stadtstaat Hamburg und Schleswig-Holstein«, konzentrierte und in dessen Rahmen etwa 70 Expertengespräche durchgeführt wurden. Hintergrund des Projekts war ein Auftrag der Senatskanzlei Hamburg und der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, geplant war eine Buchveröffentlichung in der Nomos Verlagsgesellschaft.<sup>567</sup> 1991 schloss Benz ein weiteres Projekt – »Mehr-Ebenen-Verflechtungen: Interaktion und Problemlösung in verbundenen Entscheidungsarenen« – ab, das

---

563 MPIfG, Report 1987, 35–38.

564 MPIfG, Report 1987, 41.

565 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 50.

566 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 52.

567 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 53.

er im Rahmen eines einjährigen Gastaufenthalts am MPIfG durchgeführt hatte. Unter Rekurs auf Scharpfs Mehrebenenverflechtungskonzept arbeitete er heraus, dass ein Ausweg aus diesen »strukturellen Dilemmata« darin bestehe,

daß die Zuordnung der Prozesse auf den einzelnen Ebenen verändert wird (funktionale Differenzierung; Sequentialisierung; Hierarchisierung; parallele Verbindungen) und/oder die internen Strukturen der verbundenen Kontexte (sowohl die Interessenstrukturen als auch die institutionellen Regeln der Interaktion) einander »angepaßt« werden.<sup>568</sup>

Ein anderes Projekt hatte Reinhard Zintl 1991 abgeschlossen. Er untersuchte das Thema »Koope-  
ration in Netzwerken: Kooperation und die Aufteilung des Kooperationsgewinns bei horizon-  
taler Verflechtung« und schloss damit direkt an Scharpfs und Benz' Untersuchung an. Auch  
dieses Projekt wurde während eines Gastaufenthalts am Institut durchgeführt.<sup>569</sup>

Die Bezeichnung »Querschnittsbereich« blieb auch in den Berichtsjahren 1991/92 bestehen, nur  
der Untertitel dieses Forschungsbereichs wurde leicht modifiziert – er lautete nun »Konzeptio-  
nelle Analysen und empirische Projekte«. Hinzugekommen war auch ein neues Projekt von  
Gerhard Vowe, der einen halbjährigen Gastaufenthalt am MPIfG absolvierte: »Handlungsori-  
entierungen unter kognitiven Aspekten – Bewertung von Methode und systematischen Unter-  
suchungen von kognitiven Prozessen in Verhandlungssystemen«. Darin sollten »Methoden  
explorativ erprobt und bewertet werden, mit denen sich die kognitiven Prozesse von Verhand-  
lungsparteien systematisch untersuchen lassen«. Dies sei deshalb relevant, weil »in den bislang  
vorliegenden Studien zu Verhandlungssystemen die handlungsleitenden Orientierungen eher  
intuitiv erschlossen als systematisch untersucht wurden«, was dazu führe, dass kognitions-  
bezogene Aussagen nicht immer intersubjektiv nachvollziehbar seien und dadurch auch das  
analytische Potential der erhobenen Daten nicht voll ausgeschöpft werden könne. Verfahren  
wie »die qualitative Inhaltsanalyse, das Cognitive Mapping und die Argumentationsanalysen«  
kämen hierfür in Betracht.<sup>570</sup> Roland Czada, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter neu zum Ins-  
titut gekommen war, arbeitete an dem Projekt »Organisationsinterne Bewältigung wider-  
sprüchlicher Erfolgsbedingungen: Das Beispiel der Berliner Treuhandgesellschaft«. Dieses Pro-  
jekt ging »der Frage nach, wie [...] die Flexibilisierung der Aufgabenerfüllung und eine  
Steigerung der Kontrolleffizienz gleichzeitig erreicht werden können«. Czada verfolgte die  
These, daß die Interessenkonstellationen, die Ressourcenverteilung und die Abhängigkeitsbe-  
ziehungen in einem größeren Transaktionsnetzwerk darüber entscheiden, wie Flexibilitäts- und  
Kontrollerfordernisse in der Treuhandanstalt letztlich zur Deckung gebracht werden.<sup>571</sup>

---

568 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 54.

569 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 54–55.

570 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 45.

571 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 51–52.

1992 fassten Benz, Scharpf und Zintl ihre Forschungsergebnisse in einem Buch zusammen, das als zehnter Band in der Institutsreihe erschien. In der Einleitung konstatierte Scharpf, dass sich nebst dem hierarchisch-majoritären Politikmodus ein zweiter entwickelt habe, in dem Entscheidungen von vornherein an einer Mehrzahl von Bezugseinheiten orientiert sind, »in dem es nicht auf Mehrheit, sondern auf allseitiges Einverständnis ankommt, [sic] und in dem Widerstrebende nicht zwangsweise zur Raison gebracht werden können.«<sup>572</sup> Er nannte dies den »konsensuellen« Modus, der auch bei der vertikalen Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern oder zwischen den Europäischen Gemeinschaften<sup>573</sup> und ihren Mitgliedstaaten sowie bei der horizontalen Politikverflechtung zwischen den Ländern eine zentrale Rolle spielte.<sup>574</sup> Über solche Verhandlungssysteme wisse man noch recht wenig, zumal diese kontrovers diskutiert würden, denn einerseits gälten sie als einzige Verfassungsform, die »überhaupt politische Einheit und Handlungsfähigkeit sichern könnte«, andererseits wiesen sie Konfliktpotential auf, das ihre Handlungsfähigkeit blockiere.<sup>575</sup> Es ging den Autoren darum, die verschiedenen Modi von Verhandlungssystemen gegeneinander abzuwägen; dies unter Berücksichtigung aller relevanten Elemente, die bei Entscheidungsfindungen der Akteure, die auch egoistische oder autoritäre Beweggründe haben konnten, eine Rolle spielten. Die Beiträge befassten sich »mit den Bedingungen der Leistungsfähigkeit von Verhandlungssystemen«<sup>576</sup> und machten den Ansatz stark, dass entgegen der Annahme der Public-Choice-Theorie eigennütziges Handeln und gemeinwohlorientiertes Denken unter bestimmten Umständen doch zur Deckung gebracht werden könnten, etwa durch »eine prozedurale Trennung der Problemlösungsfunktion und der Verteilungsfunktion«, die es den Beteiligten leichter mache, »sich zunächst einmal auf die Suche nach der insgesamt [...] besten Lösung zu konzentrieren.«<sup>577</sup>

In den Jahren 1993/94 stieg die Anzahl der diesem Forschungsbereich zugewiesenen Projekte, dessen Bezeichnung abermals umgewandelt worden war, und zwar in »Querschnittsthemen: Mehrebenenverflechtungen, Verhandlungssysteme und institutionelle Strukturgenese«.<sup>578</sup> Lütz bearbeitete nun das als Habilitationsvorhaben konzipierte Projekt »Ökonomische Selbstkoordination im Zeichen von europäischer Marktintegration und Globalisierung« und ging darin der Frage nach, welche Konsequenzen die wachsende ökonomische Globalisierung »für die Möglichkeit und Fähigkeit von Unternehmen, kollektiv zu handeln«, hatte. Sie nahm an, dass »ein wachsender Konkurrenzdruck zwischen Firmen, welcher durch die europäische

---

572 Benz, Scharpf, und Zintl, *Horizontale Politikverflechtung*, 11–12.

573 Gemeint sind damit die durch gemeinsame Organe verbundenen Organisationen Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Atomgemeinschaft. Seit den 1970er und 1980er Jahren etablierte sich für die an diesen Organisationen beteiligten Staaten die Bezeichnung Europäische Gemeinschaft. Siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Gemeinschaften](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Gemeinschaften) (abgerufen: 08.05.2022, 10:02 Uhr).

574 Benz, Scharpf, und Zintl, *Horizontale Politikverflechtung*, 11–12.

575 Benz, Scharpf, und Zintl, 12–13.

576 Benz, Scharpf, und Zintl, 20.

577 Benz, Scharpf, und Zintl, 22.

578 MPiFG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 91.

Deregulierungs- und Harmonisierungspolitik zusätzlich verstärkt wird, bestehende Formen ökonomischer ›Selbstkoordination‹ unter Anpassungsdruck setzt.<sup>579</sup> Susanne K. Schmidt begann im Berichtszeitraum ihr Dissertationsprojekt über »Die wettbewerbsrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Kommission in staatsnahen Sektoren«, das 1996 abgeschlossen sein sollte.<sup>580</sup> In einem weiteren Dissertationsprojekt von Matthias Mohr, »Der Einfluß der Kommunalverfassung auf das kommunale Budget«, ging es um die Frage, »ob und wie Kommunalverfassungen die Steuerungsfähigkeit von Kommunen beeinflussen, ihren Kommunalhaushalt ›auf Kurs‹ zu steuern«. <sup>581</sup> Ein Projekt, das wohl Scharpf selbst bearbeitete, hieß »Föderale Finanzbeziehungen unter Anpassungsdruck: Die Verarbeitung von vereinigungsbedingten Verteilungskonflikten in der Verhandlungsdemokratie« und untersuchte die permanenten Verteilungskonflikte, die sich im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ergaben.<sup>582</sup> Zuletzt nennt der Bericht von 1993/94 eine im Rahmen eines Forschungsstipendiums des MPIfG geförderte Untersuchung von Reiner Grundmann über »Die FCKW-Ozon-Kontroverse in Wissenschaft und Gesellschaft: USA und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, 1974 bis 1992«. Grundmann wollte darin die Sachlage erklären: wie es dazu gekommen war, dass die Regulierung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) »eine Erfolgsgeschichte auf dem Gebiet der internationalen Umweltregulierung« war.<sup>583</sup> Czadas Projekt war weit gediehen und sollte 1995 abgeschlossen werden, wie auch Rylls Arbeit, deren Ergebnisse er in einer Habilitationsschrift zusammenfassen wollte.<sup>584</sup>

5) Methoden- und Theoriediskussionen: Dieser Forschungsbereich wurde lediglich im Jahresbericht von 1986 aufgeführt. Darin gab es nur ein einziges Projekt, das von Walter Bien bearbeitet wurde: »Methodische Probleme der strukturellen Analyse sozialer Systeme«. Bien hatte die Aufgabe, analytische Anwendungsmöglichkeiten zu erarbeiten, »die für andere Institutsprojekte von Bedeutung sind«, etwa »die Anwendung von netzwerkanalytischen Instrumentarien«. Er sprach mit Bearbeitern unterschiedlicher Projekte am MPIfG und entwickelte dadurch Fragestellungen im Bereich struktureller Analysen, »die 1987 durch Schulung in der Anwendung netzwerkanalytischer Computer-Programme ergänzt werden« sollten. Daneben bezog sich ein weiterer methodischer Schwerpunkt »auf die Analyse diskontinuierlicher Prozesse. Während die mathematische Methodik nahezu ausschließlich die Stetigkeit von Funktionen voraussetzt, zeigt die alltägliche Erfahrung, daß Situationen sich sprunghaft verändern.«<sup>585</sup> Bien berührte damit Probleme, »die in der Mathematik als Katastrophentheorie (Einbettung

---

579 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 92–93.

580 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 94–95.

581 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 96.

582 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 99–101. Im Tätigkeitsbericht wird kein Bearbeiter genannt. Das Projekt entsprach jedoch Scharpfs Forschungsinteressen, weshalb davon auszugehen ist, dass er es selbst bearbeitete.

583 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 107.

584 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 102–05.

585 MPIfG, Jahresbericht 1986, 34.

der Singularitäten von Funktionsfamilien in topologisch stetige Räume) bekannt sind«. Allerdings zeige eine erste Prüfung »von Anwendungen der Katastrophentheorie in der sozialwissenschaftlichen Literatur«, dass »entweder Mißverständnisse der jeweiligen Situation oder Verstöße gegen implizite Annahmen« vorlägen, weshalb diese Theorie kaum für sozialwissenschaftliche Gegenstände fruchtbar erscheine. Weiter würde an einer Gegenüberstellung von Informationsmengen im Vergleich »zu Strukturen sozialer Systeme« gearbeitet; dies unter der Annahme, dass die Interpretation einer Struktur – verstanden als »Ordnung der Elemente und der Beziehungen zwischen Elementen eines sozialen Systems« – »oft erst durch einen Vergleich dieser Struktur mit einer Norm oder einer anderen realen Struktur möglich« werde. In Kooperation mit Ulfert Droge von der Universität Hamburg versuchte er »für solche Strukturen, die in einen euklidischen Raum eingebettet werden können, mögliche Vergleichsindices zu beschreiben und die Problematik von Normen zu diskutieren«. <sup>586</sup>

Zusammen mit Rosewitz, Schimank und Stichweh eröffnete Mayntz 1988 die Institutsreihe mit einem Buch über methodische und theoretische Reflexion, *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*, das noch deutlich von soziologischer Differenz- und Systemtheorie geprägt war. Dieses Buch war u. a. das Resultat von Diskussionen, die im Rahmen des sich seit 1985 zweimal im Jahr treffenden »Gesprächskreises zu Fragen einer Theorie sozialer Differenzierung« geführt wurden. <sup>587</sup> Der Autorin und ihren Mitautoren ging es um die Steuerungsprobleme von funktional ausdifferenzierten und in ihrer Wachstumsdynamik kaum mehr prognostizierbaren gesellschaftlichen Teilsystemen in der Gesellschaft der mittleren bis späten 1980er Jahre, für die ältere steuerungstheoretische Ansätze kaum noch Erklärungen bieten konnten. <sup>588</sup> Ein zweiter methodisch reflektierender und bereits genannter Sammelband, in dem auch der Aufsatz von Mayntz und Scharpf über den akteurzentrierten Institutionalismus publiziert wurde, erschien 1995: *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*. <sup>589</sup> In methodisch-theoretischer Hinsicht hatten die Direktoren und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jahren 1986–1995 von einem system- und differenztheoretischen Ansatz zu einer akteurzentrierten Herangehensweise gefunden, wobei der Institutionalismus eine Konstante blieb.

Diese mehr ideengeschichtliche Skizzierung der Umsetzung und Entwicklung des Kölner Forschungsprogramms von 1986 bis 1995 soll nicht den Eindruck einer problem- und friktionslosen Forschungspraxis erwecken. Bei den Projekten zu politischer Steuerung sowie zur Forschungspolitik des Bundes musste Mayntz ein gutes Einvernehmen mit den zu Interviewenden herstellen, sodass kein Misstrauensverhältnis entstand. Dem Staatssekretär Manfred Baden vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, der im Rahmen des zusammen mit

---

<sup>586</sup> MPIfG, Jahresbericht 1986, 35.

<sup>587</sup> Mayntz u. a., *Differenzierung und Verselbständigung*, 6–7.

<sup>588</sup> Mayntz u. a., 5.

<sup>589</sup> Mayntz und Scharpf, *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*.

Derlien durchgeführten Projekts über das Rollenverständnis der politisch-administrativen Elite des Bundes befragt werden sollte, versicherte sie, dass alle Angaben »lediglich in anonymisierter Form und für Gruppen zusammengefaßt entsprechend der beigefügten Datenschutzerklärung wissenschaftlich verwendet werden«. <sup>590</sup> Mayntz stellte für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Kontakt zu den zu Befragenden her, bürgte für deren Integrität und war darauf angewiesen, dass diese sich entsprechend verhielten. <sup>591</sup> Allianzen mit den zu Interviewenden mussten aufrechterhalten werden, um die Weiterführung der sozialwissenschaftlichen Forschung zu garantieren. <sup>592</sup> Hinzu kam der Erwartungsdruck von Seiten der Befragten, die – und das gilt für die politisch-administrative Elite des Bundes in besonderem Maße – über die Forschungsergebnisse informiert werden wollten, meist schneller, als die MPIfG-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter die Daten auswerten und interpretieren konnten. Ministerialrat Bernhard Kahl vom Bundesministerium für Wirtschaft musste Mayntz etwa vertrösten, weil erst im Januar 1988 mit der Codierung begonnen werden konnte: »Im nächsten Monat werden die ersten EDV-Auswertungen laufen, doch wird es dann sicher noch ein Jahr dauern, bis die Daten ausgewertet sind; bis zu einer Publikation sogar noch länger.« Er könne aber sicher sein, »daß wir alle unsere Interviewpartner informieren werden, sobald vorzeigbare Untersuchungsergebnisse vorliegen«. <sup>593</sup> Auch dem von zahlreichen Interviewten geäußerten Wunsch, die im Rahmen der Studie von Putnam u. a. »1970 gegebenen Antworten mit denjenigen der jetzigen Befragung vergleichen zu können«, konnte sie nicht entsprechen: »Leider wird es nicht möglich sein, derartige Wünsche zu erfüllen. Wie Sie wissen, sind die Originalbefragungsunterlagen aus 1970 vernichtet worden, so daß uns heute nur digitalisierte Daten vorliegen.« <sup>594</sup> Diese aber müssten »in einem recht aufwendigen Verfahren deanonymisiert und individualisiert werden«, was aus Gründen des Datenschutzes und des Interesses des Instituts an Gruppenvergleichen und nicht an Einzelmeinungen unmöglich umzusetzen sei. <sup>595</sup>

Als sich Mayntz Mitte April 1988 im Rahmen des Projekts von Andreas Stucke zur Ausdifferenzierung der Forschungspolitik auf Bundesebene an Graf Schwerin von Krosigk von der Zentralverwaltung der DFG wandte und diesen fragte, »ob die Möglichkeit einer Einsicht in die Akten der DFG« im Zeitraum 1960–1970 bestehe, <sup>596</sup> meldete sich DFG-Präsident Hubert Markl bei ihr, nachdem Schwerin von Krosigk bereits ablehnend reagiert hatte: »Im Präsidium ebenso wie im Senat bestand rasch Einmütigkeit darin, daß man von den allgemein gültigen Schutzfristen,

---

590 Renate Mayntz an den Staatssekretär Manfred Baden, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 09.04.1987, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

591 Vgl. beispielhaft Renate Mayntz an E. John von Freyend, 09.02.1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1. Mayntz stellte hier für Jürgen Häusler den Kontakt her.

592 Latour, *Science in Action*, 111–21.

593 Renate Mayntz an Bernhard Kahl, 31.03.1988, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

594 Renate Mayntz an Bernhard Kahl, 31.03.1988, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

595 Renate Mayntz an Bernhard Kahl, 31.03.1988, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

596 Renate Mayntz an Graf Schwerin von Krosigk, 14.04.1988, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

die von der zeitgeschichtlichen Forschung akzeptiert seien, nicht abweichen sollte.«<sup>597</sup> Denn einerseits müsse die freie Meinungsäußerung in den Gremien garantiert werden, ohne dass die Vertraulichkeit der Aufzeichnungen darunter leide. Andererseits würden an diesen Sitzungen auch »bewertende Äußerungen einzelner über die Qualität von Forschungsvorhaben und damit zugleich über die Qualifikation einzelner Wissenschaftler« fallen.<sup>598</sup> Auch der von Mayntz angebotene Weg, »die Fragestellung so weit zu präzisieren, daß das zu sichtende Aktenmaterial engstmöglich begrenzt und durch Ausnahmegenehmigung zugänglich gemacht werden könnte«, schien ihm »nicht gangbar zu sein«.<sup>599</sup>

Zudem bereiteten gewisse Kooperationspartner Probleme bei der Forschungspraxis. Im November 1993 beschwerte sich Scharpf bei der USUMA GmbH darüber, dass die vom Graduiertenkolleg für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln in Auftrag gegebenen persönlichen Interviews, die für das Dissertationsprojekt »Kontinuität und Wandel privater sozialer Beziehungen in den neuen Bundesländern« verwendet werden sollten, kaum brauchbar seien: Von den 252 durchgeführten Interviews seien 75 nicht verwertbar, »weil in hohem Maße unsauber gearbeitet wurde«.<sup>600</sup> Das Institut wolle mit diesem Brief

unser Befremden über die abgelieferte Arbeit ausdrücken. Von einer Forderung nach Nachbesserung nehmen wir nur deshalb Abstand, weil diese für den Abschluß der Untersuchung nicht mehr rechtzeitig käme und die Kollegiatin glaubt, ihr Untersuchungsziel auch mit den verbliebenen 177 Interviews bearbeiten zu können.<sup>601</sup>

Die gesichteten Archivalien geben keinen Aufschluss darüber, ob solche Situationen häufiger vorkamen. Mayntz und Scharpf wurden dadurch aber wohl darin bestätigt, möglichst nicht mit Daten zu arbeiten, die aus Quellen stammten, zu denen kein Vertrauensverhältnis mehr bestand.

Zwischen den Direktoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kam es gelegentlich auch zu Verstimmungen. Ende November 1992 richtete Jürgen Feick im Namen der Doktorandinnen und Doktoranden ein Memorandum an Mayntz und Scharpf, in dem er darauf aufmerksam machte, dass es einem MPI nicht gleichgültig sein sollte, »wenn Doktoranden in die Situation kommen, an der Armutsgrenze leben zu müssen, weil die ihnen vorgegebenen Zeitrestriktionen in keinem vernünftigen Verhältnis zur Aufgabenstellung stehen«. Sicher würden Doktoranden, »unerfahren, wie sie sind, aber nicht nur sie«, den Zeitbedarf unterschät-

---

597 Hubert Markl an Renate Mayntz, 07.07.1988, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

598 Hubert Markl an Renate Mayntz, 07.07.1988, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

599 Hubert Markl an Renate Mayntz, 07.07.1988, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

600 Fritz W. Scharpf, Graduiertenkolleg für Sozialwissenschaften (Geschäftsführung: Scharpf), an die USUMA GmbH, 16.11.1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

601 Fritz W. Scharpf, Graduiertenkolleg für Sozialwissenschaften (Geschäftsführung: Scharpf), an USUMA GmbH, 16.11.1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

zen. Die Tatsache aber, »daß bislang praktisch alle Doktoranden nicht mit den vorgegebenen zweieinhalb bis drei Jahren ausgekommen sind, spricht dafür, daß nicht persönliches Unvermögen die Ursache ist«. Feick erschien es auch nicht gerecht, dass den Doktoranden ein einheitliches Zeitlimit vorgegeben war, »obwohl die Arbeitsbedingungen nicht für alle einheitlich sind«, denn dies hänge nun einmal vom Wissensstand der betreffenden Personen einerseits und von der Art des zu behandelnden Gegenstands andererseits ab.<sup>602</sup> Scharpf reagierte auf diesen Vorstoß ebenfalls mit einem Memorandum, in dem er gegen Feicks Kritikpunkte argumentierte. Er sehe es nicht »als ungerecht an, ein einheitliches Zeitlimit vorzugeben und es dann dem Bearbeiter zu überlassen, sich die eigene Aufgabe entsprechend zuzuschneiden«. Denn die Direktoren hätten nach seiner Erinnerung »in keinem einzigen Fall dem Beschränkungswunsch eines Doktoranden irgendwelchen Widerstand entgegengesetzt«. Entgegen Feicks Interpretation der Lage der Promovierenden kam er zu dem Schluss, »daß ehrgeizige Wissenschaftler generell dazu tendieren, jedes gesetzte Limit zu überziehen«, und fragte Feick, ob er »den Status des unbefristet vor sich hinwerkenden Forschers schon für die Doktoranden beanspruchen« wolle. Gewiss sei es schwerer für die Direktoren als für die Mitarbeiter und Promovierenden, zu entscheiden, ob man »einem bereits in den Brunnen gefallenem Kind auf irgendeine Weise einen Rettungsring zuwerfen kann, ohne daß man damit künftige Kinder erst recht in den gleichen Brunnen lockt«, aber »ganz so einfach sollten auch Sie sich die Antwort vielleicht doch nicht machen«, so Scharpf.<sup>603</sup>

Wie dem auch sei, Mayntz und Scharpf befanden sich mit ihren Schwerpunkten und Bereichen an der soziologischen und politologischen Forschungsfront: Wissenschafts- und Techniksoziologie, Netzwerkanalysen und Erklärungsansätze für gesellschaftlichen Strukturwandel wurden auch an anderen sozialwissenschaftlichen Eliteinstitutionen im In- und Ausland betrieben, etwa an der Universität Bielefeld, am WZB oder der Stanford University. Gleichzeitig gaben sie den von ihnen selbst bearbeiteten oder betreuten Forschungsprojekten einen individuellen Charakter, sodass die am MPIfG entstandenen Forschungsarbeiten innerhalb der sozialwissenschaftlichen Community als solche erkannt wurden: Spezifisch für diese Arbeiten war die Bezugnahme auf Institutionen der Meso- bzw. der intermediären Ebene, etwa Organisationen der Forschungspolitik des Bundes, die zwischen den außeruniversitären und universitären Forschungsinstitutionen und der bundesdeutschen Technologie- und Entwicklungspolitik angesiedelt waren. Ferner war die für zahlreiche Projekte gewählte international vergleichende Methode charakteristisch für die Forschungsarbeit des Instituts.

Ergebnisse, methodische Verfahren und theoretische Ansätze, wie sie die Forschungspraxis am MPIfG in den Jahren 1986–1995 generierte, verbreiteten sich im sozialwissenschaftlichen Feld der Bundesrepublik bzw. des vereinigten Deutschlands. In einer E-Mail teilte Scharpf Mitte der 1990er Jahre Mayntz seinen Eindruck von der Rezeption der Arbeiten des Instituts in Deutsch-

---

602 Memo Jürgen Feick an Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf, 27. 11. 1992, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 16.

603 Memo Fritz W. Scharpf an Jürgen Feick, CC Renate Mayntz, 01. 12. 1992, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 16.

land mit. Christian Joerges habe ihm berichtet, dass man Edgar Grande nach Bremen berufen wolle, und es sei bemerkenswert, »in welchem Masse [sic] unsere Arbeiten [...], unsere Projekte und unsere Mitarbeiter bei den Studenten und bei Kollegen bekannt sind«. Das gelte nicht nur für die Institutsreihe und die in Zeitschriften publizierten Artikel der Mitarbeiter und der Direktoren, sondern auch für die »Discussion Papers«: »Wir werden offenbar weit intensiver beobachtet, als ich dies angenommen hatte.«<sup>604</sup> Dass Grande auf eine Professur berufen werden sollte, war kein Einzelfall, nicht wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MPIfG wurden Lehrstühle zuteil: Uwe Schimank wurde 1996 C4-Professor für Soziologie an der FernUniversität in Hagen,<sup>605</sup> Hans-Willy Hohn wurde 1997 an der Universität Bielefeld habilitiert und vertrat 1999 die C4-Professur für Soziologie an der Universität Trier, 2002 wechselte er an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.<sup>606</sup> Grande wurde nicht nach Bremen, sondern nach München berufen, wo er 1996 Kommissarischer Leiter des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft an der TU München wurde und im gleichen Jahr noch diesen Lehrstuhl übernahm.<sup>607</sup> Czada wurde 1995 Professor für Politikfeldanalyse und Verwaltungswissenschaft an der FernUniversität in Hagen.<sup>608</sup> Dorothea Jansen ging 1990 an die Ruhr-Universität Bochum, als wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl von Heiner Treinen, wo sie 1996 habilitiert wurde. Nach kürzeren Stationen zwischen 1999 und 2015 bekleidete sie schließlich den Lehrstuhl für Soziologie der Organisation an der verwaltungswissenschaftlichen Hochschule in Speyer (seit der Wiedervereinigung: Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer).<sup>609</sup> Susanne Lütz vertrat bereits 1998/99 den Lehrstuhl für Allgemeine Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen und wurde 2001 auf den Lehrstuhl für Vergleichende Systemlehre an der Universität zu Köln berufen, worauf ein Ruf der FernUniversität in Hagen auf den Lehrstuhl für Politikfeldanalyse und Verwaltungswissenschaft folgte.<sup>610</sup> Dietmar Braun wurde erst wissenschaftlicher Assistent in Heidelberg, dann Professor an der Université de Lausanne. Jens Alber übernahm die C4-Professur für Sozialpolitik an der Universität Konstanz. Jürgen Wasem wurde erst C2-Professor an der Fachhochschule Köln, dann C3-Professor für Gesundheitsökonomie an der Medizinischen Fakultät der LMU München, und Volker Schneider erhielt den Konstanzer Lehrstuhl für materielle Staatstheorie.<sup>611</sup>

---

604 Fritz W. Scharpf an Renate Mayntz, undatiert (wohl Ende Mai 1995), AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 17.

605 <https://www.socium.uni-bremen.de/ueber-das-socium/mitglieder/uwe-schimank/lebenslauf/de/> (abgerufen: 24.09.2021, 15:57 Uhr).

606 [https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Willy\\_Hohn](https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Willy_Hohn) (abgerufen: 29.09.2021, 16:01 Uhr).

607 <https://www.wzb.eu/de/personen/edgar-grande> (abgerufen: 29.09.2021, 16:05 Uhr).

608 <https://www.politik.uni-osnabrueck.de/RoCzada.htm> (abgerufen: 29.09.2021, 16.05 Uhr).

609 Siehe den Nachruf von Klaus F. Röhl auf die 2017 verstorbene Jansen: <https://www.rsozblog.de/nachruf-fuer-dorothea-jansen-1956-2017/> (abgerufen: 29.09.2021, 16:32 Uhr).

610 <https://www.fernuni-hagen.de/polis/lg2/team/susanne.luetz.shtml> (abgerufen: 29.09.2021, 16:36 Uhr).

611 Verbleib ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktoranden, 1987–1996, undatiert (wohl 1996), Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 21.

Auf Ebene derer, die keine Professorinnen bzw. Professoren wurden, sind zu nennen: Walter Bien, der bis 1987 am MPIfG war und danach Abteilungsleiter im Deutschen Jugendinstitut in München wurde, Dorothea Gau, die Referentin der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Bonn wurde, und Thomas Frank, der das Institut 1989 für eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle am Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung Köln (ISAB) verließ. Rainer Ollmann kam 1989 bei der Sozialforschungsstelle Dortmund unter, Bernd Rosewitz wurde wissenschaftlicher Mitarbeiter beim AOK-Bildungszentrum Niedersachsen, Douglas Webber ging als Senior Researcher an das Institut Européen d'Administration des Affaires (INSEAD), die Wirtschaftshochschule in Fontainebleau. Brigitte Schenkluhn wurde 1991 Referentin im Bundesministerium für Gesundheit, Jürgen Häusler 1992 geschäftsführender Gesellschafter in einer Unternehmensberatung und Gerhard Fuchs 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität München und später an der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart. Zu nennen sind weiter Gerhard Krauss, der 1993 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die Universität Jena ging, und Ralf Resch, der zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Saarbrücken wurde und später für die Leipziger Verkehrsbetriebe arbeitete. Marian Döhler ging 1993 als wissenschaftlicher Assistent an die Universität Potsdam, Andreas Stucke als wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Deutschen Lufthansa in Köln und später zum Wissenschaftsrat. Andreas Ryll fand 1994 als wissenschaftlicher Assistent an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) eine Anstellung, Hans-Georg Wolf wurde wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stuttgarter Akademie für Technikfolgenabschätzung, und der bisher noch nicht erwähnte Jens Altmeier Mitarbeiter beim WDR. Grit Laudel blieb weiter in der Forschung,<sup>612</sup> Matthias Mohr fand eine Stelle in der Forschungsabteilung der Europäischen Zentralbank.<sup>613</sup>

Auch für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler sowie Stipendiaten war ein Aufenthalt am MPIfG meist von Vorteil für die eigene Laufbahn. Von den zahlreichen Personen, die sich für eine längere oder kürzere Zeit am MPIfG aufhielten, sollen nur Adrienne Windhoff-Héritier und Helmut Willke genannt werden, die 1993 gemeinsam den Leibniz-Preis erhielten,<sup>614</sup> sowie Rudolf Stichweh, den die Universität Bielefeld 1994 zum Professor für Soziologische Theorie und Allgemeine Soziologie berief.<sup>615</sup>

---

612 <http://www.laudel.info/background/> (abgerufen: 07.02.2022, 9:40 Uhr).

613 Verbleib ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktoranden, 1987–1996, undatiert (wohl 1996), Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 21.

614 Renate Mayntz an Adrienne Windhoff-Héritier, 27. 10. 1993; Renate Mayntz an Helmut Willke, 27. 10. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 107, 13.

615 <https://www.fiw.uni-bonn.de/de/abteilungen/demokratieforschung/team/prof-dr-rudolf-stichweh> (abgerufen: 02.05.2022, 17:01 Uhr).

### 3.5 Konferenzen, Workshops und Lehrveranstaltungen

1986 fanden fünf Veranstaltungen am MPIfG statt, darunter eine Tagung des Arbeitskreises »Soziale Differenzierung«, an der nebst anderen Luhmann, Mayntz, Schimank, Stichweh und Willke teilnahmen. Eine weitere Tagung zum Thema »Societal Organization and the Revitalization of Swedish Business Life« wurde in Kooperation mit der Universität Stockholm durchgeführt, und auch der Verbund »Sozialwissenschaftliche Technikforschung«, zu dem u. a. Dierkes, Lutz, Zapf und Mayntz gehörten, tagte in diesem Jahr am Institut. An Gastvorträgen gab es 1986 fünf; unter den Vortragenden waren Wolfgang Streeck, zu dieser Zeit noch am IIMV in Berlin, der über »Politische Institutionen und ihre sich ändernden Umwelten« sprach, und Wiebe Bijker, der über »Sozialwissenschaftliche Technikforschung an der Hochschule Twente« referierte. Die Institutsmitarbeiter nahmen selbstverständlich auch an externen Konferenzen teil. Der Jahresbericht von 1986 verzeichnete darüber hinaus einen Forschungsaufenthalt eines Mitarbeiters im Ausland: Jürgen Feick verbrachte die Zeit vom 16.10. bis 23. 11. 1986 am Maison des Sciences de l'Homme in Paris. Zwei Lehrveranstaltungen wurden abgehalten, eine von Mayntz zusammen mit Scheuch und Werle zu Telekommunikationsmedien und ein Workshop von Volker Schneider in Zusammenarbeit mit Bernd Marin vom EUI.<sup>616</sup>

Bis 1994 blieb die Zahl der jährlich abgehaltenen Workshops und Konferenzen etwa gleich, die Anzahl der Gastvorträge dagegen erhöhte sich deutlich, genauso wie die Zahl der gehaltenen Lehrveranstaltungen. Letzteres war dadurch bedingt, dass sich bis 1994 die Mitarbeiterzahl am MPIfG erhöhte und dass die wissenschaftlichen Mitarbeiter Lehrveranstaltungen abhalten mussten, wollten sie akademisch weiterkommen. Auch die Liste der Besucherinnen und Besucher, die hier nicht eigens genannt werden, war ausgesprochen international und wurde von Jahr zu Jahr länger. Zu den zwischen 1987 und 1995 entweder als Vortragende oder als Gastwissenschaftler ans MPIfG geladenen internationalen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern bzw. Politologinnen und Politologen, mit denen später teilweise auch Kooperationen zustande kamen, gehörten Todd La Porte (Berkeley), Elinor Ostrom (Indiana), Atle Midttun (Oslo), Rogers Hollingsworth (Wisconsin-Madison), Daniel Bell (Harvard), Ellen Immergut (MIT), James E. Katz (Bell Communications Research, New York), Nicholas Ziegler (Harvard), Christa Altenstetter (City University of New York), Ben Martin (Sussex), Lowell Turner (Berkeley), Graham Thomas (Sussex), Raymond Boudon (Paris), Amitai Etzioni (Harvard), Bob Jessop (Essex), Charles Sabel (MIT), Arndt Sorge (Reichsuniversität Limburg), Mark Granovetter (State University of New York), Peter Katzenstein (Cornell), Gerhard Fuchs (Northwestern), Victor Vanberg (George Mason), Helena Flam (Uppsala), Haldor Byrkjeflot (Bergen), Henry A. Landsberger (Chapel Hill), Paul A. David (Stanford), John Hagedoorn (Maastricht), James S. Coleman (Chicago), Nick Bosanquet (Egham, Großbritannien), Jean-Olivier Mallet (Lyon), Wolfgang Streeck (Wisconsin-Madison), Andrew Dunsire (York), Toshio Yamagishi (Hokkaido), Karen S. Cook (Stanford) und John Krige (Paris). Als Gäste und Vortragende aus Deutschland sind fol-

---

<sup>616</sup> MPIfG, Jahresbericht 1986, 36–43.

gende Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler zu nennen: Gerhard Lehmbuch (Konstanz), Rolf Ziegler (München), Wolfgang Krohn und Günter Küppers (Bielefeld), Helmut Wiesenthal (Bielefeld), Dietrich Rueschemeyer (Wissenschaftskolleg Berlin), Stefan Kirchberger (Münster), Georges Fülgraff (ehemaliger Direktor des Bundesgesundheitsamts), Peter Weingart (Bielefeld), Karin Knorr-Cetina (Bielefeld), Johannes Weyer (Bielefeld), Claus Offe (Bielefeld), Lutz Niethammer (EUI), Franz-Xaver Kaufmann (Bielefeld), Helmut Voelzkow (Bochum), Wolfgang Zapf (WZB), Gerhard Vowe (FU Berlin), Adrienne Héritier (ehemals Windhoff-Héritier, Bielefeld), Michael Buttgerit (Kassel), Werner Jann und Arthur Benz (beide Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer).<sup>617</sup>

Erwähnenswert sind Konferenzen mit hohem Anteil an internationalen Gästen, etwa die 1987 abgehaltene Konferenz »The Development of Large Technical Systems«, an der 22 Gelehrte aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Schweden und Deutschland teilnahmen, oder die Konferenz »Connected Games«, an der Robert Putnam von der Stanford University, George Tsebelis von der Yale University sowie Michael Zürn und Helmut Wiesenthal von der Universität Tübingen bzw. Bielefeld beteiligt waren.<sup>618</sup> Das Verhältnis von Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften sowie wissenschaftssoziologische Fragen nach der Evaluation wissenschaftlicher Leistungen und der kognitiven Struktur wissenschaftlicher Disziplinen waren Themen weiterer, allerdings weniger international besetzter Workshops und Konferenzen. Die Konferenz zu letzterem Thema wurde in Zusammenarbeit mit Franz Weinert vom MPI für psychologische Forschung abgehalten.<sup>619</sup>

### **3.6 Exkurs: Renate Mayntz und das Verhältnis von Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften**

Der eben erwähnte Workshop über das Verhältnis von Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften, der am 20. Februar 1989 am MPIfG stattfand, spiegelte ein Erkenntnisinteresse von Renate Mayntz, das sie bereits früh entwickelt hatte und dem sie in den 1980er und 1990er Jahren intensiver nachging: die Reichweite der Anwendung von naturwissenschaftlichen Methoden, Modellen und Theorien auf sozialwissenschaftliche Gegenstände und Problemlagen.

Die Frage nach dem Verhältnis von Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften war eine die Soziologie als eigenständige wissenschaftliche Disziplin begleitende erkenntnistheoretische Problemstellung, die in den unterschiedlichen Sprach- und Kulturregionen der westlichen Welt verschieden beantwortet wurde. Neigten die angloamerikanischen Sozialwissenschaften eher zu einer Anlehnung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisverfahren an die der Naturwis-

---

<sup>617</sup> MPIfG, Report 1987, 45, 68–71; MPIfG, Report 1988, 49–51, 80; MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 57–58, 87; MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 53–54; MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 121–23.

<sup>618</sup> MPIfG, Report 1987, 44; MPIfG, Report 1988, 49–49.

<sup>619</sup> MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 57.

senschaften, klafften die »zwei Kulturen« (C. P. Snow) der Geisteswissenschaften und der Naturwissenschaften in Kontinentaleuropa deutlicher auseinander.<sup>620</sup> Dies bewegte Wolf Lepenies 1985 dazu, die Soziologie als zu einer »dritten Kultur« gehörig aufzufassen, die zwischen einer naturwissenschaftlichen »szientistischen Orientierung« und einer »hermeneutischen Einstellung, die das Fach in die Nähe zur Literatur rückt«, anzusiedeln sei.<sup>621</sup> In den 1970er Jahren erhielt die Frage nach diesem Beziehungsverhältnis neue Aktualität, als der amerikanische Entomologe Edward O. Wilson sein Buch *Sociobiology: The New Synthesis* veröffentlichte und damit der evolutionären Verhaltensbiologie, die sich in den Vereinigten Staaten seit den 1940er Jahren entwickelt hatte, zu erhöhter Aufmerksamkeit verhalf. Wilson intendierte damit nichts Geringeres als »to reformulate the foundations of the social sciences in a way that draws these subjects into the Modern Synthesis«<sup>622</sup> und löste zusammen mit der 1976 erfolgten Publikation des Buchs *The Selfish Gene* durch Richard Dawkins<sup>623</sup> die so genannte Soziobiologiedebatte aus, die bis etwa 1990 geführt wurde. Dies war der eine Kontext der zunehmend intensiveren Diskussionen um interdisziplinäres Arbeiten einerseits, um Theorien- und Methodenimporte von den Natur- in die Sozialwissenschaften andererseits. Den anderen Kontext bildeten die sich in den späten 1970er und den 1980er Jahren entwickelnden so genannten Science Studies (Wissenschaftsforschung), die im Nachklang der durch Thomas S. Kuhn und andere begründeten neueren poststrukturalistischen Wissenschaftsforschung entstanden. Für die frühen Science Studies stellten der radikale Sozialkonstruktivismus und der literaturwissenschaftliche postmoderne Dekonstruktivismus wichtige theoretische Stützen ihrer Forschungen dar.<sup>624</sup> Dies implizierte nicht nur Sichtweisen von der »sozialen Konstruiertheit« naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, die aus heutiger Perspektive wohl als übertrieben zu beurteilen sind. Vielmehr machten Wissenschaftsforscher wie Bruno Latour auch metaphorische Anleihen bei naturwissenschaftlichen Modellen und Theorien, was bei naturwissenschaftlichen Realisten auf Kritik stieß und in den 1990er Jahren in einer Auseinandersetzung mündete, die heute unter der Bezeichnung »Science Wars« bekannt ist.<sup>625</sup> Dass sich Mayntz gerade Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre mit dieser Frage befasste, hing aber auch mit ihrer Beschäftigung mit dem ostdeutschen Wissenschaftssystem zusammen, auf die weiter unten eingegangen wird. Denn gerade der dialektische Materialismus in den sozialistisch regierten Staaten lehnte die analytische Wissenschaftstheorie weitgehend ab und sah diese als westliches Konstrukt.

Bereits 1981 hielt Mayntz im englischen Cambridge einen Vortrag über das Verhältnis von soziologischer Analyse und analytischer Wissenschaftstheorie, den sie 1985 in deutscher Sprache in einem Sammelband veröffentlichte. Wie Mitte der 1960er Jahre würde sie auch aktuell

---

620 Vgl. Krämer, „Shifting Demarcations“.

621 Lepenies, *Die drei Kulturen*, I, IX.

622 Wilson, *Sociobiology*, 4.

623 Vgl. Dawkins, *The Selfish Gene*.

624 Vgl. Literaturnotiz zum Gastvortrag von Stefan Fuchs, 16. 10. 1995, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 16.

625 Vgl. Sokal und Bricmont, *Fashionable Nonsense*.

noch die Ansicht vertreten, »daß die methodologischen Regeln der analytischen Wissenschaftstheorie sowohl deskriptiv als auch präskriptiv unzulänglich« seien; obgleich sie »eine starke Neigung zur analytischen Wissenschaftstheorie« habe, sei sie doch »von der Chemie her zu den Sozialwissenschaften« gekommen.<sup>626</sup> Ihr ging es nicht darum, für die Unanwendbarkeit der analytischen Methodologie auf die Sozialwissenschaften zu argumentieren, denn »weder die Tatsache, daß menschliche Wesen zu zweckgerichtetem Handeln fähig« seien, noch »die Tatsache, daß subjektive Interpretationen das menschliche Verhalten nachhaltig prägen«, würde »den Test von Aussagen über Regelmäßigkeiten des Verhaltens ausschließen«. Ihre Forschungserfahrung habe jedoch gezeigt, dass aus diesen analytischen Methodenregeln »wenig praktischer Nutzen« für die Sozialwissenschaften zu ziehen sei.<sup>627</sup>

Zunächst stellte sie fest, dass analytische Methoden keine deskriptive Gültigkeit hätten, weil »Interpretationen und somit vorgefaßte Begriffe unvermeidbar in das einfließen, was wir als Fakten betrachten«. Allerdings wollte sie auf einen anderen Punkt hinaus. Ihre These lautete, dass die analytische Wissenschaftstheorie auch deshalb in der Sozialforschung vernachlässigt werde, weil sie eine hochgradig selektive »Relevanz für bestimmte Forschungsphasen, Forschungsobjekte und Forschungsfragen« aufweise.<sup>628</sup> Konkret meinte sie damit, dass sich die analytische Wissenschaftstheorie auf eine bestimmte Phase im Forschungsprozess konzentriere, das Testen von Hypothesen. Gerade in der Sozialwissenschaft, die »noch ziemlich weit davon entfernt ist, wirklich universelle Aussagen über deterministische Kausalbeziehungen zu formulieren«, hätte dieser Fokus aber nur geringe praktische Bedeutung. Außerdem würden sich die Aussagen oder Hypothesen in der analytischen Wissenschaftstheorie »typischerweise auf (Kausal-)Zusammenhänge zwischen zwei spezifizierten Variablen« beziehen. Auch die Art der »Theorie, die der nomologische Ansatz« anstrebt, nämlich die Etablierung einer Axiomatisierung zur Gewinnung von Generalisierungen höherer Ordnung, sei für die analytische Wissenschaftstheorie charakteristisch.<sup>629</sup>

Obgleich dialektische Ansätze und insbesondere der symbolische Interaktionismus die Überlegenheit der analytischen Wissenschaftstheorie in Frage stellten, würden unterschiedliche »inhaltliche Annahmen über die Natur und Entstehung sozialer Ordnung« keine Negation »des geregelten Charakters sozialen Lebens« implizieren. Denn auch Interpretationen etc. seien »nicht völlig willkürlich, zufällig und chaotisch«, sondern müssten »zu identifizierbaren Bedingungen oder Kausalfaktoren in Beziehung gesetzt werden können«. <sup>630</sup> Nur sozialwissenschaftliche Ansätze, die Kausalität und Regelmäßigkeit ablehnten, seien mit dem nomologischen Ansatz nicht kompatibel. Solche Ansätze seien aber schwer zu identifizieren, selbst die

---

626 Mayntz, „Über den begrenzten Nutzen“, 169.

627 Mayntz, 169.

628 Mayntz, 170.

629 Mayntz, 172.

630 Mayntz, 173.

Ethnomethodologie nach Harold Garfinkel würde wohl diese Postulate nicht vollumfänglich zurückweisen. Vielmehr spielten sie für die Untersuchung symbolischer Interaktionen, wie sie insbesondere die Ethnomethodologie verfolgte, schlicht keine so große Rolle, denn solche Untersuchungen seien stärker ideographisch geprägt, etwa von qualitativen Methoden wie der teilnehmenden Beobachtung oder unstrukturierten Tiefeninterviews. Die Vorstellung von einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit von analytischer Wissenschaftstheorie und qualitativen Methoden lehnte Mayntz ab und schlug vor, quantitative und qualitative Methoden nicht unterschiedlichen Methodologien zuzuweisen, sondern unterschiedlichen Forschungsaufgaben.<sup>631</sup> Was sie an der analytischen Wissenschaftstheorie kritisierte, war deren Blindheit gegenüber intellektuell anspruchsvollen Anforderungen, die sich den Sozialwissenschaftlern bereits in der ersten Forschungsphase stellten:

Die Entwicklung eines begrifflichen Bezugsrahmens, einer bestimmten Art und Weise, spezielle Ausschnitte aus der Wirklichkeit zu sehen und zu strukturieren, stellt eine kognitive Herausforderung dar, die nicht als relativ unbedeutendes Vorspiel mißverstanden werden sollte.<sup>632</sup>

Denn gerade das Erarbeiten von begrifflichen Typologien, Bezugsrahmen und Taxonomien, wie dies Max Weber und Talcott Parsons betrieben hatten, stelle »wissenschaftliche Leistungen eigener Art« dar, die nicht geringgeschätzt werden sollten: Sozialforscher, die sich ein neues Forschungsfeld erschlossen, müssten jeweils erst definitorische Bezugsrahmen erarbeiten und den Untersuchungsgegenstand begrifflich strukturieren, und dies könne unter Umständen Jahre der Forschungsarbeit in Anspruch nehmen.<sup>633</sup>

Die Frage nach der Anwendbarkeit der Methodenregeln der analytischen Wissenschaftstheorie auf sozialwissenschaftliche Gegenstände machte Mayntz davon abhängig, ob damit »das soziale Verhalten von Individuen« erklärt werden solle oder ob »komplexe Phänomene wie Organisationen oder Gesellschaften« erforscht würden; bei Letzteren, die sie als »Aggregatphänomene« fasste, versage die analytische Wissenschaftstheorie in der Regel.<sup>634</sup> Wer von »sozialen Gesetzen« im nomologischen Sinne spreche, verwende meist einen reduktionistischen Ansatz, der für die Erklärung komplexer Makrophänomene unzureichend sei.<sup>635</sup> Wenn Sozialwissenschaftler »bei der Untersuchung von Aggregatphänomenen auf Generalisierungen zielen«, seien diese oft nicht so beschaffen, »wie sie von der analytischen Methodologie her vertraut sind«, die vor allem »Kausal- oder Kovarianzbeziehungen« zwischen zwei oder mehr Variablen behandelt.

---

631 Mayntz, 174–75.

632 Mayntz, 175–76.

633 Mayntz, 176.

634 Mayntz, 177.

635 Mayntz, 178.

Dies sah Mayntz wiederum in der Komplexität dieser Phänomene begründet.<sup>636</sup> Eine Möglichkeit, den analytischen Erfordernissen der Untersuchung komplexer Phänomene und Systeme gerecht zu werden, sah sie in Simulationsmodellen, und zwar solchen, in die »alle bekannten empirischen Beziehungen eingebaut sind« und die etwas bewerkstelligen könnten, »was wir unmöglich diskursiv zu leisten imstande sind«, nämlich »die Interaktion einer sehr großen Anzahl von Subprozessen oder Beziehungen unmittelbar wiedergeben, die *gemeinsam* und nur *gemeinsam* spezifische (vorhersehbare) Wirkungen hervorrufen«.<sup>637</sup>

In einem 1991 publizierten Beitrag zum von Wolfgang Zapf herausgegebenen Verhandlungsband des 25. Deutschen Soziologentags 1990 beschäftigte sich Mayntz abermals mit dem Verhältnis zwischen naturwissenschaftlichen Modellen und soziologischer Theorie sowie mit dem Mikro-Makro-Problem. Ihren Aufsatz schrieb sie aus der Beobachtung heraus, dass sich in jüngster Zeit Soziologen wieder stärker für die Erkenntniskraft naturwissenschaftlicher Methoden, Theorien und Modelle interessierten, ja die Beschäftigung mit Synergetik, Autopoiese und deterministischem Chaos würde manchen Sozialwissenschaftlern aus Ausweis der Zugehörigkeit zur kognitiven Avantgarde in der Soziologie gelten. Gerade in der Organisationssoziologie spielten evolutionsbiologische Konzepte neuerdings eine gewisse Rolle, noch prominenter sei dieses Interesse in der makrosoziologischen Theoriebildung und bei Versuchen formaler und mathematischer Modellierung zu konstatieren. Dass sich Sozialwissenschaftler verstärkt für die Naturwissenschaften interessierten, hing ihrer Ansicht nach eng mit dem »wachsenden Interesse für die Erforschung nichtlinearer Prozesse in Systemen fern vom Gleichgewicht« zusammen, die »zunehmend nicht mehr als störende Ausnahme«, sondern als Regelfall realer Prozesse in den Naturwissenschaften gesehen werde. Diese gewachsene Relevanz bleibe allerdings inhaltsleere Behauptung, solange nicht präzise angegeben werden könne, wofür denn solche Modelle nichtlinearer Systemdynamik – etwa René Thoms mathematische Katastrophentheorie oder Analysen des deterministischen Chaos, Theorien also, in denen »Diskontinuitäten oder Phasensprünge, und zwar speziell der plötzliche Übergang von Ordnung zu Unordnung«, eine zentrale Rolle spielten<sup>638</sup> – im soziologischen Erkenntnisprozess verwendet werden könnten.<sup>639</sup> Es ging in diesen Ansätzen um Selbstorganisationsprozesse, und die Frage lautete, inwiefern die für das organische Leben – verstanden als System – beobachtete Produktion von dessen eigenen Elementen auf soziale Systeme übertragen werden konnte.<sup>640</sup>

Dies war das Thema des »Discussion Papers« über »The Influence of Natural Science Theories on Contemporary Social Science«, das Renate Mayntz auf dem Workshop 1989 am MPIfG und

---

636 Mayntz, 180.

637 Mayntz, 182. Herv. i. Orig.

638 Mayntz, „Naturwissenschaftliche Modelle“, 211.

639 Mayntz, 210.

640 Mayntz, 212.

dem Deutschen Soziologentag 1990 vorgestellt hatte.<sup>641</sup> Dieser längere Beitrag braucht an dieser Stelle nicht im Detail referiert zu werden, weil Mayntz im eben zitierten Beitrag von 1991 dessen Kernelemente in zugespitzter Form darstellte. Darin stellte sie zwei Arten von Übernahmen von naturwissenschaftlichen Ansätzen in sozialwissenschaftliche Erkenntnisverfahren fest: im Bereich formaler und vor allem mathematischer Modellierung und im Bereich makrosoziologischer Theoriebildung, bei der insbesondere solche inhaltlichen Prozessvorstellungen interessant seien, »die Gegenstand naturwissenschaftlicher Theorien der Selbstorganisation, Autopoiese und Evolution sind«. <sup>642</sup> Kritisch sah Mayntz bei den diskursiven Übernahmen gegenstandsbezogener naturwissenschaftlicher Theorien, dass es sich bei diesen meist um rein metaphorische Übertragungen handelte, die im besten Fall semantische Innovationen darstellen würden, aber »unserem Wissen über die soziale Wirklichkeit nichts hinzufügen, da lediglich bekannte Sachverhalte in einer neuen Terminologie beschrieben werden«. <sup>643</sup> Ein Systemtheoretiker wie Luhmann dagegen würde immerhin nicht versuchen, eine naturwissenschaftliche Theorie unmittelbar auf soziologische Gegenstände anzuwenden, sondern einen »mittelbaren Theorientransfer in Form einer soziologischen Interpretation einer vorher verallgemeinerten Version« einer solch gegenstandsbezogenen naturwissenschaftlichen Theorie betreiben, d. h. naturwissenschaftliche Theorien als Anregung zur Entwicklung einer neuen Sichtweise sozialer Phänomene verwenden. <sup>644</sup>

Die Relevanz von naturwissenschaftlichen Theorien für die Sozialwissenschaften sah Mayntz in deren Beitrag »zur Lösung des so genannten Mikro-Makro-Problems in der Soziologie« bzw. zur Erhellung von »sozialen Emergenzphänomenen«, denn die genannten mathematischen und Naturwissenschaftstheorien befassten sich genau mit diesem Problem, »dem Entstehen von Makrophänomenen aus dem erkennbaren Regeln unterworfenen Verhalten der Systemelemente«. <sup>645</sup> Die Reichweite der Erklärungskraft naturwissenschaftlich-mathematischer Theorien für soziale Phänomene endete für sie an der Stelle, »wo die zentralen Prämissen der physikalischen und chemischen Theorien auch im übertragenen Sinne nicht mehr gelten«. <sup>646</sup> Zu diesen Prämissen gehöre die der »räumlichen und zeitlichen Invarianz der Elemente« und die, dass es sich bei naturwissenschaftlichen Selbstorganisationsmodellen um Vielteilchensysteme handeln müsse. Diese Prämissen sah sie erfüllt bei »Prozessen kollektiven Verhaltens in raumzeitlich begrenzten, aber großen Quasigruppen«, die ihr Verhalten nicht planvoll koordinierten, also etwa Prozesse der Meinungsbildung oder generell Marktprozesse. <sup>647</sup>

---

641 Vgl. Mayntz, „Influence“.

642 Mayntz, „Naturwissenschaftliche Modelle“, 212.

643 Mayntz, 213.

644 Mayntz, 213.

645 Mayntz, 214.

646 Mayntz, 217.

647 Mayntz, 217–18.

Dennoch vertrat Mayntz die These, dass »man mit theoretischen Modellen kollektiven Verhaltens zur Erklärung sozialer Makrophänomene die *zentrale* Problematik gesellschaftlicher Dynamik verfehlt«. <sup>648</sup> Zwei Gründe führte sie dafür an: erstens die menschliche Lernfähigkeit, die es ausgesprochen schwer mache, soziales Verhalten vorherzusagen, zweitens, dass Menschen fähig zur Organisation und kollektiven Zielsetzung seien, wodurch spontane, naturwüchsige Prozesse kollektiven Verhaltens permanent umgelenkt würden. Insbesondere böten naturwissenschaftlich-mathematische Theorien wenig Potential für die ihrer Ansicht nach »entscheidende theoretische Herausforderung« der Analyse der Interferenz »zwischen Prozessen kollektiven Verhaltens einerseits und den darauf reagierenden Steuerungsversuchen und strategischen Interaktionen korporativer Akteure andererseits«. <sup>649</sup> Als Beispiel eines empirisch arbeitenden Soziologen, der diese Interferenz untersuchte, nannte sie Wolfgang Streeck mit seiner Arbeit über gewerkschaftliche Organisationsprobleme von 1981. In Weiterführung der Ergebnisse Streecks komme es laut Mayntz für die soziologische Theoriebildung darauf an, »nach etwaigen verallgemeinerungsfähigen *Interferenzmustern* zu suchen«, wobei hierbei naturwissenschaftliche Modelle kaum Hilfestellung bieten könnten. <sup>650</sup>

Eingedenk dieser Überlegungen musste demnach die Frage gestellt werden, was denn nun die Sozialwissenschaften von den modernen Naturwissenschaften lernen könnten. Zu deren Beantwortung publizierte Mayntz einen ihre Argumente kondensierenden Artikel im MPG-Jahrbuch 1992. Wie auch in den eben besprochenen Arbeiten kam sie zu dem Schluss, dass mit naturwissenschaftlich-theoretischen Modellen kollektiven Verhaltens zur Erklärung von sozialen Phänomenen auf der Makroebene die zentrale Problematik gesellschaftlicher Dynamik verfehlt werde. <sup>651</sup> Ihre Begründung für diese Einschätzung war abermals die Lernfähigkeit der Menschen und ergo die daraus resultierende Nichtvoraussagbarkeit kollektiven Verhaltens. Aber mehr noch »als die besondere menschliche Lernfähigkeit« schränke die Fähigkeit der Menschen »zur Organisation und zur kollektiven Zielsetzung« die Bedeutung von naturwissenschaftlichen Emergenzmodellen für sozialwissenschaftliche Erkenntnisverfahren ein. Denn nur wenige Makroereignisse oder Makrostrukturen seien »wirklich reine Emergenzphänomene im Sinne des naturwissenschaftlichen Paradigmas«. <sup>652</sup> Der Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analyse müsse das Zusammenwirken »von politischem Steuerungshandeln, strategischer Interaktion und Prozessen kollektiven Verhaltens« sein. Und gerade »bei der Untersuchung der sich hier ergebenden Wechselwirkungen können uns die naturwissenschaftlichen Modelle nichtlinearer Dynamik nicht mehr helfen – hier ist eigenständige sozialwissenschaftliche Theoriebildung gefordert«. <sup>653</sup> Der Rekurs auf autonome sozialwissenschaft-

---

648 Mayntz, 219. Herv. i. Orig.

649 Mayntz, 220.

650 Mayntz, 221. Herv. i. Orig.

651 Mayntz, „Moderne Naturwissenschaft und Gesellschaftsverständnis“, 57.

652 Mayntz, 58.

653 Mayntz, 58.

liche Theoriebildung und letztlich auch Methodologie lässt sich dahingehend interpretieren, dass Mayntz – ähnlich Wolf Lepenies – die Sozialwissenschaften als eigenständige dritte Kultur zwischen Geistes- und Naturwissenschaften auffasste, für die es angebracht erscheine, sich gerade nicht naiv bei den Naturwissenschaften in Sachen Theorie und Methoden zu bedienen.

### 3.7 Mitwirkung in nationalen und internationalen Gremien, Kommissionen und Fachgesellschaften sowie Ehrungen und Preise

Renate Mayntz hatte bereits vor ihrem Amtsantritt als Gründungsdirektorin des MPIfG eine ausgesprochene Affinität zur Gremien- und Kommissionsarbeit. Dasselbe gilt für Fritz W. Scharpf. Diese sozialwissenschaftliche Wissenschaftspolitik führten die Direktoren auch am MPIfG fort. Auch einzelne Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter nahmen Gremien- und Kommissionsfunktionen wahr. In diesem Unterkapitel soll eruiert werden, mit welchen Personen und Organisationen die MPIfG-Direktoren und ihre Mitarbeiter wissenschaftspolitisch kooperierten, mit welchen sie sich austauschten; dies auf nationaler Ebene einerseits, auf internationaler Ebene andererseits. Die nationale und die internationale Ebene sollen dabei getrennt voneinander dargestellt werden, um Entwicklungstendenzen in Bezug auf die anzunehmende erhöhte Internationalisierung seit den späten 1980er und den frühen 1990er Jahren aufzuzeigen. Weiter werden die nationalen und internationalen Forschungsk Kooperationen dargestellt sowie die Ehrungen und Preise, die den Direktoren und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Zeitraum von 1986 bis 1995 zuteilwurden.

*Gremien- und Kommissionsarbeit auf nationaler Ebene:* Wohl bereits vor ihrem Amtsantritt als Direktorin des MPIfG war Mayntz Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF), deren Vorsitzender 1986 Hans Wolfgang Levi war. Mayntz' Mitgliedschaft in der AGF ist bis 1989 durch Quellen belegt.<sup>654</sup> Für 1986 verzeichnete der Jahresbericht für Mayntz folgende Gremien- und Kommissionszugehörigkeiten: Sie war Mitglied einer Themenfindungskommission des WZB für den Schwerpunkt II, »Technikentwicklung, Arbeit und Umweltveränderungen«, <sup>655</sup> gehörte einem Auswahlausschuss über die Vergabe von Stipendien an jüngere deutsche Geistes- und Sozialwissenschaftler am Maison des Sciences de l'Homme an und war Vorsitzende der Kommission der GSWS zur Beratung des Gründungsvorschlags für ein Japan-Institut. Weiter im Jahresbericht erwähnt wurde Raymund Werle, der Mitglied des Vorstands der Sektion Rechtssoziologie in der DGS war.<sup>656</sup> Scharpf war von 1984 bis 1989 Mitglied der Pro-

---

654 Horst Zajonc an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, 12. 11. 1986; Harald zur Hausen an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, 15. 08. 1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

655 Im WZB-Bericht 1998–1999 heißt dieser Forschungsschwerpunkt »Technik – Arbeit – Umwelt«. Vgl. [https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/wzb\\_berichte/D00142860.pdf](https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/wzb_berichte/D00142860.pdf) (abgerufen: 11. 05. 2022, 10:23 Uhr).

656 MPIfG, Jahresbericht 1986, 43–44.

grammkommission der SPD und von 1986 bis 1987 Mitglied der Padoa-Schioppa-Kommission zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft nach Vollendung des Binnenmarktes.<sup>657</sup>

Der Jahresbericht von 1987 verzeichnete keine Neuerungen. Aus der Korrespondenz von Mayntz geht lediglich hervor, dass sie die Einladung des Berliner Senators für Wissenschaft und Forschung George Turner, Mitglied in der neu aufzubauenden Akademie der Wissenschaften zu Berlin zu werden, »angesichts des oft an die Grenze des Erträglichen gehenden Zeitdrucks«, unter dem sie »seit der Institutsgründung gestanden habe und auch noch weiter stehen werde«, ablehnte.<sup>658</sup> Erst für 1988 finden sich weitere Angaben: Jürgen Häusler wurde Mitglied des Arbeitskreises Politik und Technik der DVPW in leitender Position; Mayntz war zum Mitglied im Beirat der Schmalenbach-Gesellschaft und zum Mitglied des Fachbeirats der Gesellschaft für Wissenschafts- und Technikforschung berufen worden. Ferner nahm sie eine beratende Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Programmforschung an, darüber hinaus wurde sie Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der *Zeitschrift für Soziologie* und, zusammen mit Scharpf, Mitherausgeberin des »Jahrbuchs für Staats- und Verwaltungswissenschaft«. <sup>659</sup> Scharpf wurde in diesem Jahr Mitglied einer Berufungskommission des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI).<sup>660</sup>

Im Berichtszeitraum 1989/90, also nach Abschluss der Aufbauphase, kamen mehr Aktivitäten in der Gremien- und Kommissionsarbeit hinzu. Jürgen Feick wurde zum Mitglied der Kommission »Max-Planck-Institut für Geschichte« der GSWS berufen. Mayntz' Mitgliedschaften in Kommissionen, Gremien und wissenschaftlichen Beiräten von Zeitschriften und Jahrbüchern blieben bestehen. Hinzu kamen ihre Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat des Wissenschaftlichen Instituts für Kommunikationsdienste GmbH, die Mitherausgeberschaft von *Staatswissenschaften und Staatspraxis* sowie eine Mitgliedschaft im Nominierungsausschuss für das Leibniz-Programm. Im Februar 1990 bat Mayntz G. Pfahl von der TU Darmstadt darum, sie »aus der Gutachterkommission des Zentrums für interdisziplinäre Technikforschung zu entlassen«, weil es ihr zum dritten Mal nicht gelungen sei, an der Gutachtersitzung teilzunehmen.<sup>661</sup> Auch Scharpfs Mitgliedschaften bestanden weiter, hinzu kamen noch Mitgliedschaften im wissenschaftlichen Beirat des Instituts Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, in der Kommission Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung, Landtag Düssel-

---

657 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 39.

658 Renate Mayntz an George Turner, 15.04.1987, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

659 MPIfG, Report 1988, 57. Auf der Homepage des C. H. Beck Verlags firmiert das Jahrbuch unter dem Titel »Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft«. Vgl. <https://www.beck-shop.de/reihen/jahrbuch-zur-staats-und-verwaltungswissenschaft/34269> (abgerufen: 11.05.2022, 10:31 Uhr).

660 MPIfG, Report 1988, 58.

661 Renate Mayntz an G. Pfahl, 08.02.1990, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 11.

dorf, und im wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für interdisziplinäre Forschung (ZiF) an der Universität Bielefeld.<sup>662</sup>

Noch weiter steigerten sich die Kommissions- und Gremienverpflichtungen mit der deutschen Vereinigung, was erst im Tätigkeitsbericht von 1991/92 abgebildet wurde. Mayntz wurde neben ihren zahlreichen anderen Tätigkeiten Mitglied der GSWS-Kommission »Neue Bundesländer«, einer Kommission zur Beratung über die Aufnahme von Forschungsaktivitäten der MPG in den neuen Bundesländern, der Präsidialkommission zur Beratung von Fragen zur künftigen Arbeit der MPG im vereinten Deutschland, der Berufungskommission »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern«, der Sektionskommission »Neue Initiativen in geisteswissenschaftlichen Themenbereichen«, der Landeshochschulstrukturkommission und der Sektionskommission »Wissenschaftsgeschichte«. Darüber hinaus war sie als Beraterin in der Präsidentenkommission »Geisteswissenschaften« der MPG und im Wahlgremium für die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften tätig. Eine Berufung zum Mitglied des zu konstituierenden Beirats des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule in Speyer lehnte sie im Oktober 1992 aus zeitlichen Gründen ab.<sup>663</sup> Dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur gab sie ebenfalls eine abschlägige Antwort, als dessen Vosther anfragte, ob sie Mitglied der vom Ministerium geplanten Forschungskommission werden wolle.<sup>664</sup> 1992 bot ihr Felix Unger, Präsident der Academia Scientiarum et Artium Europaea, eine Mitgliedschaft an, die Mayntz auch ablehnte, mit der Begründung, das Anliegen der Academia, »die Interaktion der Wissenschaft und Künste«, sei »gewiß überaus förderungswürdig«, liege jedoch ihren »zentralen beruflichen Interessen eher fern«, obgleich sie mit einem Künstler verheiratet sei.<sup>665</sup> Bei Scharpf kam die Mitgliedschaft in der Europäischen Strukturkommission der Bertelsmann Stiftung hinzu, außerdem war er zum Vorsitzenden der GSWS berufen worden.<sup>666</sup> In dieser Funktion wirkte er seit den frühen 1990er Jahren beratend bei den Überlegungen zur Gründung des MPI für demografische Forschung in Rostock (1996 gegründet) mit, wobei er im September 1993 an den MPG-Präsidenten Zacher schrieb, dass die amerikanischen Kollegen eine solche Gründungsinitiative als problematisch ansähen, weil die Deutschen gegenüber neueren Methoden nicht aufgeschlossen seien oder diese gar nicht erst kennen. Zachers Vorschlag, in der GSWS eine Arbeitsgruppe »Recht der Gemeinschaftsgüter« einzurichten, unterstützte er dagegen vorbehaltlos.<sup>667</sup> Auch am 1993 erfolgten Beschluss zur Gründung eines MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen in Jena sowie am Gründungsvorhaben eines MPI für ethnologische Forschung, das schließlich 1999 in Halle an der Saale gegründet

---

662 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 84–85.

663 Renate Mayntz an W. Blümel, 14. 10. 1992, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 3.

664 Renate Mayntz an Dr. Reinhardt, 07. 10. 1992, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 4.

665 Renate Mayntz an Felix Unger, 08. 01. 1992, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 10.

666 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 78.

667 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 21. 09. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

werden sollte, beteiligte sich Scharpf aktiv und unterstützte die Vorhaben.<sup>668</sup> Von 1991 bis 1992 war er zudem an einer Verfassungskommission zur Anpassung des Grundgesetzes an die deutsche Vereinigung beteiligt.<sup>669</sup>

Für Mayntz kamen neben den von ihr bereits bekleideten Positionen im Berichtszeitraum 1993/94 neue Mitgliedschaften hinzu, so etwa im Gründungskomitee des Zentrums für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn. Ferner wurde sie Sprecherin des Verbundes »Sozialwissenschaftliche Technikforschung« sowie Mitglied in der Sozialwissenschaftlichen Klasse der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.<sup>670</sup> In letzterem Zusammenhang wurde sie gemeinsam mit Peter Weingart Mitglied der Interdisziplinären Arbeitsgruppe »Wissenschaftliche Politikberatung in der Demokratie«.<sup>671</sup> Mayntz und Weingart koordinierten darüber hinaus ein vom BMFT gefördertes Netzwerk von Wissenschaftlern aus den ehemals kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas. Dieses Netzwerk untersuchte die Transformation der Wissenschaftssysteme in Ost- und Mitteleuropa, besonders aber der dortigen Akademien. Schimank fungierte dabei als wissenschaftlicher Betreuer.<sup>672</sup> Scharpf führte seine Ämter ebenfalls fort und wurde darüber hinaus Mitglied des Arbeitskreises »Fortentwicklung des Föderalismus in Deutschland«, der Kommission »Grundwerte« beim SPD-Vorstand und der Strategiegruppe »Europa« der Bertelsmann Stiftung.<sup>673</sup> In einem Brief an Martin Gorholt, den Landesgeschäftsführer der SPD Brandenburg, vom September 1993 brachte Scharpf zum Ausdruck, dass er »derzeit zahlreiche Einladungen zu Referaten, Podiumsdiskussionen, Streitgesprächen oder Interviews« aufgrund seiner Überlegungen zur Förderung niedriger Erwerbseinkommen erhalte, die er »allesamt ablehnen« müsse, wenn er für seine »eigentliche wissenschaftliche Arbeit noch Zeit finden« solle.<sup>674</sup>

Mayntz und Scharpf fungierten darüber hinaus als Gutachter, Mitherausgeber und Beiratsmitglieder von bedeutenden sozialwissenschaftlichen Zeitschriften, fertigten Gutachten zu Zeitschriftenbeiträgen und im Auftrag von Forschungsförderungsorganisationen wie der Volkswagenstiftung, der Fritz Thyssen Stiftung sowie der DFG an und sprachen Empfehlungen oder

---

668 Fritz W. Scharpf, Vorsitzender der Geisteswissenschaftlichen Sektion der MPG, an die Professoren N. Kloten (Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg) und W. Krelle (Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften), 14.07.1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10; Karin Spiegel, Sekretariat Prof. Scharpf, an Wolfgang Klein, MPI für Psycholinguistik, 11.04.1995, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 12. Der erste Vorschlag zur Gründung eines MPI zur Erforschung der Wirtschaftssysteme kam in der VR-Sitzung am 21. Juni 1990 von Mestmäcker und wurde auch von Helmut Schmidt unterstützt. Im Mai 1992 empfahl die von der GSWS hierfür eingesetzte Prüfungskommission die Gründung dieses MPI. Vgl. Ash, *Die MPG im Kontext*, 146–47.

669 Hepp und Schmidt, *Problemlösungsfähigkeit*, 39.

670 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 153; Renate Mayntz an Hubert Markl, 18.01.1994, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

671 Leendertz und Schimank, *Ordnung und Fragilität des Sozialen*, 58.

672 Renate Mayntz an Jürgen Mittelstraß, 11.04.1995, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 4.

673 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 153–54.

674 Fritz W. Scharpf an Martin Gorholt, 14.09.1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

Ablehnungen für auf Lehrstühle zu berufende Kandidatinnen und Kandidaten aus, wenn die Vorsitzenden der jeweiligen Berufungskommissionen sie darum baten. Anfragen zu Empfehlungen oder Gutachten lehnte Mayntz dann ab, wenn sie über keine zeitlichen Ressourcen verfügte oder sich in der Sache nicht kompetent fühlte.<sup>675</sup> Das galt selbst für Anfragen von ganz oben. Als Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestags, im März 1994 fragte, ob sie Mayntz in die Jury für den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestags für Arbeiten zum Parlamentarismus berufen dürfe, lehnte sie ab, obgleich es nach ihrer Auffassung fast unmöglich sei, »der Präsidentin des Deutschen Bundestages eine Bitte abzuschlagen«. Aber sie sei nun einmal keine ausgewiesene Parlamentarismusforscherin, auch wenn sie »einmal zusammen mit Herrn Kollegen Neidhardt [...] eine kleine empirische Studie über Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten [...] gemacht« hätte.<sup>676</sup>

Mayntz begutachtete auch zahlreiche Manuskripte für die *Zeitschrift für Soziologie* oder das *Journal für Sozialforschung*.<sup>677</sup> Der Tendenz nach kritisierte oder lehnte sie solche Manuskripte ab, die ihrer Ansicht nach »kaum neue Einsichten«, »neue theoretische Überlegungen« oder »neue empirische Ergebnisse« erbrachten oder gar »einen deutlichen Rückschritt hinter schon erreichte Formulierungen« darstellten.<sup>678</sup> Trotz Anonymisierung des Begutachtungsverfahrens erkannte sie einzelne Autorinnen und Autoren und empfahl die Publikation des jeweiligen Manuskripts dann, wenn sie von der Kompetenz der entsprechenden Person sowie von der Qualität des eingereichten Manuskripts überzeugt war.<sup>679</sup> Scharpf übernahm u. a. Gutachterfunktion für die *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*.<sup>680</sup>

Die Meinung von Mayntz und Scharpf über Nachwuchskolleginnen und -kollegen hatte im Feld der westdeutschen und später gesamtdeutschen Soziologie und Politologie Gewicht. Mehrere Dekane von Universitäten wie Kiel oder Bremen sowie Vorsitzende von Berufungskommissionen an Forschungsinstituten wie dem WZB baten Mayntz um Einschätzungen und Empfehlungen bei der Listung von zu berufenden Bewerberinnen und Bewerbern auf Professuren oder Leitungsstellen. Voraussetzung für ihre Mitwirkung daran war, dass sie die betreffenden Personen entweder persönlich kannte oder mit Teilen ihrer Arbeit vertraut war.<sup>681</sup> So war sie z. B.

---

675 Renate Mayntz an Frank Benseler, 03. 10. 1988, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1; Renate Mayntz an Reinhard Göhner, 21. 05. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

676 Renate Mayntz an Rita Süßmuth, 25. 03. 1994, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 4.

677 Gerhard Pany an Renate Mayntz, 26. 07. 1988, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7.

678 Renate Mayntz an Werner Rammert, 14. 05. 1987, Bl. 1–2, hier: Bl. 1; Renate Mayntz an Werner Rammert, 25. 02. 1988, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

679 Vgl. z. B. Renate Mayntz an Werner Rammert, 10. 02. 1987, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

680 Universität zu Köln, 07. 10. 1996, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 13.

681 Renate Mayntz an J. Hauschildt, 18. 12. 1990, Bl. 1–2; Hartmut Häußermann an Renate Mayntz, 12. 06. 1987, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1; Renate Mayntz an Heinrich Oberreuter, 24. 06. 1992, Bl. 1–2; Renate Mayntz an Karl Rohe, 20. 09. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 4; Renate Mayntz an H.-W. Groscurth, 24. 11. 1992, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12.

1993 Mitglied der Findungskommission für die Nachfolge von Wolfgang Zapf als wissenschaftlicher Geschäftsführer des WZB und sprach sich in Abstimmung mit Karl Martin Bolte und Rolf Ziegler für Friedhelm Neidhardt als geeigneten Kandidaten aus. Wie oben gezeigt waren Mayntz und Neidhardt seit langem miteinander bekannt und hatten in einem Kooperationsprojekt zwischen den Universitäten Köln und Bamberg und später dem MPIfG auch zusammengearbeitet. Mayntz und ihre Kollegen in der Findungskommission argumentierten auf empirischer Basis nach Qualifikation und Leistung: Neidhardt sei deshalb geeignet, weil er größere Forschungsprojekte geleitet habe und »sich in seiner gesamten Wissenschaftslaufbahn Tätigkeiten in Leitungsfunktionen« fänden. Außerdem unterhalte er »wissenschaftliche Kontakte sowohl in das westliche als auch in das östliche Ausland« und habe »der ersten Delegation westdeutscher Soziologen« angehört, »die 1983 im Rahmen des Kulturaustauschs die VR China« besucht hätten. Ferner sei er auch darum bemüht gewesen, Kontakte zu den Sozialwissenschaftlern der DDR zu knüpfen.<sup>682</sup>

Mayntz und Scharpf unterstützten insbesondere Kolleginnen und Kollegen, die »auf höchst fruchtbare Weise empirische Forschung mit anspruchsvollen theoretischen Erkenntnisinteressen« verbanden und die sie auch persönlich kannten, entweder über die gemeinsame Mitgliedschaft in Fachverbänden oder über Gastaufenthalte am MPIfG. Das gilt etwa für die Berufung Helmut Wiesenthals auf die S-Professur »Systeme gesellschaftlicher Interessenvermittlung« am Fachbereich Sozialwissenschaften der HU zu Berlin. Denn aufgrund der

Wertschätzung der Person und seiner Leistungen haben wir der Max-Planck-Gesellschaft seinerzeit vorgeschlagen, ihn mit dem Aufbau und der Leitung einer Arbeitsgruppe an der Humboldt-Universität zu betrauen, die sich zentral mit Systemen gesellschaftlicher Interessenvermittlung im Transformationsprozeß in Ostdeutschland befassen sollte. Diese Aufgabe hat Herr Wiesenthal bis heute überzeugend gemeistert. Die Gruppe ist arbeitsfähig und hat sogar schon eine Reihe von Arbeitsergebnissen vorgelegt.<sup>683</sup>

Dass Mayntz Sachlichkeit vor persönliche Erfahrung stellte, zeigte sich auch an ihrer Empfehlung für die Berufung eines geeigneten Kandidaten auf eine C3-Professur für sozialwissenschaftliche Wissenschafts- und Technikforschung an der Bielefelder Universität, um die Peter Weingart sie im Juni 1991 gebeten hatte. Zur Debatte standen Wolfgang Krohn und Rudolf Stichweh. Letzteren kannte Mayntz als langjährigen Forschungsstipendiaten am MPIfG – und lobte zwar dessen analytische Fähigkeiten und gute Beobachtungsgabe, sprach sich jedoch für

---

682 Kopie der Empfehlung der Findungskommission für die Nachfolge von Prof. Dr. Wolfgang Zapf als wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), 25. 10. 1993, Bl. 1–6, hier: Bl. 4–5, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 3.

683 Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf an Friedhelm Neidhardt, 23. 03. 1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 4.

Krohn aus, weil dieser in der Technikforschung sowie der Technikfolgen- bzw. Risikoforschung besser ausgewiesen sei.<sup>684</sup>

Auch Scharpf sprach Empfehlungen für Listenreihungen und Berufungen auf Professuren aus, etwa auf Anfrage von Wolfgang Schluchter vom Heidelberger Institut für Soziologie, der Scharpf um eine Einschätzung der Kandidatin Helma Flam bat, die auf eine C3-Professur für Soziologie berufen werden sollte. Scharpf kannte Flam seit ihrem Gastaufenthalt am MPIfG 1986/87 und meinte, dass »Frau Mayntz und ich [...] von ihrer Arbeit so beeindruckt [waren], daß wir für sie anschließend ein zweijähriges Max-Planck-Stipendium beantragten«. Er empfahl ihre Berufung ohne jede Einschränkung.<sup>685</sup> Auch Jens Alber empfahl er im Mai 1993 gegenüber dem Dekan der WiSo-Fakultät der Universität zu Köln. Alber sollte auf eine C4-Professur für Soziologie berufen werden.<sup>686</sup>

In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren gutachtete Mayntz mehrere Male für die Volkswagenstiftung, mit der sie in Kontakt stand, weil diese das Kölner sozialwissenschaftliche Graduiertenkolleg finanzierte. Dabei lehnte sie wiederum solche Anträge ab, die wenig konkrete Fragestellungen aufwiesen und von denen sie keinen Zuwachs an empirischem oder theoretischem Wissen erwartete. Das galt auch für Anträge, die den Eindruck machten, der Antragsteller oder die Antragstellerin sei über den Forschungsstand nicht ausreichend informiert.<sup>687</sup> Auch Scharpf fungierte als Gutachter für diese Stiftung und setzte dabei ähnliche Kriterien wie seine Kollegin an.<sup>688</sup> Mayntz sprach auch Empfehlungen für Anträge aus, die im Rahmen der von der DFG betreuten Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gestellt wurden, weil sie bereits an der ersten Runde des Wissenschaftler-Integrations-Programms beteiligt gewesen war. »Der Integrationsausschuß hat Ende November alle Ihre Empfehlungen übernommen und entsprechende Förder- bzw. Ablehnungsentscheidungen getroffen«, hieß es in einer Mitteilung von Manfred Nießen an Mayntz.<sup>689</sup> Nun ging es darum, Mittel für weitere Projekte zu vergeben. Sie zeigte sich bereit, die entsprechenden Empfehlungen abzugeben.<sup>690</sup>

---

684 Renate Mayntz an Peter Weingart, 18.06.1991, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12. Bei der angeforderten Empfehlung für die Listenreihung der drei Bewerber Gerhardt, Nedelmann und Giesen auf die Wiederbesetzung der Professur von M. Rainer Lepsius an der Universität Heidelberg argumentierte Mayntz ebenfalls nach sachlichen Gesichtspunkten. Siehe Renate Mayntz an Volker Lenhart, 26.01.1993, Bl. 1–3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

685 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Schluchter, 28.06.1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

686 Fritz W. Scharpf an G. Voppel, 26.05.1993, Bl. 1–3, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

687 Renate Mayntz an Bruno Zimmermann, 25.10.1989, Bl. 1–2; Renate Mayntz an Helga Junkers, 04.12.1989, Bl. 1–2; Renate Mayntz an Helga Junkers, 05.06.1990, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 11; Renate Mayntz an Helga Junkers, 12.11.1992, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12.

688 Fritz W. Scharpf an Helga Junkers, 03.02.1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 11.

689 Manfred Nießen an Renate Mayntz, 18.03.1992, Bl. 1–4, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 4.

690 Renate Mayntz an Manfred Nießen, 06.04.1992, Bl. 1–3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 4.

Scharpf war Gutachter von DFG-Anträgen, was für die Jahre 1993–1995 belegt ist. 1993 bat ihn Helga Hoppe von der DFG um eine Stellungnahme zu einem Projektantrag von Helmut Willke, den Scharpf zur Förderung empfahl, auch wenn er nicht hundertprozentig überzeugt war.<sup>691</sup> Im August 1993 unterstützte er die Verleihung des Humboldt-Forschungspreises an Rogers Hollingsworth gegenüber der Auswahlabteilung der Alexander von Humboldt-Stiftung uneingeschränkt.<sup>692</sup> Auch Johannes Weyers Zwischenbericht über den Verlauf seines Heisenberg-Stipendiums evaluierte Scharpf im September 1994 positiv und freute sich über die Erweiterung von dessen Forschungsfokus auf theoretische Fragestellungen. Dies sei der Grund, weshalb Mayntz und er sich entschlossen hätten, »Herrn Weyer einen Gastaufenthalt an unserem Institut anzubieten«.<sup>693</sup> Einen DFG-Projektantrag evaluierte Scharpf 1995 zwar positiv, ließ die DFG aber wissen, dass sich seine Begeisterung dennoch in Grenzen halte, weil

hier ein kompetenter Mainstream-Forschungsansatz auf einen Problembereich angewandt wird, in welchem die Hintergrund-Bedingungen für die untersuchten Fragestellungen nicht oder jedenfalls nicht in gleicher Weise gegeben sind, wie dies bei Untersuchungen im nationalen Rahmen unterstellt werden kann.<sup>694</sup>

*Gremien- und Kommissionsarbeit auf internationaler Ebene:* Für Scharpf nennt der Jahresbericht von 1986 Mitgliedschaften im Joint Committee on Western Europe des Social Science Research Council und des American Council of Learned Societies, in der Study Group on Community Strategy bei der Europäischen Kommission sowie der Advisory Group for the Study of Power and Democracy in Sweden.<sup>695</sup> Das erste Halbjahr 1987 verbrachte er am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences an der Stanford University, wo er einen Forschungsaufenthalt absolvierte.<sup>696</sup> Der Tätigkeitsbericht von 1988 führt auch einige internationale Mitgliedschaften von Mayntz an: Sie wurde im Berichtszeitraum Mitglied des Programme Committee der International Political Science Association, Council Member der Academia Europaea, Mitglied des Executive Board beim IPSA Research Committee »Structure and Organization of Government« (SOG) und des wissenschaftlichen Beirats von dessen Zeitschrift *Interdisciplinary Science Reviews*. Weiter wurde sie in die Redaktionsleitungen der Zeitschriften *Governance* und *Organization Studies* berufen.<sup>697</sup> Bei Scharpf kamen in diesem Jahr keine neuen Ämter dazu.

---

691 Fritz W. Scharpf an Helga Hoppe, 24.08.1993, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

692 Fritz W. Scharpf an Gräfin Alegiani, 11.08.1993, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

693 Fritz W. Scharpf an Helmut Engelhard, 09.09.1994, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 11.

694 Fritz W. Scharpf an Helga Hoppe, 09.02.1995, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 12.

695 MPIfG, Jahresbericht 1986, 43–44.

696 MPIfG, Report 1987, 6.

697 MPIfG, Report 1988, 57.

Der Tätigkeitsbericht von 1989/90 führte nebst den Betätigungen von Mayntz und Scharpf – der als Mitglied des Advisory Panel des German Marshall Fund in Bonn genannt wird<sup>698</sup> – die internationale Gremienarbeit von Jens Alber auf, der in die Herausgebergremien der Zeitschriften *European Sociological Review* und *Journal of European Social Policy* gewählt wurde. Mayntz' und Scharpfs Mitgliedschaften und Funktionen in internationalen Gremien und Kommissionen blieben bestehen, bis auf den Umstand, dass Scharpf Mitglied des Beirats der Academia Europaea wurde.<sup>699</sup> Im Berichtszeitraum 1991/92 wurde Scharpf zum Mitglied im Advisory Board des Centre for European Studies am Nuffield College der Oxford University berufen.<sup>700</sup> Bei Mayntz kam in den Jahren 1993–1994 die Mitgliedschaft in der Sektion »Structure and Organization of Government« der International Political Science Association und diejenige im Committee of Political Sociology der ISA hinzu. Edgar Grande wurde in die Redaktionsleitung des *Journal of European Public Policy* berufen, Scharpf wurde Externes Mitglied im Auswahlgremium für den Lehrstuhl für Public Policy des EUI.<sup>701</sup>

Die gesichteten Quellenbestände geben keinen Aufschluss darüber, ob Mayntz Gutachten für englischsprachige Zeitschriften verfasste oder in Fachbeiräten oder Herausgebergremien solcher Zeitschriften saß. Eine Anfrage von Aynsley Kellow von der School of Social Sciences an der Deakin University im Juni 1986, der Redaktionsleitung der »Deakin Monograph Series in Public Policy and Administration« beizutreten, lehnte sie wegen ihrer knappen Zeit ab.<sup>702</sup> Sie sprach aber auf Anfrage Empfehlungen für ihr bekannte amerikanische Sozialwissenschaftler aus. Im November 1990 beschrieb sie Gene Rochlin, der Mayntz seit 1986 im Zusammenhang mit der internationalen Arbeitsgruppe zu großen technischen Systemen bekannt war, als »an original mind, [...] imaginative thinker, and good scientific observer« und empfahl ihn John P. Holdren von der Energy and Resources Group an der University of California.<sup>703</sup> Für den German Marshall Fund of the United States sprach sie 1990 Empfehlungen oder Ablehnungen zu den Bewerbungen dieses Jahres aus.<sup>704</sup> Auf Anfrage George W. Breslauer vom Department of Political Science an der University of California, Berkeley, empfahl sie im Oktober 1994 auch Todd La Porte, den Mayntz von Arbeitskooperationen kannte und der auch Gast am MPIfG gewesen war.<sup>705</sup> Scharpf dagegen gutachtete für internationale, meist amerikanische sozialwissenschaftlich-politologische Zeitschriften, etwa für das *Journal of Theoretical Politics*.<sup>706</sup>

---

698 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 84–85.

699 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 84–85.

700 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 78.

701 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 153–54.

702 Renate Mayntz an Aynsley Kellow, 22.06.1989, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7.

703 Renate Mayntz an John P. Holdren, 16.11.1990, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7.

704 Renate Mayntz an David Kramer, 05.02.1990, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 11.

705 Renate Mayntz an George W. Breslauer, 31.10.1994, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

706 Fritz W. Scharpf an Elinor Ostrom, 06.10.1994, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 11.

Nationale und internationale Gremienarbeit hielten sich bei Mayntz und Scharpf im Zeitraum 1986–1995 in etwa die Waage. Allerdings waren die Direktoren in den Jahren 1989–1993/94 häufiger in nationalen Gremien und Kommissionen vertreten als in internationalen, was durch ihr Engagement bei der Integration des ostdeutschen Forschungssystems ins westdeutsche bedingt war. Von zentraler Bedeutung auf internationaler Ebene waren neben der Aufrechterhaltung der transatlantischen epistemischen Verbindung Aktivitäten in Gremien, die auf eine europäische Integration abzielten. Die Mitwirkung beim Aufbau der *Academia Europaea* war Mayntz' letztes aktives Engagement in der europäischen Wissenschaftspolitik. Als relevant sah sie diese Arbeit deshalb an, weil eine solche Institution »angesichts der wachsenden Verlagerung forschungspolitischer Kompetenzen auf die Ebene der EU« ihrer Ansicht nach doch eine »Voraussetzung dafür wäre, auch auf europäischer Ebene ein autonomiesicherndes Gegengewicht in Gestalt wissenschaftlicher Selbstverwaltungsinstanzen zu etablieren«. Gerade dies jedoch habe die *Academia Europaea* in den ersten Jahren wegen Finanzierungsproblemen nicht leisten können.<sup>707</sup>

Im Kontext der von der MPG-Generalverwaltung geforderten Stärkung von internationalem Austausch und internationaler Kooperation erstellten Mayntz und Scharpf 1991 einen »Auslandsbericht«. Darin schrieben sie, dass »Projekte mit ausländischen Forschungseinrichtungen, die mit gemeinsamen Publikationen abgeschlossen werden sollen bzw. die von dritter Seite finanziert wurden«, im Berichtszeitraum 1991 am Kölner Institut nicht existierten. Dagegen seien zwei internationale Veranstaltungen abgehalten worden: erstens der oben erwähnte Workshop im Rahmen des Kölner Graduiertenkollegs unter der Leitung von James S. Coleman, zweitens die von Scharpf organisierte Tagung »Games in Hierarchies and Networks« vom 5. bis 7. September 1991,<sup>708</sup> deren Ergebnisse 1993 in einem Sammelband der Institutsreihe publiziert wurden.<sup>709</sup> Die beiden Direktoren betonten weiter, dass sich »im Rahmen der internationalen Ausrichtung der Forschungsprojekte laufend ausländische Wissenschaftler zu kürzeren Aufenthalten im Institut« aufhielten und sie auch »häufig ausländische Gäste zu Vorträgen, Workshops und Konferenzen« ans MPIfG einladen würden. Außerdem schickten sie Doktoranden und Postdoktorandinnen des Instituts auch auf Forschungsaufenthalte ins Ausland, so Andreas Ryll, der die Zeit von September 1991 bis September 1992 als »John F. Kennedy Fellow« am Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University verbrachte.<sup>710</sup> 1992–1993 hielt sich dann auch Susanne Lütz an dieser Institution auf. Beide Forschungsaufenthalte wurden durch den Kontakt von Mayntz und Scharpf zu Guido Goldman, dem Direktor des Forschungszentrums, ermöglicht.<sup>711</sup> Im November 1993 schickte Scharpf einen Brief an

---

707 Mayntz, „Eine sozialwissenschaftliche Karriere“, 291.

708 MPIfG, die Direktoren Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf, Auslandsbericht 1991, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 21.

709 Scharpf, *Games in Hierarchies*.

710 MPIfG, die Direktoren Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf, Auslandsbericht 1991, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 21.

711 Renate Mayntz an Guido Goldman, 24. 06. 1992, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12; Fritz W. Scharpf an Guido Goldman, 06. 12. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

Peter Hall, der ebenfalls am Center for European Studies arbeitete, und teilte ihm mit, dass Mayntz und er über eine engere Kooperation zwischen dem MPIfG, Charles Sabel vom MIT und dem Harvard-Zentrum für Europäische Studien nachdenken würden und Scharpf u. a. zu diesem Zweck New York und Cambridge, MA, einen Besuch abstatten werde.<sup>712</sup> Scharpf kooperierte auch mit dem Robert Schuman Centre for Advanced Studies am EUI. 1994 akzeptierte er eine Einladung zu einem Forschungsaufenthalt am EUI, den er im März 1995 begann. Im August 1995 teilte ihm Patrick Masterson mit, dass er vom High Council of the European University Institute zum Mitglied des Forschungsrats des EUI ernannt worden sei, was Scharpf auch annahm.<sup>713</sup> Auch Mitglieder des EUI besuchten das MPIfG und hielten dort Vorträge oder boten Lehrveranstaltungen an, etwa Gunther Teubner, dessen Seminar in Köln Scharpf im September 1993 ankündigte.<sup>714</sup>

Demnach bestanden formelle und informelle Forschungsk Kooperationen mit führenden sozialwissenschaftlichen Institutionen in Deutschland, Europa und den Vereinigten Staaten. Dabei handelte es sich meist um Forschergruppen, die sich regelmäßig trafen und Konferenzen und Workshops organisierten, aus denen dann Publikationen hervorgingen. Mit anderen MPI bestanden dagegen nur ganz wenige Kooperationen. Dass das MPIfG zusammen mit Franz Weinert vom MPI für psychologische Forschung eine Konferenz über die »Evaluation wissenschaftlicher Leistungen und die kognitive Struktur wissenschaftlicher Disziplinen« organisierte (7. November 1990),<sup>715</sup> muss als Ausnahme angesehen werden und hatte wohl damit zu tun, dass Weinert einen empirisch-analytischen Ansatz in der Psychologie verfolgte, der mit dem der beiden MPIfG-Direktoren kompatibel war. Im Gespräch mit dem Verfasser dieser Studie betonten beide, dass die kaum existierende Kooperation mit anderen MPI keine für das MPIfG spezifische Situation war, vielmehr gab es generell wenig Kooperationsformen zwischen den einzelnen MPI. Als Grund hierfür nannte Mayntz das Planeten- oder Inseldasein der MPI, aus dem heraus zwar keine Konkurrenzsituation erwuchs, das aber bewirkte, dass Kooperationen untereinander für die eigene Forschungsarbeit kaum notwendig erschienen.<sup>716</sup>

*Ehrungen und Preise:* Die Direktoren und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhielten zahlreiche Ehrungen, Berufsangebote und Preise, nachdem das MPIfG nach der Aufbauphase national und international bekannt geworden war und eine hohe wissenschaftliche Reputation erlangt hatte. Im Mai 1989 fragte die ETH Zürich Mayntz, ob sie für die Besetzung des Lehrstuhls für Soziologie in Frage käme. Sie lehnte diese Professur »bei aller Würdigung ihrer inhä-

---

712 Fritz W. Scharpf an Peter Hall, 18. 11. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

713 Fritz W. Scharpf an Yves Mény, 10. 06. 1994; Patrick Masterson an Fritz W. Scharpf, 31. 08. 1995, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 17.

714 Memo von Fritz W. Scharpf an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter im Hause, 15. 09. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

715 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 57.

716 Gespräch zwischen Fabian Link und Renate Mayntz, MPIfG, 18. 05. 2020, 14–15 Uhr, Bl. 3; Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07. 05. 2020, 14–15 Uhr, Bl. 2.

renten Attraktivität« ab, denn sie habe »erst vor wenigen Jahren dieses neugegründete Max-Planck-Institut übernommen« und fühle sich dieser »Aufgabe [...] aufs engste verbunden«. <sup>717</sup> Auch eine ihr von Manfred E. A. Schmutzer vom Institut Technik und Gesellschaft in Wien im Dezember 1989 angetragene Gastprofessur lehnte sie ab, weil das Jahr 1990 schon verplant sei und sie für 1991 »bereits eine ähnliche (aber mit sehr viel weniger Lehrverpflichtungen verbundene) Einladung an die Universität Turin angenommen« habe. <sup>718</sup> 1990 erhielt Mayntz das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, <sup>719</sup> im selben Jahr wurde ihr der Arthur-Burkhardt-Preis für ihre Arbeit verliehen. <sup>720</sup> Der Tätigkeitsbericht von 1993/94 führte zudem Edgar Grande auf, der im Juni 1993 zum »Visiting Fellow« des European Public Policy Institute der University of Warwick ernannt worden war, und gab an, dass Grande und Volker Schneider am 15. Januar 1993 der 3. Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze des Zeitschriftenjahrgangs 1991 verliehen worden sei. Susanne Lütz erhielt dem Bericht zufolge 1993 die Otto-Hahn-Medaille der MPG für ihre Dissertation. <sup>721</sup>

### 3.8 Die Integration des Forschungssystems der ehemaligen DDR ins westdeutsche Wissenschaftssystem

Die in den Kapiteln 2.1 und 3.1 herausgearbeitete epistemische Haltung der beiden Gesellschaftsforscher war auch richtungsweisend für ihre Tätigkeit als Direktoren des MPIfG. Zu dieser an Wertneutralität und einer empirisch-analytischen Herangehensweise an soziologische und politologische Gegenstände orientierten Haltung <sup>722</sup> gehörte auch die kritische Distanz zur Tagespolitik. Im März 1987 machte Mayntz dies ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern deutlich, als die Frage aufkam, ob das MPIfG »im Zusammenhang mit der Diskussion um die Volkszählung öffentlich Stellung nehmen wird«. In ihrem Memorandum brachte sie zum Ausdruck, dass dies nicht erfolgen werde, denn Scharpf und sie verfolgten gemeinsam die Strategie, »das Institut aus allen tagespolitischen Auseinandersetzungen herauszuhalten und zu vermeiden, daß es mit irgendeiner politischen Gruppierung oder Interessengruppe« identifiziert würde. Nur Unvoreingenommenheit und politische Neutralität würden »langfristig den Zugang zu unseren Untersuchungsfeldern« garantieren. <sup>723</sup> Politikern einer bestimmten politischen Richtung direkte Anleitung zur Behebung von gesellschaftlichen Missständen an die Hand zu

---

717 Renate Mayntz an H. Bretscher, 23.05.1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 7.

718 Renate Mayntz an Manfred E. A. Schmutzer, 22.12.1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 8.

719 Der Bundespräsident, Verleihungsurkunde in Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste verleihe ich Frau Professor Dr. Renate Mayntz Köln das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, den 23. Mai 1990, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 210; Renate Mayntz an Meinhard Ade, 25.04.1990, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 11.

720 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 90.

721 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 155.

722 Siehe beispielhaft Fritz W. Scharpf an Marie Theres Fögen, 13.05.1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

723 Memo Renate Mayntz an alle Mitarbeiter des Instituts, 11.03.1987, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 16.

geben, sei nicht Aufgabe des MPIfG. Das Erkenntnisziel liege vielmehr »in der analytischen Durchdringung kausaler Zusammenhänge«, denn, so Mayntz im Dezember 1989, »Sozialwissenschaft ist, wie alle Wissenschaften, empirisch-analytisch«. <sup>724</sup> Als sich die DDR 1989 selbst aufzulösen begann und Mayntz und Scharpf als sozialwissenschaftliche Experten darum gebeten wurden, an der Integration des ostdeutschen außeruniversitären und später auch des universitären Systems ins westdeutsche Wissenschaftssystem mitzuarbeiten, sahen sich beide Gesellschaftsforscher mit einer Art von Wissenschaft konfrontiert, die normativ auf den Marxismus-Leninismus ausgerichtet war, demnach also von politischen Zielsetzungen bestimmt war, und die Aufgabe hatte, ein Wissen zu generieren, das innerhalb des vorgegebenen politisch-ideologischen Rahmens praktisch verwendet werden konnte. <sup>725</sup> Mayntz versuchte, die Wissenschaften der DDR möglichst unvoreingenommen zu bewerten, und urteilte diese nicht von vornherein als »Pseudowissenschaften« ab. Gegenüber Mitchell G. Ash versicherte sie im Mai 1992, dass nicht alle westdeutschen Wissenschaftspolitiker und wissenschaftlichen Experten »die ostdeutsche Forschungslandschaft als Wüste bezeichnet« hätten; »[...] nur der MPG-Präsident Zacher hat unglückseligerweise dieses Bild einmal gebraucht«. <sup>726</sup> Im Zuge des Programms »Aufbau Ost« gründete die MPG Arbeitsgruppen und neue Institute, wie 1993/94 das MPI für Wissenschaftsgeschichte (MPIWG). Gretchen Vogel beschreibt dies retrospektiv als Erfolg, macht aber auch deutlich, dass die sieben Jahre, in denen 20 »Outposts« der MPG in den neuen Bundesländern gegründet wurden, ein steiniger Weg waren. <sup>727</sup> Diesen Weg hatten Mayntz und Scharpf geebnet.

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften, die spätere AdW, wurde 1946 zunächst als Gelehrten-gesellschaft gegründet und wuchs »bis 1989 zu einer Trägerorganisation mit 60 Forschungsinstituten heran«. <sup>728</sup> Dass nebst anderen Institutionen auch die MPG unter Rekurs auf die Evaluationsergebnisse des Wissenschaftsrats um eine Prüfung gebeten wurde, ob und wenn ja wie die AdW-Institute und deren Personal in ihre Strukturen integriert werden konnten, lag u. a. daran, dass die ostdeutsche Akademie ähnlich der MPG nahezu alle natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen abdeckte und dabei zwar auf ökonomische Nützlichkeit verpflichtete Forschung, in Teilen aber auch Grundlagenforschung betrieb. <sup>729</sup> Wie Ash darlegt, handelte es sich bei den »massenhaften Entlassungen an den Hochschulen der NBL [neuen Bundesländer, d. V.] und der Auflösung von Instituten der AdW« im Wesentlichen »nicht um politische Säuberungen im engeren Sinne, sondern um die Folgen strukturpolitischer Festlegun-

---

724 Renate Mayntz an Harald Binder, 15. 12. 1989, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

725 Mayntz, »Nützliche Grundlagenforschung?«, 165–66.

726 Renate Mayntz an Mitchell G. Ash, 04. 05. 1992, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 3. Vgl. Ash, *Die MPG im Kontext*, 65.

727 Vogel, »Aufbau Ost«, 788.

728 Mayntz, »Nützliche Grundlagenforschung?«, 166.

729 Mayntz, 166–67.

gen, die im Bereich von ›policy‹ getätigt wurden.<sup>730</sup> Nach Ash dauerte diese Integrationsphase bis Ende 1994 bzw. Anfang 1995, als der »Zukunftsminister« Jürgen Rüttgers sein Amt antrat, ein neu zusammengesetztes Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie gegründet wurde sowie etwa zeitgleich die MPG ihre Leitung neu strukturierte und mit Hubert Markl ein Wissenschaftler zum MPG-Präsidenten gewählt wurde, der eine neue wissenschaftspolitische Ära einleitete.<sup>731</sup> Begonnen hatte die Integrationsphase mit der »Vereinbarung eines umfangreichen hochschulpolitischen Sonderprogramms durch Bund und Länder« Ende Dezember 1989, das Investitionen von mehreren Milliarden DM für einen Zeitraum von zehn Jahren vorsah und in der ersten Hälfte des Jahres 1990 an Fahrt gewann.<sup>732</sup> Dabei war klar, dass aufgrund der Sachlage, dass in der DDR dreimal so viele Personen in der außeruniversitären Forschung beschäftigt waren wie in der Bundesrepublik, das Personal im außeruniversitären Forschungssektor drastisch reduziert werden musste.<sup>733</sup> Nur ein kleiner Teil des entlassenen AdW-Personals wurde wieder eingestellt.<sup>734</sup> Ash weist darauf hin, dass ein wichtiger Mechanismus bei der Frage, wer wieder eingestellt wurde und wer nicht, in den informellen Gesprächen zwischen MPG und AdW bestand, durch die bereits existierende Forschungsk Kooperationen einzelner Gruppen und Wissenschaftler gestärkt werden sollten. Im Januar 1990 unterstützte auch der Bund diese Präferenz der MPG-Leitung für Einzelkooperationen.<sup>735</sup> Im Frühjahr 1990 setzte sich der Plan durch, Projekt- oder Nachwuchsgruppen ausgewählter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der ehemaligen DDR einzusetzen, aus denen dann womöglich neue MPI entstehen könnten.<sup>736</sup>

Dass Mayntz als sozialwissenschaftliche Expertin den wissenschaftspolitischen Integrationsprozess erforschen und beraten sowie Orientierungshilfe für ins westdeutsche Forschungssystem einzugliedernde Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der ehemaligen DDR bieten sollte, hing mit ihrer Expertise in Wissenschaftssoziologie und wissenschaftspolitischer Steuerung zusammen. Hinzu kam, dass Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank das außeruniversitäre Forschungssystem der Bundesrepublik eingehend erforscht und in ihrem Buch *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem* beschrieben hatten. Just dieses Buch schenkten Mayntz und Scharpf dem neuen MPG-Präsidenten Zacher zu dessen Amtsantritt. Zudem war Mayntz wie auch Zacher Mitglied der »Präsidentenkommission DDR«. In der Senatssitzung vom 15. März 1990 wurde dann auch Minister Heinz Riesenhuber auf Mayntz' Expertise in der Wissenschaftsforschung aufmerksam. Wie Ash hervorhebt, war sie eine derjenigen MPG-Wissen-

---

730 Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 12.

731 Ash, 14–15, 47.

732 Ash, 20–21.

733 Ash, 33.

734 Kocka, „Einleitung“, 8.

735 Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 53, 55.

736 Ash, 63, 75–76.

schaftlerinnen, die am intensivsten am Vereinigungsprozess auf wissenschaftspolitischer Ebene beteiligt waren.<sup>737</sup>

Mayntz unterhielt informelle Kontakte zur AdW und kooperierte mit einzelnen Wissenschaftlern, die sie auch ans MPIfG einlud. Am 3. September 1990 schrieb sie Obermedizinalrat Horst Klinkmann, dem Präsidenten der AdW, einen Brief und fragte ihn, ob sie ihn einmal in Berlin besuchen und für zwei Stunden interviewen dürfe. Mayntz und Klinkmann hatten sich auf der Jahresversammlung der Academia Europaea in Straßburg getroffen. Sie sei

für alle Unterlagen dankbar, die Sie mir in Sachen Umstrukturierung der AdW zugänglich machen können und wollen. Gerade dieser Tage habe ich zum ersten Mal ein Exemplar der Akademie-Nachrichten ANA in die Hand bekommen. Wäre es möglich, mich auf den Verteiler dieses Informationsdienstes zu setzen? Frühere Nummern werde ich sicher bei der MPG einsehen können.<sup>738</sup>

Diese Zusammenarbeit verlief in freundschaftlicher Atmosphäre. Auch an den Sitzungen des Wissenschaftsrats wollte Mayntz als Beobachterin teilnehmen, war jedoch nicht immer erwünscht.<sup>739</sup> Im September 1991 berichtete sie dem MPG-Präsidenten Zacher, dass das MPIfG im Berichtsjahr mehrere Gäste aus Ostdeutschland beherbergt habe: Zurzeit arbeite für ein Jahr »eine Wissenschaftlerin von der Humboldt-Universität auf Grundlage eines Thyssen-Stipendiums« bei ihnen. Gemeint war die Politökonomin Yvonne Erdmann, die an der HU zu Berlin beschäftigt gewesen war. Für Mayntz war die Expertise Erdmanns insofern wichtig, als diese »wertvolle Kenntnisse über das Gesundheitssystem in der ehemaligen DDR« besitze und das MPIfG »deshalb bei unserer geplanten Analyse des Wandels des Gesundheitssystems in den neuen Bundesländern zu einem kassenärztlichen System unterstützen« könne.<sup>740</sup> Nicht zuletzt sei es mit Unterstützung des MPIfG gelungen, dass ein Ostberliner Kollege bei der DFG erfolgreich einen Antrag gestellt hätte, mit dem er sich selbst und zwei weiteren Nachwuchswissenschaftlern aus Ostberliner Einrichtungen »auf zwei Jahre eine wissenschaftliche Beschäftigung zu geben« vermocht hätte.<sup>741</sup> Beim Antragsteller handelte es sich wahrscheinlich um Werner Meske, der das Projekt »Funktionsweise und Erfolgsbedingungen industriesoziologischer Forschung an der AdW der DDR« leitete, bei dem auch der Soziologe Jochen Gläser mitarbeitete.<sup>742</sup> Dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziologie der DDR, Hansgünter Meyer, versicherte Mayntz Ende August 1990, dass ihn das MPIfG während seines »vom DAAD finanzierten Aufenthalts in der Bundesrepublik gerne wieder« beherberge: »Wir können Ihnen einen

---

737 Ash, 270–71.

738 Renate Mayntz an Horst Klinkmann, 03.09.1990, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 1.

739 Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 271.

740 Renate Mayntz an Rudolf Kerscher, 04.03.1991, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12.

741 Renate Mayntz an Hans F. Zacher, 06.09.1991, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 12.

742 Renate Mayntz an Burkart Philipp, 24.03.1993, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

Arbeitsplatz in unserer Bibliothek anbieten, wo Sie vermutlich auch das letzte Mal schon saßen.« Dieses Mal würde sie mehr Zeit für Gespräche mit ihm haben: »Da ich mich inzwischen selber mit dem Umstrukturierungsprozeß in der Forschung der DDR beschäftige, freue ich mich auf die Gelegenheit zu einem Informationsaustausch.«<sup>743</sup> Darüber hinaus betreute das MPIfG von 1992 bis 1996 die von Helmut Wiesenthal geleitete Arbeitsgruppe »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« an der Berliner HU. Wiesenthal war zwar ein westdeutscher Sozialwissenschaftler, wurde jedoch in dieser Zeit zum Experten für den Wissenschaftswandel in der ehemaligen DDR. 1994 wurde er auf die Professur für Systeme gesellschaftlicher Interessenvermittlung am Institut für Sozialwissenschaften der HU Berlin berufen.<sup>744</sup>

Auch Scharpf war am Integrations- und Einigungsprozess auf der Ebene außeruniversitärer Forschungsinstitute beteiligt. Als Vertreter der MPG hatte er zusammen mit Hans Günter Hockerts und Jürgen Kocka die ausgesprochen arbeitsaufwendige Aufgabe, die Arbeit der zeit-historischen AdW-Institute und ihrer Wissenschaftler zu evaluieren, Empfehlungen darüber auszusprechen, ob bestimmte Forschungsfelder weitergeführt werden sollten oder nicht, und Vorschläge für die Platzierung einzelner Wissenschaftler in der MPG, in neuen Einrichtungen oder an den Universitäten zu machen. Scharpf riet nach eingehender Beratung mit Hockerts und Kocka davon ab, eine Überprüfung der politischen Tätigkeit der AdW-Wissenschaftler vorzunehmen, außer im Falle eindeutiger Ausschlussgründe, etwa einer Zusammenarbeit mit dem ostdeutschen Staatssicherheitsdienst (Stasi). Er meldete verfassungsrechtliche Skrupel aufgrund einer befürchteten Ungleichbehandlung an und votierte für eine Überprüfung nach rein wissenschaftlichen Kriterien.<sup>745</sup> In seiner Funktion als zuständiges Mitglied der Präsidentenkommission »Geisteswissenschaften« war er 1991 auch Teil des Beratergremiums für den Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien (ab 1996 Zentrum für Zeithistorische Forschung), das spätere Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF).<sup>746</sup> Aufgabe dieses Zentrums sollte u. a. die Erforschung der Geschichte der SBZ und der DDR sein.<sup>747</sup>

In den Tätigkeitsberichten des MPIfG ab 1989/90 bildete die Umstrukturierung bzw. Integration des ostdeutschen außeruniversitären Forschungssystems ins westdeutsche einen eigenen Forschungsschwerpunkt. Das erste in den Berichten genannte Projekt hieß »Die Umstrukturierung der außeruniversitären staatlich finanzierten Forschung in der bisherigen DDR« und wurde von Mayntz und dem Doktoranden Hans-Georg Wolf bearbeitet. Mayntz sah eine seltene Chance für die Gesellschaftswissenschaften,

---

743 Renate Mayntz an Hansgünter Meyer, 23.08.1990, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 2.

744 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 79, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 331.

745 Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 154.

746 Siehe <https://zzf-potsdam.de/de/institut/geschichte> (abgerufen: 08.05.2022, 13:36 Uhr).

747 Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 103, Fn. 373, 154.

Prozesse eines rapiden Institutionenwandels in einer hoch entwickelten Gesellschaft nicht erst im Nachhinein zu rekonstruieren, sondern in ihrem Ablauf zu beobachten. Diese Möglichkeit zur »Begleitforschung« erlaubt wegen des unmittelbaren Zugangs zum Geschehen eine größere empirische Tiefenschärfe und höhere Validität der Aussagen. Außerdem bietet sie die Gelegenheit, die Tragfähigkeit von Erklärungsansätzen zu prüfen, die sich aus den Ergebnissen der bisher im Institut durchgeführten Untersuchungen zum bundesdeutschen Forschungssystem ableiten lassen.<sup>748</sup>

Im Vereinigungsprozess auf Ebene der außeruniversitären Forschung erblickte sie demnach eine Möglichkeit, die Tragfähigkeit von generalisierbaren Erklärungsansätzen zu prüfen. Die Datenerhebung für dieses bis Ende September abzuschließende Projekt habe im August 1990 begonnen und aus dem Sammeln von Dokumenten, der Durchführung von Experteninterviews und teilnehmender Beobachtung bestanden. Im November sei die Materialsammlung auch auf die Ebene der einzelnen »von der Umstrukturierung betroffenen Forschungsinstitute ausgedehnt« worden.<sup>749</sup>

Im Berichtszeitraum 1991/92 kam ein eigenes Projekt von Wolf dazu, das methodisch an die eben erwähnte Untersuchung anschloss und 1994 beendet sein sollte: »Die Institute der AdW und ihr Entwicklungsweg im Zuge der deutschen Vereinigung«. Ziel der Untersuchung sei, »Faktoren zu benennen und ihre Bedeutung zu werten, die für den unterschiedlichen ›institutionellen Erfolg‹ der Forschungseinrichtungen verantwortlich sind.«<sup>750</sup> Scharpf und Andreas Stucke hatten in der Zwischenzeit ebenfalls eine Untersuchung begonnen, »Der Aufbau des Forschungssystems in den fünf neuen Ländern: Rückwirkungen auf die gesamtdeutsche Wissenschaftspolitik«, in der die »Herausforderungen für die Zukunft des kooperativen Föderalismus in der Wissenschaftspolitik«, die aus dem Beitritt der fünf neuen Länder resultierten, in den Blick genommen werden sollten. Herausfordernd war diese Konstellation deshalb, weil »die disparaten Lebensverhältnisse zwischen den west- und ostdeutschen Bundesländern einerseits, [sic] und innerhalb der Gruppe der westdeutschen Bundesländer andererseits, [sic] ein konzentriertes, solidarisches Vorgehen aller Länder erschweren.«<sup>751</sup>

Die Datengrundlage dieses Projekts bildeten interne Dokumente und Experteninterviews »mit unmittelbar beteiligten Personen der verschiedenen Akteurguppen (Bund, Länder, Wissenschaftsorganisationen)«.<sup>752</sup>

---

748 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 34.

749 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1989/1990, 35.

750 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 20.

751 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 22.

752 MPIfG, Tätigkeitsbericht 1991–1992, 22–23.

Im Tätigkeitsbericht von 1993/94 wurde festgehalten, dass Mayntz' Projekt, das nun »Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992« hieß, in der Zwischenzeit hatte abgeschlossen werden können. Die Untersuchung von Wolf zu den AdW-Instituten laufe aber noch.<sup>753</sup> Neu hinzu kam ein Projekt von Schimank mit dem Titel »Die Transformation der mittel- und osteuropäischen Forschungssysteme«. Hintergrund dieses Projekts war die 1993 erfolgte Gründung des von Mayntz und Weingart geleiteten Netzwerks von Wissenschaftsforschern aus den ehemaligen Ländern des »Ostblocks«. Dieses Netzwerk habe bislang »nach einem gemeinsamen analytischen Raster verfaßte Länderberichte« erstellt, »die die institutionellen, personellen und finanziellen Veränderungen der Forschungssysteme dieser Länder im Zuge der dort stattfindenden gesellschaftlichen Transformationen darstellen«. Der politische Umsturz in Mittel- und Osteuropa habe eine »weitreichende Gelegenheit zum Umbau des Forschungssystems eröffnet«. <sup>754</sup> Diese Verschiebung des Analysefokus von den Ländern der ehemaligen DDR auf ehemals kommunistische Staaten in Mittel- und Osteuropa bestätigt die von Ash beschriebene Beobachtung, dass »EG-politische Themen und die Diskussion über ein Engagement der MPG im östlichen Europa« in der Wissenschaft der MPG in Bezug auf den Integrationsprozess »eigentlich schon immer präsent« gewesen seien.<sup>755</sup> Stucke verfolgte ebenfalls ein neues Projekt: »Zentralisierung der Forschungspolitik? Gesamtdeutsche Forschungspolitik zwischen Kontinuität und Veränderung«. Seine Ausgangshypothese sei die durch die bisherige Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus genährte Erwartung, daß der Beitritt der fünf neuen Länder im Jahr 1990 zu einem Zentralisierungsschub in den Bund-Länder-Beziehungen in der Wissenschaftspolitik führen könnte.<sup>756</sup>

Weiter ging Stucke der bereits im Projekt mit Scharpf angestellten Vermutung nach, dass sich aufgrund der im Vergleich zum Westen relativen Armut der neuen Bundesländer der Finanzierungsausgleich außeruniversitärer Forschung zwischen Bund und Ländern zugunsten des Bundes verschieben könnte. Laut dem Tätigkeitsbericht von 1993/94 führte jedoch die

empirische Rekonstruktion der politischen Entscheidungsprozesse zwischen 1989 und 1993 anhand von internen Dokumenten und Experteninterviews mit unmittelbar beteiligten Personen der verschiedenen Akteurgruppen (Bund, Länder, Wissenschaftsorganisationen) [...] zu einer Falsifizierung des Zentralisierungsszenarios. Die neuen Bundesländer waren zwar bereit, einen massiven Einfluß des Bundes im Tausch gegen finanzielle Zuwendungen hinzunehmen, und auch die alten Länder hätten eine solche Zentralisierung in Kauf genommen, da sie – primär verteilungspolitisch motiviert – eine weitere finanzpoli-

---

753 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 22–25.

754 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 26.

755 Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 158.

756 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 28.

tische Belastung durch die deutsche Einheit vermeiden wollten; damit waren jedoch nur zwei Bedingungen des Zentralisierungsszenarios erfüllt.<sup>757</sup>

Die dritte Bedingung wäre gewesen, dass sich das BMFT dominant ausbreiten würde. Aber genau dies sei nicht erfolgt, was sich wiederum mit den Interessen der großen Wissenschaftsorganisationen decke, denen an einer Einschränkung ihrer Autonomie nicht gelegen sein könne.<sup>758</sup> Das Projekt konnte noch im Berichtszeitraum beendet werden. Der Tätigkeitsbericht erwähnte ein weiteres Projekt, dessen Bearbeiter Jochen Gläser war, der sich mit der »Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung in der industrieorientierten Forschung der Akademie der Wissenschaften der DDR« befasste. Auch diese Untersuchung konnte abgeschlossen werden. Gläser sei momentan damit beschäftigt, sein Manuskript zur Publikation in der Institutsreihe vorzubereiten.<sup>759</sup>

1994 publizierte Mayntz ihre beiden Untersuchungen zum Transformationsprozess der AdW und der ostdeutschen Universitäten, die eine als Monographie unter Mitarbeit von Wolf,<sup>760</sup> die andere als Teil eines Sammelbands, bei dem Mayntz als Herausgeberin fungierte.<sup>761</sup> Der Sammelband über die Transformation der ostdeutschen Universitäten beinhaltete Untersuchungen des Reformprozesses der Hochschulen der ehemaligen DDR von 1989 bis Anfang 1993 unter dem Aspekt des Mit- und Gegeneinanders »endogener und exogener Reformen«.<sup>762</sup> Fünf Fallstudien rekonstruierten diese Vorgänge an der HU Berlin sowie den Universitäten Halle, Jena, Leipzig und Rostock, fünf weitere Untersuchungen beschäftigten sich mit den wichtigsten externen Akteuren in diesem Prozess, und zwar dem Wissenschaftsrat, den Länderregierungen, der Rektorenkonferenz, der Kultusministerkonferenz und der Hochschulstrukturkommission, wobei die Mehrzahl der Autoren selbst in diesen Transformationsprozess involviert war (etwa Gründungsbeauftragte, Rektoren und Landesbeamte).<sup>763</sup> In ihrem diesen Band abschließenden Aufsatz zog Mayntz das Fazit, dass »die Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulsystems am Ende weitgehend exogen bestimmt war«, obwohl die Universitäten der DDR »über ein Jahr lang die Möglichkeit zur Selbstreform« hatten.<sup>764</sup> Sie konstatierte, dass in der unmittelbaren Zeit nach der Wende zahlreiche endogene, wenn auch weitgehend unkoordinierte Transformationsbemühungen der ostdeutschen Hochschulakteure erfolgt seien. Sie habe das Ziel geeint, die Universitäten vom ideologischen Joch des Marxismus-Leninismus zu befreien

---

757 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 29.

758 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 29.

759 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 44–45.

760 Mayntz, *Deutsche Forschung*.

761 Mayntz, *Aufbruch und Reform*.

762 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 31.

763 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, 31.

764 Mayntz, „Erneuerung“, 283.

(»SED-Reformer«).<sup>765</sup> Hinzugekommen seien Initiativen von Einzelpersonen (etwa Studenten oder Mitarbeiter aus dem Mittelbau) von unten, die eine radikale Veränderung und auch politische Säuberung der Universitäten in der ehemaligen DDR wünschten (»Erneuerer«). Die unterschiedlichen Ziele und Ansprüche dieser beiden Gruppen hätten unweigerlich zu Konflikten geführt.<sup>766</sup> Nach den allgemeinen Wahlen im März 1990 und der Regierungsbildung habe dann »eine Phase der spontanen Umstrukturierung« begonnen, die eine selbsttätige Anpassung an das westdeutsche Universitätsmodell zur Folge gehabt habe, worin die ostdeutschen Akteure auch von westdeutschen Beratern unterstützt worden seien.<sup>767</sup> Diese Reformversuche seien allerdings »unkoordiniert und nach Intensität und Richtung verschieden« gewesen und hätten »so die Gefahr der institutionellen Fragmentierung im Hochschulsystem« heraufbeschworen.<sup>768</sup> Mit der Vereinigung sei nun »der Geltungsbereich des bundesdeutschen Rechts auf das Beitrittsgebiet ausgedehnt« worden, und dieses Recht sei »auch für die normierende Tätigkeit der späteren Landesregierungen zur Richtschnur« geworden. Es habe Orientierungsfunktion für die ostdeutschen Hochschulen, was auch dem Wunsch des Gesetzgebers entspreche, rechtsstaatlich abgesichert zu handeln.<sup>769</sup> Neben den Landesregierungen seien das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW), die Kultusministerkonferenz, der Wissenschaftsrat, die Rektorenkonferenz u. a. als starke hochschulpolitische Akteure aufgetreten, die allesamt aus dem Westen kämen.<sup>770</sup> Diese westdeutschen institutionellen Akteure hätten im Sinne ihrer »etablierten funktionellen Identität« gehandelt, d. h., sie hätten ihre Empfehlungen nach dem ihnen bekannten westdeutschen Hochschulmodell ausgerichtet, was der Tendenz nach zu einem Institutionentransfer geführt habe.<sup>771</sup> Aber auch dies sei, u. a. bedingt durch den hohen Zeitdruck, weitgehend unkoordiniert abgelaufen und habe in Widersprüchen resultiert.<sup>772</sup> Dass sich das ostdeutsche Universitätssystem dem westdeutschen angepasst habe, habe also nicht so sehr an der Reformunfähigkeit der ostdeutschen Universitätsakteure gelegen, sondern daran, dass die Universitätssysteme West- und Ostdeutschlands nur von außen hätten reformiert werden können, und diese exogenen Kräfte würden eben westdeutsche institutionelle Akteure bilden – nicht ostdeutsche. Hinzu komme, dass die westdeutschen Akteure ihre bislang praktizierte Wissenschaftspolitik fortgeführt und keine Reform auch des westdeutschen Universitätssystems angestrebt hätten.<sup>773</sup>

---

765 Mayntz, 284.

766 Mayntz, 284–85.

767 Mayntz, 286.

768 Mayntz, 287.

769 Mayntz, 287.

770 Mayntz, 289.

771 Mayntz, 293–94.

772 Mayntz, 294.

773 Mayntz, 301–3, 308, 310–11.

Dieser Transformationsprozess durch Integration des ostdeutschen Wissenschaftssystems ins westdeutsche lief nicht ohne Probleme, Missverständnisse und Verwerfungen ab. Dies zeigte sich bei der außeruniversitären Forschung und hatte u. a. mit der in Ost und West divergenten Auffassung dessen zu tun, was als wissenschaftlich galt und was nicht. Am 21. April 1994 schickte Mayntz einen Brief an Wolf-Hagen Krauth, der wie sie Mitglied der Arbeitsgruppe »Wissenschaften und Wiedervereinigung« in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften war. Es ging um ein von Krauth verfasstes Protokoll der Sitzung am 28. März 1994, das Mayntz korrigieren wollte. Sie äußerte in ihrem Brief, sie sei insbesondere überrascht,

daß das Erkenntnisinteresse der Untersuchungen darauf abzielt, etwas nachzuweisen, was offensichtlich von vornherein als feststehende Tatsache gilt; nach meinem Verständnis von Wissenschaft soll durch empirische Untersuchungen immer geprüft werden, ob sich etwas so oder so verhält. Mit der von Ihnen gewählten Aufgabedefinition für die Arbeitsgruppe kann ich mich in keiner Weise anfreunden. Mir scheint es ganz im Gegenteil als eine ausgesprochene Gefahr für diese AG, daß sie nicht vorurteilsfrei eine Frage prüfen, sondern lediglich eine bei einigen feststehende Meinung untermauern soll. An einem solchen Nachweisunternehmen würde ich mich nicht beteiligen wollen.<sup>774</sup>

Offenbar hatte sich Krauth über diese Kritik geärgert. Mayntz schickte ihm am 3. Mai 1994 einen weiteren Brief, in dem sie diplomatisch versuchte, die Wogen zu glätten. Sie habe ihn weder verletzen noch die Arbeitsgruppe in eine bestimmte Richtung steuern wollen. »[Aber] wenn man bei so etwas schon mitmacht, muß man doch vor allem in der Anfangsphase, in der Richtungsweisendes geschieht, den Versuch machen, auf das Vorhaben so einzuwirken, daß man sich auch später noch daran beteiligen mag.«<sup>775</sup> Dann kam sie nochmals auf das Erkenntnisinteresse der Arbeitsgruppe zu sprechen:

In dem Projektantrag vom Februar 1994 ist nicht nur davon die Rede, daß im Zuge der Vereinigung etwas abgebrochen wurde und verloren ging, sondern gleichgewichtig auch davon, daß anderes neu entstand. Die Oberfrage bezieht sich also auf Veränderung, sowohl durch Fortfallen wie durch Hinzufügen, und es geht dabei sowohl um Themen (Arbeitsrichtungen) und Methoden wie auch um Organisationsformen.<sup>776</sup>

Im Protokoll sei aber eben nur noch von »Beseitigung« die Rede.

Dieser Vorfall zeigt, dass Mayntz bei der reflexiven Begleitung des Integrationsprozesses der ehemaligen AdW-Institute ins außeruniversitäre Forschungssystem Westdeutschlands nicht von ihrer gesellschaftswissenschaftlichen Denkart abrücken wollte. Ihre epistemische Hal-

---

774 Renate Mayntz an W.-H. Krauth, 21.04.1994, Bl. 1–2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13. Herv. i. Orig.

775 Renate Mayntz an W.-H. Krauth, 03.05.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

776 Renate Mayntz an W.-H. Krauth, 03.05.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

tung betonte sie auch eingangs des von ihr unter Mitarbeit Wolfs 1994 veröffentlichten Buchs zu diesem Thema. Sie analysierte darin die verschiedenen Phasen des Integrations- und Transformationsprozesses der AdW bis zur Verabschiedung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats und wandte hierfür das Konzept des »Verhandlungssystems« an, mit dem je nach Phase und Akteurkonstellation den beteiligten Akteuren unterschiedliche Handlungsspielräume zugesprochen werden konnten.<sup>777</sup> Ständen 1990 noch mehrere Optionen für den Umgang mit der AdW zur Debatte, sei die Entscheidung für die Auflösung aus einem recht einfachen Grund gefallen, wie Ash ausführt:

Eine Transformation der AdW und eine Übernahme mehrerer ihrer Einrichtungen hätte Neuverhandlungen der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung von 1975 nach sich gezogen, der FhG [Fraunhofer-Gesellschaft, d. V.] wie der MPG einen »neuen Konkurrenten beschert« und damit das etablierte Muster der institutionellen Arbeitsteilung »gestört«.<sup>778</sup>

Dieser Prozess resultierte in einem Strukturwandel des bundesdeutschen Wissenschaftsfelds: Empfohlen wurde die Gründung von insgesamt 31 Instituten der so genannten Blauen Liste (spätere Institute der Gottfried Wilhelm Leibniz-Gemeinschaft), was zu einer deutlichen Erweiterung dieses Institutionentyps führte und laut Mayntz so nicht intendiert war.<sup>779</sup> Weiter wurde die Gründung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten empfohlen, deren Personal sich einerseits aus den Mitarbeitern der geisteswissenschaftlichen AdW-Instituten, andererseits aus westdeutschen Mitarbeitern zusammensetzen sollte.<sup>780</sup> Ein von Mayntz zusammen mit ihren Kollegen Jürgen Mittelstraß (Konstanz), Joachim Nettelbeck (Wissenschaftskolleg zu Berlin) und Rudolf Vierhaus (Berlin) gefördertes Unternehmen war die Gründung des MPIWG in Berlin 1994, das aus dem Geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkt »Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie« hervorgegangen war.<sup>781</sup> Ash hebt hervor, dass es sich dabei »institutionengeschichtlich gesprochen um eine durch die Empfehlung des WR [Wissenschaftsrats, d. V.] indirekt induzierte Neugründung« handelte; die Gründung des Geisteswissenschaftlichen Zentrums bzw. Forschungsschwerpunkts »Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie« sei zum Anlass genommen worden, »ein neues MPI aus eigener Initiative zu schaffen«.<sup>782</sup> Hierfür richtete die MPG die Kommission »Neue Initiativen in geisteswissenschaftlichen Themenbereichen« ein, die, so Scharpf als Vorsitzender der GSWS, zwei Empfehlungen aussprach: europäische Aufklärungsforschung und Wissenschaftsgeschichte – für die auch zwei Kommissionen eingesetzt wurden, wohingegen die anderen Geisteswissenschaftlichen Zentren als universitätsnahe Forschungszentren institutionalisi-

---

777 Vgl. Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 275.

778 Ash, 273.

779 Ash, 93, 103, 276.

780 Ash, 97–98.

781 Ash, 103, Fn. 372.

782 Ash, 191.

siert werden sollten.<sup>783</sup> Die Entscheidung, das Zentrum inhaltlich derart zu verändern, dass die Wissenschaftstheorie zugunsten der Wissenschaftsgeschichte vollständig aufgegeben wurde, ging dabei maßgeblich auf eine Empfehlung von Mayntz zurück. Auch dieses Votum für die Wissenschaftsgeschichte beruhte auf ihrer epistemischen Haltung einer möglichst werturteilsfreien Wissenschaft, denn für Mayntz, so Ash,

lag die Innovationschance hier nicht bei einer normativ orientierten Wissenschaftstheorie, die an den Universitäten schon reichlich vorhanden sei, und auch nicht bei einer positivistischen, biographisch orientierten Wissenschaftsgeschichte, sondern beim Versuch, der Entstehung und Rezeption wissenschaftlicher Grundbegriffe empirisch nachzugehen. Zusammen mit der »stärker gegenwartsbezogenen sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung«, wie sie an ihrem eigenen MPI betrieben werde, könnte ein wissenschaftshistorisches MPI »das empirische Fundament für eine Theorie der Wissenschaftsentwicklung« erarbeiten.<sup>784</sup>

Ihrer Ansicht nach würde das in der ehemaligen DDR bestehende »Potential an Wissenschaftsforschern«, etwa am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der AdW, die Möglichkeit für eine Gründung eines neuen MPI für Wissenschaftsgeschichte bieten. Denn die Wissenschaftsgeschichte sei in der DDR stärker vertreten gewesen als in der Bundesrepublik, obgleich sich zahlreiche Wissenschaftshistoriker aufgrund der ideologischen Vorgaben in den biographischen und editorischen wissenschaftshistorischen Positivismus zurückgezogen hätten. Mayntz dagegen trat für ein theoriegeleitetes wissenschaftshistorisches Forschungsprogramm ein,<sup>785</sup> das später als »Historische Epistemologie« ausgeflaggt wurde.<sup>786</sup> Sieben von 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des vormaligen Geisteswissenschaftlichen Zentrums wurden schließlich für das MPIWG übernommen.<sup>787</sup>

Es lässt sich demnach festhalten, dass sich die beiden MPIfG-Direktoren Mayntz und Scharpf mit ihrem Engagement beim »Aufbau Ost« der MPG hohes Ansehen bei der MPG-Leitung erwarben, was sicher zu einer Erhöhung des Prestiges ihres Instituts führte. Der gesellschaftswissenschaftlich begleitete Integrations- und Transformationsprozess des ostdeutschen Wissenschaftssystems kann als eine Art praktische Bewährung des Kölner Forschungsprogramms und insbesondere des akteurzentrierten Institutionalismus auf wissenschaftspolitischer Handlungsebene interpretiert werden.<sup>788</sup> Das MPIfG machte sich unentbehrlich und empfahl sich

---

783 Ash, 191.

784 Ash, 192.

785 Zitiert nach: Ash, 192.

786 Ash, 197.

787 Ash, 202. Ash betont, dass unter den »originären« Neugründungen lediglich am MPIWG ostdeutsche Wissenschaftler in bemerkenswerter Zahl aufgenommen worden seien. Vgl. Ash, 222.

788 Ash, 272.

implizit auch für eine zukünftige wissenschaftspolitische Begleitung von Strukturwandlungen und Gründungsinitiativen. Gesellschaftsforschung – das hebt Ash hervor und bezeichnet dies als »Wissenschaftswandel durch Reflexivität«<sup>789</sup> – fungierte aber auch als Selbstreflexionsmodus der MPG; Transformationsforschung und akteurzentrierter Institutionalismus konnten somit auch für die Optimierung der MPG im Sinne eines reflexiven Zurückwirkens auf diese außeruniversitäre Wissenschaftsorganisation operationalisiert werden.

### **3.9 Evaluation des MPIfG 1994 und die Entscheidung für die Berufung Wolfgang Streecks zum Nachfolger von Renate Mayntz**

Mayntz, Scharpf und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren bis 1994 ausgesprochen produktiv und konnten darüber hinaus Erfolge bei der Integration von Institutionen und Personen des Forschungssystems der ehemaligen DDR ins westdeutsche Wissenschaftssystem verbuchen. Ihr Forschungsprogramm brachte nicht nur neue Ergebnisse und generierte neue Hypothesen, sondern stellte auch Reflexionspotential für die MPG auf ihre eigene Position bei der deutschen Vereinigung bereit, wonach teilweise auch gehandelt wurde. Im Frühjahr 1994 stand eine Evaluation der letzten zehn Jahre der am MPIfG geleisteten Arbeit an, »von der die Zukunft unseres Instituts abhängt«, wie Scharpf Egon Matzner von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Forschungsstelle für Sozioökonomie, am 5. Oktober 1993 mitteilte.<sup>790</sup> Hintergrund dieser Evaluation war die 1997 bevorstehende Emeritierung von Renate Mayntz, was die Frage ihrer Nachfolge aufwarf. Am 7. Oktober 1993 schickte Scharpf einen Brief an Wolfgang Zapf vom Institutsbeirat und fragte nach möglichen Terminen für die nächste Beiratssitzung: »Angesichts der Bedeutung dieser Evaluierungs-Sitzung für unser Institut werden Sie sicher Verständnis dafür haben, daß wir gerade diesmal auf die Teilnahme aller Beiratsmitglieder ganz besonderen Wert legen.«<sup>791</sup> Die beiden Direktoren hatten sich bereits seit dem Frühjahr 1993 Gedanken darüber gemacht, in welche Richtung das MPIfG seiner organisatorischen Struktur und der Setzung seiner Forschungsschwerpunkte nach verändert werden sollte, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Der Betriebsrat hatte zu Beginn des Jahres 1993 außerdem ein Memorandum an die Direktoren und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschickt, in dem er darauf hinwies, dass die Innenrevision »bei ihrem letzten Besuch im September 1992 kritisiert« habe, »daß unser Institut sich im Zustand der Anarchie befindet: wir haben bis dato keine Institutsordnung. Dies müsse geändert werden.« Die Institutsleitung habe sich daraufhin mit der Verwaltung und dem Betriebsrat beraten, um eine neue Institutsordnung aufzustellen. Jürgen Lautwein habe »verschiedene Vorlagen aus anderen Instituten zusammengeschrieben und von für uns unwichtigen oder unnötigen Regelungen gesäubert; daher bewegt sich der Entwurf

---

789 Ash, 265.

790 Fritz W. Scharpf an Egon Matzner, 05. 10. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

791 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Zapf, 07. 10. 1993, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

im Rahmen dessen, was in der MPG an Institutsordnungen üblich ist«. <sup>792</sup> Nach Mayntz' Emeritierung sollten weitere Veränderungen in der organisatorischen Struktur des MPIfG erfolgen.

Am 21. Juni 1993 schickte Scharpf dem MPG-Generalsekretär Wolfgang Hasenclever einen längeren Brief, mit dem er dessen Bitte nachkam, »die hinter unserem Erweiterungsvorschlag stehenden Programm-Überlegungen«, die er dem Präsidenten mündlich vorgetragen habe, schriftlich darzulegen. Mayntz und er hätten diese Überlegungen gemeinsam angestellt, »und wir haben auch unsere Mitarbeiter darüber informiert«, auch wenn eine gemeinsame schriftliche Ausarbeitung noch nicht vorliege, sondern »bis zu einer informellen Vorklärung der Realisierungschancen zurückgestellt« werde. <sup>793</sup> Als Kurzbeschreibung ihrer Überlegungen würde sich, so Scharpf, vielleicht folgender programmatischer Titel eignen: »Problemverarbeitung in der europäischen Mehrebenenpolitik«. Es sollten Sektoren in den Blick genommen werden, »die typischerweise weder rein marktwirtschaftlich verfaßt noch völlig in den Staatsapparat eingegliedert sind, [sic] und die überall zum Gegenstand intensiver staatlicher Einflußnahme wurden«. Weil das MPIfG mit seinen zwölf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nur über geringe personelle Kapazitäten verfügte, »hat sich die Arbeit bisher auf drei dieser Sektoren (Gesundheitssystem, Forschungssystem und Telekommunikation) beschränkt«. <sup>794</sup> In diesen drei Sektoren seien Entwicklungen, die mit der neoklassischen Ökonomie »allein aus der Eigendynamik interagierender Individuen und Unternehmen auf der Mikro-Ebene erklärt werden könnten, außerordentlich selten«. Vielmehr hätten diese Sektoren sehr unterschiedliche institutionelle Verfassungen entwickelt, die auch die »Wirkungschancen staatlicher Intervention« bestimmten. Vergleichende Untersuchungen seien deshalb zentral, wenn auch sehr zeitaufwendig. Im Ergebnis hätten diese Untersuchungen gezeigt, dass Steuerung in der Regel »in horizontal und vertikal differenzierten Strukturen« stattfinde, »in denen die Handlungsperspektiven und die Handlungsmöglichkeiten jeder einzelnen Instanz enger begrenzt sind als das zu bearbeitende Steuerungsproblem«. <sup>795</sup> Scharpf nannte drei verschiedene Modalitäten, mit denen das Akteurshandeln theoretisch modelliert werden könnte, vorausgesetzt, dass diese »alle anderen unablässig beobachten und in Rechnung stellen«: 1) die »wechselseitige Antizipation in nicht-kooperativen Spielen«; 2) die »negative Koordination« in dauerhaften Politiknetzwerken; 3) die »positive Koordination«, die auf gemeinsames Handeln ausgerichtet sei. Die Empirie habe gezeigt, dass diese Modalitäten meist in höchst unterschiedlichen Mischverhältnissen auftreten würden, »deren Wirkungsweise theoretisch noch nicht geklärt ist«. Empirisch sei ferner dargelegt worden, dass in allen drei Sektoren »die Problemzusammenhänge sich im Laufe der

---

792 Memo des Betriebsrats an die Direktoren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MPIfG, undatiert [bezieht sich auf einen Entwurf einer Institutsordnung vom 21.01.1993], Bl. 1–5, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 21.

793 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Hasenclever, 21.06.1993, Bl. 1–3, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

794 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Hasenclever, 21.06.1993, Bl. 1–3, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

795 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Hasenclever, 21.06.1993, Bl. 1–3, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

achtziger Jahre internationalisiert, [sic] und daß die Problemverarbeitung sich zumindest europäisiert hat«. <sup>796</sup>

Diesen Befund nahm Scharpf zum Anlass, eine Vergrößerung des MPIfG um ein weiteres Wissenschaftliches Mitglied anzuregen. Denn der »im Institut entwickelte theoretische Ansatz, der von vornherein auf das monolithische Staatskonzept verzichtet hat«, eigne sich zwar »sehr gut zur Analyse transnationaler Steuerungs-Interaktionen und ihrer Auswirkungen auf die zugrundeliegenden Problemkonstellationen«. Aber die bisherigen Untersuchungen hätten gezeigt, »daß ein systematischer Einbezug der europäischen Ebene in die empirische Arbeit mit der vorhandenen Leitungs- und Arbeitskapazität des Instituts nicht zu bewältigen« sei. <sup>797</sup> Mayntz, Scharpf und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlugen deshalb vor, »die Kapazität der Leitungsebene durch ein Mitglied des Kollegiums« zu erweitern,

das den theoretischen Ansatz der Mehrebenen-Analyse teilt und über vertiefte Kenntnisse der Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft verfügt. Auf der anderen Seite soll mit der Vergrößerung des Instituts die Voraussetzung dafür geschaffen werden, den in der bisherigen Arbeit außerordentlich fruchtbaren Ansatz auf weitere Sektoren anzuwenden und zugleich die international vergleichende Forschung zu intensivieren. <sup>798</sup>

Zacher stimmte einer dritten Direktorenstelle allerdings nicht zu, denn »nach eingehender Prüfung der Ressourcenlage« sei deutlich geworden, »daß die notwendigen Mittel für eine Erweiterung des Instituts nicht zur Verfügung stehen; dies gilt insbesondere für die erforderlichen Stellen«. <sup>799</sup> Was er Mayntz und Scharpf aber zugestand, war eine vorgezogene Berufung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers für Mayntz. <sup>800</sup> Am 22. Dezember 1993 schrieb Scharpf an Johannes Berger, Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie III an der Universität Mannheim, dass es bei der Nachfolge von Mayntz »um die Weiterführung bei gleichzeitiger Neuorientierung des Instituts« im Ganzen gehe, was allerdings auch erhebliche Risiken berge. Die von Zacher genehmigte vorgezogene Nachfolgeberufung, »welche der Nachfolgerin/dem Nachfolger für etwa anderthalb Jahre vor dem Ende der Amtszeit die verantwortliche Mitwirkung an der Neustrukturierung des Forschungsprogramms ermöglichen würde«, diene der Verminderung dieser Risiken. Das MPIfG sei nach den Regeln der MPG gehalten, »vor der Einleitung eines Berufungsverfahrens in der internationalen scientific community des Arbeitsgebietes Nomi-

---

796 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Hasenclever, 21.06.1993, Bl. 1–3, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

797 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Hasenclever, 21.06.1993, Bl. 1–3, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

798 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Hasenclever, 21.06.1993, Bl. 1–3, hier: Bl. 2–3, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

799 Hans F. Zacher an Fritz W. Scharpf, 20.12.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 148.

800 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 16.11.1993, Bl. 1–3, hier: Bl. 1–2; Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

nierungsvorschläge einzuholen«, um die er Berger nun bitte.<sup>801</sup> Gewünscht sei eine Soziologin oder ein Soziologe »mit einem primären Interesse für die Funktionsweise von Institutionen in der Interaktion zwischen nationalen und transnationalen politischen Systemen und ausgewählten gesellschaftlichen Sektoren«. Diese Person werde »am wissenschaftlichen Rang von Renate Mayntz zu messen sein; ein hohes Maß an internationaler Sichtbarkeit ist Voraussetzung aller Berufungen« an ein MPI. Zudem sei ein deutlicher Altersunterschied zu Scharpf »der künftigen Entwicklung des Instituts dienlich«.<sup>802</sup>

Am 11. und 12. April 1994 fanden die Evaluationssitzungen des Fachbeirats statt. Franz-Xaver Kaufmann berichtete MPG-Präsident Zacher am 28. Juli des Jahres über die Ergebnisse der Evaluation, die mit einem bedeutenden Aufwand betrieben worden sei, wie Kaufmann betonte:

Zur Vorbereitung der Sitzung wurde den Beiratsmitgliedern aus jedem Arbeitsbereich des Instituts sowie aus der mit dem Institut kooperierenden Arbeitsgruppe »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« eine Auswahl repräsentativer Publikationen und Manuskripte zugesandt. Einzelne Beiratsmitglieder haben sich in besonderer Weise mit den Ergebnissen spezifischer Arbeitsbereiche beschäftigt und dazu auch schriftlich Stellung genommen.<sup>803</sup>

Es seien sowohl die Gesamtkonzeption des Instituts und die Frage nach der Nachfolge für Mayntz erörtert als auch Gespräche mit den Mitarbeitern geführt worden, außerdem hätten die Mitglieder des Fachbeirats »die bereits im Vorjahr begonnene intensive Erörterung der theoretischen Orientierungen des Instituts anhand schriftlicher Vorlagen fortgesetzt«.<sup>804</sup> Zunächst stellte Kaufmann fest, dass das ausdrückliche Ziel des MPIfG, »die vielfältigen Probleme einer Koordination und Steuerung hochorganisierter und vernetzter Tätigkeiten in modernen Gesellschaften in verallgemeinerungsfähiger Weise zu typisieren, empirisch zu untersuchen und theoretisch zu erklären«, eine Aufgabe sei, »die gleichzeitig von größter theoretischer und praktischer Bedeutung ist«.<sup>805</sup> Insbesondere angesichts des gewachsenen Einflusses von »Zusammenschlüssen kollektiver Akteure« – Verbände, Konzerne als Unternehmenskonglomerate oder politische Einheiten –, der sowohl von ökonomischen als auch von politikwissenschaftlichen und soziologischen Theorien bislang nur unzureichend reflektiert worden sei, gebe es nach Ansicht des Fachbeirats, gemessen an der Praxis am MPIfG, »keinen vergleichbar konsequenten Versuch, Phänomene dieses Typs gleichzeitig theoretisch und empirisch ins Zentrum der Forschung zu stellen«.<sup>806</sup> Originell sei auch die theoretische Ausrichtung des Instituts: Als

---

801 Fritz W. Scharpf an Johannes Berger, 22. 12. 1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

802 Fritz W. Scharpf an Johannes Berger, 22. 12. 1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 10.

803 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28. 07. 1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

804 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28. 07. 1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

805 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28. 07. 1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

806 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28. 07. 1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

spezifische Differenz zu den vorherrschenden Paradigmen erweise sich »die Beachtung der internen Strukturiertheit der kollektiven Akteure und damit die Abkehr von der Vorstellung eines ›identischen‹ Akteurs, der einer einheitlichen Rationalität folgt«. <sup>807</sup> Ebendies vermöge der akteurbezogene Institutionalismus zu leisten. Der Fachbeirat sei durchweg positiv gestimmt, denn die Entwicklung des MPIfG in den vergangenen zehn Jahren würde darlegen,

daß das Forschungsprogramm des Instituts sowohl eine klare und sich durch die Zeit durchhaltende Problemperspektive beinhaltet, [sic] als auch durch Lernfortschritte und flexible Anpassung an sich verändernde politische Konstellationen und die durch sie eröffneten thematischen Vertiefungen gekennzeichnet ist. <sup>808</sup>

In allen drei bislang bestehenden Forschungsbereichen würde »vorzügliche Arbeit geleistet«, dies bestätigten laut Kaufmann auch die eingehenden Gespräche, die die Fachbeiratsmitglieder mit den Institutsmitarbeitern geführt hatten. Er betonte dabei, dass insbesondere im Sektor »Forschungssysteme« eine »sehr kohärente und kumulative Entwicklung« festzustellen sei. Gerade hier »ließen sich die gewonnenen Erkenntnisse in besonders fruchtbarer Weise zur Analyse der Wissenschaftspolitik im Prozeß der deutschen Einigung anwenden«. Die vorherrschenden theoretischen Erklärungsansätze wie die vorherrschenden historischen und sozialwissenschaftlichen Einzelfallstudien seien auf diese Weise falsifiziert worden, weil sie viel zu pauschal angesetzt seien. <sup>809</sup> Aber auch im Sektor »Großtechnische Systeme/Telekommunikation« sei die »Verbindung von politikwissenschaftlicher und technik-soziologischer [sic] Perspektive originell, jedoch international bereits gut verankert«. <sup>810</sup> Der Sektor »Gesundheitssysteme« würde in Zukunft wohl deshalb wegfallen, weil sich in der Zwischenzeit eine ganze Gesundheitssystemforschung an den Universitäten etabliert hätte, die auch die Forschungsergebnisse des MPIfG rezipieren würde. Zudem würden die Arbeiten aus diesem Forschungsbereich eine geringere Kohärenz und Kumulation aufweisen als die aus den anderen beiden Sektoren. <sup>811</sup>

Sehr erfreut habe sich der Fachbeirat über die in den letzten Jahren am MPIfG intensivierte Theoriearbeit gezeigt, die mit dem akteurbezogenen Institutionalismus auf den Punkt gebracht werden könne. Hier entstehe

---

807 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28.07.1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

808 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28.07.1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

809 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28.07.1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

810 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28.07.1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

811 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28.07.1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

offensichtlich ein neues Paradigma sozialwissenschaftlicher Erklärung der Funktionsweise moderner Gesellschaften, das gerade für diejenigen Bereiche heuristisch fruchtbar erscheint, in denen die klassischen politikwissenschaftlich-hierarchischen und ökonomisch-markttheoretischen Erklärungsmuster versagen.<sup>812</sup>

Für die rasche internationale Rezeption dieses Ansatzes dürfte einzig dessen Komplexität nachteilig sein, denn inhaltliche Aussagen seien »nur unter Spezifizierung einer Vielzahl von Bedingungen möglich«, generalisierungsfähig seien daher »lediglich einige grundbegrifflich gefaßte Perspektiven (z. B. ›positive‹ und ›negative‹ Koordination)«. Ziel sei dabei weniger die Entwicklung einer allgemeinen Theorie als vielmehr »bereichsspezifische[r] Theorien mittlerer Reichweite, deren heuristische Fruchtbarkeit stets von nur empirisch zu prüfenden Bedingungen abhängig ist«. Dieser Theorietypus eigne sich »besser zur Erklärung abgelaufener Prozesse als zur Prognose zukünftiger Ereignisse« und vermittele dabei plausibel, dass letztlich alle Prognosen zukünftiger Gesellschaftsentwicklung »in den untersuchten Bereichen hochgradig spekulativ bleiben müssen, womit gleichzeitig deutliche Unterschiede zum naturwissenschaftlichen Erkenntnismodus impliziert sind.«<sup>813</sup>

Der Fachbeirat kam zu einer einhellig positiven Gesamtbewertung der am MPIfG entstandenen Arbeiten. Nicht nur von der Verdichtung der Forschungsergebnisse im Hinblick auf einen »kohärenten theoretischen Aussagenzusammenhang«, vom Projektmanagement und der Nachwuchsförderung zeigte sich der Fachbeirat höchst beeindruckt, vielmehr bewegten sich die Arbeiten des Instituts nach dessen Einschätzung auch »an der vordersten Front der internationalen sozialwissenschaftlichen Forschung, ja sie sind an der Definition dieser Forschungsfront mitbeteiligt«. Erst durch die Arbeiten des MPIfG seien die »Entstehung, die Funktionsweise und die Bedingungen einer politischen Steuerbarkeit komplexer Netzwerke hochorganisierter kollektiver Akteure« zu einem »eigenständigen sozialwissenschaftlichen Forschungsthema geworden.«<sup>814</sup> Die Gründung des MPIfG und »die Beauftragung von Frau Kollegin Mayntz mit der Konzipierung und Durchführung dieses Forschungsprogramms« seien eine »glückliche Entscheidung der MPG gewesen, die nachhaltig zur Erreichung des neue Maßstäbe setzenden Niveaus sozialwissenschaftlicher Forschung in Deutschland und auf internationaler Ebene beigetragen hat.«<sup>815</sup> Der Fachbeirat bedauere einzig, »daß die Schaffung einer dritten, speziell auf die Probleme der europäischen Integration orientierten Direktorenstelle derzeit aus finanziellen Erwägungen« zurückgestellt werden müsse, eine Erweiterung des Instituts in dieser Hinsicht halte der Beirat »auf mittlere Sicht nach wie vor für vielversprechend«. In Bezug auf die

---

812 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28. 07. 1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

813 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28. 07. 1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

814 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28. 07. 1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 8, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

815 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28. 07. 1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 8–9, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

Nachfolge von Mayntz sehe er »die von den Direktoren ins Gespräch gebrachte Kandidatur von Herrn Kollegen Wolfgang Streeck« als »optimale Lösung« an.<sup>816</sup>

Die Korrespondenzen der Institutsdirektoren zeigen, dass bereits vor der Evaluation im Frühjahr 1994 der Name Wolfgang Streecks ins Spiel gebracht wurde. Streeck war ein Bekannter von Mayntz und Scharpf, da er im Fachbeirat des MPIfG saß und mit Scharpf vor Jahren am WZB zusammengearbeitet hatte. Den beiden Direktoren war er als ein Soziologe bekannt, der scharf kritisieren konnte, aber auch konstruktive Verbesserungsvorschläge machte.<sup>817</sup> Auch Friedhelm Neidhardt äußerte sich am 30. Dezember 1993 in einem Brief an Scharpf ausgesprochen positiv über Streeck; er sei ein hervorragender Kandidat für eine mögliche Nachfolge von Mayntz, weil international ausgewiesen. Er habe

einen ungewöhnlich breiten sozialwissenschaftlichen Fundus und ist durch exzellente Forschung hervorgetreten. Seine Forschungsperspektive, Akteurs- und Institutionenanalyse miteinander zu verbinden und dabei über internationale Vergleiche für einen empirisch instruktiven Referenzrahmen zu sorgen, paßt im übrigen in das Forschungsprofil, mit dem sich das Kölner Institut hervorgetan hat.<sup>818</sup>

Dieser Einschätzung stimmten sowohl Mayntz als auch Scharpf zu, wobei Mayntz gegenüber Karl-Ulrich Mayer vom MPIB betonte, dass nach weniger als zehn Jahren das Forschungsprogramm des MPIfG eben noch nicht für erfüllt »und die theoretischen Leitfragen noch nicht für ausreichend beantwortet« erklärt werden könnten. Außerdem hätten sich die beiden Direktoren vergewissert,

daß Herr Streeck trotz seiner vorzüglichen Position an der University of Wisconsin-Madison grundsätzlich bereit wäre, nach Deutschland zurückzukommen; wir meinen sicher, daß er einem Ruf an das Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung folgen würde.<sup>819</sup>

Diesem Vorschlag war eine gescheiterte Berufung Streecks vorausgegangen, die für Verstimmungen sowohl bei Mayntz und Scharpf als auch bei Streeck gesorgt hatte. Im Brief an Mayer äußerte sie »ein offenes Wort im Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch, ein Max-Planck-Institut für Europaforschung zu gründen«:<sup>820</sup> Einer der Kandidaten für die Leitung dieses MPI sei Streeck gewesen. Als Sozialwissenschaftler habe er dabei zwar überzeugt, »jedoch

---

816 Franz-Xaver Kaufmann an Hans F. Zacher, 28.07.1994, Bl. 1–10, hier: Bl. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 178, Nr. 239.

817 Renate Mayntz an Wolfgang Streeck, 16.08.1993; Fritz W. Scharpf an Wolfgang Streeck, 19.08.1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, Abt. III, ZA 107, Nr. 10.

818 Friedhelm Neidhardt an Fritz W. Scharpf, 30.12.1993, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

819 Renate Mayntz an Karl-Ulrich Mayer, 27.04.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

820 Renate Mayntz an Karl-Ulrich Mayer, 27.04.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

waren nicht alle Kommissionsmitglieder der Meinung, daß er optimale Voraussetzungen gerade im Bereich der Europaforschung mitbrächte«. Dies stimme, obgleich er wie die beiden MPIfG-Direktoren »zunehmend die Europäisierung als eine wichtige institutionelle Rahmenbedingung in seine Forschungen einbezogen« habe. Damals bereits, so Mayntz, hätte sie diesen Vorschlag »mit sehr gemischten Gefühlen gesehen«, da sie und Scharpf Streeck bereits als idealen Nachfolger für sie selbst angesehen hätten. Die Gründungsinitiative unter dem Kommissionsvorsitz von Mayntz war gescheitert, hatte allerdings, wie sie einräumte, »für Herrn Scharpf und mich, die wir sie beide aus Überzeugung unterstützt hatten, immerhin das Gute, daß unser beider geheimer Nachfolgekandidat nunmehr wieder für uns frei wurde«. <sup>821</sup> Mit diesen Erläuterungen wollte Mayntz drei Punkte klarstellen: 1) Streeck sei schon im Vorfeld, ohne sein Wissen, der Wunschkandidat für ihre Nachfolge gewesen; 2) mit dem Berufungsvorschlag Streecks sei nicht die Absicht verbunden, aus dem MPIfG ein MPI für Europaforschung zu machen; 3) es sei nicht zu leugnen, »daß diese Vorgeschichte für die jetzige Nominierung von Herrn Streeck zu meinem Nachfolger eine Belastung« darstelle, weil das Scheitern der damaligen Gründungsinitiative ihn auch persönlich getroffen hat. Es wird ihn sicher eine gewisse Selbstüberwindung kosten, sich nach dieser Erfahrung noch einmal einer Berufungskommission der Max-Planck-Gesellschaft vorzustellen. <sup>822</sup>

Am 14. April 1994 schickte Scharpf einen längeren Brief an Zacher, in dem er diesen Berufungsvorschlag erläuterte: Auf der letzten Sektionssitzung sei bereits die Berufungskommission eingesetzt worden, in der Zwischenzeit habe das MPIfG auch das empfohlene »Nominierungsverfahren« durchgeführt und sich mit dem Fachbeirat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beraten. Bei der Suche nach einem geeigneten Nachfolger für Mayntz seien sie

davon ausgegangen, daß die vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung bisher gewählte Leitfrage nach der Problemlösungsfähigkeit sektoraler Governance-Strukturen in modernen Gesellschaften und der für die Beantwortung dieser Fragen entwickelte Ansatz des akteursbezogenen Institutionalismus sich als wissenschaftlich ergiebig erwiesen haben, [sic] und daß der potentielle Ertrag dieser Soziologie und Politikwissenschaft integrierenden Forschungsrichtung bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. <sup>823</sup>

Dies hätten gerade die jüngeren Arbeiten des Instituts gezeigt, die sich mit der Funktionsweise von nationalen und transnationalen Politiknetzwerken, bestehend aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, und mit Mehrebenenpolitikprozessen auch auf europäischer Ebene befassten. In der gleichen Richtung sollte das Institut weiterarbeiten, eine Überzeugung, die »durch die Evaluierung der bisherigen Institutsarbeit auf der letzten Sitzung des internationalen Fachbeirats nachdrücklich bestätigt und bestärkt worden« sei. Angestrebt werde demnach

---

821 Renate Mayntz an Karl-Ulrich Mayer, 27.04.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

822 Renate Mayntz an Karl-Ulrich Mayer, 27.04.1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

823 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

ein Nachfolger, der »eine empirische und theoretische Orientierung auf die Funktionsweise institutioneller Strukturen in modernen Gesellschaften voraussetzt«. <sup>824</sup> Gewünscht sei ferner ein Soziologe, weil sonst das Institut auf einer zu schmalen Basis stünde, »wenn nun neben mir ein zweiter Politikwissenschaftler zum Direktor berufen würde«. <sup>825</sup> Scharpf habe eine größere Zahl von Fachkollegen in Deutschland, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Norwegen und Italien sowie die Mitglieder des Fachbeirats um Berufungsvorschläge gebeten. Von insgesamt 16 Namen sei neun Mal nur ein einziger genannt worden: Wolfgang Streeck von der University of Wisconsin-Madison, was sowohl den Erwartungen der beiden Direktoren entsprochen habe als auch vom Fachbeirat unterstützt werde. Entsprechend schlug Scharpf Zacher die Berufung Streecks zum Nachfolger von Mayntz vor. <sup>826</sup>

Scharpf begründete diese Wahl inhaltlich: Thematisch sei der überwiegende Teil von Streecks Arbeiten »dem Gebiet der industriellen Beziehungen« zuzurechnen. Dabei betreibe er aber nicht wie in Deutschland üblich Industriesoziologie im engeren Sinne, sondern sei »aus einer organisationstheoretischen Perspektive« an seine Forschungsgegenstände herangegangen. In seiner Dissertation über gewerkschaftliche Organisationsprobleme habe Streeck dabei die »logic of membership« mit der »logic of influence« systematisch verbunden und dadurch »die mehreren Ebenen des rechtlichen und institutionellen Umfeldes von Gewerkschaften, ihrer internen organisatorischen Struktur und der Verhaltenstendenz von Gewerkschaften« sowie ihrer Mitglieder in einen Zusammenhang gebracht, um »die Restriktionen und Optionen gewerkschaftlicher Politik zu rekonstruieren«. <sup>827</sup> Dieser Ansatz ermögliche auch,

die Stärken und Schwächen »neokorporatistischer« institutioneller Arrangements in westeuropäischen Ländern vergleichend zu analysieren und dabei die Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der politischen Konstellationen ebenso einzubeziehen wie die Rückwirkungen dieser Veränderungen auf die Arbeitsorganisation in den Betrieben. <sup>828</sup>

Die von Streeck konzipierte und geleitete Untersuchung der Arbeitsbeziehungen und der Organisation von Arbeit in der Automobilindustrie der Vereinigten Staaten, Westeuropas und Japans habe weite Beachtung gefunden und »wesentlich zur Neuorientierung der Arbeitsorganisation zunächst in der amerikanischen und nun auch in der europäischen Automobilproduktion beigetragen«. <sup>829</sup> Seine jüngeren Forschungen würden sich auf den Binnenmarkt Europas konzentrieren und dessen »Rückwirkungen auf die nationalen Systeme der industriellen Bezie-

---

824 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

825 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

826 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

827 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

828 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

829 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

hungen und die neokorporatistischen Arrangements in den westeuropäischen Ländern« in den Blick nehmen.<sup>830</sup> Mit seiner Berufung könnte das MPIfG

die Arbeit in zwei Richtungen erweitern: Auf der einen Seite brächte sein langjähriges Interesse an der Erforschung der Binnenwelt von Unternehmen, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften eine wissenschaftlich fruchtbare Ergänzung zu meinem eigenen Interesse an der Funktionsweise politisch-administrativer Mehrebenen-Strukturen. Auf der anderen Seite hat Streeck zwar in früheren Untersuchungen auch »staatsnahe« Bereiche einbezogen, aber sein überwiegendes Interesse richtet sich doch auf die Untersuchung marktwirtschaftlich verfaßter und [an] der internationalen Konkurrenz unmittelbar ausgerichteter Sektoren.<sup>831</sup>

Eine Ausweitung der bisherigen Forschungsschwerpunkte am MPIfG in diese Richtung sah Scharpf deshalb als möglich an, weil »im Forschungsprogramm des Instituts zwar nicht der theoretische Ansatz, wohl aber die Auswahl der zu untersuchenden Sektoren mittelfristig zur Disposition steht«. Die Direktoren würden »wichtige Veränderungen in den von uns bisher untersuchten Sektoren« beobachten:

In dem Maße, wie durch die Vollendung des Binnenmarktes und durch europäische Deregulierung der Wettbewerbsdruck zunimmt, ändern sich auch die Bedingungen von Steuerung und Selbststeuerung etwa in der Industrieforschung oder in der Telekommunikation.<sup>832</sup>

Eine solch antizipierte Konvergenz der Forschungsinteressen in Bezug »auf die institutionellen Bedingungen gemeinwohlorientierter Problemlösungen bei unbeschränktem« und tendenziell globalem Wettbewerb könne sich daher als besonders produktiv herausstellen.<sup>833</sup>

Am 25. Juli 1994 schrieb Mayntz in einem Brief an Streeck, der sich zu diesem Zeitpunkt am Wissenschaftskolleg zu Berlin aufhielt, er wisse ja bestimmt inzwischen, »daß die Sitzung in Frankfurt offensichtlich sehr gut gelaufen« sei. Auch Streecks Aufriss für diese Vorstellung habe sie sehr überzeugend gefunden. Damit laufe der »Entscheidungsprozeß bis jetzt positiv und sehr zügig«. <sup>834</sup> Im Tätigkeitsbericht von 1993/94 hieß es denn auch, dass »die Planung für die Weiterentwicklung des Instituts nach der Emeritierung seiner Gründungsdirektorin« positiv verlaufen sei. Das bisherige Forschungsprogramm solle »mit gewissen Akzentveränderungen« fortgeführt werden, als Nachfolger von Mayntz sei einvernehmlich Wolfgang Streeck

---

830 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

831 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 3, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

832 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 3–4, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

833 Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 14.04.1994, Bl. 1–4, hier: Bl. 3–4, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

834 Renate Mayntz an Wolfgang Streeck, 25.07.1994, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

berufen worden: »Nach erfolgreichem Abschluß der Berufungsverhandlungen besteht nun die sehr willkommene Möglichkeit, daß das ausscheidende und das neue Mitglied der Institutsleitung etwa eineinhalb Jahre zusammen tätig sein werden.«<sup>835</sup>

---

835 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1993–1994, S. 10.

#### 4 Die Übergangsphase 1995–1997 unter dem Direktorat von Renate Mayntz, Fritz W. Scharpf und Wolfgang Streeck

Die Zeit von 1995 bis 1997 war in der Geschichte des MPIfG exzeptionell, weil nur in dieser Phase drei Direktoren das Institut leiteten, bevor Mayntz 1997 emeritiert wurde. Der Amtsantritt Wolfgang Streecks brachte einige Veränderungen sowohl in der organisatorischen Struktur als auch im Forschungsprogramm des MPIfG mit sich. Die drei Direktoren reagierten damit auf den gesellschaftlichen Strukturwandel in den westlichen Industriestaaten während der späten 1980er und frühen 1990er Jahre, der wegen der fortschreitenden Globalisierung der Marktwirtschaft auch internationale Auswirkungen hatte. Die Veränderungen waren aber auch dem wissenschaftlichen Profil Streecks geschuldet. Anke Hassel und Martin Höpner schildern Streeck in der Festschrift zu dessen 60. Geburtstag als einen ausgesprochen vielseitigen Sozialwissenschaftler, der »theoriegeleitete Forschung und problembezogene Analyse stets ebenso zu verbinden wusste, wie er starre Grenzen zwischen Soziologie und Politikwissenschaft ignorierte und in den Fachdiskursen auf beiden Seiten des Atlantiks gleichermaßen präsent war und ist.«<sup>836</sup> Wie Mayntz' und Scharpfs Arbeiten wurden auch Streecks Bücher in zahlreiche andere Sprachen übersetzt. Sein Schaffen, so Hassel und Höpner weiter, sei »stets auf ein Grundproblem kapitalistischer Gesellschaftsordnungen bezogen: auf die Dynamik des Zusammenwirkens von Märkten und marktkorrigierenden Institutionen«. Durch sein wissenschaftliches Werk ziehe sich die von Max Weber, Émile Durkheim und Karl Polanyi inspirierte Frage

nach Notwendigkeit und Problemen der sozialen Einbettung kapitalistischer Märkte, nach ihren Entstehungsvoraussetzungen, sich wandelnden Funktionsweisen und Dysfunktionen sowie nach ihrem prekären Bestand vor dem Hintergrund sich ausdifferenzierender, »moderner« Gesellschaften und fortschreitender Internationalisierung der Wirtschaft.<sup>837</sup>

Ogleich seine sozialwissenschaftlichen Analysen auf die politische Praxis ausgerichtet waren, folgte Streeck wie Mayntz und Scharpf dem Weber'schen Wertneutralitätsideal. Er sei einer der wenigen Wissenschaftler in Deutschland, »die gerade ihrer Unabhängigkeit wegen in den Vorstandsetagen der Arbeiter- und Wirtschaftsverbände ebenso angesehen sind wie in denen der Gewerkschaften«. Auch Vertreter unterschiedlicher Parteien würden seinen Rat einholen. Methodologisch sei Streeck ein »institutionalistischer Korporatist«, der kaum Interesse an abstrakten Gesellschaftstheorien wie denen Luhmanns habe und Rational-Choice-Modelle mit ihrer Tendenz zu reduktionistischen Rationalitätsannahmen ablehne. Der »Vergleich von Realtypen und die komparativ informierte, historisch analysierende Fallstudie« (Historischer Ins-

---

836 Hassel und Höpner, „Einleitung“, 13.

837 Hassel und Höpner, 13–14.

tutionalismus) seien seine bevorzugten Ansätze, mit denen er maßgeblich zum derzeitigen Forschungsstand der Varieties-of-Capitalism-Literatur beigetragen habe.<sup>838</sup>

Streecks akademische Sozialisation war stärker als die von Scharpf von linksstehenden Sozialwissenschaftlern geprägt. Studiert hatte er in Frankfurt bei Ludwig von Friedeburg am Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main, bei Jürgen Habermas und Wolfgang Zapf. Als Student ging er an die Columbia University in New York, wo er bei Amitai Etzioni, einem alten Bekannten von Mayntz und auch Scharpf, Soziologie studierte. Nach dem Abschluss war er zwei Jahre lang Assistent Fritz Hartmanns an der Universität Münster, bevor er an das von Scharpf geleitete IIM am WZB ging. 1978 promovierte er an der Frankfurter Universität. Schon seine Dissertation war neokorporatistisch angelegt und setzte sich von der marxistisch geprägten Gewerkschaftsforschung ab.<sup>839</sup> 1986 erfolgte die Habilitation an der Universität Bielefeld, Hauptgutachter der Arbeit war Claus Offe. Bereits in seiner Berliner Zeit leitete Streeck zusammen mit Philippe C. Schmitter ein international vergleichendes Projekt über Arbeiter- und Wirtschaftsverbände, aus dem »Meilensteine der Korporatismusforschung hervorgingen«.<sup>840</sup> 1988 ging er als Professor für Soziologie und Arbeitsbeziehungen an die University of Wisconsin-Madison, einen Ruf von der Universität Konstanz auf den Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaften lehnte er ab. Gemeinsam mit Joel Rogers und Erik Olin Wright etablierte er in Madison ein wirtschaftssoziologisches Graduiertenprogramm und gründete mit Rogers zusammen das Center on Wisconsin Strategy (COWS), »das sich mit der Verbesserung der Lebensbedingungen in Wisconsin sowie mit neuen Modellen wirtschaftspolitischer Steuerung beschäftigte«.<sup>841</sup>

Mit Streecks Antritt als Nachfolger von Mayntz veränderte sich der Fachbeirat. Anfang 1996 kamen als neue Mitglieder Peter A. Hall (Harvard), Yves Mény (EUI Florenz, Robert Schuman Centre), Friedhelm Neidhardt (WZB), Manfred Streit (MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen) und David Soskice (WZB) dazu.<sup>842</sup> Ende 1996 wurde auch ein Kuratorium gegründet, das sich aus den folgenden Personen zusammensetzte: Hermann-Josef Arentz (Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags), Karlheinz Bentele (Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes), Staatsministerin Anke Brunn (Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags und Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen), Rainer Hank (FAZ), Reiner Hoffmann (Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts, Brüssel), Karl Kaiser (stellvertretender Vorsitzender des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik), Karl Lamers (Mitglied des Deutschen Bundestages), Ulrich Matz (Rektor der Universität zu Köln), Fritz Pleitgen (Intendant des Westdeutschen Rundfunks Köln), Karl

---

838 Hassel und Höpner, 14.

839 Hassel und Höpner, 15.

840 Hassel und Höpner, 17.

841 Hassel und Höpner, 18–19.

842 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 3.

Otto Pöhl (Sal. Oppenheim jr. & Cie. K. G. a. A.<sup>843</sup>, Köln), Wolfgang Roth (Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg) und als Vorsitzender des Kuratoriums Lothar Ruschmeier (Oberstadtdirektor der Stadt Köln).<sup>844</sup> Mit diesem aus Vertretern von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammengesetzten Kuratorium kamen die Direktoren einer auch vom Fachbeirat angemahnten Forderung nach erhöhter »Publizität unseres Forschungsansatzes und unserer theoretischen Ergebnisse« nach, wie Mayntz und Scharpf am 17. November 1994 Zacher mitteilten.<sup>845</sup> Noch im August 1994 hatte sich Mayntz gegenüber Franz-Xaver Kaufmann vom Fachbeirat gegen die Einsetzung eines Kuratoriums ausgesprochen: Sie und Scharpf seien der Auffassung, dies sei nicht notwendig.<sup>846</sup> Offenbar konnte sich jedoch Streeck durchsetzen. In diesen Zusammenhang gehörte auch eine öffentliche Vortragsreihe am MPIfG.<sup>847</sup> Mit Mayntz' Emeritierung 1997 wurde darüber hinaus Colin Crouch (Oxford/EUI Florenz) zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied berufen.<sup>848</sup>

Streeck machte sich auch an die Planung eines neuen Institutsgebäudes in der Paulstraße 3 in Köln, das 1998 schließlich bezogen werden konnte und eine räumliche Erweiterung brachte. Klagen über die beengten Raumverhältnisse und die schlechte Belüftung hatte es bereits seit dem Eintritt des MPIfG in die Phase des Normalbetriebs gegeben. Mayntz teilte Heinz A. Staab schon Ende September 1989 mit, dass ihr Institut »unter Raumnot zu leiden beginnt«. Die beiden Direktoren hätten die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur deshalb »so weit irgend möglich in Einzelzimmern« unterbringen können, weil »im Bereich der Verwaltung, der studentischen Hilfskräfte und der technischen Infrastruktur (vor allem allgemein zugängliche Räume mit technischen Apparaturen) zu Formen der Raumnutzung« gegriffen worden sei, »die schon jetzt für alle Betroffenen eine gewisse Belastung« darstellten.<sup>849</sup> Im Tätigkeitsbericht von 1995/96 hieß es, dass Ende 1996 »mit tatkräftiger Hilfe der Stadt Köln die lange unbeantwortet gebliebene Frage der endgültigen räumlichen Unterbringung des Instituts gelöst« worden sei: »Mitte 1998 wird das Institut nunmehr in einen von einem privaten Investor eigens für es errichteten Neubau in der Nähe des derzeitigen Standorts umziehen.« Damit sei »die Gefahr einer Verlagerung des Instituts nach Bonn im Rahmen der Kompensationsmaßnahmen für den Umzug der Bundesregierung abgewendet« worden.<sup>850</sup> Die Verhandlungen mit der Stadt Köln, dem Bauherrn Dr. Hans Rolf und der MPG hatte Streeck geführt.<sup>851</sup>

---

843 Heute heißt die Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA (SOP).

844 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 5.

845 Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf an Hans F. Zacher, 17. 11. 1994, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

846 Renate Mayntz an Franz-Xaver Kaufmann, 11. 08. 1994, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 13.

847 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 12.

848 Materialien für die Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft am 05. Juni 1997 in Bremen, Bl. 2–4, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 148.

849 Renate Mayntz an Heinz A. Staab, 26. 09. 1989, Bl. 1–2, hier: Bl. 1, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 11.

850 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 11–12.

851 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1997–1998, 11, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 331.

Streeck setzte auch eine Flexibilisierung der Personalpolitik durch, was de facto eine Aufgabe von Dauerstellen und eine Verkürzung der Vertragszeiten bei gleichzeitiger Zunahme der am MPIfG arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bedeutete.<sup>852</sup> In Zukunft werde das Institut »ohne Dauerverträge auskommen« müssen.<sup>853</sup> Damit kam die Institutsleitung einer seit Mitte der 1990er Jahre deutlicher artikulierten Forderung des MPG-Präsidiums und der Generalverwaltung nach, die Zahl der befristeten Wissenschaftler zu erhöhen, um mit den amerikanischen und englischen Spitzenuniversitäten in Bezug auf institutionelle Flexibilität und Kreativität der Nachwuchswissenschaftler auch in Zukunft mithalten zu können.<sup>854</sup> Zuvor war die Regelung, dass ständige Mitarbeiter keine Zeitverträge haben durften, was zu Beginn der 1990er Jahre in der MPG generell geändert wurde. Hintergrund dieser Personalpolitik waren u. a. der Konjunkturbruch in Deutschland 1991–1992 und die Finanzkrise des Bundes ab 1992, die die »Wende zum Neoliberalismus« beförderte.<sup>855</sup> Streeck und Scharpf führten das offene und vertrauensbasierte Management fort<sup>856</sup> und reformierten in diesem Kontext das Ausschusswesen mit dem Ziel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker an der Institutsleitung zu beteiligen. Im Berichtszeitraum 1995/96 wuchs die Zahl der Gastwissenschaftler, »wobei die Dauer des jeweiligen Aufenthalts am Institut zurückging«, ein Trend, der sich in den nächsten Jahren fortsetzen werde.<sup>857</sup> Streeck und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brachten auch die technische Ausstattung des Instituts auf den neuesten Stand. Dazu gehörte die Schaffung einer neuen Internetseite des MPIfG, womit wiederum der Forderung nach dessen erhöhter öffentlicher Sichtbarkeit entsprochen werden konnte.<sup>858</sup> Gleichzeitig wurden mit der Abschaffung der hausinternen Informationsschrift, die bisher in gedruckter Form erschienen war, die internen Informationen in ein Intranet überführt, das »die Sichtbarkeit der Entwicklungen im Institut für alle Institutsmitglieder« erhöhe.<sup>859</sup> Die EDV-Gruppe arbeitete in den Jahren 1995 und 1996 an einer umfassenden Modernisierung und einem dadurch bedingten infrastrukturellen Umbau:

Auf der Serviceseite wurde mit der Installation mehrerer UNIX-Systeme und eines Routers der Übergang von einer proprietären in eine offene, TCP/IP-basierte Protokollwelt abgeschlossen. Aufbauend auf dieser Infrastruktur und einhergehend mit der Erhöhung der

---

852 Vgl. dazu Leendertz, „Wissenschaftler auf Zeit“, die diesen Trend seit den späten 1970er Jahren im universitären und außeruniversitären Forschungsfeld Deutschlands beobachtet.

853 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 12.

854 Leendertz, „Wissenschaftler auf Zeit“, 6, 14–21.

855 Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 284.

856 Hassel und Höpner, „Einleitung“, 21.

857 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 12.

858 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 12.

859 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 78.

Kapazität unseres Internet-Anschlusses konnten neue Kommunikations- und Informationsdienste (WWW, Newsgroups und FTP) eingerichtet werden.<sup>860</sup>

Darüber hinaus sei ein großer Teil der PCs »durch leistungsfähigere ersetzt und mit neuer Office-Software ausgestattet« worden, sodass an allen Arbeitsplätzen eine schnelle Internetverbindung, ein E-Mail-System und ein Programm zum Versenden von Faxen vom PC zur Verfügung stehe.<sup>861</sup> Auch die Publikationspraxis veränderte sich: Ende 1996 waren fast alle »Discussion Papers« elektronisch abrufbar, die von Streeck initialisierte Veröffentlichungsreihe der »Working Papers« war ausschließlich digital beziehbar.<sup>862</sup> Die Aufsätze in dieser Reihe waren als Zusammenfassungen vorläufiger Forschungsergebnisse gedacht, die ein summarisches Begutachtungsverfahren durchlaufen sollten.<sup>863</sup>

Mit Streecks Amtsantritt veränderte sich auch das Forschungsprogramm des MPIfG. Mayntz teilte Mitte März 1996 Wolfgang Klitzsch von der Ärztekammer Nordrhein mit, dass künftig »alle drei der gegenstandsbezogenen Schwerpunkte im Forschungsprogramm des Instituts [...] als solche nicht fortgeführt« würden, »was aber nicht ausschließt, daß es weiterhin Projekte in den Bereichen Forschung, Technik und Gesundheit gibt«.<sup>864</sup> Scharpf hatte bereits Anfang Januar 1994 gegenüber Wolfgang Thierse vom SPD-Parteivorstand geäußert, dass der globale Kapitalismus zukünftig ein zentrales Thema soziologischer und politologischer Forschung sein würde. Denn dieser »zwingt uns zur Standortkonkurrenz mit Indern und Chinesen, Polen und Tschechen – und wie immer wir darauf reagieren, die Folge wird eine Verarmung der bisher reichen Industrieländer sein«, so Scharpf. Ein genuin sozialdemokratisches Thema – nebst der drohenden ökologischen Katastrophe, die ebenfalls zu einer Verminderung des Reichtums in den Industrieländern führe – müsse demnach die Frage sein, ob und wie Deutschland und andere Industrienationen die aus dieser Entwicklung resultierende Verarmung gerecht verteilen könnten, bezogen auf Einkommen, Arbeitsplätze, ethische Fragen wie die Menschenwürde und Teilhabechancen.<sup>865</sup> Im zukünftigen Forschungsprogramm des ab 1997 unter der Leitung von Scharpf und Streeck stehenden MPIfG sollte genau diese Frage empirisch-analytisch erforscht werden. Der Fokus auf den globalen Kapitalismus war die eine Neuerung, die andere war die stärkere Konzentration auf die europäische Integration. Beide Themen standen miteinander im Zusammenhang, wie Lutz Raphael hervorhebt: In den 1990er Jahren habe der »neue Geist des (westlichen) Kapitalismus« den europäischen Einigungsprozess maßgeblich geprägt. Dies sei in Deutschland, Frankreich und Großbritannien deutlich zu sehen, deren jeweilige

---

860 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 84.

861 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 84. Vgl. auch Mittelfristiges Programm zur Verbesserung der Infrastruktur am MPIfG, 24. 10. 1995, Bl. 1–6, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 25.

862 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 12.

863 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 86.

864 Renate Mayntz an Wolfgang Klitzsch, 14. 03. 1996, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 5.

865 Fritz W. Scharpf an Wolfgang Thierse, 03. 01. 1994, Bl. 1–2, hier: Bl. 2, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 11.

regierungspolitische Agenda zwischen 1983 und 2008 zahlreiche Gemeinsamkeiten aufgewiesen hätte, »von der Privatisierung über die Öffnung für die internationalen Finanzmärkte und die Erweiterung und Harmonisierung der Bildungssysteme bis hin zu kostensenkenden Umbauten der öffentlichen sozialen Sicherungssysteme«. <sup>866</sup>

Dem Tätigkeitsbericht von 1995/96 ist zu entnehmen, dass der theoretische Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus auch künftig beibehalten werden sollte. Denn dieser sei »als die empirische Arbeit anleitende und disziplinierende Beschreibungssprache« so offen, dass er auch auf neue Untersuchungsgegenstände angewendet werden könne. Darüber hinaus sei er auch anschlussfähig »an neuere Entwicklungen der institutionellen Ökonomie und des sozialwissenschaftlichen Institutionalismus«. Denn es gehe darum,

historisch einmalige Sachverhalte auf der Makro- oder Meso-Ebene von Gesellschaften aus dem Zusammentreffen des strategischen Handelns von (insbesondere korporativen) Akteuren mit den je besonderen institutionellen Bedingungen solchen Handelns zu erklären. <sup>867</sup>

Das alte Forschungsprogramm, das sich auf staatsnahe Sektoren in nationalstaatlich verfassten Gesellschaften konzentriert hätte, habe als ein »wichtiges und in dieser Allgemeinheit auch unerwartetes Ergebnis der empirischen Untersuchungen« die Einsicht erbracht,

daß selbst in diesen marktfernen Bereichen die staatliche Politik nicht in der Lage war, die Entwicklung sektoraler Leistungssysteme einerseits zu steuern, und daß die tatsächliche Ordnung der Sektoren sich erst aus der Interaktion zwischen staatlich-öffentlicher Steuerung und zivilgesellschaftlich-privater Selbstregulierung ergab. <sup>868</sup>

»Staatsnahe« und »marktnahe« Sektoren hätten ihre frühere Eindeutigkeit verloren, wie dies am Beispiel der Telekommunikation, aber auch im Luft- und Schienenverkehr sowie den elektronischen Medien deutlich geworden sei; in fast allen Leistungssektoren habe die »Bedeutung der Marktkoordination« zugenommen. Zudem habe sich bereits am Ende der Ära Mayntz/Scharpf gezeigt, dass die Forschungsorientierung »auf nationale Governance-Systeme und den internationalen Vergleich nationaler Systeme« zu eng sei. In Zukunft müsse verstärkt auf den »Mehrebenencharakter von Governance-Systemen« eingegangen werden, dies vor allem auf europäischer Ebene. Ganz allgemein habe die Bedeutung internationaler Abhängigkeiten erheblich zugenommen. <sup>869</sup> Die Gründe für diese Entwicklung lägen nicht nur in gewissen »Veränderungen der politisch-ideologischen Ziele und Situationsdeutungen«, sondern auch in den

---

866 Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, 17.

867 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 14–15.

868 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 15.

869 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 15–16.

realen Zwängen »der ökonomischen Globalisierung und des internationalen (Standort-)Wettbewerbs, die »marktkorrigierende« nationale Regelungssysteme in zunehmendem Maße als Belastung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erscheinen lassen«. <sup>870</sup> Für die zweite Phase des Institutsprogramms sollte daher »eine stärkere historische Lokalisierung der forschungsleitenden Fragestellungen« vorgenommen werden. Die »Problemlösungsfähigkeit moderner Gesellschaften« solle »nun unter historischen Randbedingungen« untersucht werden, die die »Effektivität rein nationaler Lösungen beschränkten«, die »Bedeutung öffentlicher und privater transnationaler und supranationaler Regelungen erhöhen« und die »Interaktionseffekte zwischen den nationalen Regelungssystemen als besonders problematisch erscheinen lassen«. <sup>871</sup>

Drei Untersuchungsgegenstände seien konzipiert worden: 1) die Funktionsweise nationaler Regelungssysteme und deren Reaktion auf ebendiese veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, die national, international und intersektoral vergleichend untersucht werden sollten; <sup>872</sup> 2) die Funktionsweise, Leistungsfähigkeit und demokratische Legitimation trans- und supranationaler Regelungssysteme, wobei ein besonderer Fokus auf die Probleme der Interessensvermittlung und des Demokratiedefizits transnationaler Institutionen zu legen sei; 3) das Zusammenspiel zwischen Institutionen der »Mehrebenen-Governance-Systeme«. <sup>873</sup>

Die Direktoren definierten fünf Forschungsbereiche, die diesen drei Typen zugeordnet wurden. Der erste Bereich lautete »Europäische Integration und europäische Institutionen«. <sup>874</sup> Ein erstes diesem Bereich zugeteiltes Forschungsprojekt war die von David Coen bearbeitete Untersuchung der »Großunternehmer als politische Akteure in der Europäischen Union«, die den Lobbyismus in der EU angesichts dessen, dass über 200 Unternehmen Büros in Brüssel unterhielten und somit »Einfluß auf den europäischen Integrationsprozeß nehmen«, analysieren sollte. Coen untersuchte 94 der größten europäischen Unternehmen anhand der Fragestellung, »mittels welcher politischer Einflußkanäle sie ihre Interessen im europäischen Entscheidungsprozeß geltend machen«. <sup>875</sup> Werner Eichhorst arbeitete an einer Studie mit dem Titel »Europäische Sozialpolitik zwischen nationaler und supranationaler Regulierung: Die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union« und betrachtete darin die Geltung des nationalen Sozial- und Arbeitsrechts in den EU-Staaten. Dabei handelte es sich um ein Dissertationsprojekt, dessen Ziel darin bestand, »das Zusammenwirken nationaler und europäischer Politik anhand dieses konkreten Streitpunktes zu untersu-

---

870 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 16.

871 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 16.

872 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 16.

873 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 16–17.

874 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 23.

875 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 24.

chen und das sich in der Sozial- und Arbeitspolitik entwickelnde, fragmentierte Regulierungsmuster zu erklären«. <sup>876</sup>

Philipp Genschel untersuchte in seinem Habilitationsprojekt das Thema »Steuerkonkurrenz und Steuerkoordination in der Europäischen Union: Umsatzsteuern, Unternehmenssteuern und Kapitalertragssteuern im Vergleich«. Anlass dieser Studie war die Sachlage, dass im Zuge der fortschreitenden finanzkapitalistischen Globalisierung ein Teil der Steuerzahler »sich hohen nationalen Steuern durch Abwanderung ins Ausland« entzog, was dazu führte, dass sich die Nationalstaaten einer »Konkurrenz um mobile Steuerbürger« ausgesetzt sahen und mit einer Senkung der Steuersätze reagierten. Die Folge waren Ausfälle von Einnahmen, Ausgabenkürzungen und eine stärkere Belastung der weniger mobilen Steuerzahler. <sup>877</sup> Die Entwicklungsmöglichkeiten und -grenzen »korporatistischer Arrangements auf europäischer Ebene« sollte Ute Knaak in ihrem Projekt »Der Soziale Dialog nach Maastricht: Europäischer Korporatismus im Werden?« herausarbeiten. <sup>878</sup> Scharpf arbeitete in Kooperation mit dem Robert Schuman Centre an einem Buchprojekt über den »Sozialstaat in der europäischen Mehrebenenpolitik«. Untersucht werden sollte der Einfluss der »negativen Koordination« im europäischen Binnenmarkt auf bestehende sozialstaatliche Regelungs- und Leistungssysteme in den EU-Mitgliedstaaten. <sup>879</sup> Ebenfalls diesem Bereich zugeordnet war die Untersuchung von Susanne K. Schmidt über »Die wettbewerbsrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Kommission in staatsnahen Sektoren«. <sup>880</sup> Streeck war mit zwei diesem Forschungsbereich zugeordneten Projekten vertreten, einmal ein Projekt, das er allein durchführte und in dem es um die industriellen Beziehungen im EU-Mehrebenensystem am Beispiel der Europäischen Betriebsräte ging. Denn die EU-Betriebsräte würden »vielfältige Gelegenheiten für die empirische Erforschung der Möglichkeiten und Grenzen des seit Maastricht fest etablierten neuen, [sic] »postföderalen« Musters der europäischen Integration« bieten. <sup>881</sup> Hintergrund war die »nach langen Auseinandersetzungen im Jahre 1994 zustandegekommene Richtlinie über europäische Betriebsräte«, die den bisherigen »Eckpunkt einer historischen Evolution weg von Harmonisierung und Europäisierung zu bloßer Koordination von nationalen Systemen industrieller Bürgerrechte« markiere. <sup>882</sup> Am zweiten Projekt arbeiteten nebst Streeck Jelle Visser und Axel Ditz mit, es ging darin um »Die Europäisierung organisierter Interessen in ausgewählten Ländern und Sektoren«. Die Untersuchung sollte »die Auswirkungen der Europäisierung und der mit ihr entstandenen neuen Handlungszwänge und -möglichkeiten« auf die bislang vor allem nationalstaatlich angelegte Struktur organisierter Interessen darlegen. Zentrales Ziel des Projekts war der »Aufbau einer

---

876 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 25–26.

877 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 27.

878 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 28–29.

879 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 29–30.

880 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 30–31.

881 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 31.

882 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 32.

Organisationsdatenbank über die Interessenverbände von Arbeitgebern und Gewerkschaften in sechs Wirtschaftssektoren« von sechs ausgewählten EU-Mitgliedstaaten. Einbezogen würden auch »die nationalen und europäischen Dachverbände sowie die Beziehungen zwischen ihnen und den Sektorverbänden«, hinzu kamen »Daten über die europäische Verbandstätigkeit und andere Formen europäischer politischer Aktivität von multinationalen Unternehmen«. <sup>883</sup>

Die Mehrzahl der laufenden Projekte war im zweiten Forschungsbereich angesiedelt, der »Nationale Gesellschaften im europäischen und globalen Kontext« hieß. <sup>884</sup> Das erste Projekt aus diesem Bereich war die von Ira Denkhaus bearbeitete Untersuchung »Reform des öffentlichen Sektors, Privatisierung und Europäische Integration«, die auf die »Eisenbahnreformen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und Schweden« fokussiert war. Es ging darin um den langfristigen institutionellen Wandel und das Potential »politischer Entscheidungsprozesse in Mehrebenensystemen zur Beeinflussung dieser Wandlungsprozesse«. <sup>885</sup> Des Weiteren arbeitete Bernhard Ebbinghaus an einer Studie zum Thema »Sozialstaat und Sozialpartnerschaft in Europa: Eine vergleichende Mehrebenen-Analyse« und untersuchte »die Wahlverwandtschaften und Wechselbeziehungen von Wohlfahrtsstaatsregimen und Arbeitsbeziehungsmustern in Europa unter den Herausforderungen von Globalisierung« und der europäischen Einigung. Auch dieses Projekt war vergleichend angelegt und nahm mehrere Länder in den Blick: Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Schweden. <sup>886</sup> Ein drittes Projekt von Jürgen Feick hieß »Nationale und europäische Arzneimittelregulierung« und erforschte »den Stand der Arzneimittelregulierung in Frankreich, Großbritannien und Deutschland«. <sup>887</sup> Diese Untersuchung war noch vom alten Forschungsprogramm übernommen worden. Neu war dagegen das Projekt von Gregory Jackson »Unternehmensverfassung in vergleichender Perspektive: Wandel der Steuerungsmechanismen in Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten«, das als Dissertation an der Columbia University angelegt war und im Zusammenhang mit dem am MPIfG angesiedelten Großprojekt »Deutschland und Japan: Krise des national organisierten Kapitalismus?« stand. <sup>888</sup> Jackson fungierte dabei auch als Projektmanager, die Leiter waren Streeck und Kozo Yamamura von der University of Washington, weitere Beteiligte waren Ronald Dore (London School of Economics and Political Science), Susan Hankley (University of Washington), Peter Katzenstein (Cornell University), Herbert Kitschelt (Duke University), Stephen D. Krasner (Stanford University), Gerhard Lehbruch (Universität Konstanz) und T. J. Pempel (University of Washington). <sup>889</sup> Susanne Lütz arbeitete an ihrem

---

883 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 33.

884 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 35.

885 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 36–37.

886 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 37–38.

887 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 39.

888 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 40.

889 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 46–47.

Habilitationsprojekt mit dem Titel »Staat und Selbstregulierung im Zeichen von Globalisierung und Europäischer Marktintegration: Der deutsche Finanzsektor im Umbruch«, in dem es um die Frage nach den Möglichkeiten regulativer Politik angesichts der fortschreitenden Internationalisierung in der Wirtschaft und auf der Ebene des politischen Handelns ging. In Sachen Regulierung hätten »die Nationalstaaten offenbar an Autonomie gegenüber nationalen Marktteilnehmern verloren«, in immer mehr Politikfeldern »erzwingen ›internationale Regime‹ oder die supranationale Ebene der Europäischen Union eine Angleichung der Spielregeln des Wettbewerbs«. <sup>890</sup> Ein von Philip Manow bearbeitetes Projekt, »Varianten des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus: Alterssicherung in Japan, Deutschland und den USA«, untersuchte die Frage »nach der Stabilität beziehungsweise Instabilität nationaler Kapitalismen im Kontext internationaler Märkte«. <sup>891</sup> Thomas Plümper erforschte in seinem Projekt »Industriestaaten und globaler ökonomischer Wandel« die Wechselwirkung zwischen »der Natur internationaler Prozesse, der Struktur der nationalen Volkswirtschaften und dem Grad der Anpassung an komparative Kostenvorteile«, von der wirtschaftspolitische Restriktionen abhingen. Darüber hinaus interessierte ihn die Frage, »zu welchem Grad die ökonomische Performanz der einzelnen Industriestaaten von den globalen ökonomischen Prozessen beeinflusst wird«. <sup>892</sup> Zwei weitere Projekte bearbeitete Helmut Voelzkow, beide waren als Kooperationsprojekte konzipiert. Das eine Projekt hieß »Institutionelle Handlungsfähigkeit regionaler Ökonomien im internationalen Vergleich«, als Partner fungierten Colin Crouch (EUI), Carlo Trigilia (Universität Florenz) und Patrick Le Galès (CNRS, Universität Rennes). Dem Projekt lag die Annahme zugrunde, im Zuge des Strukturwandels in Europa würden sich wieder vermehrt regionale Ökonomien ausbilden, die an Erscheinungen des 19. Jahrhunderts erinnerten (»industrielle Distrikte«). Ziel der Studie war die Erforschung »der institutionellen Handlungsfähigkeit derartiger regionaler Ökonomien oder neo-industrieller Distrikte« in Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland. <sup>893</sup> Im zweiten Projekt, »Implementation der Europäischen Strukturfonds in Nordrhein-Westfalen«, sollte in zwei von der nordrhein-westfälischen Regierung in Auftrag gegebenen Teilprojekten eine Erfolgskontrolle bzw. »Zwischenevaluation« der von den Strukturfonds in diesem Bundesland geförderten Maßnahmen durchgeführt werden. Voelzkows Kooperationspartner waren Rolf G. Heinze (Ruhr-Universität Bochum), Atze Verkennis (Netherlands Economic Institute, Rotterdam), Michael Rider (MR Regionalberatung und Projektentwicklung) und Matthias Knuth (Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen). <sup>894</sup>

Der dritte Forschungsbereich, »Wissenschaft und Technik«, kann als gewandelter Bereich dessen aufgefasst werden, was unter Mayntz und Scharpf unter »größentechnische Systeme« fir-

---

890 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 41.

891 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 43.

892 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 45.

893 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 48–49.

894 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 49–50.

mierte, nun aber thematisch erweitert worden war.<sup>895</sup> Reiner Grundmann führte seine Untersuchung über die FCKW-Ozon-Kontroverse in Deutschland und den Vereinigten Staaten von 1974 bis 1992 weiter.<sup>896</sup> Grit Laudel konnte ihr Dissertationsprojekt über die SFB 1996 abschließen, die Dissertation sollte an der Universität Bielefeld eingereicht werden.<sup>897</sup> Hans-Willy Hohn führte sein Projekt »Kognitive und organisatorische Strukturen in der Forschung: Kernphysik und Informatik im Vergleich« ebenfalls weiter.<sup>898</sup> Interessant ist Hohns Einsicht, dass sich das Kuhn'sche Paradigmenmodell zwar auf die Kernphysik gut anwenden lasse, nicht aber auf die Informatik und Informationstechnik, bei der »weder die klassischen wissenschaftssoziologischen Modelle Kuhnscher Prägung noch die neueren Theorien der wissenschaftlichen Selbstorganisation angewandt werden« könnten.<sup>899</sup> Jürgen Lautwein untersuchte anhand der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen »Otto von Guericke« e. V. das »Forschungsmanagement im Bereich industrieller Gemeinschaftsforschung«. Er führte das Projekt neben seiner Tätigkeit als MPIfG-Verwaltungsleiter durch.<sup>900</sup> Bei der Langzeitstudie von Bernd Meisheit und Rainer Ollmann über neue Formen der Telekommunikation im beruflichen Personenverkehr, zu der zwischenzeitlich Antonius Schröder gestoßen war, seien im Berichtszeitraum »die zweite Datenerhebungsphase und die vergleichende Datenanalyse« durchgeführt worden. Die aus den Ergebnissen von 1987 abgeleitete Erwartung, dass es »bei der geschäftlichen Nutzung der neuen Kommunikationstechniken weniger um eine Reduzierung des (Geschäfts)Reisevolumens als vielmehr um eine Intensivierung kommunikationstechnischer Vernetzung« gehen werde, sei durch die im Laufe des Jahres 1996 abgeschlossene Datenanalyse bestätigt worden.<sup>901</sup>

Renate Mayntz und Uwe Schimank arbeiteten ebenfalls weiter an ihrem Projekt über die Transformation der Forschungssysteme Mittel- und Osteuropas. Dabei sei die vergleichende Auswertung der Fallstudien Ende 1996 abgeschlossen worden. In der zweiten Projektphase sollten nun Institute der Akademien der ehemals sozialistischen Länder ausgewählt und verglichen werden.<sup>902</sup> Die beiden Gesellschaftsforscher – Schimank war in der Zwischenzeit Professor an der FernUniversität in Hagen – führten darüber hinaus ein neues Projekt durch: »Vermittlungsprozesse zwischen Forschung und Praxis im intersektoralen und internationalen Vergleich«. Hintergrund der Untersuchung waren die seit den 1960er Jahren ansteigenden Forschungsaus-

---

895 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 51.

896 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 52.

897 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 54–55.

898 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 53.

899 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 54.

900 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 56–57.

901 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 57–58.

902 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 60.

gaben, die eine Diskussion »um die Nützlichkeit der Forschung, und insbesondere der Grundlagenforschung, ausgelöst« hätten. Dabei stehe die Frage im Vordergrund,

wie die Industrie und andere Nutzergruppen von der Wissenschaft das erhalten könnten, was sie für die notwendigen Innovationsleistungen in einer zunehmend wettbewerbsintensiven Weltwirtschaft brauchen. Dagegen wird heute kaum systematisch gefragt, wie die gesellschaftliche Einbettung und die an die Wissenschaft gerichteten Erwartungen die Wissenschaftsentwicklung beeinflussen.<sup>903</sup>

Neu war auch das Projekt von Raymund Werle und Volker Leib zum Thema »Das Internet und die Entwicklung von Computernetzwerken für die Wissenschaft: Ein internationaler Vergleich aus der Governance-Perspektive«, das als Gegenüberstellung zwischen Großbritannien und Deutschland angelegt war. Die Bearbeiter fassten das Internet als »ein neues Modell der Entwicklung und Funktion großer technischer Systeme« auf, dessen Hauptmerkmal »eine nicht-hierarchische, dezentralisierte Struktur« sei, »in der eine Vielzahl von Organisationen zusammenwirken«.<sup>904</sup> In einem letzten diesem Bereich zugeteilten Projekt untersuchte Markus Winnes zusammen mit Schimank »Staatlich finanzierte Forschungssysteme im europäischen Vergleich«. In den Blick genommen werden sollten Großbritannien, Deutschland, Spanien, Italien, Irland, Norwegen, Dänemark, Ungarn und Island.<sup>905</sup>

Ebenfalls als umgewandelte Fortführung aus dem ersten Forschungsprogramm kann der vierte Forschungsbereich, »Theorien und Methoden«, aufgefasst werden.<sup>906</sup> Diesem Bereich waren drei Projekte zugeteilt. Das erste, »Modellierung sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte unter Verwendung quantitativer, mathematischer und analytischer Methoden«, bearbeitete Kjell Hausken, der unter Verwendung empirischer Forschungsergebnisse spieltheoretische Ansätze operationalisierte, »um Akteure zu identifizieren und Handlungsoptionen sowie deren Rahmenbedingungen zu bestimmen«. Auf das konkrete empirische Material angewandt waren dem Projekt vier Zielstellungen vorangestellt: 1) zu analysieren, wie in der Europäischen Kommission Firmen dazu bewegt werden, »sich an Foren funktionaler Repräsentation auf europäischer Ebene zu beteiligen«; 2) zu untersuchen, »wie Vertrauen Demokratie durch bedingten Konsens unterstützt«; 3) die »Entwicklung eines spieltheoretischen Modells politischer Patronage, das über konventionelle, nicht-strategische Theorien hinausgeht«; 4) die Entwicklung eines Modells, mit dem der Einsatz »von geldpolitischen Instrumenten durch die Zentralbanken mit dem Ziel, auf die Wechselkurse des Dollar, der Deutschen Mark und des Yen einzuwirken«, analysiert werden kann.<sup>907</sup> Das zweite Projekt, »Visualisierung sozialer Strukturen«,

---

903 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 61.

904 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 62–63.

905 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 63.

906 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 65.

907 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 66–67.

bearbeitete Lothar Krempel. Mit solchen Verfahren der Strukturvisualisierung ließen sich »statistische Informationen in systematischer Weise« benutzen, »um Abbildungen der Gesamtstruktur von Interaktionen zu erzeugen«, was Krempel an den Beispielen des internationalen Handels und der politischen Partizipation von Interessengruppen in der EU durchspielen wollte.<sup>908</sup> Im dritten Projekt, das Scharpf selbst bearbeitete, ging es um »Institutionen und strategische Interaktion in der Politikforschung«.<sup>909</sup> Dabei handelte es sich um ein Buchvorhaben, aus dem später die Monographie *Games Real Actors Play: Actor-Centered Institutionalism in Policy Research* hervorgehen sollte (Westview Press 1997).<sup>910</sup>

Im fünften Forschungsbereich, »Andere Projekte«, waren alle die Untersuchungen versammelt, die in keinen der übrigen vier Bereiche passten.<sup>911</sup> Diese Neuerung ist Evidenz dafür, dass Streeck und Scharpf das Forschungsprogramm von Mayntz inhaltlich erweiterten. Jens Altemeier verfasste eine Untersuchung mit dem Titel »Föderale Finanzbeziehungen unter Anpassungsdruck: Die Verarbeitung von vereinigungsbedingten Verteilungsfragen in der Verhandlungsdemokratie«, die »empirisch-analytische Erkenntnisse zur Finanzpolitik der deutschen Vereinigung, zu Möglichkeiten föderaler Politik unter den Bedingungen von Politikverflechtung und Parteienwettbewerb sowie zur Theorie von Verhandlungssystemen liefern« sollte.<sup>912</sup> In einem weiteren Dissertationsprojekt erforschte Matthias Mohr den Einfluss der Kommunalverfassung auf das kommunale Budget; ihm ging es um die Frage, »ob und wie Kommunalverfassungen die Fähigkeit von Kommunen beeinflussen, ihren Kommunalhaushalt zu steuern«.<sup>913</sup> Das dritte und letzte im Tätigkeitsbericht aufgeführte Projekt trug den Titel »Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen: Bilanz und Perspektiven«. Seine Bearbeiter waren Streeck und Norbert Kluge, finanziert wurde es von der Bertelsmann Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung. Ziel der Untersuchung war die Erarbeitung einer umfassenden Bilanz des deutschen Mitbestimmungssystems. Zu diesem Zweck hätten die beiden Stiftungen eine »Kommission Mitbestimmung« eingerichtet, »der 35 führende Vertreter der Tarifvertragsparteien, der betrieblichen Praxis und der Politik« angehörten. Eine Steuerungsgruppe, zu der auch Streeck als wissenschaftlicher Leiter gehörte, koordinierte das Projekt, während Kluge, der am MPIfG Gaststatus hatte, das wissenschaftliche Sekretariat des Projekts leitete.<sup>914</sup>

Dieses Kapitel resümierend, lässt sich festhalten, dass mit dem Amtsantritt Wolfgang Streecks die organisatorische Struktur des MPIfG dynamisiert wurde – durch erhöhte Wertigkeit der Öffentlichkeitsarbeit und bessere Sichtbarkeit dank eines modernisierten Medienauftritts, ein

---

908 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 68.

909 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 70.

910 Scharpf, *Games Real Actors Play*.

911 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 71.

912 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 72.

913 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 73–74.

914 MPIfG, Tätigkeitsbericht/Report 1995–1996, 75.

Kuratorium, das das Institut näher an Akteure der politischen und ökonomischen Sphäre brachte und damit den Nützlichkeitscharakter der betriebenen Forschungsarbeit für die Gesellschaft unterstrich, sowie eine stärkere kooperative internationale Forschungspraxis. Die Kooperation mit Sozialwissenschaftlern der Universität zu Köln führten Scharpf und Streeck fort; das MPIfG hatte sich 1997 an einem gemeinsam mit der WiSo-Fakultät und dem Historischen Seminar der Kölner Universität zu stellenden SFB beteiligt. Die beiden Direktoren beabsichtigten dabei, die Forschungsbereiche »Problemlösung in der Europäischen Mehrebenenpolitik« und »Industrielle Beziehungen unter den Bedingungen des Systemwettbewerbs in Europa« in diesen SFB einzubringen.<sup>915</sup> Sie verfolgten demnach ein Leitungskonzept, das von Amitai Etzioni 1968 als »Active Society« beschrieben worden war, eine auf institutionell-wissenschaftlicher Ebene betriebene Form partizipatorischer Demokratie. Es ist kein Zufall, dass Sylvia und Wolfgang Streeck Etzions Buch ins Deutsche übersetzten (Westdeutscher Verlag, 1975).<sup>916</sup> Wenn auch nicht mit einer so hohen Gewichtung der Öffentlichkeitsarbeit und der medialen Sichtbarkeit hatte Renate Mayntz diesen institutionellen Leitungsstil vorgeprägt. Als sie 1999 den Schader-Preis erhielt, betonte der Vorsitzende des Kuratoriums der Schader-Stiftung, Michael Th. Greven, in seiner Laudatio auf Mayntz, dass der von ihr und Kollegen 1970 vorgelegte Strukturplan für das Bildungswesen »von der Möglichkeit der rationalisierenden Verbesserung gesellschaftlicher Aufgabenerfüllung durch aktive, wissenschaftlich informierte Gestaltung, durch ›aktive Politik[,] wie es kurz danach heißen wird«, ausgehe und der Wissenschaft dabei »eine hervorragende Rolle nicht nur bei der Produktion anerkennungswürdigen Wissens, sondern auch bei der Bestimmung von Problemen und der Rationalisierung von Zielen« zuspreche.<sup>917</sup>

---

915 Fritz W. Scharpf an Sabine Behrenbeck, 08. 10. 1997, AMPG, III. Abt., ZA 149, Nr. 14.

916 Vgl. Etzioni, *Die aktive Gesellschaft*.

917 Michael Th. Greven, Laudatio, in: Schaderpreis 1999, Preisträgerin Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Renate Mayntz, Dokumentation der Preisverleihung am 04. November 1999, Orangerie, Darmstadt, 14–17, hier: 15, AMPG, III. Abt., ZA 107, Nr. 212.

## 5 Schlussbetrachtung

Mayntz und Scharpf standen für zwei kurz aufeinander folgende Generationen westdeutscher Soziologen und Politologen, die die Überwindung des Nationalsozialismus und seiner Weltanschauung aufs Engste mit ihrem Eintreten für eine moderne empirische und analytische Soziologie und Politologie nach westlich-amerikanischem Zuschnitt verschnürten. Auch andere Soziologen, etwa M. Rainer Lepsius, vertraten diese epistemische Haltung: Auch Lepsius hatte wie Scharpf Eltern, die dem Nationalsozialismus distanziert bis ablehnend gegenübergestanden hatten, und auch er entschied sich für eine empirisch-analytische Ausrichtung der Soziologie.<sup>918</sup> Beide MPIfG-Direktoren hatten während ihres Studiums und auch als Postdocs bzw. Professoren einige Zeit in den Vereinigten Staaten verbracht. Noch länger hatte sich Wolfgang Streeck in Amerika aufgehalten, der an der University of Wisconsin-Madison über sieben Jahre eine Professur innegehabt hatte. Er war noch stärker vom amerikanischen gesellschaftswissenschaftlichen Feld und den darin vorherrschenden Denkweisen und Praxisformen geprägt. Mayntz, Scharpf und Lepsius teilten auch die Ablehnung geschichtsphilosophischer Ansätze der älteren geisteswissenschaftlich geprägten deutschen Soziologie (z. B. Hans Freyer) und Politologie (z. B. Arnold Bergstraesser), die sie als politisch-ideologisch korrumpiert und wirklichkeitsfremd ansahen.<sup>919</sup> Als politisch korrumpiert im Sinne linker ideologischer Politisierung galt auch das MPIIL unter von Weizsäcker und Habermas, und Mayntz' Forschungsprogramm sollte einen Gegenpol zu dieser nun von links erfolgten Politisierung eines Instituts der MPG darstellen. Insofern konnte Ariane Leendertz' These von der mit der Gründung des MPIfG zu Beginn der 1980er Jahre intendierten und auch erfolgten Entpolitisierung der Sozialwissenschaften in der MPG grundsätzlich bestätigt werden. Im Falle von Mayntz lag dies nahe, zumal sie parteipolitisch nicht aktiv war. Allerdings muss die These von der Entpolitisierung der Sozialwissenschaften in der MPG in Bezug auf Scharpf und Streeck präzisiert werden, denn Scharpf war aktiver Sozialdemokrat und Streeck war ebenfalls SPD-Mitglied und hatte eine sozialistische Vergangenheit; er war während seiner Studienzeit Mitglied im SHB und Mitbegründer des Sozialistischen Büros in Offenbach gewesen. Es ist deutlich geworden, dass Scharpfs und Streecks politische Einstellung durchaus Einfluss auf die Art der gewählten Fragestellungen, auf ihre Forschungsergebnisse und schließlich auf ihre Forschungsdesigns hatte, was gerade an dem von beiden adressierten Problem der sich aus dem Zusammenspiel von nationalstaatlich verfasster Demokratie und globalisiertem Finanzkapitalismus ergebenden Widersprüche und Anomien erkennbar wird. Dass aber auch Scharpf und Streeck keine linke Ideologisierung der Institutsarbeit wollten, lag an der mit Mayntz geteilten Wertneutralität sozialwissenschaftlicher Aussagen. In ihrem Falle müsste die Entpolitisierungsthese als politische Entideologisierung im Sinne einer epistemischen Reinigung der Sozialwissenschaften von normativ-philosophischen und daher ideologieanfälligen Elementen formuliert werden.

---

918 Hepp und Löw, *M. Rainer Lepsius*, 14, 16, 19.

919 Lepsius, „Soziologie als Profession“, 87.

Die Arbeiten der Direktoren und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zielten auf das Aufzeigen von Problemlösungsmöglichkeiten für den Nationalstaat Deutschland, generierten aber auch wissenschaftspolitische Problemlösungen innerhalb von Institutionen auf der Mesoebene wie der MPG sowie von solchen der EU. Kritische Ansätze waren nicht im Sinne einer umfassenden Gesellschaftskritik gedacht, sondern als Erkennen von Funktionsblockaden im Zusammenspiel verschiedener gesellschaftlicher Sektoren.

Dass Scharpf und Streeck diese epistemische Haltung bzw. Tugend teilten,<sup>920</sup> trug sicher zur Kontinuität des Mayntz'schen Forschungsprogramms bei, auch wenn beide eine kapitalismuskritischere Position vertraten. Wichtiger jedoch erscheint, dass sowohl Scharpf als auch Streeck den gesellschaftswissenschaftlichen Institutionalismus in ihrer je eigenen Variante vertraten: Scharpf eher von Seiten der Spieltheorie und der Policy-Forschung, Streeck im Sinne des verbände- und wirtschaftssoziologischen Institutionalismus. »Institution« als gesellschaftswissenschaftlicher Kerngegenstand hatte – so ließe sich eine Hypothese aufstellen, die aber noch empirisch erhärtet werden müsste – zu Beginn der 1980er Jahre deshalb Konjunktur, weil sich so verschiedene Erscheinungen auf der Meso- und teils der Makroebene beschreiben und analysieren ließen, ohne die Akteurshandlung außen vor zu lassen. Ähnlich Pierre Bourdieus Habitus- und Feldkonzept diente »Institution« somit als Vermittlerin zwischen Struktur und Handlung. Während Mayntz und Scharpf in ihrer Zeit als Direktoren den Ansatz des akteur- oder akteurszentrierten Institutionalismus entwickelten, erfolgte mit dem Amtsantritt Streecks eine stärkere Fokussierung auf die Historie und die Pfadabhängigkeit von Entscheidungen institutioneller Akteure, was schließlich zum Ansatz des Historischen Institutionalismus führte.<sup>921</sup> Mit Lakatos lässt sich demnach konstatieren, dass der Wechsel von Mayntz zu Streeck Modifikationen von Hilfhypothesen – etwa die Verabschiedung von steuerungstheoretischen Ansätzen im Zusammenhang mit der fortschreitenden ökonomischen Globalisierung und die Fokussierung auf institutionelle Akteure, deren Handlungen einer Marktlogik folgten – herbeiführte, nicht aber eine Aufgabe des »harten Kerns« des MPIfG-Forschungsprogramms, des Institutionalismus. Bei Mayntz, mehr aber noch bei Scharpf, lässt sich – dies stand wohl auch im Zusammenhang mit der intendierten politischen Entideologisierung der Sozialwissenschaften – eine gewisse Formalisierung und Mathematisierung ihres gesellschaftswissenschaftlichen Ansatzes feststellen, während Streeck angesichts der Globalisierung des Finanzkapitalismus stärker die Historie mit ihrer Berücksichtigung der (auch irrationalen) Pfadabhängigkeit von Entwicklungen betonte. Gemessen an der Kontinuität dieses »harten Kerns« kann das von Mayntz entworfene, von Scharpf mitgetragene und von Streeck und Scharpf modifizierte Forschungsprogramm als ausgesprochen erfolgreich angesehen werden, nicht nur in Bezug auf Deutschland, sondern auch international, weil es sich als anschlussfähig an den Stand der internationalen gesellschaftswissenschaftlichen Spitzenforschung erwies. Mayntz, Scharpf und Streeck gehörten zur deutschen soziologischen und politologischen Elite, was etwa an

---

920 Vgl. Gelhard, Hackler, und Zanetti, *Epistemische Tugenden*.

921 Vgl. etwa Streeck und Thelen, *Beyond Continuity*.

ihren Mitgliedschaften in prestigeträchtigen Fachorganisationen, den ihnen zuteilgewordenen Ehrungen oder dem hohen internationalen Zitationsindex ihrer Arbeiten deutlich wird, wenn sie auch keinen mit Max Weber, Talcott Parsons, Robert K. Merton oder Pierre Bourdieu vergleichbaren internationalen Rang erlangten.<sup>922</sup> Dieses hohe wissenschaftliche Renommee entsprach wiederum den Erwartungen des MPG-Präsidiums und der Generalverwaltung an das neue sozialwissenschaftliche MPI, denn dadurch konnte auch nach außen demonstriert werden, dass die MPG Sozialwissenschaften auf Weltniveau förderte. Auf nationaler Ebene zeigte sich der Erfolg des MPIfG auch an der Berufung zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Professuren an deutschen Universitäten.

Der epistemisch-institutionelle Stil des MPIfG konstituierte sich aus mehreren Elementen. Gegenüber universitären sozialwissenschaftlichen Instituten zeichnete sich das MPIfG dadurch aus, dass aufgrund seines feststehenden Jahresbudgets langjährige Forschungsvorhaben verfolgt werden konnten, während die universitäre Forschung in der Regel auf drei oder weniger Jahre beschränkt war. Dies bedeutet nicht, dass es am MPIfG nicht auch drittmittel-finanzierte, zeitlich ähnlich begrenzte Forschungsprojekte wie an den Universitäten gegeben hätte. Aber diese Projekte waren einem bestimmten Forschungsbereich zugewiesen und leisteten dadurch einen Beitrag zur langjährig verfolgten Erforschung ebendieses Bereichs. An den Universitäten sollte dieses auf Kumulation von Wissen abzielende Konzept erst mit den SFB verfolgt werden können. Im Vergleich zu den Universitäten, aber auch zu anderen außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten bestand ein Charakteristikum des MPIfG in der integrierten Leitung und dem Soziologie und Politikwissenschaft integrierenden Forschungsprogramm. Ein solches Konzept existierte weder an den Universitäten noch an anderen außeruniversitären Instituten, etwa der Sozialforschungsstelle Dortmund, die in einzelne Forschungsabteilungen unterteilt war.<sup>923</sup> Am MPIfG dagegen gab es gemeinsame Methoden- und Theorieseminare und die Arbeiten aus den einzelnen Themenbereichen wurden intensiv auch von solchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diskutiert, deren Projekte nicht diesem Themenbereich zugeordnet waren. Mit anderen Worten: Den seit den 1970er Jahren aufgetretenen Pluralismus und die »neue Unübersichtlichkeit« (Jürgen Habermas) sowie das zentrifugale Auseinanderdriften einzelner Ansätze in den Sozialwissenschaften überwinden Mayntz und Scharpf durch Orientierung an einem empirisch-analytischen sozialwissenschaftlichen Paradigma, das sie zu einem integrierten Konzept zusammenführten. Das war notwendigerweise selektiv, hatte aber doch den Anspruch, Quantifizierung und qualitative Forschung, theoretische Ausrichtung und empirische Basis miteinander so zu verzahnen, dass daraus eine handfeste und zugleich theoretisch anspruchsvolle Sozialforschung entstand. Wie gezeigt, erachtete Mayntz dabei die Verwendung naturwissenschaftlicher Modelle nur bei der für die sozialwissenschaftliche Forschungspraxis spezifischen Phase des Hypothesentestens als sinnvoll, nicht aber als generelle Orientierung für sozialwissenschaftliche Analysen.

---

922 Vgl. Korom, „The Prestige Elite“.

923 Vgl. Adamski, *Ärzte des sozialen Lebens*.

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich dieser epistemisch-institutionelle Stil eines sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts nur in einer auf Grundlagenforschung verpflichteten außeruniversitären Gesellschaft wie der MPG herausbilden konnte. Während sich längerfristige und auf Wissenskumulation angelegte Forschungsprojekte wohl auch in anderen außeruniversitären Organisationen als der MPG hätten entwickeln können, muss das auf der Forscherinnenpersönlichkeit von Renate Mayntz und ihrer intellektuell-kognitiven Individualität beruhende Kölner Forschungsprogramm (nach dem Harnack-Prinzip im weitesten Sinne) für ein sozialwissenschaftliches MPI als spezifisch angesehen werden. Die MPG selbst konnte über die oben genannte Demonstration der Förderung sozialwissenschaftlicher Spitzenforschung hinaus vom MPIfG auch insofern profitieren, als das von den Institutsmitarbeitern und den Direktoren generierte und durch das empirisch-analytische Paradigma gehärtete Policy-Wissen gerade in Bezug auf die wissenschaftspolitische Planung zukünftiger MPI verwertbar war.

## 6 Anhang

### 6.1 Dank

Der erste Dank gilt den Leitern des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, besonders aber Jürgen Kocka und Florian Schmaltz, für ihre stete Bereitschaft, bei Problemen Hilfestellung zu bieten und die Untersuchung intellektuell zu begleiten. Der Austausch mit Jaromír Balcar, Britta Behm, Birgit Kolboske, Alison Kraft, Matthias Schemmel, Martina Schlünder, Juliane Scholz, Peter Schöttler, Thomas Steinhauser, Alexander von Schwerin und Sascha Topp trug entscheidend dazu bei, die Studie zum Abschluss zu bringen. Ihnen allen sei herzlich gedankt. Auch die Gespräche mit Thomas Heinze und Arlette Jappe von der Bergischen Universität Wuppertal waren ausgesprochen hilfreich bei der Interpretation der von den MPIfG-Direktoren und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern generierten Forschungsergebnisse. Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf haben dem Autor dankenswerterweise Zugang zu ihren im AMPG liegenden Vorlässen gewährt. Mayntz, Scharpf und Wolfgang Streeck zeigten sich auch bereit, dem Autor bei Fragen und Unklarheiten Auskunft zu geben, wofür ihnen herzlich gedankt sei. Zuletzt sei Florian Spillert vom AMPG genannt, der den Autor dieser Studie stets freundlich unterstützte.

### 6.2 Abkürzungsverzeichnis

AdW	Akademie der Wissenschaften der DDR
AGF	Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen
AiF	Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen »Otto von Guericke« e. V.
AMPG	Archiv der Max-Planck-Gesellschaft
BAR	Beratender Ausschuß für Rechenanlagen
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMI	Bundesministerium des Innern
CNRS	Centre national de la recherche scientifique
COWS	Center on Wisconsin Strategy
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFÜ	Datenfernübertragung
DGS	Deutsche Gesellschaft für Soziologie
DVPW	Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft
ECPR	European Consortium for Political Research
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft

ESRC	Economic and Social Research Council
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EU	Europäische Union
EUI	Europäisches Hochschulinstitut in Florenz
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
FU Berlin	Freie Universität Berlin
FuE	Forschung und Entwicklung
GMD	Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH
GMPG	Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
GSWS	Geisteswissenschaftliche Sektion der Max-Planck-Gesellschaft
HU Berlin	Humboldt-Universität zu Berlin
IIM	International Institute of Management
IIMV	Internationales Institut für Management und Verwaltung
INSEAD	Institut Européen d'Administration des Affaires
ISA	International Sociological Association
ISAB	Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung Köln
ISI	Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (heute: Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung)
LMU München	Ludwig-Maximilians-Universität München
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MPI	Max-Planck-Institut/Max-Planck-Institute
MPIB	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
MPIDR	Max-Planck-Institut für demografische Forschung
MPIfG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
MPIL	Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt
MPI-PL	Max-Planck-Institut für Psycholinguistik
MPIWG	Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sonderforschungsbereiche
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SOG	Structure and Organization of Government
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPRU	Science Policy Research Unit
TH	Technische Hochschule
TU Berlin	Technische Universität Berlin
TU Darmstadt	Technische Universität Darmstadt
TU München	Technische Universität München
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

VR China	Volksrepublik China
WiSo-Fakultät	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung / Wissenschaftszentrum Berlin
ZiF	Zentrum für interdisziplinäre Forschung
ZZF	Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

### 6.3 Verzeichnis der publizierten Quellen und der Literatur

- Aberbach, Joel D., Robert D. Putnam, und Bert A. Rockman. *Bureaucrats and Politicians in Western Democracies*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 1981.
- Achermann, Dania. *Institutionelle Identität im Wandel. Zur Geschichte des Instituts für Physik der Atmosphäre in Oberpfaffenhofen*. Science Studies. Bielefeld: transcript Verlag, 2016.
- Adamski, Jens. *Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946–1969*. Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegung. Schriftenreihe A: Darstellungen 41. Essen: Klartext Verlag, 2009.
- Adorno, Theodor W. „Soziologie und empirische Forschung (1957)“. In *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, von Theodor W. Adorno, Ralf Dahrendorf, Harald Pilot, Jürgen Habermas, Karl R. Popper, und Hans Albert, 81–101. Neuwied/Berlin: Luchterhand, 1969.
- . „Zur gegenwärtigen Stellung der empirischen Sozialforschung in Deutschland“. In *Soziologische Schriften I*, 4. Aufl., 478–93. Gesammelte Schriften 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 1972.
- Alber, Jens, und Brigitte Bernardi-Schenkluhn. *Westeuropäische Gesundheitssysteme im Vergleich. Bundesrepublik Deutschland, Schweiz, Frankreich, Italien, Großbritannien*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 8. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1992.
- Albert, Gert. „Der Werturteilsstreit“. In *Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaften vom Sozialen*, herausgegeben von Georg Kneer und Stephan Moebius, 14–45. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2010.
- Ash, Mitchell G. *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 13. Berlin: GMPG-Preprint, 2020.
- Balcar, Jaromír. *Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/57 bis 1972*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 14. Berlin: GMPG-Preprint, 2020.

- Beckert, Jens, und Wolfgang Streeck, Hrsg. *Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung*. MPIfG Working Paper 10, Nr. 1, 2010.
- Behaghel, Katrin. *Kostendämpfung und ärztliche Interessenvertretung. Ein Verbandssystem unter Stress*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 18. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1994.
- Behm, Britta. „Zu den Anfängen der Bildungsforschung in Westdeutschland 1946–1963. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Blick auf eine ›vergessene‹ Geschichte“. In *Wissen machen. Beiträge zu einer Geschichte erziehungswissenschaftlichen Wissens in Deutschland zwischen 1945 und 1990*, herausgegeben von Sabine Reh, Edith Glaser, Britta Behm, und Tilman Drope, 34–69. Zeitschrift für Pädagogik 63. Weinheim: Beltz Juventa, 2017.
- Behm, Britta, und Sabine Reh. „(Empirische) Bildungsforschung – notwendig außeruniversitär?“ *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 19, Nr. 1 (1. Oktober 2016): 107–27.  
<https://doi.org/10.1007/s11618-016-0701-7>.
- Benz, Arthur, Fritz W. Scharpf, und Reinhard Zintl. *Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 10. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1992.
- Besio, Cristina. *Forschungsprojekte. Zum Organisationswandel in der Wissenschaft*. Science Studies. Bielefeld: Transcript, 2009.
- Bleek, Wilhelm. *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*. München: C. H. Beck, 2001.
- Bösch, Frank. *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*. Paperback. München: C. H. Beck, 2020.
- Bourdieu, Pierre. *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 1999.
- Dahms, Hans-Joachim. *Positivismussreit. Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1994.
- Dammann, Klaus. „Scharpf, Fritz W.“ In *Internationales Soziologenlexikon. Beiträge über lebende oder nach 1969 verstorbene Soziologen*, herausgegeben von Horst Knospe und Wilhelm Bernsdorf, 2. Aufl., 390. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, 1984.
- Dawkins, Richard. *The Selfish Gene*. Oxford: Oxford University Press, 2006.

- Doering-Manteuffel, Anselm, und Lutz Raphael. *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2012.  
<http://worldcatlibraries.org/wcpa/oclc/911052485>.
- Doering-Manteuffel, Anselm, Lutz Raphael, und Thomas Schlemmer, Hrsg. *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2016.
- Engelhardt, Anina, und Laura Kajetzke, Hrsg. *Handbuch Wissensgesellschaft. Theorien, Themen und Probleme*. Bielefeld: transcript, 2010. <https://doi.org/10.14361/9783839413241>.
- Etzioni, Amitai. *Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1975.
- Fleck, Christian. *Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007.
- Frank, David John, und Jay Gabler. *Reconstructing the University. Worldwide Shifts in Academia in the 20th Century*. Stanford, CA: Stanford University Press, 2006.
- Gelhard, Andreas, Ruben Hackler, und Sandro Zanetti, Hrsg. *Epistemische Tugenden. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts*. Historische Wissensforschung 11. Tübingen: Mohr Siebeck, 2019.
- Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1987*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1987.
- , Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1989*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1989.
- , Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1990*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1990.
- , Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1991*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1991.
- , Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1993*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1993.
- , Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1996*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1996.
- Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft,  
 Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1995*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1995.
- Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften,  
 Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1986*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1986.
- , Hrsg. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1988*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1988.
- Genschel, Philipp. *Standards in der Informationstechnik. Institutioneller Wandel in der internationalen Standardisierung*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 22. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1995.

- Gerhardt, Uta. *Talcott Parsons. An Intellectual Biography*. Cambridge: Cambridge University Press, 2002.
- Gösde, Christoph, und Thomas Sprecher, Hrsg. *Thomas Mann – Theodor W. Adorno. Briefwechsel 1933–1955*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2003.
- Gräf, Lorenz. „Graduiertenkolleg – Köln für Sozialwissenschaften: »Vernetzung und Dynamik sozialer Gebilde«“. *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* 57, Nr. 1 (1991): 121–24.
- Hassel, Anke, und Martin Höpner. „Einleitung. Glanz und Elend des »deutschen Modells«: Wolfgang Streeck zum sechzigsten Geburtstag“. In *Transformationen des Kapitalismus. Festschrift für Wolfgang Streeck zum sechzigsten Geburtstag*, herausgegeben von Jens Beckert, Bernhard Ebbinghaus, Anke Hassel, und Philip Manow, 13–33. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 57. Frankfurt: Campus Verlag, 2006.
- Heins, Volker. *Max Weber zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag, 1990.
- Heller, Ágnes. „The Positivism Dispute as a Turning Point in German Post-War Theory“. In *Theodor W. Adorno*, herausgegeben von Gerard Delanty, 243–51. London: SAGE Publications, 2004.
- Henning, Eckart, und Marion Kazemi. *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. 100 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1. Berlin: Duncker & Humblot, 2011.
- Hepp, Adalbert, und Martina Löw, Hrsg. *M. Rainer Lepsius. Soziologie als Profession*. Frankfurt: Campus Verlag, 2008.
- Hepp, Adalbert, und Susanne K. Schmidt, Hrsg. *Auf der Suche nach der Problemlösungsfähigkeit der Politik. Fritz W. Scharpf im Gespräch*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2017.
- Herbert, Ulrich. *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert. München: C. H. Beck, 2014.
- Hodenberg, Christina von. „Politische Generationen und massenmediale Öffentlichkeit. Die »45er« in der Bundesrepublik“. In *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, herausgegeben von Ulrike Jureit und Michael Wildt, 266–94. Hamburg: Hamburger Edition, 2005.

- Hoeres, Peter. „Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren“. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (2013): 93–119.
- Hohn, Hans-Willy, und Uwe Schimank. *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 7. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1990.
- Jahn, Gerhard. „Es ging um Berlin: Rückblick auf das Entstehen des WZB“. In *Art und Ort der Forschung. 25 Jahre WZB*, herausgegeben von Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 11–22. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 1994.
- Jaraus, Konrad H. „Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart“. In *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, herausgegeben von Konrad H. Jaraus, 9–26. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008.
- Kaesler, Dirk. „Max Weber (1864–1920)“. In *Klassiker der Soziologie*, herausgegeben von Dirk Kaesler, 4. Aufl., 190–212. München: C. H. Beck, 2003.
- Kant, Horst, und Jürgen Renn. „Eine utopische Episode. Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft“. Preprint / Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, 2013.
- Kaufmann, Franz-Xaver. „Zur pragmatischen Wende in der deutschen Soziologie“. In *Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des MPIfG*, herausgegeben von Jens Beckert und Wolfgang Streeck, 29–33. MPIfG Working Paper 10, Nr. 1. Köln, 2010.
- Klingemann, Carsten. *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- Kocka, Jürgen. „Einleitung“. In *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, herausgegeben von Jürgen Kocka und Renate Mayntz, 7–19. Interdisziplinäre Arbeitsgruppen: Forschungsberichte 6. Berlin: Akademie Verlag, 1998.
- . *Geschichte des Kapitalismus*. 3., überarbeitete Aufl. München: C. H. Beck, 2017.
- Koischwitz, Svea. *Der Bund Freiheit der Wissenschaft in den Jahren 1970–1986. Ein Interessenverband zwischen Studentenbewegung und Hochschulreform*. Kölner historische Abhandlungen 52. Köln: Böhlau, 2017.
- König, Wolfgang. *Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Konzepte und Forschungsergebnisse*. Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte 7. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2009.

- Korom, Philipp. „The Prestige Elite in Sociology: Toward a Collective Biography of the Most Cited Scholars (1970–2010)“, *The Sociological Quarterly* 61, Nr. 1 (2020): 128–63.
- Krämer, Fabian. „Shifting Demarcations: An Introduction“, *History of Humanities* 3, Nr. 1 (2018): 5–14.
- Kruse, Volker. »Geschichts- und Sozialphilosophie« oder »Wirklichkeitswissenschaft«? *Die deutsche historische Soziologie und die logischen Kategorien René Königs und Max Webers*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 1999.
- Kuhn, Thomas S. *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Sonderausgabe zum 30jährigen Bestehen der Reihe Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2003.
- Lakatos, Imre. *Die Methodologie der wissenschaftlichen Forschungsprogramme*. Philosophische Schriften 1. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 1982.
- Latour, Bruno. *Science in Action. How to Follow Scientists and Engineers through Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 1987.
- Leendertz, Ariane. „Das Komplexitätssyndrom. Gesellschaftliche ‚Komplexität‘ als intellektuelle und politische Herausforderung“. In *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*, herausgegeben von Ariane Leendertz und Wencke Meteling, 93–131. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 86. Frankfurt am Main: Campus, 2016.
- . „Die Politik der Entpolitisierung. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften in Starnberg und Köln“. In »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft*, herausgegeben von Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske, und Jürgen Renn, 2. Aufl., 287–306. Berlin: Edition Open Access, 2015.
- . *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010.
- . „Ein gescheitertes Experiment. Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft“. In *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung*, herausgegeben von Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann, 243–62. Acta historica Leopoldina 63. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 2014.
- . „Experten – Dynamiken zwischen Wissenschaft und Politik“. In *Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert*, herausgegeben von Christiane Reinecke und Thomas Mergel, 337–69. Eigene und fremde Welten. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2012.
- . „Geschichte des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg (MPIL) und des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln (MPIfG)“. In *Handbuch der deutschsprachigen Soziologie, Bd. 1*, herausgegeben von Stephan Moebius und Andrea Ploder. Springer Reference Sozialwissen-

- schaften 1, 1077–1089. Wiesbaden: Springer, 2016.  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-07998-7\\_58-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-07998-7_58-1);
- . „Medialisierung der Wissenschaft. Die öffentliche Kommunikation der Max-Planck-Gesellschaft und der Fall Starnberg (1969–1981)“. *Geschichte und Gesellschaft* 40, Nr. 4 (2014): 555–90.
- . „Wissenschaftler auf Zeit. Die Durchsetzung der Personalpolitik der Befristung in der Max-Planck-Gesellschaft seit den 1970er-Jahren“. MPIfG Discussion Paper 20, Nr. 15. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 2020.
- Leendertz, Ariane, und Uwe Schimank, Hrsg. *Ordnung und Fragilität des Sozialen. Renate Mayntz im Gespräch*. Frankfurt: Campus, 2019.
- Lepenes, Wolf. *Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*. München: Hanser, 1985.
- Lepsius, M. Rainer. „Soziologie als Profession. Autobiographische Skizzen“. In *M. Rainer Lepsius. Soziologie als Profession*, herausgegeben von Adalbert Hepp und Martina Löw, 84–149. Frankfurt: Campus Verlag, 2008.
- Link, Fabian. „Die multiple Epistemologie der Sozialwissenschaften. Anmerkungen zu einer Sitzung über das »Verhältnis von Soziologie und empirischer Sozialforschung« am 1. März 1957“. In *Zyklus 2. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*, herausgegeben von Martin Endreß, Klaus Lichtblau, und Stephan Moebius, 101–29. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2015.
- Link, Fabian, und Andreas Schwarzferber. „Helmut Schelskys Rechtssoziologie als sozialtechnisches Ordnungsinstrument vom NS-Regime in die Bundesrepublik“. In *Zyklus 5: Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*, herausgegeben von Martin Endreß und Stephan Moebius, 315–51. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2019.
- Luhmann, Niklas. „Am Ende der kritischen Soziologie“. *Zeitschrift für Soziologie* 20, Nr. 2 (1991): 147–52.
- Lüst, Reimar. „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts. Methoden und Prinzipien bei Institutsgründungen. Ein Astrophysiker“. In *Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Ariane Leendertz, Reimar Lüst und Franz-Xaver Kaufmann über die Signaturen einer Umbruchzeit*, herausgegeben von Jens Beckert und Wolfgang Streeck, 19–28. MPIfG Working Paper 10, Nr. 1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 2010.
- Lüst, Reimar, und Paul Nolte. *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*. München: C. H. Beck, 2008.

- Lütz, Susanne. *Die Steuerung industrieller Forschungskooperation. Funktionsweise und Erfolgsbedingungen des staatlichen Förderinstruments Verbundforschung*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 13. Frankfurt am Main: Campus, 1993.
- Magnus, Ulrich. *Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949–2000*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 9. Berlin: GMPG-Preprint, 2020.
- Mälzer, Moritz. *Auf der Suche nach der neuen Universität. Die Entstehung der »Reformuniversitäten« Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren*. Bürgertum. Neue Folge 13. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2016. <https://doi.org/10.13109/9783666368523>.
- Manow, Philip. *Gesundheitspolitik im Einigungsprozeß*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 16. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1994.
- Mayntz, Renate, Hrsg. *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 19. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1994.
- . *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Schriften des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 17. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1994.
- . „Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention“. In *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*, herausgegeben von Renate Mayntz, 283–312. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 19. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1994.
- . „Eine sozialwissenschaftliche Karriere im Fächerspagat“. In *Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration*, herausgegeben von Karl Martin Bolte und Friedhelm Neidhardt, 285–95. Soziale Welt, Sonderband 11. Baden-Baden: Nomos Verlag, 1998.
- . „Mein Weg zur Soziologie. Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades“. In *Wege zur Soziologie nach 1945: Autobiographische Notizen*, herausgegeben von Christian Fleck, 225–35. Opladen: Leske + Budrich, 1996.
- . „Moderne Naturwissenschaft und Gesellschaftsverständnis. Was können die Sozialwissenschaften von den Naturwissenschaften lernen?“ In *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1992*, herausgegeben von Generalverwaltung der Max-Planck Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., 52–58. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1992.
- . „Naturwissenschaftliche Modelle, soziologische Theorie und das Mikro-Makro-Problem (1991)“. In *Ordnung und Fragilität des Sozialen. Renate Mayntz im Gespräch*, herausgegeben von Ariane Leendertz und Uwe Schimank, 209–22. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2019.
- . „Nützliche Grundlagenforschung? Variationen über ein altes Thema“. In *Wandlungen und Brüche. Wissenschaftsgeschichte als politische Geschichte*, herausgegeben von Johannes Feichtinger, Marianne Klemun, Jan Surman, und Petra Svatek, 165–70. Göttingen: Vienna University Press, 2018.

- . „Role Distance, Role Identification, and Amoral Behavior (1970)“. In *Ordnung und Fragilität des Sozialen. Renate Mayntz im Gespräch*, herausgegeben von Ariane Leendertz und Uwe Schimank, 137–48. Frankfurt am Main: Campus, 2019.
- . *Soziologie der Organisation*. Neuauflage. Rowohlts deutsche Enzyklopädie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2018.
- . „The Influence of Natural Science Theories on Contemporary Social Science“. MPIfG Discussion Paper 90, Nr. 7. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 1990.
- . „Über den begrenzten Nutzen methodologischer Regeln in der Sozialforschung“. In *Ordnung und Fragilität des Sozialen. Renate Mayntz im Gespräch*, herausgegeben von Ariane Leendertz und Uwe Schimank, 169–84. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2019.
- Mayntz, Renate, Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, Universität zu Köln, und Institut für Angewandte Sozialforschung. *Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung: Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Angewandte Sozialforschung, Universität zu Köln*. Bd. 3. Sankt Augustin: Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, 1983.
- Mayntz, Renate, und Thomas P. Hughes. „Foreword“. In *The Development of Large Technical Systems*, herausgegeben von Renate Mayntz und Thomas P. Hughes, 5–7. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 2. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1988.
- Mayntz, Renate, Bernd Rosewitz, Uwe Schimank, und Rudolf Stichweh. *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 1. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1988.
- Mayntz, Renate, und Fritz W. Scharpf. „Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus“. In *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, herausgegeben von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, 39–72. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 23. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1995.
- , Hrsg. *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 23. Frankfurt am Main: Campus, 1995.
- . „Politische Steuerung – Heute?“ *Zeitschrift für Soziologie* 34, Nr. 3 (2005): 236–43.
- Mayntz, Renate, und Wolfgang Streeck. „Die Reformierbarkeit der Demokratie: Innovationen und Blockaden. Einleitung“. In *Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden. Festschrift für Fritz W. Scharpf*, herausgegeben von Renate Mayntz und Wolfgang Streeck, 9–28. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 45. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2003.
- Merton, Richard. „Science and the Social Order“. *Philosophy of Science* 5, Nr. 3 (1938): 321–37.

- Metzler, Gabriele. „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit“. In *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, herausgegeben von Matthias Frese, Julia Paulus, und Karl Teppe, 777–97. Forschungen zur Regionalgeschichte 44. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2003.
- . „Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?“ In *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, herausgegeben von Konrad H. Jarausch, 243–60. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008.
- Moses, A. Dirk. *German Intellectuals and the Nazi Past*. Cambridge: Cambridge University Press, 2007.
- Müller-Doohm, Stefan. *Jürgen Habermas. Eine Biographie*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2014.
- Neun, Oliver. *Daniel Bell und der Kreis der »New York Intellectuals«*. Frühe amerikanische öffentliche Soziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2014.
- Plé, Bernhard. *Wissenschaft und säkulare Mission. »Amerikanische Sozialwissenschaft« im politischen Sendungsbewusstsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Klett-Cotta, 1990.
- Plumpe, Werner. *Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution*. Berlin: Rowohlt Verlag, 2019.
- Raphael, Lutz. *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, 2. Aufl. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2018. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2019.
- Reckwitz, Andreas. *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2020.
- „Research Program History of the Max Planck Society. Report 2014–2017“. Berlin, 2017.
- Rickert, Heinrich. *Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft. Ein Vortrag*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1899.
- Roelcke, Volker. „Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion: Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie“. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 33, Nr. 2 (2010): 176–92.
- Rosewitz, Bernd, und Douglas Webber. *Reformversuche und Reformblockaden im deutschen Gesundheitswesen*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 5. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1990.

- Rushton, J. Philippe, Harry G. Murray, und Sampo V. Paunonen. „Personality Characteristics Associated with High Research Productivity“. In *Scientific Excellence. Origins and Assessment*, herausgegeben von Douglas N. Jackson und J. Philippe Rushton, 129–48. Newbury Park, CA: Sage Publications, 1987.
- Sachse, Carola. „Basic Research in the Max Planck Society. Science Policy in the Federal Republic of Germany, 1945–1970“. In *Basic and Applied Research. The Language of Science Policy in the Twentieth Century*, herausgegeben von David Kaldewey und Désirée Schauz, 163–86. New York, NY: Berghahn, 2018.
- Schäfers, Bernhard. „Mayntz, Renate“. In *Internationales Soziologenlexikon. Beiträge über lebende oder nach 1969 verstorbene Soziologen*, herausgegeben von Wilhelm Bernsdorf und Horst Knospe, 2. Aufl., 302–3. Stuttgart: Enke Verlag, 1984.
- Scharpf, Fritz W. *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*. Konstanzer Universitätsreden 25. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, 1970.
- . „Politische Steuerung und politische Institutionen“. In *Macht und Ohnmacht politischer Institutionen. 17. Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW, 12. bis 16. September 1988 in der Technischen Hochschule Darmstadt, Tagungsbericht*, herausgegeben von Hans-Hermann Hartwich, 17–29. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1989.
- , Hrsg. *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 11. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1993.
- . *Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in Policy Research*. Boulder, CO: Westview Press, 1997.
- . „Theorie der Politikverflechtung: ein kurzgefaßter Leitfaden (1978)“. In *Auf der Suche nach der Problemlösungsfähigkeit der Politik. Fritz W. Scharpf im Gespräch*, herausgegeben von Adalbert Hepp und Susanne K. Schmidt, 141–51. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2017.
- Scharpf, Fritz W., Bernd Reissert, und Fritz Schnabel. *Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus der Bundesrepublik*. Monographien Ergebnisse der Sozialwissenschaften 1. Königstein im Taunus: Anton Hain Verlag, 1976.
- Schelsky, Helmut. *Thomas Hobbes. Eine politische Lehre*. Berlin: Duncker & Humblot, 1981.
- Schimank, Uwe. *Hochschulforschung im Schatten der Lehre*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 20. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1995.
- Schmidt, Manfred G. „Die »komplexe Demokratiethorie« nach drei Jahrzehnten“. In *Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden. Festschrift für Fritz W. Scharpf*, herausgegeben von Renate Mayntz und Wolfgang Streeck, 151–72. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 45. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2003.

- Schneider, Volker. *Technikentwicklung zwischen Politik und Markt. Der Fall Bildschirmtext*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 4. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1989.
- Scholz, Juliane. *Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft (1945–1980)*. Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Preprint 8. Berlin: GMPG-Preprint, 2019.
- Sokal, Alan, und Jean Bricmont. *Fashionable Nonsense: Postmodern Intellectuals' Abuse of Science*. New York, NY: Picador, 1998.
- Staab, Heinz A. „Grundlagenforschung für ein besseres Verständnis der Phänomene dieser Welt. Ansprache des Präsidenten Prof. Dr. Dr. Heinz A. Staab bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 14. Juni 1985 in Nürnberg“. In *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1985*, herausgegeben von Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, 15–25. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1985.
- Stelzel, Philipp. *History after Hitler. A Transatlantic Enterprise*. Philadelphia, PA: University of Pennsylvania Press, 2019.
- Streeck, Wolfgang. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, 3. Aufl. Berlin: Suhrkamp, 2018.
- Streeck, Wolfgang, und Kathleen Ann Thelen, Hrsg. *Beyond Continuity. Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford: Oxford University Press, 2005.
- Strubenhoff, Marius. „The Positivism Dispute in German Sociology, 1954–1970“. *History of European Ideas* 44, Nr. 2 (2017): 1–17.
- Stucke, Andreas. *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln 12. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 1993.
- Ther, Philipp. *Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2019. <http://public.eblib.com/choice/PublicFullRecord.aspx?p=6109258>.
- Vernon, Philip E. „Historical Overview of Research on Scientific Abilities“. In *Scientific Excellence: Origins and Assessment*, herausgegeben von Douglas Northrop Jackson und John Philip Rushton, 40–66. Newbury Park, CA: SAGE Publications, 1985.
- Vierhaus, Rudolf. „Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip. Mythos und Realität“. In *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte*.

*Das Harnack-Prinzip*, herausgegeben von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko, 129–38. Berlin: De Gruyter, 1996. <http://books.google.de/books?id=V6yTe7UYiSIC>.

Vogel, Gretchen. „Aufbau Ost. Max Planck’s East German Experiment“. *Science* 326, Nr. 5954 (6. November 2009): 788–91. [https://doi.org/10.1126/science.326\\_788](https://doi.org/10.1126/science.326_788).

Wehrs, Nikolai. *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren. Geschichte der Gegenwart* 9. Göttingen: Wallstein Verlag, 2014.

Weingart, Peter. *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück, 2005.

Weischer, Christoph. *Das Unternehmen ‚Empirische Sozialforschung‘. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland*. Ordnungssysteme 14. München: Oldenbourg, 2004.

Weyer, Johannes. *Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluss*. Soziologische Schriften 41. Berlin: Duncker & Humblot, 1984.

Wilson, Edward O. *Sociobiology. The New Synthesis*. Cambridge, MA: Belknap Press, 2000.

Windelband, Wilhelm. *Geschichte und Naturwissenschaft. Rede zum Antritt des Rektorats der Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg gehalten am 1. Mai 1894*. Strassburg: Heitz, 1904.

#### 6.4 Internetquellen

<https://www.fritz-thyssen-stiftung.de/ueber-uns/allgemeines/historie/>  
(abgerufen: 08.05.2022, 9:00 Uhr).

[https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Gemeinschaften](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Gemeinschaften)  
(abgerufen: 08.05.2022, 10:02 Uhr).

<https://www.socium.uni-bremen.de/ueber-das-socium/mitglieder/uwe-schimank/lebenslauf/de/>  
(abgerufen: 24.09.2021, 15:57 Uhr).

[https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Willy\\_Hohn](https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Willy_Hohn) (abgerufen: 29.09.2021, 16:01 Uhr).

<https://www.wzb.eu/de/personen/edgar-grande> (abgerufen: 29.09.2021, 16:05 Uhr).

<https://www.politik.uni-osnabrueck.de/RoCzada.htm> (abgerufen: 29.09.2021, 16:07 Uhr).

<https://www.rsozblog.de/nachruf-fuer-dorothea-jansen-1956-2017/>  
(abgerufen: 29.09.2021, 16:32 Uhr).

<https://www.fernuni-hagen.de/polis/lg2/team/susanne.luetz.shtml>  
(abgerufen: 29.09.2021, 16:36 Uhr).

<https://www.fiw.uni-bonn.de/de/abteilungen/demokratieforschung/team/prof-dr-rudolf-stichweh>  
(abgerufen: 02.05.2022, 17:01 Uhr).

<http://www.laudel.info/background/> (abgerufen: 07.02.2022, 9:40 Uhr).

[https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/wzb\\_berichte/D00142860.pdf](https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/wzb_berichte/D00142860.pdf)  
(abgerufen: 11.05.2022, 10:23 Uhr).

<https://www.beck-shop.de/reihen/jahrbuch-zur-staats-und-verwaltungswissenschaft/34269>  
(abgerufen : 11.05.2022, 10:31 Uhr).

<https://zzf-potsdam.de/de/institut/geschichte> (abgerufen: 08.05.2022, 13:36 Uhr).

## 6.5 Archivmaterialien

AMPG, II. Abt., Rep. 62: Nr. 148.

AMPG, II. Abt., Rep. 66 GV: Institutsbetreuung, 1: in der Aufbauphase.

AMPG, II. Abt., Rep. 66 GV: Institutsbetreuung, 1.

AMPG, III. Abt., ZA 76: Nr. 103.

AMPG, III. Abt., ZA 107: Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 21, 25, 26, 66, 209, 210, 212.

AMPG, III. Abt., ZA 149: Nr. 10, 11, 12.

AMPG, III. Abt., Rep. 178: Nr. 239.

AMPG, III. Abt., Rep. 178: Nr. 240.

AMPG, IX. Abt., Rep. 5: Nr. 330.

AMPG, IX. Abt., Rep. 5: Nr. 331.

AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1984).

AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1985).

AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1986).

AMPG, IX. Abt., Rep. 2: MPI für Gesellschaftsforschung (Laufzeit: 1989).

AMPG, IX. Abt., Rep. 1: Scharpf, Fritz W. (Laufzeit: 1986).

Gespräch zwischen Fabian Link und Fritz W. Scharpf, MPIfG, 07.05.2020, 14–15 Uhr.

Gespräch zwischen Fabian Link und Renate Mayntz, MPIfG, 18.05.2020, 14–15 Uhr.

## 6.6 Personenindex

### A

Aberbach, Joel D. 43  
Achermann, Dania 11  
Adam, Konrad 67  
Adorno, Theodor W. 9, 25, 53  
Alber, Jens 82, 83, 108, 124, 126  
Albert, Hans 9  
Altemeier, Jens 109, 164  
Altenstetter, Christa 110  
Arentz, Hermann-Josef 153  
Ash, Mitchell G. 130, 131, 135, 139,  
140, 141

### B

Baden, Manfred 104  
Balcar, Jaromír 20, 24, 49, 170  
Baltes, Paul B. 18, 19, 20, 22  
Barg, Gunar 71  
Becker, Hellmut 15, 18  
Beckert, Jens 13  
Behaghel, Katrin 78, 85, 86  
Behm, Britta 15, 170  
Bell, Daniel 6, 27, 110  
Bendix, Reinhard 27  
Bentele, Karlheinz 153  
Benz, Arthur 100, 101, 102, 111  
Berger, Johannes 143, 144  
Bergstraesser, Arnold 53, 55, 166  
Betz, Manfred 75  
Bien, Walter 72, 103, 104, 109  
Bill, Max 53  
Bolte, Karl Martin 23, 123  
Bosanquet, Nick 110  
Boudon, Raymond 71, 110  
Bourdieu, Pierre 67, 167, 168  
Brandt, Willy 12, 51, 52  
Braun, Dietmar 90, 108  
Brentano, Lujo 8  
Breslauer, George W. 126  
Briefs, Götz 28  
Bruhns, Hinnerk 77  
Brunn, Anke 153

Buttgereit, Michael 87, 111

Byrkjeflot, Haldor 110

### C

Charon, Jean-Marie 41, 94  
citationID 23, 98  
Coen, David 158  
Coleman, James S. 79, 110, 127  
Comte, Auguste 9  
Cook, Karen S. 110  
Crouch, Colin 154, 161  
Cyert, Richard 59  
Czada, Roland 81, 101, 103, 108

### D

Dahms, Hans-Joachim 9  
Dahrendorf, Ralf 9, 10, 18, 23  
David, Paul A. 110  
Dawkins, Richard 112  
Derlien, Hans-Ulrich 43, 99, 100, 105  
Dierkes, Meinolf 61, 110  
Ditz, Axel 159  
Doering-Manteuffel, Anselm 14  
Döhler, Marian 71, 84, 85, 109  
Dohnanyi, Klaus von 17  
Dore, Ronald 160  
Droge, Ulfert 104  
Dunsire, Andrew 110  
Durkheim, Émile 152

### E

Ebbinghaus, Bernhard 160  
Eck, Werner 77  
Edding, Friedrich 18  
Edelstein, Wolfgang 18, 19, 46  
Ehmke, Horst 50, 51, 55  
Eichhorst, Werner 158  
Elias, Norbert 37, 91  
Erdmann, Rolf 28  
Erdmann, Yvonne 85, 132  
Esser, Hartmut 77, 79  
Etzioni, Amitai (geb. Falk, Werner)  
27, 110, 153, 165

**F**

Fälker, Margot 99, 100  
Feick, Jürgen 31, 71, 72, 85, 99, 100, 106, 107,  
110, 119, 160  
Flam, Helena 110, 124  
Fleckenstein, Josef 19  
Flora, Peter 45  
Frank, David John 17  
Frank, Thomas 81, 109  
Freiburghaus, Dieter 60  
Freyer, Hans 166  
Fuchs, Gerhard 97, 109, 110  
Fülgraff, Georges 111

**G**

Gabler, Jay 17  
Garfinkel, Harold 114  
Gau, Doris 42, 69, 81, 99  
Gau, Dorothea 109  
Gehlen, Arnold 53  
Genschel, Philipp 81, 97, 98, 159  
Gerhardt, Uta 124  
Giesen, Bernhard 43, 124  
Gläser, Jochen 132, 136  
Goldberg, Walter H. 60  
Goldman, Guido 127  
Goldscheid, Rudolf 8  
Goldschmidt, Dietrich 18  
Goody, Jack R. 19  
Gorholt, Martin 121  
Grande, Edgar 81, 89, 92, 108, 126, 129  
Granovetter, Mark 110  
Grauhan, Rolf-Richard 56  
Greven, Michael Th. 165  
Groß, Hermann 99  
Grundmann, Reiner 103, 162

**H**

Habermas, Jürgen 9, 10, 14, 15, 18, 20, 23,  
153, 166, 168  
Hagedoorn, John 110  
Hall, Peter 128, 153  
Hankley, Susan 160  
Hank, Rainer 153  
Hansmeyer, Karl-Heinrich 77

Hartmann, Fritz 153  
Hasenclever, Wolfgang 142  
Hassel, Anke 152  
Haug, Karin 78, 79, 81, 84, 85  
Hausken, Kjell 163  
Häusler, Jürgen 88, 89, 92, 109, 119  
Heinze, Rolf G. 161  
Heinze, Thomas 170  
Hennis, Wilhelm 54  
Hepp, Adalbert 50  
Héritier, Adrienne 109, 111  
Hernes, Helga Maria 70  
Herrmann, Theo 19  
Hilbring, Susanne 71  
Hitzer, Ronald 42  
Hjern, Benny 60  
Hockerts, Hans Günter 133  
Hoeres, Peter 6  
Hoffmann, Reiner 153  
Hohn, Hans-Willy 87, 88, 89, 90, 93, 108,  
131, 162  
Hollingsworth, Rogers 110, 125  
Hondrich, Karl Otto 43  
Höpner, Martin 152  
Hoppe, Helga 125  
Howell, James E. 59, 60  
Hughes, Thomas 93, 95  
Huppertz, Manfred 93, 95  
Husserl, Edmund 53

**I**

Immergut, Ellen 110  
Iwaasa, Raymond-Stone 94

**J**

Jackson, Gregory 160  
Jann, Werner 100, 111  
Jansen, Dorothea 88, 108  
Jappe, Arlette 170  
Jessop, Bob 110  
Joerges, Christian 108

**K**

Kaase, Max 45  
Kahl, Bernhard 105  
Kaiser, Karl 153

- Katzenstein, Peter 70, 110, 160  
Katz, James E. 110  
Kaufmann, Franz-Xaver 13, 66, 70, 111, 144,  
145, 154  
Kellow, Aynsley 126  
Kieser, Alfred 45  
Kiesinger, Kurt Georg 12, 51  
Kirchberger, Stefan 111  
Kitschelt, Herbert 160  
Klaas, Dirk 100  
Klinkmann, Horst 132  
Klitzsch, Wolfgang 43, 80, 156  
Kluge, Norbert 164  
Knaak, Ute 159  
Knorr-Cetina, Karin 111  
Knuth, Matthias 161  
Kocka, Jürgen 133, 170  
Kohl, Helmut 6, 61  
Kolboske, Birgit 170  
König, René 28  
König, Wolfgang 93  
Kraft, Alison 170  
Krasner, Stephen D. 160  
Krauss, Gerhard 81, 89, 92, 109  
Krauth, Wolf-Hagen 138  
Krempel, Lothar 71, 87, 164  
Krieger, Fritz 93, 95  
Krige, John 110  
Krohn, Wolfgang 111, 123, 124  
Kuby, Erich 51  
Kuby, Gabriele 51  
Kuhn, Thomas S. 10, 112  
Küppers, Günter 111
- L**
- Lakatos, Imre 33, 34, 62, 167  
Lamers, Karl 153  
Landsberger, Henry A. 110  
La Porte, Todd 95, 110, 126  
Lasswell, Harold 54  
Latour, Bruno 112  
Laudel, Grit 92, 109, 162  
Lautwein, Jürgen 71, 90, 141, 162
- Leendertz, Ariane 13, 14, 15, 20, 22, 23, 25,  
30, 69, 166  
Le Galès, Patrick 161  
Lehmann, Cynthia 71  
Lehmbruch, Gerhard 71, 111, 160  
Leib, Volker 163  
Lepenies, Wolf 45, 112, 118  
Lepsius, M. Rainer 19, 23, 46, 124, 166  
Lerner, Daniel 54  
Levi, Hans Wolfgang 118  
Lieber, Hans-Joachim 26  
Luhmann, Niklas 23, 28, 29, 36, 43, 59, 62,  
110, 116, 152  
Lüst, Reimar 13, 17, 18, 19, 20, 76  
Lutz, Burkart 28, 110  
Lütz, Susanne 78, 81, 89, 91, 92, 102, 108, 127,  
129, 160
- M**
- Mallet, Jean-Olivier 110  
Mannheim, Karl 23  
Manow-Borgwardt, Philip 81, 85, 86, 161  
Marin, Bernd 110  
Markl, Hubert 105, 131  
Martin, Ben 110  
Marx, Karl 35  
Mason, George 110  
Matthes, Joachim 19  
Matzner, Egon 141  
Matz, Ulrich 153  
Mayer, Karl-Ulrich 18, 147  
Mayntz, Renate 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15,  
16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27,  
28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39,  
40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52,  
53, 57, 60, 61, 62, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 70,  
71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 82, 87,  
93, 95, 99, 100, 104, 105, 106, 107, 108, 110,  
111, 112, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120,  
121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129,  
130, 131, 132, 133, 135, 136, 138, 139, 140,  
141, 142, 143, 144, 146, 147, 148, 149, 150,  
152, 153, 154, 156, 157, 161, 162, 164, 165,  
166, 167, 168, 169, 170

- McDougal, Myres 54  
 Meinhof, Ulrike 50  
 Meisheit, Bernd 71, 98, 162  
 Mény, Yves 153  
 Mersits, Ulrike 88  
 Merton, Robert K. 10, 27, 168  
 Meske, Werner 132  
 Mestmäcker, Ernst-Joachim 70  
 Meyer, Hansgünter 132  
 Midttun, Atle 110  
 Miles, Ian 41, 94  
 Mischel, Walter 19  
 Mittelstraß, Jürgen 139  
 Mohr, Matthias 103, 109, 164  
 Montgomery, John 59  
 Moses, A. Dirk 23  
 Münch, Richard 43  
 Musselin, Christine 69  
**N**  
 Nahr, Heinrich 85  
 Naschold, Frieder 52, 57  
 Nedelmann, Birgitta 44, 124  
 Neidhardt, Friedhelm 42, 99, 100, 122, 123,  
 147, 153  
 Nettelbeck, Joachim 139  
 Nicklisch, Heinrich 28  
 Niethammer, Lutz 111  
 Nowotny, Helga 88  
**O**  
 Oexle, Otto Gerhard 70  
 Offe, Claus 111, 153  
 Ollmann, Rainer 93, 95, 98, 99, 109, 162  
 Olsen, Johan P. 70  
 Ostrom, Elinor 110  
**P**  
 Pack, Ludwig 59  
 Pappi, Franz Urban 45  
 Parsons, Talcott 10, 28, 36, 114, 168  
 Pempel, T. J. 160  
 Pfahl, G. 119  
 Pflaum, Walter 24  
 Pleitgen, Fritz 153  
 Plenge, Johann 28  
 Plümper, Thomas 161  
 Pöhl, Karl Otto 154  
 Polanyi, Karl 152  
 Popper, Karl R. 9, 10  
 Putnam, Robert D. 43, 99, 100, 105, 111  
**R**  
 Raphael, Lutz 14, 156  
 Reagan, Ronald 6  
 Reichardt, Werner 16  
 Reissert, Bernd 57  
 Resch, Ralf 98, 109  
 Rheinstein, Max 55  
 Rider, Michael 161  
 Riesenhuber, Heinz 131  
 Robinsohn, Saul B. 18  
 Robischon, Tobias 79, 81, 98  
 Rochlin, Gene 126  
 Rockman, Bert A. 43  
 Roeders, Peter M. 18  
 Roelcke, Volker 8  
 Rogers, Joel 153  
 Röhl, Klaus Rainer 50  
 Rolf, Hans Dr. 154  
 Rosewitz, Bernd 41, 82, 83, 94, 95, 104, 109  
 Rothgang, Heinz 78, 79, 81, 84, 85  
 Roth, Wolfgang 154  
 Rueschemeyer, Dietrich 111  
 Ruschmeier, Lothar 154  
 Rüttgers, Jürgen 131  
 Ryll, Andreas 71, 100, 103, 109, 127  
**S**  
 Sabel, Charles 110, 128  
 Schäfers, Bernhard 28  
 Scharpf, Fritz W. 5, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15,  
 16, 24, 29, 30, 33, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51,  
 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63,  
 64, 65, 66, 67, 68, 69, 71, 73, 77, 80, 87, 90,  
 100, 101, 102, 103, 104, 106, 107, 118, 119,  
 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128,  
 129, 130, 131, 133, 134, 135, 139, 140, 141,  
 142, 143, 144, 147, 148, 149, 150, 152, 153,  
 154, 155, 156, 157, 159, 161, 164, 165, 166,  
 167, 168, 170

Schelsky, Helmut 23, 27, 56  
Schemmel, Matthias 170  
Schenkluhn, Brigitte 82, 83, 109  
Scheuch, Erwin K. 23, 29, 32, 77, 110  
Schimank, Uwe 23, 40, 71, 81, 87, 88, 89, 90,  
93, 104, 108, 110, 121, 131, 135, 162, 163  
Schlemmer, Thomas 14  
Schluchter, Wolfgang 18, 124  
Schlünder, Martina 170  
Schmaltz, Florian 170  
Schmid, Günther 60  
Schmidt, Helmut 20, 52, 121  
Schmidt, Manfred G. 56  
Schmidt, Susanne K. 50, 97, 98, 103, 159  
Schmitter, Philippe C. 86, 153  
Schmoller, Gustav 8  
Schmutzer, Manfred E. A. 129  
Schnabel, Fritz 57  
Schneider, Volker 81, 94, 95, 96, 97, 98, 108,  
110, 129  
Scholz, Juliane 170  
Schöttler, Peter 170  
Schröder, Antonius 98, 99, 162  
Schüler, Manfred 52  
Schumacher-Wolf, Clemens 42, 94, 95  
Schwarz-Esser, Susanne 71  
Schwerin, Alexander von 170  
Schwerin von Krosigk, Dedo Graf 105  
Simmel, Georg 35  
Snow, Charles Percy 112  
Sombart, Werner 8  
Sorge, Arndt 110  
Soskice, David 153  
Spencer, Herbert 35  
Spillert, Florian 170  
Spranger, Eduard 8  
Staab, Heinz A. 78, 154  
Stadler, Peter 43, 99  
Stammer, Otto 26, 27  
Steinhauser, Thomas 170  
Stichweh, Rudolf 39, 40, 81, 87, 88, 104, 109,  
110, 123  
Streeck, Sylvia 165  
Streeck, Wolfgang 5, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16,  
33, 49, 52, 60, 70, 80, 86, 110, 117, 141, 147,  
148, 149, 150, 152, 153, 154, 155, 156, 159,  
160, 164, 165, 166, 167, 170  
Streit, Manfred 153  
Stucke, Andreas 81, 88, 89, 90, 91, 105, 109,  
134, 135  
Süssmuth, Rita 122  
**T**  
Teubner, Gunther 128  
Thierse, Wolfgang 156  
Thoenig, Jean-Claude 70  
Thomas, Frank 81, 94  
Thomas, Graham 41, 94, 95, 110  
Topp, Sascha 16, 170  
Treinen, Heiner 108  
Triglia, Carlo 161  
Turner, George 119  
Turner, Lowell 110  
Tyrell, Hartmann 44  
**U**  
Unger, Felix 120  
**V**  
Vanberg, Victor 110  
Vedel, Thierry 41, 94  
Verkennis, Atze 161  
Vierhaus, Rudolf 139  
Visser, Jelle 159  
Voelzkow, Helmut 111, 161  
Vogel, Gretchen 130  
Vowe, Gerhard 101, 111  
**W**  
Wasem, Jürgen 85, 108  
Webber, Douglas 82, 83, 84, 109  
Weber, Max 8, 9, 10, 26, 35, 36, 67, 114, 152,  
168  
Weckerlé, Christian 41  
Weinert, Franz 13, 18, 19, 70, 111, 128  
Weingart, Peter 111, 121, 123, 135  
Weizsäcker, Carl Friedrich von  
10, 14, 18, 19, 20, 166  
Werle, Raymund 41, 71, 93, 95, 96, 97, 98,  
110, 118, 163

Weyer, Johannes 111, 125  
Wiesenthal, Helmut 111, 123, 133  
Willke, Helmut 38, 44, 109, 110, 125  
Wilson, Edward O. 112  
Winnes, Markus 163  
Wolfers, Arnold 54  
Wolf, Hans-Georg 90, 109, 133, 134, 135, 136,  
139  
Wright, Erik Olin 153  
Wurzbacher, Gerhard 27  
**Y**  
Yamagishi, Toshio 110  
Yamamura, Kozo 160  
**Z**  
Zacher, Hans F. 46, 120, 130, 131, 132, 143,  
144, 148, 149, 154  
Zapf, Wolfgang 24, 41, 45, 60, 61, 71, 94, 110,  
111, 115, 123, 141, 153  
Zbinden, Hans 59  
Ziegler, Nicholas 110  
Ziegler, Rolf 28, 45, 111, 123  
Zintl, Reinhard 101, 102  
Zite-Ferenczy, Franz 72  
Zweigert, Konrad 53, 56

## Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« – Preprints

**Thomas Steinhauser, Hanoeh Gutfreund und Jürgen Renn:** »A Special Relationship: Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation«. Preprint 1: 2017.

**Peter Schöttler:** »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext: Die Ära Heimpel«. Preprint 2: 2017.

**Birgit Kolboske:** »Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen«. Preprint 3: 2018.

**Jaromír Balcar:** »Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH«. Preprint 4: 2018.

**Gregor Lax:** »Von der Atmosphärenchemie zur Erforschung des Erdsystems. Beiträge zur jüngeren Geschichte des Max-Planck-Instituts für Chemie (Otto-Hahn-Institut), 1959–2000«. Preprint 5: 2018.

**Doris Kaufmann:** »Konrad Lorenz: Scientific persona, »Harnack-Pläncker« und Wissenschaftsstar in der Zeit des Kalten Krieges bis in die frühen 1970er Jahre«. Preprint 6: 2018.

**Jaromír Balcar:** »Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung«. Preprint 7: 2019.

**Juliane Scholz:** »Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft«. Preprint 8: 2019.

**Ulrich Magnus:** »Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949-2000«. Preprint 9: 2020.

**Felix Lange:** »Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945-2002«. Preprint 10: 2020.

**Eberhard Eichenhofer:** »Das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, 1975-2000«. Preprint 11: 2020.

**Gregor Lax:** »Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000«. Preprint 12: 2020.

**Mitchell G. Ash:** »Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995«. Preprint 13: 2020.

**Jaromír Balcar:** »Wandel durch Wachstum in ›dynamischen Zeiten‹. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/1957 bis 1972«. Preprint 14: 2020.

**Peter Schöttler:** »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft«. Preprint 15: 2020.

**Vanessa Osganian und Helmuth Trischler:** »Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschafts-politische Akteurin in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen«. Preprint 16: 2022.

#### **Bezugsadresse**

Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft

Boltzmannstr. 22, 14195 Berlin

E-Mail: [gmpgoffice@mpiwg-berlin.mpg.de](mailto:gmpgoffice@mpiwg-berlin.mpg.de)

Sie finden alle Preprints auch online auf der Website des Forschungsprogramms unter:

<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/publikationen>

**gmpg**

FORSCHUNGSPROGRAMM  
GESCHICHTE DER  
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

